

J. W. Stalin

Werke

3

1917

März - Oktober

HERAUSGEGEBEN
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZETRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN
1952

Gescannt und Korrektur gelesen von:

Daniel Weigelt

<http://www.stalinwerke.de/>

webmaster@stalinwerke.de

Hinweise:

- Klein geschrieben Texte in Klammern sind Hinweise des Verfassers bzw. Herausgebers.
- In eckige Klammern geschriebene und hochgestellte ^[Zahlen] weisen auf Anmerkungen am Ende des Buches hin
- Einige Sätze bzw. Wörter sind im Buch kursiv geschrieben, darauf habe ich in der Abschrift verzichtet.
- Ich habe die neue deutsche Rechtschreibung angewandt.

INHALT

6	...	Vorwort
1917		
8	...	Über die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten
9	...	Über den Krieg
12	...	Auf dem Weg zu Ministersesseln
13	...	Über die Bedingungen für den Sieg der russischen Revolution
15	...	Über die Aufhebung der nationalen Beschränkung
17	...	Entweder - oder
18	...	Gegen den Föderalismus
22	...	Zwei Resolutionen
23	...	Den Boden den Bauern
25	...	Der 1. Mai
26	...	Über die provisorische Regierung. Rede auf einer Kundgebung im Stadtteil Wassilewski-Ostrow, 18. April (1. Mai) 1917
28	...	Über die Beratung im Marienpalast
30	...	VII. Konferenz (Aprilkonferenz) der SDAPR (Bolschewiki), 24.-29. April 1917
30	...	1. Rede zur Unterstützung der von Genossen Lenin eingebrachten Resolution zur gegenwärtigen Lage, 24. April
30	...	2. Referat über die nationale Frage, 29. April
33	...	3. Schlusswort zur nationalen Frage, 29. April
35	...	Hinter der Revolution zurück geblieben
38	...	Was haben wir von der Konferenz erwartet?
40	...	Die Kommunalwahlkampagne
47	...	Gestern und heute (Die Krise der Revolution)
51	...	Gegen zersplitterte Demonstrationen
53	...	Zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Petrograd
56	...	An alle Werktätigen, an alle Arbeiter und Soldaten Petrograds
58	...	Auf der Demonstration
60	...	Schließt die Reihen!
62	...	Reden auf der außerordentlichen Konferenz der Petrograder Organisation der SDAPR (Bolschewiki), 16.-20. Juli 1917
62	...	1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees über die Juliereignisse, 16. Juli
65	...	2. Bericht über die gegenwärtige Lage, 16. Juli
68	...	3. Antworten auf schriftlich gestellte Fragen, 16. Juli
69	...	4. Schlusswort, 16. Juli
71	...	Was ist geschehen?
73	...	Ein Sieg der Konterrevolution
75	...	Ein Sieg der Kadetten
76	...	An alle Werktätigen, an alle Arbeiter und Soldaten Petrograds
80	...	Zwei Konferenzen
81	...	Die neue Regierung
82	...	Zu den Wahlen der Konstituierenden Versammlung

- 86 ... Reden auf dem VI. Parteitag der SDAPR (Bolschewiki),
26. Juli – 3. August 1917
- 86 ... 1. Rechenschaftsbericht des ZK, 27. Juli
- 91 ... 2. Schlusswort, 27. Juli
- 93 ... 3. Bericht über die politische Lage, 30. Juli
- 96 ... 4. Antworten auf Fragen zum Bericht über die politische Lage, 31.
Juli
- 98 ... 5. Schlusswort, 31. Juli
- 100 ... 6. Erwiderung am Preobraschenski zur Frage des 9. Punktes der
Resolution „Über die politische Lage“, 3. August
- 102 ... Was wollen die Kapitalisten?
- 105 ... Gegen die Moskauer Beratung
- 107 ... Noch einmal über Stockholm
- 109 ... Wohin führt die Moskauer Beratung?
- 112 ... Die Konterrevolution und die Völker Rußlands
- 114 ... Zwei Wege
- 116 ... Das Fazit der Moskauer Beratung
- 118 ... Die Wahrheit über unsere Niederlage an der Front
- 120 ... Über die Ursachen der Juliniederlage an der Front
- 124 ... Wer also ist an der Niederlage an der Front schuld?
- 127 ... Die amerikanischen Milliarden
- 129 ... Heute sind Wahlen
- 132 ... Eine Welle von Provokationen
- 133 ... Arbeitsteilung innerhalb der Partei der Sozialrevolutionäre
- 135 ... Der Bund der Gelben
- 137 ... Entweder – oder
- 140 ... Wie fordern
- 142 ... Die Verschwörung geht weiter
- 145 ... Gegen ein Abkommen mit der Bourgeoisie
- 146 ... Die Krise und das Direktorium
- 148 ... Auf eigenem Wege
- 150 ... Über den Bruch mit den Kadetten
- 152 ... Die zweite Welle
- 155 ... Die Ausländer und die Verschwörung Kornilows
- 157 ... Zur Demokratischen Beratung
- 160 ... Zwei Linien
- 162 ... Alle Macht den Sowjets!
- 164 ... Über die revolutionäre Front
- 166 ... Sie schmieden Ketten
- 168 ... Die Regierung der bürgerlichen Diktatur
- 170 ... Kommentare
- 170 ... Der Eisenbahnerstreik und die Bankrotteure des Demokratismus
- 171 ... Die russischen Bauern und die Partei der Kopflosen
- 172 ... Der Feldzug gegen die Arbeiter
- 174 ... Das können Sie lange warten
- 176 ... Kommentare
- 176 ... Die Partei der „Verschwommenen“ und die russischen Soldaten
- 177 ... Verschwörer an der Macht
- 178 ... Eine papierne Koalition

180	...	Kommentare
180	...	Das Dorf hungert
180	...	Der Hunger in den Fabriken
182	...	Sich selbst ausgepeitscht
183	...	Die Verschwörung gegen die Revolution
193		Wer hintertreibt die Konstituierende Versammlung
195	...	Die Konterrevolution macht mobil – rüstet zur Abwehr!
197	...	Was braucht das Vorparlament?
199	...	Die Macht der Sowjets
201	...	Ein Examen in Frechheit
203	...	Die Streikbrecher der Revolution
206	...	Rede in der Sitzung des Zentralkomitees, 16. Oktober 1917
207	...	„Gewaltige Stiere haben mich umring“
209	...	Was brauchen wir?
211	...	Anmerkungen

VORWORT

Der dritte Band enthält die wichtigsten Schriften J. W. Stalins, die sich auf die Periode der Vorbereitung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 beziehen.

Im Jahre 1917 leitete J.W. Stalin in engster Gemeinschaft mit W.I. Lenin die bolschewistische Partei und die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die Eroberung der Staatsmacht.

Einen bedeutenden Platz unter den im dritten Band veröffentlichten Schriften J.W. Stalins nehmen die Fragen der bolschewistischen Führung der Massen in den Tagen der Juni- und der Julidemonstration, bei den Wahlen zu den Bezirksdumas und zur Stadtduma von Petrograd ein (die Aufrufe „An alle Werktätigen, an alle Arbeiter und Soldaten Petrograds“, die Artikel „Gegen zersplitterte Demonstrationen“, „Die Kommunalwahlkampagne“, „Was ist geschehen?“, „Schließt die Reihen!“, „Heute sind Wahlen“ und andere), während der Niederwerfung des konterrevolutionären Kornilowputsches („Wir fordern“, „Die Verschwörung geht weiter“, „Die Ausländer und die Verschwörung Kornilows“ und andere) und in der Periode der unmittelbaren Vorbereitung des bewaffneten Aufstands im September und Oktober 1917 („Zur Demokratischen Beratung“, „Zwei Linien“, „Da können Sie lange warten ..“ „Die Konterrevolution macht mobil - rüstet zur Abwehr!“, „Sie schmieden Ketten“, „Ein Examen in Frechheit“ und andere).

Eine Anzahl von Schriften dieses Bandes ist den Fragen des Kampfes der Partei für die Umwandlung der Sowjets aus Organen zur Mobilisierung der Massen in Organe des Aufstands, in Organe der proletarischen Macht gewidmet (die Referate auf der außerordentlichen Konferenz der Petrograder Organisation der SDAPR(B) und auf dem VI. Parteitag der bolschewistischen Partei, die Artikel „Alle Macht den Sowjets!“, „Die Macht der Sowjets“, „Die Streikbrecher der Revolution“, „Was brauchen wir?“).

Die im vorliegenden Band abgedruckten Artikel J.W. Stalins wurden zum größten Teil in dem Buch „Auf dem Wege zum Oktober“ veröffentlicht, das 1925 in zwei Ausgaben erschienen ist. Zum ersten Mal wurden diese Artikel in der Zeitung „Prawda“, dem Zentralorgan der bolschewistischen Partei, das auch unter den Titeln „Proletari“, „Rabotschi“, „Rabotschi Putj“ herauskam, sowie in den bolschewistischen Zeitungen „Soldatskaja Prawda“, „Proletarskoje Djelo“, „Rabotschi i Soldat“ und anderen abgedruckt.

Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B)

1917

ÜBER DIE SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN

Mit Blitzesschnelle eilt der Streitwagen der russischen Revolution voran. Überall mehren und erweitern sich die Kolonnen der revolutionären Kämpfer. Die Grundpfeiler der alten Macht wanken in den Fundamenten und stürzen zusammen. Heute wie stets marschiert Petrograd voran. Ihm folgt, mitunter stolpernd, die unermessliche Provinz.

Die Kräfte der alten Macht schwinden dahin, sind aber noch nicht endgültig vernichtet. Sie haben sich nur verborgen und lauern auf eine günstige Gelegenheit, um das Haupt zu erheben und sich auf das freie Rußland zu stürzen. Schaut um euch, und ihr werdet sehen, dass die finsternen Kräfte nach wie vor ununterbrochen ihr schwarzes Werk verrichten...

Die errungenen Rechte behaupten, um die alten Kräfte endgültig zu vernichten und gemeinsam mit der Provinz die russische Revolution voranzutreiben - das muss die aktuelle Aufgabe des Proletariats der Hauptstadt sein.

Aber wie soll das geschehen?

Was ist hierzu notwendig?

Um die alte Macht zu zerschlagen, genügte ein zeitweiliges Bündnis der aufständischen Arbeiter und Soldaten. Denn es versteht sich von selbst, dass die Kraft der russischen Revolution in dem Bündnis der Arbeiter und der in den Soldatenrock gesteckten Bauern liegt. Um aber die errungenen Rechte zu bewahren und die Revolution weiter zu entfalten - dazu ist ein zeitweiliges Bündnis der Arbeiter und Soldaten allein keineswegs ausreichend.

Dazu ist es notwendig, dieses Bündnis bewusst und fest, dauerhaft und stabil zu machen, stabil genug, um den provokatorischen Anschlägen der Konterrevolution die Stirn bieten zu können. Denn das Unterpfand des endgültigen Sieges der russischen Revolution, das ist allen klar, liegt in der Festigung des Bündnisses des revolutionären Arbeiters mit dem revolutionären Soldaten.

Die Organe dieses Bündnisses sind eben die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Je enger nun diese Sowjets zusammengefügt, je fester sie organisiert sind, desto wirksamer ist die durch sie vertretene revolutionäre Macht des revolutionären Volkes, desto realer sind die Garantien gegen die Konterrevolution.

Diese Sowjets zu festigen, überall Sowjets ins Leben zu rufen, sie untereinander zu verbinden, mit dem zentralen Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten als einem Organ der revolutionären Macht des Volkes an der Spitze - in dieser Richtung müssen die revolutionären Sozialdemokraten arbeiten.

Arbeiter! Schließt enger eure Reihen und schart euch um die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

Bauern! Organisiert euch in Bauernverbänden und schart euch um das revolutionäre Proletariat, den Führer der russischen Revolution!

Soldaten! Organisiert euch in euren Verbänden und sammelt euch um das russische Volk, den einzigen treuen Verbündeten der russischen revolutionären Armee!

Arbeiter, Bauern, Soldaten! Schließt euch allerorten zu Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, zu Organen des Bündnisses und der Macht der revolutionären Kräfte Rußlands zusammen!

Hierin liegt das Unterpfand des vollen Sieges über die finsternen Kräfte des alten Rußlands.

Hierin liegt auch das Unterpfand für die praktische Verwirklichung der grundlegenden Forderungen des russischen Volkes: Boden für die Bauern, Arbeitsschutz für die Arbeiter, die demokratische Republik für alle Bürger Rußlands!

*„Prawda“ Nr. 8,
14. März 1917.*

Unterschrift: K. Stalin.

ÜBER DEN KRIEG

Dieser Tage machte General Kornilow dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Petrograd Mitteilung über eine in Vorbereitung befindliche Offensive der Deutschen gegen Rußland.

Rodsjanko und Gutschkow riefen aus diesem Anlass Armee und Bevölkerung auf, für einen Krieg bis zum Ende zu rüsten.

Und die bürgerliche Presse schlug Alarm: „Die Freiheit ist in Gefahr, es lebe der Krieg!“ Überdies machte bei diesem Alarm auch ein Teil der revolutionären russischen Demokratie mit...

Wenn man die Leute hört, die da Alarm schlagen, könnte man glauben, Rußland befinde sich in einer Lage, die an das Jahr 1792 in Frankreich erinnert, als die reaktionären Könige Mittel- und Osteuropas eine Allianz gegen das republikanische Frankreich bildeten, um dort die alten Zustände wiederherzustellen.

Und wenn die gegenwärtige internationale Lage Rußlands tatsächlich der Lage Frankreichs im Jahre 1792 entspräche, wenn wir eine spezielle Koalition konterrevolutionärer Könige mit dem speziellen Ziel, in Rußland die alte Macht wiederherzustellen, gegen uns hätten, so würde die Sozialdemokratie sich zweifellos, ähnlich wie die Revolutionäre des damaligen Frankreichs, wie ein Mann zur Verteidigung der Freiheit erheben. Denn es versteht sich von selbst, dass die durch Blut errungene Freiheit mit der Waffe in der Hand gegen alle konterrevolutionären Anschläge geschützt werden muss, woher diese auch kommen mögen.

Aber verhält sich die Sache wirklich so?

Der Krieg von 1792 war ein dynastischer Krieg gegen das republikanische Frankreich, geführt von unbeschränkten Feudalkönigen, die von der revolutionären Feuersbrunst in diesem Lande in Schrecken versetzt waren. Das Ziel des Krieges war, diese Feuersbrunst zu löschen, in Frankreich die alten Zustände wiederherzustellen und damit die erschreckten Könige gegen die revolutionäre Seuche in ihren eigenen Staaten zu sichern. Eben darum kämpften die Revolutionäre Frankreichs so opfermutig gegen die Truppen der Könige.

Anders ist es mit dem gegenwärtigen Krieg. Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg. Sein Hauptziel ist der Raub (die Annexion) von fremden Territorien, hauptsächlich von Agrargebieten, durch die kapitalistisch entwickelten Staaten. Diese brauchen neue Absatzmärkte, bequeme Zugänge zu diesen Märkten, Rohstoffe, Bodenschätze, und sie bemühen sich, sie überall in Besitz zu nehmen, unabhängig von den inneren Zuständen des Landes, dessen sie sich bemächtigen.

Hieraus erklärt sich auch, dass der jetzige Krieg, allgemein gesprochen, nicht zu einer unvermeidlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des zu annektierenden Territoriums im Sinne der Wiederherstellung der alten Zustände in diesem Gebiet führt und nicht dazu führen kann.

Und gerade darum gibt Rußlands gegenwärtige Lage keinen Anlass, Sturm zu läuten und zu proklamieren: „Die Freiheit ist in Gefahr, es lebe der Krieg!“

Rußlands gegenwärtige Lage erinnert eher an das Frankreich von 1914, an das Frankreich bei Kriegsausbruch, als der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unvermeidlich wurde.

Wie jetzt in der bürgerlichen Presse Rußlands, so wurde auch damals im bürgerlichen Lager Frankreichs Alarm geschlagen: „Die Republik ist In Gefahr, schlägt die Deutschen!“

Und wie dieser Alarm damals in Frankreich auch viele Sozialisten erfasste (Guesde, Sembat und andere), so sind auch heute in Rußland nicht wenige Sozialisten in die Fußstapfen der bürgerlichen Herolde der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ getreten.

Der weitere Gang der Ereignisse in Frankreich hat gezeigt, dass dies ein falscher Alarm war und dass mit dem Geschrei über Freiheit und Republik die wirklichen Gelüste der französischen Imperialisten, die nach der Annexion Elsass-Lothringens und Westfalens strebten, verdeckt werden sollten.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass der Gang der Ereignisse in Rußland die ganze Verlogenheit des maßlosen Geschreis „Die Freiheit ist in Gefahr“ zeigen wird: Der „patriotische“ Rauch wird sich verziehen, und die Menschen werden den wahren Drang der russischen Imperialisten nach den ... Meerengen, nach Persien ... mit eigenen Augen erkennen. Das Verhalten Guesdes, Sembats und anderer fand in den bestimmt ausgedrückten Resolutionen der sozialistischen Kongresse von Zimmerwald und Kiental^[1] (1915 und 1916) gegen den Krieg seine gebührende und autoritative Einschätzung.

Die anschließenden Ereignisse haben bestätigt, wie richtig und fruchtbringend die Leitsätze von Zimmerwald und Kiental waren.

Es wäre traurig, wenn die revolutionäre russische Demokratie, die es fertig gebracht hat, das verhalte Zarenregime zu stürzen, vor dem falschen Alarm der imperialistischen Bourgeoisie klein beigäbe und die Fehler Guesdes und Sembats wiederholte...

Welches muss nun unsere Stellung als Partei zum jetzigen Krieg sein? Welches sind die praktischen Wege, die zur raschesten Einstellung des Krieges führen können?

Vor allem steht es außer Zweifel, dass die bloße Losung „Nieder mit dem Krieg!“ als praktischer Weg absolut untauglich ist, da sie über die Schranken der Propaganda von Friedensideen überhaupt nicht hinausgeht und im Sinne der praktischen Einwirkung auf die kriegführenden Mächte zwecks Einstellung des Krieges nichts bietet und nichts bieten kann.

Ferner. Unbedingt zu begrüßen ist der gestrige Aufruf des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Petrograd an die Völker der ganzen Welt mit der Aufforderung, die eigenen Regierungen zu zwingen, das Gemetzel einzustellen. Wenn dieser Aufruf in die breiten Massen dringt, wird er ohne Zweifel Hunderte und Tausende von Arbeitern zu der in Vergessenheit geratenen Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ zurückführen. Trotzdem darf man nicht außer acht lassen, dass er dennoch nicht direkt zum Ziele führt. Denn selbst gesetzt den Fall, dass er unter den Völkern der kriegführenden Mächte weite Verbreitung findet, kann man schwerlich annehmen, dass sie einem solchen Aufruf Folge leisten können, solange sie noch nicht den räuberischen Charakter des jetzigen Krieges und seine Annexionsziele erkannt haben. Wir sprechen schon gar nicht davon, dass der Aufruf, insofern er die „Einstellung des furchtbaren Gemetzels“ von dem vorangegangenen Sturz des „halbabsolutistischen Regimes“ in Deutschland abhängig macht, die „Einstellung des furchtbaren Gemetzels“ faktisch auf unbestimmte Zeit hinausschiebt und dadurch auf den Standpunkt des „Kriegs bis zum Ende“ hinab gleitet; denn man weiß nicht, wann nämlich es dem deutschen Volk gelingen wird, das „halbabsolutistische Regime“ zu stürzen, und ob es ihm überhaupt in der nächsten Zukunft gelingen wird...

Wo ist also der Ausweg?

Der Ausweg ist der Weg des Drucks auf die Provisorische Regierung, indem man von ihr fordert, der unverzüglichen Einleitung von Friedensverhandlungen zuzustimmen.

Die Arbeiter, Soldaten und Bauern müssen Kundgebungen und Demonstrationen veranstalten, sie müssen von der Provisorischen Regierung fordern, dass sie offen und vor aller Welt den Versuch macht, alle kriegführenden Mächte zur unverzüglichen Aufnahme von Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu bewegen.

Nur in diesem Falle läuft die Losung „Nieder mit dem Krieg!“ nicht Gefahr, sich in einen inhaltlosen, nichts sagenden Pazifismus zu verwandeln, nur in diesem Falle kann sie in eine machtvolle politische Kampagne ausmünden, die den Imperialisten die Maske herunterreißt und die wahren Hintergründe des jetzigen Krieges bloßlegt.

Denn selbst gesetzt den Fall, dass es eine der Seiten ablehnt, auf Grund der bekannten Prinzipien zu verhandeln, würde sogar diese Ablehnung, das heißt die Weigerung, den Annexionsbestrebungen zu entsagen, objektiv als ein Werkzeug dienen, durch das die Liquidierung des „furchtbaren Gemetzels“ beschleunigt werden könnte, da die Völker in diesem Fall den annexionistischen Charakter des Krieges und das blutbefleckte Gesicht der

imperialistischen Gruppen, deren habsüchtigen Interessen sie das Leben ihrer Söhne opfern, mit eigenen Augen zu sehen bekämen.

Aber den Imperialisten die Maske herunterreißen, die wahren Hintergründe des jetzigen Krieges vor den Massen bloßlegen - das eben heißt dem Kriege wirklich den Krieg erklären, den jetzigen Krieg unmöglich machen.

*„Prawda“ Nr. 10,
16. März 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

AUF DEM WEGE ZU MINISTERSESSELN

Dieser Tage erschienen in der Presse Resolutionen der Gruppe „Jedinstwo“^[2]: über die Provisorische Regierung, über den Krieg und über die Vereinigung.

Es handelt sich um die Gruppe Plechanow-Burjanow, eine Gruppe von „Vaterlandsverteidigern“.

Zur Kennzeichnung dieser Gruppe genügt es zu wissen, dass nach ihrer Meinung

1. „die notwendige demokratische Kontrolle über die Handlungen der Provisorischen Regierung am besten durch die Beteiligung der Arbeiterdemokratie an der Provisorischen Regierung erreicht wird“;

2. „das Proletariat gezwungen ist, den Krieg fortzusetzen“, unter anderem, „um Europa von der Bedrohung durch die österreichisch-deutsche Reaktion zu befreien“.

Kurzum: Schickt, ihr Herren Arbeiter, Geiseln in die Provisorische Regierung Gutschkow-Miljukow und setzt den Krieg gefälligst fort für die ... Annexion Konstantinopels!

Das ist die Losung der Gruppe Plechanow-Burjanow.

Und nach alledem hat diese Gruppe die Stirn, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zur Vereinigung mit ihr aufzufordern!

Die ehrenwerte Gruppe „Jedinstwo“ vergisst, dass die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands auf dem Standpunkt der Beschlüsse von Zimmerwald und Kiental steht, die sowohl die „Vaterlandsverteidigung“ als auch die Teilnahme an der jetzigen Regierung ablehnen, auch wenn es sich um eine provisorische Regierung handelt (nicht zu verwechseln mit einer revolutionären Provisorischen Regierung!).

Sie merkt nicht, dass Zimmerwald und Kiental die Ablehnung der Guesde-Sembarat bedeuten und dass, umgekehrt, eine Vereinigung mit Gutschkow-Miljukow die Einheit mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ausschließt...

Sie hat übersehen, dass für Liebknecht und Scheidemann schon lange kein Platz mehr in einer Partei ist noch sein kann.

Nein, ihr Herren, ihr habt euch mit eurem Einheitsappell an die falsche Adresse gewandt!

Man kann natürlich danach trachten, Ministersessel zu erlangen, man kann sich mit Miljukow-Gutschkow zur ... „Fortsetzung des Krieges“ vereinigen und dergleichen mehr, alles das ist Geschmacksache, aber was hat damit die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zu tun, und was hat eine Vereinigung mit ihr damit zu tun?

Nein, ihr Herren, geht eures Weges.

*„Prawda“ Nr. 11,
17. März 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

ÜBER DIE BEDINGUNGEN FÜR DEN SIEG DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Die Revolution marschiert. In Petrograd ausgebrochen, greift sie auf die Provinz über und erfasst allmählich das ganze unermessliche Rußland. Mehr noch. Von politischen Fragen geht sie unvermeidlich zu sozialen Fragen über, zu Fragen der Lebensgestaltung der Arbeiter und Bauern, wodurch sie die bestehende. Krise vertieft und verschärft.

Alles das muss zwangsläufig in bestimmten Kreisen des besitzenden Rußlands Unruhe erwecken. Die zaristisch-gutsherrliche Reaktion erhebt das Haupt. Die imperialistische Clique läutet Sturm. Die Finanzbourgeoisie reicht der ablebenden Feudalaristokratie die Hand zur gemeinsamen Organisierung der Konterrevolution. Heute sind sie noch schwach und unentschlossen, aber morgen schon können sie erstarken und gegen die Revolution mobil machen. Jedenfalls arbeiten sie unablässig an ihrem finsternen Werk, indem sie in allen Schichten der Bevölkerung, die Armee nicht ausgenommen, Kräfte sammeln...

Wie soll die beginnende Konterrevolution gebändigt werden? Welches sind die unerlässlichen Bedingungen für den Sieg der russischen Revolution?

Eine der Besonderheiten unserer Revolution besteht darin, dass ihre Basis bis jetzt Petrograd ist. Zusammenstöße und Schießereien, Barrikaden und Opfer, Kampf und Sieg gab es hauptsächlich in Petrograd und seiner Umgebung (Kronstadt usw.). Die Provinz beschränkte sich darauf, die Früchte des Sieges entgegenzunehmen und der Provisorischen Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Diese Tatsache hat ihre Widerspiegelung in der Doppelherrschaft, in der faktischen Teilung der Macht zwischen der Provisorischen Regierung und dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gefunden, die den Söldlingen der Konterrevolution keine Ruhe lässt. Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten als Organ des revolutionären Kampfes der Arbeiter und Soldaten einerseits und die Provisorische Regierung als Organ der durch die „Extreme“ der Revolution erschreckten gemäßigten Bourgeoisie, die in der Trägheit der Provinz einen Rückhalt gefunden hat, andererseits - so sieht das Bild aus.

Darin liegt die Schwäche der Revolution, denn eine derartige Sachlage macht die Isolierung der Provinz von der Hauptstadt, das Fehlen eines Kontakts zwischen beiden zu einer Dauererscheinung.

Doch mit der Vertiefung der Revolution wird auch die Provinz revolutioniert. Draußen im Lande entstehen Sowjets der Arbeiterdeputierten. Die Bauern werden in die Bewegung hineingezogen und organisieren sich in eigenen Verbänden. Die Armee demokratisiert sich, in der Provinz entstehen Soldatenverbände. Die Trägheit der Provinz fällt der Vergangenheit anheim.

Damit wankt der Boden unter den Füßen der Provisorischen Regierung. Zugleich wird auch der Petrograder Sowjet der Arbeiterdeputierten für die neue Lage unzureichend.

Notwendig ist ein gesamtrussisches Organ für den revolutionären Kampf der gesamten russischen Demokratie, das über genügend Autorität verfügt, um die Demokratie der Hauptstadt mit derjenigen der Provinz zusammenzuschweißen und sich im geeigneten Moment aus einem revolutionären Kampforgan des Volkes in ein Organ der revolutionären Staatsmacht zu verwandeln, die alle lebendigen Kräfte des Volkes gegen die Konterrevolution mobilisiert.

Ein solches Organ kann einzig und allein der Allrussische Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sein.

Das ist die erste Bedingung für den Sieg der russischen Revolution. Ferner. Der Krieg hat, wie alles im Leben, außer seinen negativen Seiten auch eine positive Seite, nämlich die, dass er durch die Mobilisierung fast der gesamten erwachsenen Bevölkerung Rußlands die Armee ihrem Geiste nach zu einer Volksarmee gemacht und dadurch die Vereinigung der Soldaten mit den aufständischen Arbeitern erleichtert hat. Eben daraus erklärt sich die

verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der die Revolution bei uns zum Ausbruch gekommen ist und gesiegt hat.

Doch die Armee ist beweglich und der Fluktuation unterworfen, besonders infolge ihres fortwährenden Ortswechsels, den der Krieg erforderlich macht. Die Armee kann nicht ewig an einem Ort bleiben, um die Revolution vor der Konterrevolution zu schützen. Deshalb bedarf es einer anderen bewaffneten Macht, einer Armee bewaffneter Arbeiter, die natürlicherweise mit den Zentren der revolutionären Bewegung verbunden sind. Und wenn die These zutrifft, dass eine Revolution ohne eine ihr jederzeit zu Diensten stehende bewaffnete Macht nicht siegen kann, so wird auch unsere Revolution nicht ohne ihre eigene, mit den Interessen der Revolution aufs engste verbundene Arbeitergarde auskommen können. Sofortige Bewaffnung der Arbeiter, Schaffung einer Arbeitergarde - das ist die zweite Bedingung für den Sieg der Revolution.

Kennzeichnend für die revolutionären Bewegungen, zum Beispiel in Frankreich, war unzweifelhaft die Tatsache, dass die provisorischen Regierungen dort gewöhnlich auf den Barrikaden entstanden und infolgedessen revolutionär waren, revolutionärer jedenfalls als die von ihnen nachträglich einberufenen konstituierenden Versammlungen, die gewöhnlich erst nach der „Beruhigung“ des Landes zusammentraten. Daraus ist eigentlich auch zu erklären, warum die erfahrensten Revolutionäre jener Zeit bemüht waren, ihr Programm mit Hilfe der revolutionären Regierung noch vor Einberufung der konstituierenden Versammlung zu verwirklichen, und diese Einberufung hinausschoben. Damit wollten sie die konstituierende Versammlung vor die Tatsache bereits verwirklichter Reformen stellen.

Ganz anders bei uns. Die Provisorische Regierung ist bei uns nicht auf den Barrikaden, sondern neben den Barrikaden entstanden. Darum ist sie auch nicht revolutionär, sondern hinkt bloß widerwillig hinter der Revolution einher und ist nur ein Hemmschuh auf ihrem Weg. Urteilt man nun danach, wie die Revolution sich Schritt für Schritt vertieft, die sozialen Fragen des Achtstundentags und der Konfiskation des Grund und Bodens in den Vordergrund rückt und die Provinz revolutioniert, so kann man mit Bestimmtheit sagen, dass die künftige, vom ganzen Volk getragene Konstituierende Versammlung viel demokratischer sein wird als die gegenwärtige, von der Duma des 3. Juni gewählte Provisorische Regierung.

Gleichzeitig ist zu befürchten, dass die Provisorische Regierung, durch den Schwung der Revolution erschreckt und von imperialistischen Tendenzen durchdrungen, bei einer bestimmten politischen Konjunktur zum „legalen“ Schild und Hort der sich organisierenden Konterrevolution werden kann.

Deshalb darf die Einberufung der Konstituierenden Versammlung auf keinen Fall hinausgeschoben werden.

Daher ist die möglichst schnelle Einberufung der Konstituierenden Versammlung notwendig, einer Institution, die allein bei allen Gesellschaftsschichten Autorität genießt, die fähig ist, die Sache der Revolution zu krönen und damit der sich erhebenden Konterrevolution die Flügel zu stützen.

Baldige Einberufung der Konstituierenden Versammlung - das ist die dritte Bedingung für den Sieg der Revolution.

Alles dies muss unter der generellen Bedingung verwirklicht werden, dass schleunigst Friedensverhandlungen eingeleitet werden unter der Bedingung, dass dem unmenschlichen Krieg ein Ende gemacht wird, denn der fortdauernde Krieg mit seinen Auswirkungen, der Finanz-, Wirtschafts- und Ernährungskrise, ist die Klippe, an der das Schiff der Revolution zerschellen kann.

*„Prawda“ Nr. 12,
18. März 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

ÜBER DIE AUFHEBUNG DER NATIONALEN BESCHRÄNKUNGEN

Eine der Eiterbeulen des alten Rußlands, die es mit Schande bedecken, ist die Eiterbeule der nationalen Unterjochung.

Religiöse und nationale Unterdrückung, gewaltsame Russifizierung der „Fremdstämmigen“, Verfolgung der nationalen Kultureinrichtungen, Entziehung des Wahlrechts, Entziehung des Rechts auf Freizügigkeit, gegenseitige Aufhetzung der Nationalitäten, Pogrome und Massaker - da haben wir das nationale Joch schändlichen Angedenkens.

Wie kann man sich von dem nationalen Joch befreien?

Die soziale Basis der nationalen Unterjochung, die Macht, die sie beseelt, ist die ablebende Landaristokratie. Und je näher diese am Staatsruder steht, je fester sie das Ruder in der Hand hält, desto stärker ist die nationale Unterjochung, desto abscheulicher sind ihre Formen.

Im alten Rußland, wo die alte fröhliche Landaristokratie am Ruder war, herrschte eine hemmungslose nationale Unterjochung, die häufig die Form von Pogromen (Judenpogrome) und Massakern (Massaker zwischen Armeniern und Tataren) annahm.

In England, wo die Landaristokratie (die Landlords) die Macht mit der Bourgeoisie teilt, wo es schon längst keine uneingeschränkte Herrschaft dieser Aristokratie mehr gibt, ist die nationale Unterjochung milder, weniger unmenschlich, wenn man allerdings den Umstand außer acht läßt, dass die nationale Unterjochung während des Krieges, als die Macht in die Hände der Landlords überging, bedeutend stärker wurde (Verfolgung der Iren und Inder).

In der Schweiz und in Nordamerika aber, wo es keinen Landlordismus gibt noch gab, wo die Macht sich uneingeschränkt in den Händen der Bourgeoisie befindet, entwickeln sich die Nationalitäten mehr oder weniger frei, und allgemein gesprochen bleibt hier für die nationale Unterjochung fast kein Raum.

Dies alles erklärt sich hauptsächlich dadurch, dass die Landaristokratie ihrer ganzen Stellung nach der entschlossenste und unversöhnlichste Feind jeder Art von Freiheiten, darunter auch der nationalen Freiheit, ist (und zwangsläufig sein muss!), dass die Freiheit im allgemeinen, die nationale Freiheit im besonderen die eigentlichen Grundlagen der politischen Herrschaft der Landaristokratie untergräbt (zwangsläufig untergraben muss!).

Die Feudalaristokratie von der politischen Bühne entfernen, ihr die Macht entreißen - das eben heißt die nationale Unterjochung liquidieren und die faktischen Bedingungen schaffen, die für die nationale Freiheit erforderlich sind.

Insoweit die russische Revolution gesiegt hat, hat sie diese faktischen Bedingungen bereits dadurch geschaffen, dass sie die feudale Fronherrenmacht gestürzt und Freiheiten hergestellt hat.

Jetzt gilt es:

1. die Rechte der von der Unterjochung befreiten Nationalitäten in aller Form festzulegen und
2. sie auf dem Wege der Gesetzgebung zu verankern.

Eben auf dieser Grundlage entstand das Dekret der Provisorischen Regierung über die Aufhebung der konfessionellen und nationalen Beschränkungen.

Angetrieben von der anwachsenden Revolution, musste die Provisorische Regierung diesen ersten Schritt zur Befreiung der Völker Rußlands tun, und sie hat ihn getan.

Der Inhalt des Dekrets läuft im großen und ganzen auf die Aufhebung der Beschränkungen der Rechte von Bürgern nichtrussischer Nationalität und nicht griechisch-orthodoxer Konfession hinaus, und zwar hinsichtlich: 1. der Ansiedlung, des Wohnrechts und der Freizügigkeit; 2. des Erwerbs von Eigentumsrechten usw.; 3. der Beschäftigung jeder Art im Handwerk, Handel usw.; 4. der Beteiligung an Aktiengesellschaften und anderen Gesellschaften; 5. des Eintritts in den Staatsdienst usw.; 6. des Eintritts in Lehranstalten; 7. des Gebrauchs anderer Sprachen und Dialekte - außer der russischen - im Schriftverkehr

privater Gesellschaften, beim Unterricht in privaten Lehranstalten jeder Art und bei der Führung von Handelsbüchern.

Das ist das Dekret der Provisorischen Regierung.

Die Völker Rußlands, die bislang beargwöhnt wurden, können jetzt frei aufatmen und sich als Bürger Rußlands fühlen.

Alles das ist gut und schön.

Es wäre jedoch ein unverzeihlicher Fehler, wollte man glauben, dass dieses Dekret für die Sicherung der nationalen Freiheit ausreichend, dass die Befreiung von der nationalen Unterjochung bereits zu Ende geführt sei.

Vor allem stellt das Dekret keine nationale Gleichberechtigung hinsichtlich der Sprache her. Im letzten Punkt des Dekrets wird von dem Recht gesprochen, außer der russischen andere Sprachen im Schriftverkehr privater Gesellschaften und beim Unterricht in privaten Lehranstalten zu gebrauchen. Wie aber soll es in Gebieten mit einer kompakten Mehrheit nichtrussischer Bürger werden, die nicht russisch sprechen (Transkaukasien, Turkestan, die Ukraine, Litauen usw.)? Ohne Zweifel wird (muss!) es dort eigene Landtage geben, also auch einen „Schriftverkehr“ (durchaus nicht „privater“ Natur!), ebenso einen „Unterricht“ in Lehranstalten (nicht nur in „privaten“-!) und alles das natürlich nicht nur in russischer Sprache, sondern auch in den lokalen Sprachen. Gedenkt die Provisorische Regierung die russische Sprache zur Staatssprache zu erklären und den erwähnten gebieten das Recht vorzuenthalten, den „Schriftverkehr“ und den „Unterricht“ in ihren durchaus nicht „privaten“ Institutionen in der Muttersprache zu betreiben? Offenbar ja. Aber wer, außer Einfaltspinseln, kann glauben, dies wäre die volle rechtliche Gleichstellung der Nationen, von der die bürgerlichen Klatschbasen in der „Rjetsch“^[3] und im „Djen“^[4] an allen Ecken und Enden ein großes Geschrei erheben und den Mund so voll nehmen? Wer begreift nicht, dass damit die rechtliche Ungleichheit der Nationen hinsichtlich der Sprache zum Gesetz erhoben wird?

Ferner. Wer die wirkliche nationale Gleichberechtigung herstellen will, der kann es nicht bei der negativen Maßnahme, die Beschränkungen aufzuheben, bewenden lassen - er muss von der Aufhebung der Beschränkungen zu einem positiven Plan übergehen, der die Vernichtung des nationalen Jochs gewährleistet.

Daher gilt es zu proklamieren:

1. die politische Autonomie (nicht Föderation!) der Gebiete, die ein geschlossenes Wirtschaftsterritorium mit besonderer Lebensweise und nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung bilden, wobei der „Schriftverkehr“ und der „Unterricht“ in der Muttersprache zu erfolgen haben;
2. das Selbstbestimmungsrecht für diejenigen Nationen, die aus diesen oder jenen Gründen nicht im Rahmen eines staatlichen Ganzen verbleiben können.

Das ist der Weg, der zur wirklichen Vernichtung des nationalen Jochs führt, zur Sicherung eines unter dem Kapitalismus möglichen Höchstmaßes von Freiheit der Nationalitäten.

*„Prawda“ Nr. 17,
25. März 1917.*

Unterschrift: K. Stalin.

ENTWEDER – ODER

In seinem bekannten Interview vom 23. März hat der Außenminister, Herr Miljukow, sein „Programm“ hinsichtlich der Ziele des gegenwärtigen Krieges entwickelt. Die Leser wissen aus der gestrigen Nummer der „Prawda“^[5], dass es sich hier um imperialistische Ziele handelt: die Annexion Konstantinopels, die Annexion Armeniens, die Aufteilung Österreichs und der Türkei, die Annexion Nordpersiens.

Die russischen Soldaten vergießen also auf den Schlachtfeldern ihr Blut nicht um der „Verteidigung des Vaterlands“ willen, nicht „für die Freiheit“, wie die feile bürgerliche Presse uns versichert - sondern für die Annexion fremder Gebiete zugunsten eines Häufleins von Imperialisten.

So wenigstens sagt Herr Miljukow.

In wessen Namen sagt nun Herr Miljukow das alles so offen in die Welt hinaus?

Natürlich nicht im Namen des russischen Volkes. Denn das russische Volk, die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten, sind gegen die Annexion fremder Gebiete, gegen die Vergewaltigung der Völker. Ein beredter Beweis hierfür ist der bekannte „Aufruf“ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Willenskünders des russischen Volkes.

Wessen Meinung bringt denn dann Herr Miljukow zum Ausdruck? Vielleicht die Meinung der Provisorischen Regierung insgesamt?

Das gestrige „Wetscherneje Wremja“^[6] meldet jedoch hierüber folgendes: „Anlässlich des in den Petrograder Zeitungen vom 23. März erschienenen Interviews mit dem Außenminister Miljukow hat Justizminister Kerenski das Presseinformationsbüro beim Justizministerium zu der Erklärung ermächtigt, dass die darin enthaltene Darlegung der Aufgaben der Außenpolitik Rußlands im jetzigen Krieg die persönliche Meinung Miljukows darstellt, keineswegs aber die Ansichten der Provisorischen Regierung vertritt.“

Schenkt man also Kerenski Glauben, so bringt Herr Miljukow nicht die Meinung der Provisorischen Regierung in der Kardinalfrage der Kriegsziele zum Ausdruck.

Kurzum: Der Außenminister Herr Miljukow, der vor der ganzen Welt von den annexionistischen Zielen des jetzigen Krieges spricht, hat nicht nur gegen den Willen des russischen Volkes, sondern auch gegen die Provisorische Regierung gehandelt, deren Mitglied er ist.

Schon unter dem Zarismus trat Herr Miljukow für die Ansicht ein, die Minister müssten dem Volk verantwortlich sein. Wir sind mit ihm einverstanden, dass die Minister dem Volk rechenschaftspflichtig und verantwortlich sind. Wir fragen nun: Erkennt Herr Miljukow das Prinzip der Verantwortlichkeit der Minister auch heute noch an? Und wenn er es auch heute noch anerkennt, warum tritt er dann nicht zurück?

Oder ist vielleicht Kerenskis Mitteilung nicht ... genau?

Eins von beiden:

Entweder ist Kerenskis Mitteilung falsch, und dann muss das revolutionäre Volk die Provisorische Regierung zur Ordnung rufen und sie zwingen, seinen Willen anzuerkennen.

Oder Kerenski hat Recht, und dann gibt es für Herrn Miljukow keinen Platz in der Provisorischen Regierung - er muss zurücktreten. Ein Mittelding gibt es nicht.

„Prawda“ Nr. 16,

26. März 1917.

Leitartikel.

GEGEN DEN FÖDERALISMUS

In Nr. 5 des „Djelo Naroda“^[7] ist ein Artikelchen unter der Überschrift „Rußland - ein Gebietsverband“ erschienen. Darin wird nicht mehr und nicht weniger als die Verwandlung Rußlands in einen „Gebietsverband“, in einen „föderalen Staat“ vorgeschlagen. Man höre: „Auf dass der föderale Staat Rußland von den einzelnen Gebieten (Kleinrußland, Georgien, Sibirien, Turkestan usw.) die Attribute der Souveränität entgegennehme ... Aber möge er den einzelnen Gebieten die innere Souveränität geben. Möge die bevorstehende Konstituierende Versammlung einen Gebietsverband Rußland schaffen.“

Der Verfasser des Artikelchen (Jos. Okulitsch) erklärt das Gesagte in folgender Weise:

„Auf dass es eine einheitliche russische Armee, eine einheitliche Währung, eine einheitliche Außenpolitik, einen einheitlichen Obersten Gerichtshof gebe. Aber mögen die einzelnen Gebiete des einheitlichen Staates frei sein beim selbständigen Aufbau eines neuen Lebens. Wenn die Amerikaner schon im Jahre 1776... durch einen Bündnisvertrag die ‚Vereinigten Staaten‘ schufen, können wir denn dann wirklich nicht im Jahre 1917 einen festen Gebietsverband schaffen?“

So spricht das „Djelo Naroda“.

Man kann nicht umhin anzuerkennen, dass das Artikelchen in vielem interessant und jedenfalls originell ist. Interesse erweckt auch sein Ton, der hochfeierlich und sozusagen „manifestant“ ist („auf dass“, „möge“!).

Bei alledem muss bemerkt werden, dass er im ganzen ein sonderbares Missverständnis darstellt, und diesem Missverständnis liegt die mehr als leichtfertige Behandlung zugrunde, die den Tatsachen aus der Geschichte der Staatsordnung der Vereinigten Staaten von Nordamerika (und ebenso der Schweiz und Kanadas) zuteil wird.

Was sagt uns diese Geschichte?

Im Jahre 1776 bildeten die Vereinigten Staaten keine Föderation, sondern eine Konföderation bis dahin voneinander unabhängiger Kolonien oder Staaten. Das heißt, es bestanden voneinander unabhängige Kolonien, dann aber schlossen die Kolonien zum Schutz der gemeinsamen Interessen, hauptsächlich gegen äußere Feinde, untereinander einen Bund (eine Konföderation), ohne aufzuhören, durchaus unabhängige staatliche Einheiten zu sein. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgt ein Umschwung im politischen Leben des Landes: Die Nordstaaten verlangen eine fester gefügte politische Annäherung der Staaten gegen den Willen der Südstaaten, die gegen den „Zentralismus“ protestieren und für die alte Ordnung eintreten. Es entbrennt ein „Bürgerkrieg“, mit dem Ergebnis, dass die Nordstaaten die Oberhand gewinnen. In Amerika wird eine Föderation hergestellt, das heißt ein Bund souveräner Staaten, die die Macht mit der föderalen (zentralen) Regierung teilen. Aber dieser Zustand dauert nicht lange. Die Föderation erweist sich als eine ebensolche Übergangsmaßnahme wie die Konföderation. Der Kampf zwischen den Staaten und der Zentralregierung nimmt kein Ende, die Doppelherrschaft wird untragbar, und im Ergebnis der weiteren Evolution verwandeln sich die Vereinigten Staaten aus einer Föderation in einen unitarischen (verschmolzenen) Staat mit einheitlichen Verfassungsnormen, mit einer beschränkten (keiner staatlichen, sondern einer administrativ-politischen) Autonomie der Staaten, wie diese Normen sie zulassen. Die Bezeichnung „Föderation“ wird in Anwendung auf die Vereinigten Staaten zu einem leeren Schall, zu einem Überbleibsel der Vergangenheit, das schon lange nicht mehr der wirklichen Sachlage entspricht.

Das Gleiche muss über die Schweiz und über Kanada gesagt werden, auf die sich der Verfasser des erwähnten Artikelchens ebenfalls beruft. Die gleichen unabhängigen Staaten (Kantone) zu Beginn der Geschichte, der gleiche Kampf für ihren festeren Zusammenschluss (der Krieg gegen den Sonderbund^[8] in der Schweiz, der Kampf zwischen Engländern und Franzosen in Kanada), die gleiche spätere Verwandlung der Föderation in einen Unitarstaat.

Was besagen nun alle diese Tatsachen?

Sie besagen nur, dass in Amerika ebenso wie in Kanada und in der Schweiz die Entwicklung von unabhängigen Gebieten über ihre Föderation zum Unitarstaat ging, dass die Entwicklungstendenz nicht für die Föderation, sondern gegen sie ist. Die Föderation ist eine Übergangsform.

Und das ist kein Zufall. Denn die Entwicklung des Kapitalismus in seinen höheren Formen und die mit ihr zusammenhängende Erweiterung des Rahmens des Wirtschaftsgebiets mit ihren zentralisierenden Tendenzen erheischen nicht eine föderale, sondern eine unitarische Form des staatlichen Lebens.

Wir müssen dieser Tendenz unbedingt Rechnung tragen, vorausgesetzt natürlich, dass wir nicht beabsichtigen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Daraus folgt aber, dass es unvernünftig ist, für Rußland eine Föderation anzustreben, die vom Leben selbst zum Verschwinden verurteilt ist.

Das „Djelo Naroda“ schlägt vor, in Rußland das Experiment der Vereinigten Staaten von 1776 anzustellen. Aber besteht auch nur eine entfernte Analogie zwischen den Vereinigten Staaten des Jahres 1776 und dem Rußland unserer Tage?

Damals waren die Vereinigten Staaten eine Gruppe voneinander unabhängiger Kolonien, die nicht miteinander verbunden waren und sich zumindest konföderativ zu binden wünschten. Und dieser ihr Wunsch war durchaus begreiflich. Stellt das heutige Rußland irgendetwas Ähnliches dar? Natürlich nicht! Jedermann ist sich darüber klar, dass die Gebiete Rußlands (die Randgebiete) mit Zentralrußland durch ökonomische und politische Bande verknüpft sind, und je demokratischer Rußland ist, desto fester werden diese Bande sein.

Ferner. Um in Amerika eine Konföderation oder eine Föderation herzustellen, musste man die noch nicht miteinander verbundenen Kolonien vereinigen. Und dies lag im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Vereinigten Staaten. Um aber Rußland zu einer Föderation zu machen, müsste man die bereits bestehenden ökonomischen und politischen Bande, die die Gebiete untereinander verbinden, zerreißen, was absolut unvernünftig und reaktionär wäre.

Schließlich gliedert sich Amerika (ebenso wie Kanada und die Schweiz) nicht nach dem nationalen, sondern nach dem geographischen Merkmal in Staaten (Kantone). Die Staaten haben sich dort aus Siedlungsgemeinden, unabhängig von ihrer nationalen Zusammensetzung, entwickelt. In den Vereinigten Staaten gibt es mehrere Dutzend Staaten, während es nur sieben oder acht nationale Gruppen gibt. In der Schweiz bestehen 25 Kantone (Gebiete), während nur drei nationale Gruppen bestehen. Anders in Rußland. Was man in Rußland Gebiete zu nennen pflegt, die, sagen wir, einer Autonomie bedürfen (die Ukraine, Transkaukasien, Sibirien, Turkestan und andere), sind nicht einfache geographische Gebiete, wie der Ural oder das Wolgagebiet, sondern bestimmte Teile Rußlands mit bestimmter Lebensweise und (nichtrussischer) nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung. Eben aus diesem Grunde ist die Autonomie (oder Föderation) der Staaten in Amerika oder in der Schweiz nicht nur keine Lösung der nationalen Frage (sie verfolgt ein solches Ziel auch gar nicht!), sondern sie wirft diese Frage nicht einmal auf. Indessen wird die Autonomie (oder Föderation) der Gebiete Rußlands ja eigentlich deshalb vorgeschlagen, damit die nationale Frage in Rußland aufgeworfen und gelöst werden könne, denn der Teilung Rußlands in Gebiete liegt das nationale Merkmal zugrunde.

Ist es nicht klar, dass die Analogie zwischen den Vereinigten Staaten des Jahres 1776 und dem Rußland unserer Tage künstlich und widersinnig ist?

Ist es nicht klar, dass der Föderalismus in Rußland die nationale Frage nicht löst und nicht lösen kann, dass er sie durch seine donquichottischen Bemühungen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, nur verwirrt und kompliziert?

Nein, der Vorschlag, in Rußland das Experiment Amerikas von 1776 anzustellen, ist gänzlich unbrauchbar. Eine nichts Halbes und nichts Ganzes darstellende Übergangsform - die Föderation - befriedigt die Interessen der Demokratie nicht und kann sie auch nicht befriedigen.

Die Lösung der nationalen Frage muss ebenso lebensverbunden wie radikal und endgültig sein, sie muss daher enthalten:

1. das Recht auf Lostrennung für die bestimmte Gebiete Rußlands bewohnenden Nationen, die nicht im Rahmen eines Ganzen bleiben können und wollen;
 2. die politische Autonomie im Rahmen eines einheitlichen (verschmolzenen) Staates mit einheitlichen Verfassungsnormen für die Gebiete, die durch eine bestimmte nationale Zusammensetzung gekennzeichnet sind und im Rahmen des Ganzen verbleiben.
- So und nur so muss die Frage der Gebiete in Rußland gelöst werden.*

„Prawda“ Nr. 19,
28. März 1917.
Unterschrift: K. Stalin.

*Anmerkung des Verfassers

Der vorliegende Artikel spiegelt die damals in unserer Partei herrschende negative Einstellung zum föderativen Aufbau des Staates wider. Diese negative Einstellung zum staatlichen Föderalismus fand ihren schärfsten Ausdruck in Lenins bekanntem Brief an Schaumian vom November 1913. In diesem Brief schrieb Lenin: „Wir sind für den demokratischen Zentralismus, unbedingt. Wir sind gegen die Föderation... Wir sind im Prinzip gegen die Föderation -- sie schwächt die ökonomische Bindung, sie ist ein untauglicher Typus für einen Staat. Du willst dich lostrennen? Scher dich zum Teufel, falls du die ökonomische Bindung zerreißen kannst, oder richtiger, wenn das Joch und die Reibungen des ‚Zusammenlebens‘ so sind, dass sie die ökonomische Bindung beeinträchtigen und auflösen. Du willst dich nicht lostrennen? Dann entschuldige bitte, entscheide nicht für mich, glaube nicht, du hättest ein ‚Recht‘ auf Föderation“ (siehe 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 453, russ.). Charakteristisch ist, dass in der Resolution zur nationalen Frage, die von der Aprilkonferenz der Partei im Jahre 1917^[9] angenommen wurde, die Frage des föderativen Staatsaufbaus überhaupt nicht berührt wurde. In der Resolution wird vom Recht der Nationen auf Lostrennung gesprochen, von der Autonomie der nationalen Gebiete im Rahmen eines einheitlichen (unitarischen) Staates und schließlich vom Erlass eines Grundgesetzes gegen alle wie immer gearteten nationalen Privilegien, es wird jedoch kein einziges Wort über die Zulässigkeit eines föderativen Staatsaufbaus gesagt.

In Lenins Buch „Staat und Revolution“ (August 1917) macht die Partei, in der Person Lenins, den ersten ernstlichen Schritt zur Anerkennung der Zulässigkeit einer Föderation als Übergangsform „zur zentralistischen Republik“, wobei sie diese Anerkennung übrigens mit einer Reihe ernstlicher Vorbehalte begleitet.

„Engels, wie auch Marx“, sagt Lenin in diesem Buch, „verficht vom Standpunkt des Proletariats und der proletarischen Revolution aus den demokratischen Zentralismus, die einheitliche und unteilbare Republik. Die föderative Republik betrachtet er entweder als Ausnahmefall und als Hindernis der Entwicklung oder als Übergang von der Monarchie zur zentralistischen Republik, unter bestimmten besonderen Verhältnissen als einen ‚Schritt vorwärts‘. Und unter diesen besonderen Verhältnissen rückt die nationale Frage in den Vordergrund ... Selbst in England, wo sowohl die geographischen Bedingungen als auch die Gemeinsamkeit der Sprache und die Geschichte vieler Jahrhunderte die nationale Frage in den einzelnen kleinen Teilen Englands ‚erledigt‘ zu haben scheinen, selbst hier trägt Engels der klaren Tatsache Rechnung, dass die nationale Frage sich noch nicht überlebt hat, und erblickt darum in der föderativen Republik einen ‚Schritt vorwärts‘. Selbstverständlich ist hier auch nicht der geringste Verzicht auf eine Kritik an den Mängeln der föderativen Republik, auf die entschiedenste Propaganda und den Kampf für eine einheitliche, zentralistisch-demokratische

Republik zu finden“ (siehe 4. Ausgabe, Bd. 25, 5.418/419 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, Moskau 1947, S.212/213]).

Erst nach der Oktoberumwälzung bezieht die Partei fest und bestimmt den Standpunkt der staatlichen Föderation und vertritt ihn als ihren eigenen Plan des staatlichen Aufbaus der Sowjetrepubliken für die Zeit der Übergangsperiode. Zum ersten Mal erhielt dieser Standpunkt seinen Ausdruck in der bekannten „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ vom Januar 1918, die von Lenin geschrieben und vom Zentralkomitee der Partei gebilligt wurde. In dieser Deklaration heißt es: „Die Sowjetrepublik Rußland wird auf Grund eines freien Bundes freier Nationen, als Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet“ (siehe 4. Ausgabe, Bd. 26, S. 385 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 299]).

Offiziell bestätigt wurde dieser Standpunkt von der Partei auf ihrem VIII. Parteitag (1919)^[10]. Auf diesem Parteitag wurde bekanntlich das Programm der KPR angenommen. In diesem Programm heißt es: „Die Partei tritt für die föderative Vereinigung von Staaten, die nach dem Sowjettypus organisiert sind, als eine der Übergangsformen auf dem Wege zur vollen Einheit ein“ (siehe „Programm der KPR“).

Das ist der Weg, den die Partei von der Ablehnung der Föderation bis zu ihrer Anerkennung als der „Form des Übergangs der Werktätigen verschiedener Nationen zur völligen Einheit“ zurückgelegt hat (siehe die vom II. Kongress der Komintern angenommenen „Thesen zur nationalen Frage“^[11]).

Diese Evolution der Auffassungen unserer Partei über die Frage der staatlichen Föderation ist durch drei Ursachen zu erklären.

Erstens dadurch, dass sich eine ganze Anzahl Nationalitäten Rußlands zur Zeit der Oktoberumwälzung praktisch in einem Zustand befanden, wo sie völlig losgetrennt und voneinander völlig losgerissen waren, so dass sich die Föderation als ein Schritt vorwärts erwies von der Zerrissenheit der werktätigen Massen dieser Nationalitäten zu ihrer gegenseitigen Annäherung, zu ihrem Zusammenschluss.

Zweitens dadurch, dass die Formen der Föderation selbst, die sich im Laufe des Sowjetaufbaus herausbildeten, bei weitem nicht so sehr den Zielen ökonomischer Annäherung der werktätigen Massen der Nationalitäten Rußlands widersprachen, wie das früher scheinen konnte, oder diesen Zielen sogar, wie die Praxis später gezeigt hat, überhaupt nicht widersprachen.

Drittens dadurch, dass die nationale Bewegung sich als bedeutend gewichtiger und der Weg zum Zusammenschluss der Nationen als bedeutend komplizierter erwiesen haben, als es früher, in der Periode vor dem Kriege oder in der Periode vor der Oktoberrevolution, scheinen konnte.

Dezember 1924.

J. St.

ZWEI RESOLUTIONEN

Zwei Resolutionen. Die erste stammt vom Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die zweite stammt von den Arbeitern (400 Mann) der Maschinenabteilung der Russisch-Baltischen Waggonwerke.

Die erste ist für die Unterstützung der so genannten „Freiheitsanleihe“. Die zweite ist dagegen. Die erste stimmt der „Freiheitsanleihe“ als solcher, als einer Anleihe zugunsten der Freiheit, kritiklos zu.

Die zweite definiert die „Freiheitsanleihe“ als eine Anleihe gegen die Freiheit, denn sie „wird zum Zwecke der Fortsetzung des brudermörderischen Gemetzels aufgelegt, das nur für die imperialistische Bourgeoisie vorteilhaft ist“.

Die erste spiegelt die Zweifel von Menschen wider, die den Kopf verloren haben: Wie soll es denn mit der Versorgung der Armee werden, wird denn die Versorgung der Armee nicht gefährdet, wenn man der Anleihe die Unterstützung versagt?

Die zweite kennt keine solchen Zweifel, denn sie sieht einen Ausweg: Sie „erkennt an, dass die Versorgung der Armee mit allem Notwendigen Geldmittel erfordert, und verweist den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten darauf, dass diese Gelder aus der Tasche der Bourgeoisie genommen werden müssen, die dieses Gemetzel angefangen hat und es fortsetzt und aus diesem Blutrausch Millionenprofite herausschlägt“.

Die Verfasser der ersten Resolution werden wohl zufrieden sein, haben sie doch „ihre Pflicht getan“.

Die Verfasser der zweiten Resolution protestieren, da sie der Meinung sind, dass die ersteren durch eine solche Einstellung zur Sache des Proletariats „die Internationale verraten“.

Damit haben sie den Nagel auf den Kopf getroffen!

Für und gegen die „Freiheitsanleihe“, die gegen die Freiheit gerichtet ist.

Wer hat Recht? Entscheidet, Genossen Arbeiter.

*„Prawda“ „Nr. 29,
11. April 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

DEN BODEN DEN BAUERN

Die Bauern des Gouvernements Rjasan haben sich an den Minister Schingarjow mit der Erklärung gewandt, dass sie den Boden, den die Gutsbesitzer brachliegen lassen, bestellen werden, selbst wenn die Gutsbesitzer ihre Zustimmung dazu verweigern. Die Bauern erklären, die Sabotage der Aussaat durch die Gutsbesitzer sei verhängnisvoll, und die sofortige Bestellung der vernachlässigten Ländereien sei das einzige Mittel, um nicht nur für die Bevölkerung im Hinterland, sondern auch für die Armee an der Front Brot zu sichern.

Als Antwort darauf verbietet Minister Schingarjow (siehe sein Telegramm^[12]) den Bauern ganz entschieden die Bestellung des Bodens auf eigene Faust, bezeichnet diese als „Eigenmächtigkeit“ und empfiehlt den Bauern, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung abzuwarten: diese werde schon alles entscheiden.

Da jedoch unbekannt ist, wann die Konstituierende Versammlung einberufen wird, weil die Einberufung der Konstituierenden Versammlung von der Provisorischen Regierung, deren Mitglied Herr Schingarjow ist, hinausgezögert wird, so ergibt sich, dass in Wirklichkeit der Boden un bebaut bleiben soll, die Gutsbesitzer auf ihrem Boden, die Bauern ohne Boden und Rußland, die Arbeiter, Bauern und Soldaten ohne genügend Brot bleiben werden.

Dies alles, damit den Gutsbesitzern kein Leid widerfährt, selbst wenn Rußland in die Krallen des Hungers gerät.

Das ist die Antwort der Provisorischen Regierung, deren Mitglied Minister Schingarjow ist.

Uns wundert eine derartige Antwort nicht. Anders kann die Regierung der Fabrikanten und Gutsbesitzer die Bauern ja gar nicht behandeln: Was kümmern sie die Bauern, wenn es nur den Gutsbesitzern gut geht!

Wir fordern darum die Bauern, die gesamte Dorfarmut in ganz Rußland auf, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und sie vorwärts zutreiben.

Wir rufen sie auf, sich zu revolutionären Bauernkomitees zu organisieren (Amtsbezirks-, Kreiskomitees usw.), durch sie von den Ländereien der Gutsherren Besitz zu ergreifen und sie eigenmächtig in organisierter Weise zu bearbeiten.

Wir rufen sie auf, dies unverzüglich zu tun, ohne die Konstituierende Versammlung abzuwarten, ohne sich um die reaktionären Verbote der Minister zu kümmern, mit denen man den Gang der Revolution aufhalten will.

Man sagt uns, die sofortige Besitzergreifung der Ländereien der Gutsbesitzer untergrabe die „Einheit“ der Revolution, da sie die „fortschrittlichen Schichten“ der Gesellschaft von ihr abspalte.

Es wäre jedoch naiv zu glauben, man könne die Revolution vorwärts treiben, ohne sich mit den Fabrikanten und Gutsbesitzern zu überwerfen.

Haben die Arbeiter mit der Einführung des Achtstundentags etwa nicht die Fabrikanten samt ihrem Anhang von der Revolution „abgespalten“? Wer wird zu behaupten wagen, es sei ein Verlust für die Revolution, dass sie die Lage der Arbeiter erleichtert und den Arbeitstag verkürzt hat?

Die eigenmächtige Bestellung der Gutsländereien und ihre Besitzergreifung durch die Bauern wird - das ist nicht zu bezweifeln - die Gutsbesitzer mit ihrem Anhang von der Revolution „abspalten“. Allein wer wird zu behaupten wagen, wir schwächen die Kräfte der Revolution, wenn wir die Millionenmassen der armen Bauern um sie scharen?

Wer den Gang der Revolution beeinflussen will, muss sich ein für allemal darüber klar werden,

1. dass die Hauptkräfte unserer Revolution die Arbeiter und armen Bauern sind, die der Krieg in den Soldatenrock gesteckt hat;
2. dass sich in dem Maße, wie sich die Revolution vertieft und erweitert, die so genannten „fortschrittlichen Elemente“ - fortschrittlich in Worten, reaktionär in der Tat - unvermeidlich von der Revolution „abspalten“ werden.

Es wäre eine reaktionäre Utopie, diesen wohltuenden Prozess, durch den die Revolution von den unnötigen „Elementen“ gesäubert wird, aufhalten zu wollen.

Die Politik des Abwartens und des Hinausschiebens bis zur Konstituierenden Versammlung, die Politik des „zeitweiligen“ Verzichts auf die Konfiskation, wie sie von den Volkstümlern, den Trudowiki und den Menschewiki empfohlen wird, die Politik des Lavierens zwischen den Klassen (um ja niemandem Unrecht zu tun!) und des schmachvollen Auf-der-Stelle-Tretens - das ist nicht die Politik des revolutionären Proletariats.

Der Siegeszug der russischen Revolution wird diese Politik als überflüssigen Plunder hinwegfegen, der nur den Feinden der Revolution genehm und von Vorteil ist.

„Prawda“ Nr. 32,

14. April 1917.

Leitartikel.

Unterschrift: K. Stalin.

DER 1. MAI

Es sind bald drei Jahre vergangen, seitdem die raubgierige Bourgeoisie der kriegführenden Länder die Welt in ein blutiges Gemetzel gestürzt hat.

Es sind bald drei Jahre vergangen, seitdem die Arbeiter aller Länder, gestern noch leibliche Brüder, heute aber in den Soldatenrock gesteckt, einander als Feinde gegenüberstehen, einander verstümmeln und töten - zur Genugtuung der Feinde des Proletariats.

Massenhafte Vernichtung der lebendigen Kräfte der Völker, massenhafter Ruin und Elend, Trümmer einstmals blühender Städte und Dörfer, massenhafte Hungersnot und Verwilderung - dies alles, damit ein Häuflein gekrönter und ungekrönter Räuber fremde Gebiete plündere und schwindelerregende Millionengewinne zusammenraffe - dahin führt der jetzige Krieg.

Die Welt beginnt in der eisernen Umklammerung des Krieges zu verröcheln...

Die Völker Europas sind am Ersticken, und sie erheben bereits das Haupt gegen die kriegslustige Bourgeoisie.

Die russische Revolution schlägt als erste eine Bresche in die Mauer, die die Arbeiter voneinander trennt. Im Augenblick des allgemeinen „patriotischen“ Taumels proklamieren die russischen Arbeiter als erste die in Vergessenheit geratene Losung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Unter dein Donnergrollen der russischen Revolution erheben sich auch die Arbeiter des Westens aus ihrem Schlaf. Streiks und Demonstrationen in Deutschland, Manifestationen in Österreich und Bulgarien, Streiks und Kundgebungen in den neutralen Ländern, eine immer stärker werdende Gärung in England und Frankreich, Massenverbrüderung an den Fronten - das sind die ersten Schwalben der anwachsenden sozialistischen Revolution.

Und unser heutiger Festtag, der Festtag des 1. Mai - ist er etwa kein Anzeichen dafür, dass in den Strömen von Blut neue Bande der Brüderlichkeit zwischen den Völkern geschmiedet werden?

Den kapitalistischen Räubern brennt der Boden unter den Füßen, denn von neuem steigt über Europa das rote Banner der Internationale empor.

So möge der heutige Tag, der 1. Mai, an dem hunderttausende Arbeiter Petrograds den Arbeitern der ganzen Welt brüderlich die Hand entgegenstrecken, als Unterpfand für die Geburt einer neuen, revolutionären Internationale dienen!

Möge die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, die heute auf den Plätzen Petrograds erklang, die Welt durchfliegen und die Arbeiter aller Länder im Kampf für den Sozialismus vereinigen!

Über die Köpfe der kapitalistischen Räuber hinweg, über die Köpfe ihrer räuberischen Regierungen hinweg reichen wir den Arbeitern aller Länder die Hand und rufen:

Es lebe der 1. Mai!

Es lebe die Brüderlichkeit der Völker!

Es lebe die sozialistische Revolution!

„Prawda“ Nr. 35,

18. April 1917.

Artikel ohne Unterschrift.

ÜBER DIE PROVISORISCHE REGIERUNG

Rede auf einer Kundgebung im Stadtteil Wassilewski-Ostrow
18. April (1. Mai) 1917

Im Verlauf der Revolution sind im Lande zwei Gewalten entstanden: die von der Duma des 3. Juni gewählte Provisorische Regierung und der von den Arbeitern und Soldaten gewählte Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Die Beziehungen zwischen diesen beiden Gewalten verschärfen sich immer mehr, die frühere Zusammenarbeit zwischen ihnen schwindet dahin, und es wäre ein Verbrechen, wollten wir diese Tatsache vertuschen.

Die Bourgeoisie hat als erste die Frage der Doppelherrschaft aufgeworfen, sie hat als erste die Alternative gestellt: Entweder die Provisorische Regierung oder der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Es wäre unwürdig, wollten wir uns vor der Antwort auf die klar gestellte Frage drücken. Die Arbeiter und Soldaten müssen klar und eindeutig sagen: Wen sehen sie als ihre Regierung an, die Provisorische Regierung oder den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten?

Man spricht vom Vertrauen zur Provisorischen Regierung, von der Notwendigkeit eines solchen Vertrauens. Aber wie kann man einer Regierung vertrauen, die selber dem Volk im Wichtigsten und Grundlegendsten kein Vertrauen schenkt? Wir haben heute Krieg, Krieg auf Grund der Verträge mit England und Frankreich, die der Zar hinter dem Rücken des Volkes geschlossen und die die Provisorische Regierung ohne die Zustimmung des Volkes sanktioniert hat. Das Volk hat ein Recht darauf, den Inhalt dieser Verträge zu kennen, die Arbeiter und Soldaten haben ein Recht darauf, zu wissen, wofür Blut vergossen wird. Womit hat die Provisorische Regierung auf die von den Arbeitern und Soldaten erhobene Forderung, die Verträge zu veröffentlichen, geantwortet? Mit der Erklärung, dass die Verträge in Kraft bleiben.

Die Verträge aber hat sie nicht veröffentlicht, und sie denkt auch gar nicht daran, sie zu veröffentlichen!

Ist es nicht klar, dass die Provisorische Regierung dem Volk die wahren Kriegsziele verheimlicht und dadurch zeigt, dass sie beharrlich dem Volk misstraut? Wie können die Arbeiter und Bauern der Provisorischen Regierung vertrauen, die ihnen selber im Wichtigsten und Grundlegendsten kein Vertrauen schenkt?

Man spricht von einer Unterstützung der Provisorischen Regierung, von der Notwendigkeit einer solchen Unterstützung. Aber man urteile selbst: Kann man in einer revolutionären Epoche eine Regierung unterstützen, die vorn ersten Tage ihres Bestehens an die Revolution bremst? Bisher war es so, dass die revolutionäre Initiative und die demokratischen Maßnahmen vom Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und nur von ihm ausgingen. Die Provisorische Regierung hat erst später, unwillig und widerstrebend, dem Sowjet zugestimmt, und auch das nur zum Teil und nur in Worten, während sie in der Praxis Hindernisse bereitet. So verhält es sich bis auf den heutigen Tag. Wie aber kann man mitten in der Revolution eine Regierung unterstützen, die der Revolution Hindernisse in den Weg legt und sie zurückzerrt? Sollte man nicht lieber verlangen, dass die Provisorische Regierung dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten bei der weiteren Demokratisierung des Landes keine Hindernisse bereitet?

Die konterrevolutionären Kräfte im Lande machen mobil. Man agitiert in der Armee. Man agitiert unter den Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum. Die konterrevolutionäre Agitation ist vor allem gegen den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gerichtet. Sie verschanzt sich hinter dem Namen der Provisorischen Regierung. Die Provisorische Regierung aber leistet unverkennbar den Ausfällen gegen den Sowjet der Arbeiter- und

Soldatendeputierten Vorschub. Wofür, fragt man sich, soll man denn die Provisorische Regierung unterstützen?

Doch nicht etwa dafür, dass sie der konterrevolutionären Agitation Vorschub leistet?!

In ganz Rußland hat eine Agrarbewegung begonnen. Die Bauern sind bestrebt, die Ländereien, die die Gutsbesitzer brachliegen lassen, eigenmächtig zu bestellen. Wird diese Bestellung nicht vorgenommen, so kann das Land an den Rand der Hungersnot geraten. Um den Bauern entgegen zukommen, hat die Allrussische Beratung der Sowjets^[13] beschlossen, die auf Konfiskation der Gutsländereien gerichtete Bewegung der Bauern „zu unterstützen“. Was aber tut jetzt die Provisorische Regierung? Sie erklärt, die Bauernbewegung sei eine „Eigenmächtigkeit“, sie verbietet den Bauern, die Gutsländereien zu bestellen, sie erteilt ihren Kommissaren die „entsprechenden“ Anweisungen (siehe „Rjetsch“ vom 17. April). Wofür, fragt man sich, soll man die Provisorische Regierung unterstützen? Doch nicht etwa dafür, dass sie der Bauernschaft den Krieg erklärt?

Man sagt, das Misstrauen zur Provisorischen Regierung werde die Einheit der Revolution untergraben und die Kapitalisten und Gutsbesitzer von ihr abstoßen. Wer aber wird sich erdreisten zu sagen, dass die Kapitalisten und Gutsbesitzer die Revolution der Volksmassen tatsächlich unterstützen oder unterstützen können?

Hat denn der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten mit der Einführung des Achtstundentags nicht die Kapitalisten von sich abgestoßen, die breiten Massen der Arbeiter aber um die Revolution geschart? Wer wird sich erdreisten zu behaupten, die zweifelhafte Freundschaft eines Häufleins von Fabrikanten sei für die Revolution wertvoller als die wirkliche, durch Blut besiegelte Freundschaft von Millionen Arbeitern?

Oder weiter: Hat denn die Allrussische Beratung der Sowjets mit ihrem Beschluss, die Bauern zu unterstützen, nicht die Gutsherren von sich abgestoßen, die Bauernmassen aber mit der Revolution verbunden? Wer wird sich erdreisten zu sagen, die zweifelhafte Freundschaft eines Häufleins von Gutsherren sei für die Revolution wertvoller als die wirkliche Freundschaft der vielen Millionen armer Bauern, die jetzt in den Soldatenrock gesteckt sind?

Die Revolution kann es nicht jedermann recht machen. Sie befriedigt stets auf der einen Seite die werktätigen Massen und schlägt auf der anderen Seite die versteckten und offenen Feinde dieser Massen.

Darum gilt es hier zu wählen: Entweder gemeinsam mit den Arbeitern und den armen Bauern für die Revolution, oder gemeinsam mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern gegen die Revolution.

Wen also werden wir unterstützen?

Wen können wir als unsere Regierung ansehen: den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten oder die Provisorische Regierung?

Es ist klar, dass die Arbeiter und Soldaten nur den von ihnen gewählten Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten unterstützen können.

*„Soldatskaja Prawda“
(Soldaten-Prawda) Nr. 6
25. April 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

ÜBER DIE BERATUNG IM MARIENPALAST

Die bürgerliche Presse hat bereits eine Meldung über die Beratung zwischen dem Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und der Provisorischen Regierung gebracht. Diese Meldung ist im Allgemeinen nicht ... genau, teilweise enthält sie direkte Tatsacheneinstellungen, so dass der Leser irreführt wird. Wir sprechen schon gar nicht von der besonderen, der bürgerlichen Presse eigenen Beleuchtung der Tatsachen. Es ist daher notwendig, ein wahrheitsgetreues Bild der Beratung zu rekonstruieren.

Die Beratung verfolgte das Ziel, im Zusammenhang mit der Note des Ministers Miljukow^[14], die zur Verschärfung des Konflikts geführt hat, das Verhältnis zwischen der Provisorischen Regierung und dem Exekutivkomitee zu klären.

Eröffnet wurde die Konferenz vom Ministerpräsidenten Lwow. Seine Eröffnungsrede lief auf folgende Behauptungen hinaus: Im Lande herrschte bis in die letzte Zeit hinein Vertrauen zur Provisorischen Regierung, und die Dinge entwickelten sich zufrieden stellend. Jetzt aber ist das Vertrauen irgendwie geschwunden, es macht sich sogar Widerstand bemerkbar. Das wird besonders in den letzten zwei Wochen fühlbar, seitdem die jedermann bekannten sozialistischen Kreise einen Pressefeldzug gegen die Provisorische Regierung eröffnet haben. So kann es nicht mehr weitergehen. Wir brauchen die entschiedene Unterstützung des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Sonst treten wir ab.

Des weiteren folgen „Berichte“ der Minister (für Kriegswesen, Landwirtschaft, Verkehr, Finanzen, auswärtige Angelegenheiten), wobei Gutschkow, Schingarjow und Miljukow besonders eindeutig auftreten. Die Reden der übrigen Minister geben lediglich die Schlussfolgerungen der ersteren wieder.

Die Rede des Ministers Gutschkow läuft auf eine Begründung der bekannten imperialistischen Auffassung von unserer Revolution hinaus, wonach die Revolution in Rußland als ein Mittel zu betrachten sei, um den „Krieg bis zum Ende“ zu führen. Ich war davon überzeugt, sagte er, dass die Umwälzung in Rußland notwendig war, um eine Niederlage zu vermeiden. Ich wünschte, die Revolution würde einen neuen Siegesfaktor bilden, und ich hoffte, dass sie ihn bilden wird. Vaterlandsverteidigung im weitesten Sinne des Wortes, Vaterlandsverteidigung nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft - das ist unser Ziel. Während der letzten Wochen hat sich jedoch vieles verschlechtert ... „Das Vaterland ist in Gefahr“ ... Der Hauptgrund dafür ist „die Flut pazifistischer Ideen“, die von gewissen sozialistischen Kreisen propagiert werden. Der Minister lässt durchblicken, dass diese Propaganda gezügelt und die Disziplin wiederhergestellt werden müssten, wozu es der Hilfe des Exekutivkomitees bedürfe...

Der Minister Schingarjow entwirft ein Bild der Ernährungskrise in Rußland... Die Hauptfrage ist nicht die Note und nicht die Außenpolitik, sondern das Getreide: Wenn wir mit dem Getreideproblem nicht fertig werden, so werden wir mit nichts fertig werden. Zur Verschärfung der Ernährungskrise tragen die verschlammten Straßen und noch eine Reihe anderer vorübergehender Erscheinungen nicht wenig bei. Die Hauptursache sieht Schingarjow jedoch in der „traurigen Erscheinung“, dass die Bauern „angefangen haben, sich mit der Bodenfrage zu befassen“, dass sie die Gutsbesitzerländereien eigenmächtig bestellen, die Kriegsgefangenen von den Gütern wegschicken und sich überhaupt agrarischen „Illusionen“ hingeben. Diese nach Schingarjow Auffassung schädliche Bewegung der Bauern werde durch die Agitation der „Leninisten“ für die Konfiskation des Bodens, durch die „partei fanatische Verblendung“ dieser Leute „geschürt“. Mit der „schädlichen Agitation aus dem Kzesinska-Palais“^[15], diesem „Giftherd“, müsse Schluss gemacht werden... Es könne nur eins geben: entweder die bestehende, Vertrauen genießende Provisorische Regierung - dann müsse mit den agrarischen „Exzessen“ Schluss gemacht werden -, oder aber irgendeine andere Regierung.

Miljukow. Die Note bringt nicht meine persönliche Auffassung zum Ausdruck, sondern die Auffassung der gesamten Provisorischen Regierung. Die Frage der auswärtigen Politik läuft auf die Frage der Bereitschaft, unseren Verpflichtungen den Alliierten gegenüber nachzukommen, hinaus. Wir sind an die Alliierten gebunden.. . Man wertet uns überhaupt nur als eine für bestimmte Ziele geeignete oder ungeeignete Kraft. Man braucht sich nur schwach zu zeigen, und sofort verschlechtern sich die Beziehungen ... Der Verzicht auf Annexionen birgt daher Gefahren in sich... Wir brauchen euer Vertrauen, schenkt es uns, dann wird in der Armee Begeisterung herrschen, dann wird uns eine Offensive im Interesse der einheitlichen Front gelingen, dann werden wir den Deutschen zu Leibe rücken und sie von den Franzosen und Engländern ablenken. Das erheischen unsere Pflichten gegenüber den Verbündeten. Sie sehen also, schloss Miljukow, dass angesichts einer solchen Sachlage, angesichts unseres Wunsches, das Vertrauen der Alliierten zu uns nicht zu gefährden, die Note nicht anders sein konnte, als sie ist.

So liefen denn die langen Reden der Minister auf einige kurze Behauptungen hinaus: das Land mache eine schwere Krise durch, die Ursachen der Krise lägen in der revolutionären Bewegung, der Ausweg aus der Krise sei die Zügelung der Revolution und die Fortsetzung des Krieges.

Danach wäre es zur Rettung des Landes notwendig: 1. die Soldaten zu zügeln (Gutschkow), 2. die Bauern zu zügeln (Schingarjow), 3. die revolutionären Arbeiter zu zügeln, die der Provisorischen Regierung die Maske herunterreißen (alle Minister). Unterstützt uns bei diesem schwierigen Werk, helft uns, einen Angriffskrieg zu führen (Miljukow), und dann ist alles gut. Sonst treten wir ab.

So sprachen die Minister.

Es ist in höchstem Grade charakteristisch, dass diese erzimperialistischen und konterrevolutionären Reden der Minister bei Zereteli, dem Vertreter der Mehrheit des Exekutivkomitees, keinen Protest hervorriefen. Eingeschüchtert durch die bruske Fragestellung seitens der Minister, verlor Zereteli angesichts der Perspektive des Rücktritts der Minister den Kopf und begann sie in seiner Rede anzuflehen, sie möchten ein Zugeständnis machen, wozu es noch nicht zu spät sei, und eine „Erläuterung“^[16] der Note im erwünschten Sinne geben, wenn auch nur zum „internen Gebrauch“. „Die Demokratie“, sagte er, „wird mit dem Aufgebot ihrer ganzen Energie die Provisorische Regierung unterstützen“, wenn diese sich zu einem solchen eigentlich bloß aus Worten bestehenden Zugeständnis herbeilassen werde.

Der Wunsch, den Konflikt zwischen der Provisorischen Regierung und dem Exekutivkomitee zu verkleistern, die Bereitwilligkeit, Zugeständnisse zu machen, um nur ja das bestehende Abkommen zu retten - das ist der rote Faden, der sich durch Zeretelis Reden zieht.

In ganz entgegengesetztem Sinne sprach Kamenew. Wenn das Land sich am Rande des Abgrunds befindet, wenn es Wirtschafts-, Ernährungs- und andere Krisen durchmacht, so besteht der Ausweg aus der Lage nicht in der Fortsetzung des Krieges, die die Krise nur verschärft und die Früchte der Revolution nur verschlingen kann, sondern einzig und allein in der schleunigsten Liquidierung des Krieges. Die bestehende Provisorische Regierung ist allem Anschein nach nicht fähig, die Liquidierung des Krieges zu übernehmen, da sie einen „Krieg bis zum Ende“ anstrebt. Der Ausweg ist daher der Übergang der Macht in die Hände einer anderen Klasse, die fähig ist, das Land aus der Sackgasse herauszuführen...

Nach der Rede Kamenews vernahm man Rufe von den Ministersitzen: „Dann übernimmt doch die Macht.“

„Prawda“ Nr. 40,
25. April 1917.
Unterschrift: K. Stalin.

VII. KONFERENZ (APRILKONFERENZ) DER SDAPR (BOLSCHEWIKI)

24.-29. April 1917

1. REDE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER VON GENOSSEN LENIN EINGEBRACHTEN RESOLUTION ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE

24. April

Genossen! Was Bubnow beantragt, hat auch Genosse Lenin mit seiner Resolution im Auge. Genosse Lenin verwirft nicht Massenaktionen und Demonstrationen. Aber nicht darum handelt es sich jetzt. Die Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Frage der Kontrolle. Kontrolle setzt einen Kontrollierenden und einen zu Kontrollierenden sowie eine gewisse Verständigung zwischen dem Kontrollierenden und dem zu Kontrollierenden voraus. Es gab eine Kontrolle, es gab auch eine Verständigung. Was hat die Kontrolle ergeben? Nichts. Nach Miljukows Rede (am 19. April) hat sich besonders klar gezeigt, dass diese Kontrolle illusorisch ist.

Gutschkow sagt: „In meinen Augen ist die Revolution ein Mittel, um besser Krieg zu führen, machen wir eine kleine Revolution zur Erringung eines großen Sieges.“ Jetzt aber seien pazifistische Ideen in die Armee eingedrungen, und man könne keinen Krieg mehr führen. Und die Regierung sagt uns: „Macht der Propaganda gegen den Krieg ein Ende, sonst treten wir ab.“

Auch in der Agrarfrage kann die Regierung den Interessen der Bauern, den Interessen einer Besitzergreifung der Gutsländereien durch diese nicht entgegenkommen. Man sagt uns: „Helft uns, die Bauern zu zügeln, sonst treten wir ab.“

Miljukow sagt: „Die Einheit der Front muss gewahrt werden, wir müssen zur Offensive gegen den Feind übergehen, flößt den Soldaten Begeisterung ein, sonst treten wir ab.“

Und nach alledem schlägt man uns die Kontrolle vor. Das ist lächerlich! Anfangs wurde das Programm vom Deputiertensowjet aufgestellt, jetzt stellt es die Provisorische Regierung auf. Das Bündnis zwischen dem Sowjet und der Regierung, das am Tage nach der Krise (der Erklärung Miljukows) geschlossen wurde, bedeutet, dass sich der Sowjet in die Gefolgschaft der Regierung begeben hat. Die Regierung greift den Sowjet an. Der Sowjet weicht zurück. Danach von einer Kontrolle des Sowjets über die Regierung zu sprechen, heißt leeres Stroh dreschen. Ich beantrage daher, Bubnows Abänderungsvorschlag über die Kontrolle abzulehnen.

2.REFERAT ÜBER DIE NATIONALE FRAGE

29. April

Eigentlich müsste zur nationalen Frage ein ausführliches Referat gehalten werden, da aber die Zeit knapp ist, muss ich mein Referat kurz fassen.

Bevor ich mich dein Resolutionsentwurf zuwende, müssen einige Feststellungen vorausgeschickt werden.

Was ist nationale Unterdrückung? Nationale Unterdrückung ist jenes System der Ausbeutung und Ausplünderung der unterdrückten Völker, sind jene Maßnahmen zur gewaltsamen Beschränkung der Rechte der unterjochten Völkerschaften, die von den imperialistischen

Kreisen durchgeführt werden. Das alles zusammen ergibt das Bild der Politik, die man Politik der nationalen Unterdrückung zu nennen pflegt.

Erste Frage: Auf welche Klassen stützt sich diese oder jene Macht bei der Durchführung ihrer Politik der nationalen Unterdrückung? Um diese Frage zu entscheiden, muss man begreifen, weshalb es in verschiedenen Staaten verschiedene Formen der nationalen Unterdrückung gibt, weshalb die nationale Unterdrückung in dem einen Staate schwerer und brutaler ist als in dem anderen. In England und Österreich-Ungarn zum Beispiel hat die nationale Unterdrückung niemals pogromartigen Charakter angenommen, sie bestand aber in Form von Einschränkungen der nationalen Rechte der unterdrückten Völkerschaften. In Rußland hingegen nimmt sie häufig die Form von Pogromen und Massakern an. In manchen Staaten wiederum gibt es überhaupt keine speziellen Maßnahmen gegen die nationalen Minderheiten. So gibt es zum Beispiel keine nationale Unterdrückung in der Schweiz, wo Franzosen, Italiener und Deutsche frei nebeneinander leben.

Wodurch ist nun diese verschiedene Behandlung der Nationalitäten in den verschiedenen Staaten zu erklären?

Durch den verschiedenen Grad des Demokratismus dieser Staaten. In früheren Jahren, als an der Spitze der Staatsmacht in Rußland die alte Landaristokratie stand, konnte die nationale Unterdrückung die abscheulichsten Formen, die Formen von Massakern und Pogromen, annehmen und nahm sie auch tatsächlich an. In England, wo es einen gewissen Grad von Demokratismus und politischer Freiheit gibt, trägt die nationale Unterdrückung einen weniger brutalen Charakter. Was die Schweiz betrifft, so kommt sie einer demokratischen Gesellschaft nahe, und die Nationen genießen dort mehr oder weniger vollständige Freiheit. Mit einem Wort: Je demokratischer ein Land ist, desto schwächer ist die nationale Unterdrückung, und umgekehrt. Und da wir unter Demokratisierung verstehen, dass sich bestimmte Klassen an der Macht befinden, so lässt sich von diesem Gesichtspunkt aus behaupten: Je näher die alte Landaristokratie dem Staatsruder steht, wie dies im alten zaristischen Rußland der Fall war, um so stärker ist die Unterdrückung, um so abscheulicher sind ihre Formen.

Die nationale Unterdrückung wird jedoch nicht nur von der Landaristokratie aufrechterhalten. Neben ihr besteht noch eine andere Kraft - die imperialistischen Gruppen, die ihre in den Kolonien erlernten Methoden der Versklavung der Völkerschaften auch auf das eigene Land übertragen und somit zu natürlichen Bundesgenossen der Landaristokratie werden. Ihnen folgen das Kleinbürgertum, ein Teil der Intelligenz und ein Teil der Oberschicht der Arbeiterschaft, die ebenfalls an den Früchten der Ausplünderung teilhaben. So entsteht ein ganzer Chor von sozialen Kräften, die, mit der Land- und Finanzaristokratie an der Spitze, die nationale Unterdrückung aufrechterhalten. Um wirklich demokratische Zustände herbeizuführen, muss man vor allem den Boden säubern und diesen Chor von der politischen Bühne hinwegfegen. (Verliest den Wortlaut der Resolution.)

Erste Frage: Wie ist das politische Leben der unterdrückten Nationen zu gestalten? Diese Frage ist dahingehend zu beantworten, dass den zu Rußland gehörenden unterdrückten Völkern das Recht eingeräumt werden muss, die Frage selbst zu entscheiden, ob sie dem Russischen Staat weiter angehören oder sich als selbständige Staaten aussondern wollen. Wir sind gegenwärtig Zeugen eines konkreten Konflikts zwischen dem finnischen Volke und der Provisorischen Regierung. Die Vertreter des finnischen Volkes, die Vertreter der Sozialdemokratie fordern von der Provisorischen Regierung die Rückgabe der Rechte an das finnische Volk, die es vor der Angliederung an Rußland genoss. Die Provisorische Regierung lehnt dies ab und erkennt damit das finnische Volk nicht als souverän an. Auf wessen Seite müssen wir uns stellen? Offenbar auf die Seite des finnischen Volkes, denn es ist undenkbar, dass wir uns mit dem gewaltsamen Festhalten irgendeines Volkes im Rahmen eines einheitlichen Staates einverstanden erklären. Durch die Aufstellung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker heben wir den Kampf gegen die nationale Unterdrückung auf das Niveau des Kampfes gegen den Imperialismus, unseren gemeinsamen

Feind. Tun wir das nicht, so können wir in die Lage von Leuten geraten, die Wasser auf die Mühle der Imperialisten leiten. Wollten wir Sozialdemokraten dem finnischen Volk das Recht verweigern, seinen Willen zur Lostrennung kundzugeben, wollten wir ihm das Recht verweigern, diesen Willen durchzusetzen, so gerieten wir damit in die Lage von Leuten, die die vorn Zarismus betriebene Politik fortsetzen.

Die Frage des Rechts der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht mit der Frage verwechselt werden, ob sich eine Nation zu diesem oder jenem Zeitpunkt unbedingt lostrennen muss. Diese Frage muss von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Fall vollkommen selbständig, je nach der gegebenen Situation entschieden werden. Wenn wir den unterdrückten Völkern das Recht auf Lostrennung zuerkennen, das Recht, über ihr politisches Schicksal zu entscheiden, so entscheiden wir damit noch nicht über die Frage, ob sich bestimmte Nationen zu einem gegebenen Zeitpunkt vom Russischen Staat lostrennen müssen. Ich kann einer Nation das Recht zuerkennen, sich loszutrennen, das besagt aber noch nicht, dass ich sie damit verpflichtet habe, dies zu tun. Ein Volk hat das Recht, sich loszutrennen, es kann aber auch, je nach den Umständen, von diesem Recht keinen Gebrauch machen. Uns bleibt somit die Freiheit der Agitation für oder gegen die Lostrennung, je nachdem, was im Interesse des Proletariats, im Interesse der proletarischen Revolution liegt. Die Frage der Lostrennung wird also in jedem einzelnen Fall selbständig, je nach der Situation, entschieden, und gerade deshalb darf die Frage der Anerkennung des Rechts auf Lostrennung nicht mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung unter diesen oder jenen Umständen verwechselt werden. Ich für mein Teil würde mich zum Beispiel, mit Rücksicht auf die allgemeine Entwicklung in Transkaukasien und in Rußland, auf bestimmte Bedingungen für den Kampf des Proletariats usw., gegen eine Lostrennung Transkaukasiens aussprechen. Wenn aber die Völker Transkaukasiens die Lostrennung dennoch verlangten, so würden sie sich natürlich lostrennen und von unserer Seite nicht auf Widerstand stoßen. (Verliest den Wortlaut der Resolution weiter.)

Ferner. Was soll mit den Völkern geschehen, die im Rahmen des Russischen Staates bleiben wollen? Wenn die Völker Misstrauen gegen Rußland hegten, so wurde das Misstrauen vor allem durch die Politik des Zarismus genährt. Da es nun keinen Zarismus, keine zaristische Unterdrückungspolitik mehr gibt, so muss das Misstrauen nachlassen und die Hinneigung zu Rußland zunehmen. Ich glaube, dass sich neun Zehntel der Völkern nach dem Sturz des Zarismus nicht werden lostrennen wollen. Die Partei schlägt deshalb vor, für die Gebiete, die sich nicht lostrennen wollen und bestimmte Eigenarten der Lebensweise, der Sprache aufweisen, wie zum Beispiel Transkaukasien, Turkestan, die Ukraine, eine Gebietsautonomie einzuführen. Die geographischen Grenzen solcher autonomen Gebiete werden durch die Bevölkerung selbst entsprechend den Wirtschafts- und Lebensverhältnissen usw. bestimmt.

Der Gebietsautonomie steht ein anderer Plan gegenüber, der schon seit langem vom „Bund“^[17] und vor allem von Springer und Bauer empfohlen wird, die das Prinzip einer national-kulturellen Autonomie aufstellen. Ich bin der Auffassung, dass dieser Plan für die Sozialdemokratie unannehmbar ist. Sein Wesen besteht in folgendem: Rußland verwandelt sich in einen Bund von Nationen und jede Nation in einen Verband von Personen, die, ganz unabhängig davon, in welchen Gebieten des Staates sie leben mögen, zu einer einheitlichen Gesellschaft zusammengefasst werden. Alle Russen, alle Armenier usw. organisieren sich unabhängig vom Territorium in ihren besonderen nationalen Verbänden, und erst dann treten sie dem Bund der Nationen von Rußland bei. Dieser Plan ist in höchstem Grade unpraktisch und unzweckmäßig. Die Sache ist nämlich die, dass die Entwicklung des Kapitalismus ganze Personengruppen zersprengt, von ihren Nationen losgerissen und über ganz Rußland verstreut hat. Die einzelnen Angehörigen der Nation zusammenzufassen bedeutet, sich angesichts der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufenen nationalen Verstreutheit mit der künstlichen Organisation einer Nation, mit der Konstruierung einer Nation zu befassen. Sich aber mit einer künstlichen Zusammenfassung von Menschen zu Nationen befassen heißt den

Standpunkt des Nationalismus beziehen. Dieser vom „Bund“ aufgestellte Plan kann von der Sozialdemokratie nicht gutgeheißen werden. Er wurde auf der Konferenz unserer Partei im Jahre 1912 abgelehnt und erfreut sich überhaupt in sozialdemokratischen Kreisen, mit Ausnahme des „Bund“, keiner Popularität. Dieser Plan wird auch als kulturelle Autonomie bezeichnet, weil er aus den mannigfaltigen Fragen, die für eine Nation von Interesse sind, den Komplex der Kulturfragen aussondert und diese den nationalen Verbänden überträgt. Den Ausgangspunkt einer solchen Aussonderung bildet die These, es sei die Kultur, die die Nationen zu einem einheitlichen Ganzen vereinige. Es wird vorausgesetzt, dass im Schoße einer Nation einerseits Interessen walten, die die Nation spalten, wie zum Beispiel die wirtschaftlichen Interessen, und andererseits solche, die sie zu einem einheitlichen Ganzen zusammenfassen, und das seien eben die Fragen der Kultur.

Schließlich bleibt noch die Frage der nationalen Minderheiten. Ihre Rechte müssen besonders geschützt werden. Die Partei fordert deshalb volle Gleichberechtigung in Schul-, Religionsfragen usw. sowie Aufhebung aller Einschränkungen für die nationalen Minderheiten.

Da ist Paragraph 9, in dem die Gleichberechtigung der Nationen festgelegt wird. Die zu seiner Durchführung notwendigen Bedingungen können erst mit der vollen Demokratisierung der gesamten Gesellschaft eintreten.

Wir müssen noch über die Frage entscheiden, wie das Proletariat verschiedener Nationen in einer gemeinsamen Partei organisiert werden soll. Der eine Plan sieht die Organisation der Arbeiter nach Nationalitäten vor - so viele Nationen, so viele Parteien. Dieser Plan wurde von der Sozialdemokratie abgelehnt. Die Praxis hat bewiesen, dass die Organisation des Proletariats eines bestimmten Staates nach Nationalitäten lediglich zum Untergang der Idee der Klassensolidarität führt. Alle Proletarier aller Nationen des betreffenden Staates organisieren sich zu einem untrennbaren proletarischen Kollektiv.

Unser Standpunkt in der nationalen Frage lässt sich also in folgenden Sätzen zusammenfassen:

- a) Anerkennung des Rechts der Völker auf Lostrennung;
- b) für die Völker, die im Rahmen des betreffenden Staates bleiben, Gebietsautonomie;
- c) für die nationalen Minderheiten besondere Gesetze, die ihnen freie Entwicklung sichern;
- d) für die Proletarier aller Nationalitäten des betreffenden Staates ein einheitliches untrennbares proletarisches Kollektiv, eine einheitliche Partei.

3. SCHLUSSWORT ZUR NATIONALEN FRAGE

29. April

Im großen und ganzen stimmen beide Resolutionen überein. Pjatakow hat von unserer Resolution alle Punkte abgeschrieben, bis auf den einen: die „Anerkennung des Rechts auf Lostrennung“. Hier kann es nur eins geben: Entweder bestreiten wir den Nationen das Recht auf Lostrennung, und das muss man geradeheraus sagen, oder wir bestreiten ihnen dieses Recht nicht. Es gibt jetzt in Finnland eine Bewegung, die auf die Sicherung der nationalen Freiheit gerichtet ist, und diese Bewegung wird von der Provisorischen Regierung bekämpft. Es erhebt sich die Frage, wen wir unterstützen sollen. Entweder sind wir für die Politik der Provisorischen Regierung, für ein gewaltsames Festhalten Finnlands, für die Beschneidung seiner Rechte auf ein Minimum, und dann sind wir Annexionisten, da wir Wasser auf die Mühle der Provisorischen Regierung leiten, oder wir sind für die Unabhängigkeit Finnlands. Hier muss man sich ganz eindeutig für das eine oder das andere erklären, man kann sich nicht auf eine bloße Konstatierung der Rechte beschränken.

Es gibt eine Bewegung für die Unabhängigkeit Irlands. Für wen sind wir, Genossen? Entweder sind wir für Irland, oder wir sind für den englischen Imperialismus. Und ich frage: Sind wir für die Völker, die gegen die Unterdrückung kämpfen, oder sind wir für die Klassen,

die diese Völker unterdrücken? Wir sagen: Da die Sozialdemokratie Kurs auf die sozialistische Revolution hält, muss sie die revolutionäre Bewegung der Völker unterstützen, die sich gegen den Imperialismus richtet.

Entweder sind wir der Auffassung, dass wir aus den Völkern, die sich gegen die nationale Unterdrückung erheben, ein Hinterland für die Avantgarde der sozialistischen Revolution bilden müssen - und dann schlagen wir eine Brücke zwischen West und Ost, dann halten wir tatsächlich Kurs auf die sozialistische Weltrevolution, oder wir tun das nicht - und dann stehen wir isoliert da, dann verzichten wir auf die Taktik, alle und jede revolutionäre Bewegung innerhalb der unterdrückten Nationalitäten auszunutzen, um den Imperialismus zu vernichten.

Wir müssen jede Bewegung unterstützen, die gegen den Imperialismus gerichtet ist. Was würden uns andernfalls die finnischen Arbeiter sagen? Pjatakow und Dzierzynski sagen uns, dass jede nationale Bewegung reaktionär sei. Das stimmt nicht, Genossen. Ist etwa die Bewegung in Irland gegen den englischen Imperialismus keine demokratische Bewegung, kein Schlag gegen den Imperialismus? Und sollen wir etwa diese Bewegung nicht unterstützen?...

*Zuerst veröffentlicht in dem Buch:
Die Petrograder Stadtkonferenz und
die Allrussische Konferenz der SDAPR(B)
im April 1917.
Moskau / Leningrad 1925.*

HINTER DER REVOLUTION ZURÜCKGEBLIEBEN

Die Revolution marschiert. In die Tiefe und in die Breite dringend, greift sie auf immer neue Sphären über und revolutioniert das ganze soziale und wirtschaftliche Leben des Landes von unten bis oben.

Die Revolution dringt in die Industrie ein und wirft die Frage der Kontrolle und der Regulierung der Produktion durch die Arbeiter auf (Donezbecken).

Die Revolution greift auf die Landwirtschaft über und drängt zur kollektiven Bearbeitung der brachliegenden Ländereien sowie zur Versorgung der Bauern mit Geräten und lebendem Inventar (Kreis Schlüsselburg)^[18].

Die Revolution deckt die Wunden auf, die der Krieg geschlagen, sowie die wirtschaftliche Zerrüttung, die er verursacht hat, sie dringt in den Bereich der Verteilung ein und setzt einerseits die Frage der Lebensmittelversorgung der Städte (Lebensmittelkrise) und andererseits die der Versorgung des Dorfes mit Industrieerzeugnissen (Warenkrise) auf die Tagesordnung.

Die Lösung all dieser und ähnlicher bereits akut gewordenen Fragen erfordert die maximale Initiative der revolutionären Massen, das aktive Eingreifen der Sowjets der Arbeiterdeputierten in den Aufbau eines neuen Lebens und schließlich den Übergang der ganzen Fülle der Macht in die Hände einer neuen Klasse, die fähig ist, das Land auf den breiten Weg der Revolution zu führen.

Die revolutionären Massen draußen im Lande beschreiten bereits diesen Weg. An manchen Orten haben die revolutionären Organisationen, über die Köpfe der so genannten „Komitees zur Rettung der Gesellschaft“ hinweg, schon die Macht in ihre Hände genommen (Ural, Schlüsselburg).

Indes tritt das Petrograder Exekutivkomitee des Deputiertensowjets, das berufen ist, die Revolution zu führen, hilflos auf der Stelle, bleibt hinter den Massen zurück, entfernt sich von ihnen und setzt an die Stelle der Kardinalfrage, der Übernahme der ganzen Macht, die wichtige Frage der „Kandidaturen“ für die Provisorische Regierung. Aber durch sein Zurückbleiben hinter den Massen bleibt das Exekutivkomitee auch hinter der Revolution zurück und erschwert ihren Vormarsch.

Wir haben zwei Dokumente des Exekutivkomitees vor uns: ein „Merkblatt für Arbeiterdelegierte an der Front“, die den Soldaten Liebesgaben überbringen, und einen „Aufruf an die Frontsoldaten“. Wovon zeugen nun diese Dokumente? Wiederum von der Rückständigkeit des Exekutivkomitees, denn gerade auf die wichtigsten Fragen der Gegenwart gibt das Exekutivkomitee hier die abstossendsten, die antirevolutionärsten Antworten!

Die Kriegsfrage

Während sich das Exekutivkomitee mit der Provisorischen Regierung über Annexionen und Kontributionen herumstritt, während die Provisorische Regierung „Noten“ fabrizierte und das Exekutivkomitee in der Rolle des „Siegers“ schwelgte, indes der Eroberungskrieg unverändert weiterging, brachte das Leben in den Schützengräben, das wirkliche Leben der Soldaten, ein neues Kampfmittel hervor, nämlich die Massenverbrüderung. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Verbrüderung an sich nur ein spontaner Ausdruck des Drangs nach Frieden ist. Dennoch kann die organisiert und bewusst durchgeführte Verbrüderung zu einem machtvollen Mittel in den Händen der Arbeiterklasse werden, um die Situation in den kriegführenden Ländern zu revolutionieren.

Wie stellt sich nun das Exekutivkomitee zur Verbrüderung? Man höre:

„Genossen Soldaten! Nicht durch Verbrüderung werdet ihr den Frieden erlangen... Zu eurem eigenen Untergang, zum Untergang der russischen Freiheit führen euch die Leute, die euch

einreden wollen, die Verbrüderung sei ein Weg zum Frieden. Glaubt ihnen nicht“ (siehe „Aufruf“).

Statt der Verbrüderung schlägt das Exekutivkomitee den Soldaten vor, „Angriffshandlungen, die die Kampfplage erforderlich machen kann, nicht abzulehnen“ (siehe „Aufruf“). Die Sache sei nämlich die, dass Defensive, „Verteidigung im politischen Sinne, keineswegs strategische Offensiven, Besetzung neuer Abschnitte usw. ausschließt. Im Interesse der Verteidigung ist es ... absolut notwendig, eine Offensive zu unternehmen, neue Stellungen zu besetzen“ (siehe „Merkblatt“).

Kurzum: Um den Frieden zu erreichen, muss man angreifen und fremde „Abschnitte“ erobern. So argumentiert das Exekutivkomitee.

Worin unterscheiden sich aber diese imperialistischen Gedankengänge des Exekutivkomitees von dem konterrevolutionären „Befehl“ des Generals Alexejew, in dem die Verbrüderung an der Front für „Verrat“ erklärt und den Soldaten befohlen wird, „einen schonungslosen Kampf gegen den Feind zu führen“?

Oder weiter: Worin unterscheiden sich diese Gedankengänge von der konterrevolutionären Rede Miljukows auf der Beratung im Marienpalast, wo er von den Soldaten „Angriffshandlungen“ und Disziplin im Interesse der „einheitlichen Front“ forderte?...

Die Bodenfrage

Allbekannt ist der Konflikt, der zwischen den Bauern und der Provisorischen Regierung entstanden ist. Die Bauern fordern sofortige Bestellung des Bodens, den die Gutsbesitzer verwildern lassen, da sie einen solchen Schritt für das einzige Mittel halten, nicht bloß die Bevölkerung im Hinterland, sondern auch die Armee an der Front mit Brot zu versorgen. Als Antwort darauf hat die Provisorische Regierung den Bauern schärfsten Krieg angesagt, die Agrarbewegung für außerhalb des „Gesetzes“ stehend erklärt und Kommissare aufs Land geschickt, die die Interessen der Gutsbesitzer vor „Anschlägen“ der „eigenmächtig handelnden“ Bauern schützen sollen. Die Provisorische Regierung hat die Bauern aufgefordert, mit der Konfiskation des Grund und Bodens bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung zu warten: diese werde schon alles regeln.

Welche Stellung nimmt nun das Exekutivkomitee in dieser Frage ein? Wen unterstützt es, die Bauern oder die Provisorische Regierung? Man höre:

„Die revolutionäre Demokratie wird... in der künftigen Konstituierenden Versammlung aufs entschiedenste... für die entschädigungslose Enteignung ... der Gutsländereien eintreten. (gegenwärtig aber, mit Rücksicht darauf, dass eine sofortige Konfiskation der Gutsländereien ... zu einer ernsten wirtschaftlichen Erschütterung des Landes führen könnte ... warnt die revolutionäre Demokratie die Bauern vor jeder eigenmächtigen Lösung der Bodenfrage, da Agrarunruhen nicht der Bauernschaft, sondern der Konterrevolution zugute kommen würden.“ Es wird deshalb vorgeschlagen, „vor der Entscheidung der Konstituierenden Versammlung nicht eigenmächtig vom gutsherrlichen Eigentum Besitz zu ergreifen“ (siehe „Merkblatt“).

So spricht das Exekutivkomitee.

Offensichtlich unterstützt das Exekutivkomitee nicht die Bauern, sondern die Provisorische Regierung.

Ist es nicht klar, dass das Exekutivkomitee durch eine derartige Stellungnahme bis zu der konterrevolutionären Losung eines Schingarjow „Zügelt die Bauern!“ hinab gesunken ist?

Und überhaupt, seit wann sind Agrarbewegungen zu „Agrarunruhen“ geworden, seit wann sind „eigenmächtige Entscheidungen“ von Fragen unzulässig? Was sind die Sowjets, darunter auch der Petrograder Sowjet, anderes als „eigenmächtig“ entstandene Organisationen? Ist das Exekutivkomitee etwa der Auffassung, dass die Zeit „eigenmächtiger“ Organisationen und Entscheidungen vorüber sei?

Das Exekutivkomitee schreckt mit einer „Zerrüttung des Ernährungswesens“, die die Folge einer eigenmächtigen Bestellung der Gutsländereien sein werde. Da hat nun aber das „eigenmächtig“ entstandene Revolutionskomitee des Kreises Schlüsselburg zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung folgenden Beschluss gefasst:

„Um mehr Brotgetreide erzeugen zu können, an dem tatsächlich Bedarf besteht, sind die freien Bodenflächen, die Kirchen oder Klöstern gehören, früherer Kron- oder auch Privatbesitz sind, durch die Dorfgemeinden zu bebauen.“

Was kann das Exekutivkomitee gegen diesen „eigenmächtigen“ Beschluss einwenden?

Was kann es anderes gegen diesen weisen Beschluss ins Treffen führen als hohle Phrasen über „Eigenmächtigkeit“, „Agrarunruhen“, „Beschlüsse auf eigene Faust“ usw., die den Ukassen des Herrn Schingarjow entnommen sind?

Ist es nicht klar, dass das Exekutivkomitee hinter der revolutionären

Bewegung in der Provinz zurückgeblieben ist und sich durch sein Zurückbleiben in Gegensatz zu ihr gestellt hat?...

Somit bietet sich unseren Augen ein neues Bild. Die Revolution wächst an Umfang und Tiefe, sie erfasst immer neue Sphären, dringt in die Industrie und Landwirtschaft, in den Bereich der Verteilung ein und setzt die Frage der Übernahme der ganzen Macht auf die Tagesordnung. An der Spitze der Bewegung schreitet die Provinz. Während in den ersten Tagen der Revolution Petrograd voranschritt, beginnt es jetzt zurückzubleiben.

Dabei gewinnt man den Eindruck, dass das Petrograder Exekutivkomitee bemüht ist, auf dem schon erreichten Punkt stehen zu bleiben.

In einer revolutionären Epoche ist es jedoch unmöglich, auf einem Punkt zu verharren; hier gibt es nur Bewegung vorwärts oder rückwärts. Wer daher während der Revolution stehen zu bleiben versucht, der wird unvermeidlich zurückbleiben, und wer zurückgeblieben ist, für den gibt es keine Gnade: Die Revolution wird ihn ins Lager der Konterrevolution stoßen.

„Prawda“ Nr. 48,
4. Mai 1917.

Unterschrift: K. Stalin

WAS HABEN WIR VON DER KONFERENZ ERWARTET?

Unsere Partei ist der Verband der Sozialdemokraten ganz Rußlands, von Petrograd bis zum Kaukasus, von Riga bis Sibirien.

Dieser Verband wurde geschaffen, um den Werktätigen zu helfen, einen erfolgreichen Kampf gegen die Reichen, die Fabrikanten und Gutsherren, für ein besseres Dasein, für den Sozialismus zu führen.

Der Kampf kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn unsere Partei einig und geschlossen ist, wenn sie einer Seele und eines Willens ist, wenn sie überall, in allen Teilen Rußlands, in eine Kerbe haut.

Wie aber ist die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu erreichen?

Dazu gibt es nur einen Weg, nämlich: gewählte Vertreter der klassenbewussten Arbeiter ganz Rußlands an einem Ort zu versammeln, die grundlegenden Fragen unserer Revolution gemeinsam zu erörtern und eine gemeinsame Meinung auszuarbeiten, um dann, nach Hause zurückgekehrt, unter das Volk zu gehen und es auf einem gemeinsamen Weg dem einen gemeinsamen Ziel entgegenzuführen.

Eine solche Versammlung nennt man eben Konferenz.

Das ist der Grund, weshalb wir alle mit Ungeduld auf die Einberufung der Allrussischen Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands warteten.

Unsere Partei lebte vor der Revolution in der Illegalität, sie war eine verbotene Partei, ihre Mitglieder wurden verhaftet und zur Zwangsarbeit verschickt. Deshalb war ihre Organisation auch der Illegalität angepasst, sie war eine „geheime“ Partei.

Jetzt haben sich die Verhältnisse geändert, die Revolution hat uns Freiheit gegeben, die Illegalität ist vorbei, und die Partei musste zu einer Partei werden, die offen ihre Tätigkeit ausübt, sie musste sich auf neue Art organisieren.

Wir stehen vor der Frage Krieg oder Frieden. Der Krieg rafft Millionen Opfer dahin und wird weitere Millionen dahinraffen. Der Krieg ruiniert Millionen von Familien. Er hat über die Städte Hungersnot und Erschöpfung gebracht. Er hat das Dorf der notwendigsten Waren beraubt. Von Vorteil ist der Krieg nur für die Reichen, die sich an den Staatslieferungen bereichern. Von Vorteil ist der Krieg nur für die Regierungen, die fremde Völker plündern. Eben um solcher Plünderung willen wird der Krieg ja geführt. Und so erhebt sich die Frage: Wie soll es mit dem Krieg werden, soll er eingestellt oder weiter fortgesetzt werden, soll man den Hals noch tiefer in die Schlinge stecken oder sie endgültig zerreißen?

Die Konferenz hatte diese Frage zu beantworten.

Ferner. Rußland, sein Hinterland wie auch die Front, steht vor der Hungersnot. Aber die Hungersnot wird dreimal so hart sein, wenn jetzt nicht sofort alle „freien“ Ländereien unter den Pflug genommen werden. Indes lassen die Gutsbesitzer den Boden brachliegen, sabotieren die Aussaat, die Provisorische Regierung aber lässt es nicht zu, dass die Bauern die Gutsländereien nehmen und sie bestellen ... Wie soll es mit der Provisorischen Regierung werden, die die Gutsbesitzer in jeder Weise unterstützt? Wie soll es mit den Gutsbesitzern selbst werden, soll man ihnen den Boden belassen oder ihn dem Volke übereignen?

Auf alle diese Fragen hatte die Konferenz klare und deutliche Antworten zu geben.

Denn nur solche Antworten machen die Partei zu einer einheitlichen und fest gefügten Partei.

Nur eine fest gefügte Partei vermag das Volk zum Siege zu führen.

Hat die Konferenz unsere Hoffnungen gerechtfertigt?

Ob sie klare und deutliche Antworten gegeben hat, darüber mögen die Genossen selbst beim Studium der Konferenzbeschlüsse entscheiden, die in der Beilage zu Nr. 13^[19] unserer Zeitung veröffentlicht sind.

*„Soldatskaja Prawda“
(Soldaten-Prawda) Nr. 16,
6. Mai 1917.
Leitartikel.
Unterschrift: K. Stalin.*

DIE KOMMUNALWAHLKAMPAGNE^[20]

Die Wahlen zu den Bezirksdumas rücken heran. Die Kandidatenlisten sind bereits genehmigt und veröffentlicht. Die Wahlkampagne ist im vollen Gange.

Die mannigfaltigsten „Parteien“, wirklich existierende und fiktive, alte und neugebackene, seriöse und unseriöse Parteien stellen ihre Listen auf. Neben der Kadettenpartei eine „Partei für Ehrlichkeit, Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit“; neben dem „Jedinstwo“ und dem „Bund“ eine „etwas links von den Kadetten stehende Partei“; neben den Menschewiki und den sozialrevolutionären „Vaterlandsverteidigern“ allerlei „parteilose“ und „überparteiliche“ Gruppen. Die Buntscheckigkeit und das Grotleske der Flaggen sind unvorstellbar.

Schon die ersten Wahlversammlungen zeigen, dass der Kernpunkt der Kampagne nicht die kommunale „Reform“ an und für sich ist, sondern die allgemeine politische Lage des Landes. Die kommunale Reform bildet lediglich die Grundlage, auf der natürlicherweise die wesentlichsten politischen Plattformen entfaltet werden.

Das ist auch begreiflich. Heute, wo der Krieg das Land an den Rand der Zerrüttung gebracht hat, wo die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ein revolutionäres Eingreifen in das gesamte Wirtschaftsleben des Landes erheischen und die Provisorische Regierung offenkundig unfähig ist, das Land aus der Sackgasse herauszuführen, können alle lokalen Probleme, darunter auch die Kommunalfragen, nur in unzertrennlichem Zusammenhang mit den allgemeinen Fragen von Krieg und Frieden, von Revolution und Konterrevolution verstanden und gelöst werden. Ohne diese Verbindung mit der allgemeinen Politik würde die Kommunalwahlkampagne unvermeidlich in leeres Geschwätz über Verzinnung von Waschbecken und „Einrichtung guter Bedürfnisanstalten“ ausarten (siehe die Plattform der menschewistischen „Vaterlandsverteidiger“).

Es werden daher im Laufe der Kampagne durch das Kunterbunt der zahlreichen Parteiflaggen hindurch unvermeidlich zwei politische Grundlinien zutage treten: die Linie der Weiterentwicklung der Revolution und die Linie der Konterrevolution.

Je heftiger die Kampagne sein wird, desto mehr wird sich die Kritik der Parteien zuspitzen, desto schärfer werden diese beiden Linien hervortreten, desto unerträglicher wird die Lage der Zwischengruppen werden, die Unversöhnliches zu versöhnen suchen, und desto klarer wird es für alle werden, dass die zwischen der Revolution und der Konterrevolution sitzenden „Vaterlandsverteidiger“ aus dem Lager der Menschewiki und der Volkstümler in Wirklichkeit die Revolution hemmen und das Werk der Konterrevolution erleichtern.

*

Die Partei der „Volksfreiheit“

Seit dem Tage des Sturzes des Zarismus haben sich die Rechtsparteien nach allen Seiten hin zerstreut. Das erklärt sich dadurch, dass ein Weiterbestehen dieser Parteien in ihrer alten Form unvorteilhaft wurde. Wo sind sie nun geblieben? Sie haben sich um die Partei der so genannten „Volksfreiheit“ gesammelt, um die Partei Miljukows und Kompanie. Die Miljukowpartei ist jetzt die am weitesten rechts stehende Partei. Das ist eine Tatsache, die nicht bestritten wird. Und eben deshalb ist diese Partei jetzt der Mittelpunkt, um den sich die konterrevolutionären Kräfte gruppieren.

Die Partei Miljukows ist für die Zügelung der Bauern, denn sie ist für die Unterdrückung der Agrarbewegung.

Die Partei Miljukows ist für die Zügelung der Arbeiter, denn sie ist gegen die „übermäßigen“ Forderungen der Arbeiter, wobei sie alle ernsthaften Forderungen der Arbeiter für „übermäßig“ erklärt.

Die Partei Miljukows ist für die Zügelung der Soldaten, denn sie ist für „eiserne Disziplin“, das heißt für die Wiederaufrichtung der Herrschaft des Offizierkorps über die Soldaten.

Die Partei Miljukows ist für den Raubkrieg, der dem Land Zerrüttung und Ruin gebracht hat.

Die Partei Miljukows ist für „entschlossene Maßnahmen“ gegen die Revolution, sie tritt „entschlossen“ gegen die Freiheit des Volkes auf, obwohl sie sich Partei der „Volksfreiheit“ nennt.

Darf man hoffen, dass eine solche Partei die städtische Wirtschaft im Interesse der ärmsten Bevölkerungsschichten erneuern wird? Darf man ihr das Schicksal der Stadt anvertrauen?

Nie und nimmer! Unter keinen Umständen!

Unsere Parole: Kein Vertrauen der Partei Miljukows, keine einzige Stimme der Partei der „Volksfreiheit“!

*

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki)

Unsere Partei ist das direkte Gegenteil der Partei der Kadetten. Die Kadetten sind die Partei der konterrevolutionären Bourgeois und Gutsbesitzer. Unsere Partei ist die Partei der revolutionären Arbeiter in Stadt und Land. Das sind zwei unversöhnliche Parteien, der Sieg der einen bedeutet die Niederlage der anderen. Unsere Forderungen sind bekannt. Unser Weg ist klar.

Wir sind gegen den gegenwärtigen Krieg, weil er ein Raub- und Eroberungskrieg ist.

Wir sind für den Frieden, für einen allgemeinen und demokratischen Frieden, weil ein solcher Frieden der sicherste Ausweg aus der Zerrüttung der Wirtschaft und des Ernährungswesens ist. Man klagt über Brotmangel in den Städten. Aber es fehlt an Brot, weil die Saatfläche aus Mangel an Arbeitskräften, die in den Krieg „getrieben“ worden sind, zurückgegangen ist. Es fehlt an Brot, weil keine Möglichkeit besteht, auch nur die vorhandenen Vorräte heranzuschaffen, da die Eisenbahn im Dienste des Krieges steht. Macht Schluss mit dem Krieg, und es wird Brot geben.

Man klagt über Warenmangel im Dorfe. Aber dieser Mangel ist nur eingetreten, weil der größte Teil der Fabriken und Werke im Dienst des Krieges steht. Macht Schluss mit dein Krieg, und es wird Waren geben.

Wir sind gegen die jetzige Regierung, weil sie zu einer Offensive auffordert, den Krieg dadurch in die Länge zieht und somit die Zerrüttung und Hungersnot verschärft.

Wir sind gegen die jetzige Regierung, weil sie sich schützend vor die Profite der Kapitalisten stellt und dadurch das revolutionäre Eingreifen der Arbeiter in das Wirtschaftsleben des Landes hintertreibt.

Wir sind gegen die jetzige Regierung, weil sie die Bauernkomitees hindert, über den gutsherrlichen Boden zu verfügen, und dadurch die Befreiung des Dorfes von der Herrschaft der Gutsbesitzer hintertreibt.

Wir sind gegen die jetzige Regierung, weil sie ihr „Werk“ mit dem Abtransport von revolutionären Truppen aus Petrograd begonnen hat und nunmehr auch zur Entfernung von revolutionären Arbeitern übergegangen ist (Entlastung Petrograds!) und so die Revolution zur Ohnmacht verurteilt.

Wir sind gegen die jetzige Regierung, weil sie überhaupt nicht fähig ist, das Land aus der Krise herauszuführen.

Wir sind dafür, dass die gesamte Macht in die Hände der revolutionären Arbeiter, Soldaten und Bauern übergeht.

Nur eine solche Macht ist fähig, dem langwierigen Raubkrieg ein Ende zu machen. Nur eine solche Macht ist fähig, die Hand auf die Profite der Kapitalisten und Gutsbesitzer zu legen, um die Revolution vorwärts zutreiben und das Land vor der völligen Zerrüttung zu bewahren.

Wir sind schließlich gegen die Wiederherstellung der Polizei, der alten, verhassten Polizei, die vom Volk losgelöst ist und die den von oben eingesetzten „Chargen“ untersteht.

Wir sind für eine allgemeine, wählbare und absetzbare Miliz, denn nur eine solche Miliz kann ein Schutzwall für die Interessen des Volkes sein.

Das sind unsere nächsten Forderungen.

Wir behaupten, dass ohne Verwirklichung dieser Forderungen, ohne Kampf für diese Forderungen keine einzige ernste Kommunalreform, keine Demokratisierung der städtischen Wirtschaft denkbar ist.

Wer die Bevölkerung mit Brot versorgen, wer die Wohnungskrise beliebt will, wer dafür ist, dass die städtischen Steuern allein von den Reichen getragen werden, wer danach strebt, dass alle diese Reformen nicht nur Worte bleiben, sondern wirklich durchgeführt werden, der muss für diejenigen stimmen, die gegen den Eroberungskrieg, gegen die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, gegen die Wiederherstellung der Polizei sind - die für einen demokratischen Frieden, für den Übergang der Macht an das Volk selbst, für eine allgemeine Volksmiliz, für eine wirkliche Demokratisierung der städtischen Wirtschaft sind.

Ohne diese Bedingungen bleibt die „radikale Kommunalreform“ leerer Schall.

*

Der Block der „Vaterlandsverteidiger“

Zwischen den Kadetten und unserer Partei steht eine Reihe von Übergangsgruppen, die zwischen Revolution und Konterrevolution schwanken. Es sind dies: das „Jedinstwo“, der „Bund“, die menschowistischen und sozialrevolutionären „Vaterlandsverteidiger“, die Trudowiki^[21], die Volks„sozialisten“^[22]. In manchen Bezirken treten diese Gruppen getrennt auf, in anderen bilden sie einen Block und stellen gemeinsame Listen auf. Gegen wen bilden sie diesen Block? In Worten - gegen die Kadetten. Ist dem aber wirklich so?

Vor allem springt die völlige Prinzipienlosigkeit ihres Blocks ins Auge. Was gibt es Gemeinsames zum Beispiel zwischen der radikal-bürgerlichen Gruppe der Trudowiki und der Gruppe der menschowistischen „Vaterlandsverteidiger“, die sich für „Marxisten“ und „Sozialisten“ halten? Seit wann sind die Trudowiki, die den Krieg bis zum siegreichen Ende predigen, Kampfgenossen der Menschewiki und der Bundisten geworden, die sich „den Krieg ablehnende“ „Zimmerwilder“ nennen? Und das „Jedinstwo“ Plechanows - desselben Plechanow, der schon unter dem Zarismus das Banner der Internationale eingerollt und sich in ganz eindeutiger Weise unter eine fremde Fahne, die gelbe Fahne des Imperialismus gestellt hat - was gibt es Gemeinsames zwischen diesem eingefleischten Chauvinisten und, sagen wir, dem „Zimmerwalder“ Zereteli, dem Ehrenvorsitzenden der menschowistischen Konferenz der „Vaterlandsverteidiger“? Wie lange ist es her, seit Plechanow zur Unterstützung der zaristischen Regierung in ihrem Kriege gegen Deutschland aufrief und der „Zimmerwalder“ Zereteli deshalb gegen den Chauvinisten Plechanow „wetterte“? Der Krieg zwischen dem „Jedinstwo“ und der „Rabotschaja Gaseta“^[23] ist in vollem Gange, aber diese Herrschaften geben sich den Anschein, als merkten sie nichts, und beginnen sich bereits zu „verbrüdern“...

Nicht wahr: Aus so buntscheckigen Elementen konnte sich nur ein zufälliger und prinzipienloser Block bilden - nicht von einem Prinzip, sondern von der Furcht vor einer Niederlage ließ man sich bei der Bildung des Blocks leiten.

Ferner fällt die Tatsache auf, dass in zwei Bezirken, und zwar im Kasaner und im Spassker Bezirk (siehe die „Kandidatenlisten“) das „Jedinstwo“, der „Bund“ und die menschowistischen und sozialrevolutionären „Vaterlandsverteidiger“ keine eigenen Listen aufstellen, während der Bezirkssovjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten in den oben genannten Bezirken, und lediglich in diesen, entgegen dem Beschluss des Exekutivkomitees

eine eigene Liste aufstellt. Offenbar haben es unsere wackeren Blockmänner aus Furcht vor einer Wahniederlage vorgezogen, sich hinter dem Rücken des Bezirkssowjets zu verstecken, um seine Autorität für sich auszunutzen. Es ist amüsant, dass diese edlen Gentlemen, die so sehr auf ihr „Verantwortlichkeitsgefühl“ pochen, nicht den Mut fanden, mit offenem Visier aufzutreten, sondern es vorgezogen haben, der „Verantwortlichkeit“ feige aus dem Weg zu gehen...

Was hat nun all diese buntscheckigen Gruppen trotzdem zu einem Block zusammengeführt?

Ehen die Tatsache, dass sie gleichermaßen zaghaft, aber unablässig den Kadetten nachtröten, und dass sie von der gleichen entschiedenen Abneigung gegen unsere Partei erfüllt sind.

Sie alle sind, ebenso wie die Kadetten, für den Krieg, jedoch nicht für einen Eroberungskrieg (Gott bewahre!), sondern für den Krieg... zur Erkämpfung eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen“. ‘ Krieg um des Friedens willen...

Sie alle sind, ebenso wie die Kadetten, für „eiserne Disziplin“, jedoch nicht, um die Soldaten zu zügeln (natürlich nicht!), sondern im Interesse der ...Soldaten selbst.

Sie alle sind, ebenso wie die Kadetten, für die Offensive, jedoch nicht im Interesse der englisch-französischen Bankiers (Gott bewahre!), sondern im Interesse ... „unserer jungen Freiheit“.

Sie alle sind, ebenso wie die Kadetten, gegen die „anarchischen Versuche der Arbeiter, von den Fabriken und Werken Besitz zu ergreifen“ (siehe „Rabotschaja Gaseta“ vom 21. Mai), jedoch nicht im Interesse der Kapitalisten (welch ein Grauen!), sondern um die Kapitalisten nicht von der Revolution abzuschrecken, das heißt im Interesse der ... Revolution.

Sie sind überhaupt alle für die Revolution, aber nur insofern (insofern!), als diese für die Kapitalisten und Gutsbesitzer keine Gefahr bedeutet und den Interessen dieser Klassen nicht zuwiderläuft.

Kurzum: Sie alle sind für dieselben praktischen Schritte wie die Kadetten, nur mit einigen kleinen Vorbehalten und nichts sagenden Redensarten über „Freiheit“, „Revolution“ und anderes mehr.

Und da Worte und Redensarten doch nur Worte bleiben, so folgt daraus, dass sie in Wirklichkeit die gleiche Linie wie die Kadetten verfolgen.

Die Phrasen über Freiheit und Sozialismus verhüllen lediglich ihr kadettisches Wesen.

Und eben deshalb richtet sich ihr Block nicht gegen die konterrevolutionären Kadetten, sondern gegen die revolutionären Arbeiter, gegen den Block unserer Partei mit der „Zwischengruppe“^[24] und den revolutionären Menschewiki.

Kann man nach allem Gesagten noch damit rechnen, dass diese fast kadettischen Gentlemen fähig wären, die zerrüttete städtische Wirtschaft zu erneuern und umzugestalten?

Wie kann man ihnen das Schicksal der ärmsten Bevölkerungsschichten anvertrauen, wo sie doch täglich und stündlich die Interessen eben dieser Bevölkerung mit Füßen treten, indem sie den Raubkrieg und die Regierung der Kapitalisten und Gutsbesitzer unterstützen?

Will man die städtische Wirtschaft demokratisieren, die Bevölkerung mit Lebensmitteln und Wohnungen versorgen, die Besitzlosen von den städtischen Steuern befreien und die ganze Steuerlast auf die Schultern der Besitzenden abwälzen, so muss man mit der Politik des Paktierens Schluss machen und die Hand auf die Gewinne der Kapitalisten und Hausbesitzer legen ... Ist es denn nicht klar, dass die gemäßigten Gentlemen vom Block der „Vaterlandsverteidiger“, die Angst haben, die Bourgeoisie zu erzürnen, zu solchen revolutionären Schritten nicht fähig sind? ...

Es gibt in der jetzigen Petrograder Duma eine so genannte „sozialistische Stadtverordnetengruppe“, die hauptsächlich aus sozialrevolutionären und menschewistischen „Vaterlandsverteidigern“ besteht. Sie hat aus ihrer Mitte eine „Finanzkommission“ gebildet, die „unverzügliche Maßnahmen“ zur Sanierung der städtischen Wirtschaft ausarbeiten sollte. Und was ist das Resultat? Diese „Erneuerer“ sind zu dem Schluss gekommen, dass zur Demokratisierung der städtischen Wirtschaft notwendig seien: 1. eine „Erhöhung des

Wasserpreises“; 2. eine „Erhöhung des Straßenbahntarifs“. „Bezüglich der Frage, ob Soldaten bei Benutzung der Straßenbahn Fahrgeld zu entrichten haben, wurde beschlossen, sich mit dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten ins Einvernehmen zu setzen“ (siehe „Nowaja Shisn“^[25] Nr. 26). Die Kommissionsmitglieder hatten offenbar die Absicht, von den Soldaten die Entrichtung des Fahrgeldes zu fordern, wagten jedoch nicht, dies ohne Einwilligung der Soldaten zu tun.

Anstatt die Steuern für die Besitzlosen abzuschaffen, haben die ehrenwerten Kommissionsmitglieder beschlossen, sie zu erhöhen, ohne selbst die Soldaten zu schonen!

Das sind Musterbeispiele für die kommunale Praxis der sozialrevolutionären und menschwistischen „Vaterlandsverteidiger“.

Ist es etwa nicht so, dass die schwülstigen Phrasen und die marktschreierischen „kommunalen Plattformen“ nur den Deckmantel für die erbärmliche kommunale Praxis der „Vaterlandsverteidiger“ abgeben?

So war es - so wird es bleiben...

Aber je geschickter sie sich mit Phrasen über „Freiheit“ und „Revolution“ drapieren, desto entschlossener und schonungsloser muss der Kampf gegen sie sein.

Dem Block der „Vaterlandsverteidiger“ die sozialistische Maske herunterzureißen und sein bürgerlich-kadettisches Wesen ins rechte Licht zu rücken - das ist eine der aktuellen Aufgaben der gegenwärtigen Kampagne.

Keine Unterstützung dem Block der „Vaterlandsverteidiger“! Kein Vertrauen den Herrschaften von diesem Block!

Die Arbeiter müssen erkennen, dass, wer nicht für sie ist, gegen sie ist und dass der Block der „Vaterlandsverteidiger“ nicht für sie ist, folglich gegen sie ist.

*

Die „Parteilosen“

Von allen bürgerlichen Gruppen, die selbständige Kandidatenlisten aufgestellt haben, nehmen die parteilosen Gruppen die unbestimmteste Stellung ein. Es sind ihrer nicht wenig, dieser parteilosen Gruppen, es gibt einen ganzen Haufen davon, beinahe dreißig Stück. Wen findet man da nicht alles! „Vereinigte Hauskomitees“ und eine „Gruppe von Angestellten der Erziehungsanstalten“, eine „parteilose Gruppe für sachliche Arbeit“ und eine „Gruppe außerparteilicher Wähler“, eine „Gruppe der Hausverwaltungen“ und eine „Gesellschaft von Wohnungsinhabern“, eine „überparteiliche republikanische Gruppe“ und eine „Liga für Gleichberechtigung der Frauen“, eine „Gruppe des Ingenieurverbandes“ und den „Handels- und Industrieverband“, eine „Gruppe für Ehrlichkeit, Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit“ und eine „Gruppe des demokratischen Aufbaus“, eine „Gruppe für Freiheit und Ordnung“ und andere Gruppen - das ist das bunte Bild des parteilosen Durcheinanders.

Wer sind sie, woher kommen sie und wohin ziehen sie?

Es sind samt und sonders bürgerliche Gruppen. Zum größten Teil setzen sie sich aus Kaufleuten, Industriellen, Hausbesitzern, Angehörigen „freier Berufe“ und Intellektuellen zusammen.

Sie haben keine prinzipiellen Programme. Die Wähler werden auch nie erfahren, was diese um die Stimmen der kleinen Leute werbenden Gruppen eigentlich wollen.

Sie haben keine kommunalen Plattformen. Die Wähler werden auch nie erfahren, welche Verbesserungen diese Gruppen auf dem Gebiet der städtischen Wirtschaft fordern, weswegen man eigentlich für sie stimmen soll.

Sie haben keine Vergangenheit, denn es hat sie früher nicht gegeben. Sie haben auch keine Zukunft, denn nach den Wahlen werden sie verschwunden sein wie der vorjährige Schnee.

Sie sind erst in den Wahltagen entstanden und leben nur im gegenwärtigen Augenblick, nur solange die Wahlen noch nicht zu Ende sind: Wenn sie bloß irgendwie in die Bezirksdumas kommen, alles andere ist ihnen gleichgültig.

Es sind programmlose, das Licht und die Wahrheit scheuende Gruppen aus den Reihen der Bourgeoisie, die bemüht sind, ihre Kandidaten auf Schleichwegen in die Bezirksdumas einzuschmuggeln.

Dunkel sind ihre Ziele. Dunkel ist ihr Weg.

Wodurch kann die Existenz dieser Gruppen gerechtfertigt werden?

Man kann noch Verständnis dafür aufbringen, dass früher unter dem Zarismus parteilose Gruppen existierten, zu einer Zeit, da das Bekenntnis zu einer Partei, zu einer linken Partei, schonungslos vom „Gesetz“ geahndet wurde und viele gezwungen waren, als Parteilose aufzutreten, um Verhaftungen und Verfolgungen zu entgehen, als die Parteilosigkeit als Schild gegen die zaristischen Hüter des Gesetzes diente. Allein heute, wo ein Maximum von Freiheiten besteht, wo jede Partei offen und frei auftreten kann, ohne Gefahr zu laufen, deswegen belangt zu werden, wo eine bestimmte parteimäßige Stellungnahme und der offene Kampf der politischen Parteien Gebot und Voraussetzung für die politische Erreichung der Massen geworden sind - wodurch kann heute die Existenz parteiloser Gruppen gerechtfertigt werden? Was fürchten sie und vor wem verbergen sie eigentlich ihr wahres Gesicht?

Es unterliegt keinem Zweifel, dass es unter den Massen viele Wähler gibt, die sich in den Programmen der politischen Parteien noch nicht zurechtgefunden haben, und dass die vom Zarismus hinterlassene politische Trägheit und Rückständigkeit eine schnelle Erleuchtung ihres Bewusstseins hemmt. Ist es aber nicht klar, dass Partei- und Programmlosigkeit diese Rückständigkeit und Trägheit nur tiefer verwurzeln und sanktionieren? Wer wagt zu leugnen, dass der offene und ehrliche Kampf der politischen Parteien eines der wichtigsten Mittel ist, die Massen zu wecken und ihre politische Aktivität zu steigern?

Noch einmal: Was fürchten die parteilosen Gruppen, weshalb scheuen sie das Licht und vor wem verbergen sie sich eigentlich? Worin liegt das Geheimnis?

Die Sache ist die, dass unter den heutigen Verhältnissen in Rußland, angesichts der sich schnell entwickelnden Revolution, bei einem Maximum von Freiheiten, unter dem die Massen von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde politisch bewusster werden, es für die Bourgeoisie äußerst riskant wird, offen aufzutreten. Unter diesen Verhältnissen mit unverhüllten bürgerlichen Plattformen auftreten hieße sich in den Augen der Massen unfehlbar bloßstellen. Das einzige Mittel, „die Situation zu retten“, besteht darin, die Maske der Parteilosigkeit anzulegen und sich als eine harmlose Gruppe auszugeben, etwa vom Schlage der Gruppe für „Ehrlichkeit, Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit“. Wer im trüben fischen will, für den ist dies äußerst bequem. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sich hinter den parteilosen Listen kadettenmäßige und kadettenähnliche Bourgeois verbergen, die Angst haben, mit offenem Visier aufzutreten, und danach trachten, auf Schleichwegen in die Bezirksdumas hineinzuschlüpfen. Es ist charakteristisch, dass es unter ihnen keine einzige proletarische Gruppe gibt, dass sich alle diese parteilosen Gruppen aus den Reihen der Bourgeoisie und nur aus deren Reihen rekrutieren. Und zweifellos können diese Gruppen nicht wenige vertrauensselige Einfaltspinsel von Wählern in ihre Netze locken, falls sie bei den revolutionären Elementen nicht auf den gebührenden Widerstand stoßen.

Das ist das ganze Geheimnis!

Deshalb ist die „parteilose“ Gefahr eine der realsten Gefahren in der gegenwärtigen Kommunalwahlkampagne.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben unserer Kampagne, diesen Herrschaften die Maske der Parteilosigkeit herunterzureißen, sie zu zwingen, ihr wahres Gesicht zu zeigen, damit die Massen die Möglichkeit erhalten, sie nach Gebühr einzuschätzen.

Unsere Parole ist daher: Fort mit der Maske der Parteilosigkeit! Es lebe die Klarheit und Bestimmtheit der politischen Linie!

*

Genossen! Morgen sind Wahlen. Begeht euch in geschlossenen Reihen an die Urnen und stimmt einmütig für die Liste der Bolschewiki.

Keine einzige Stimme den Kadetten, den Feinden der russischen Revolution!

Keine einzige Stimme den „Vaterlandsverteidigern“, den Anhängern eines Paktes mit den Kadetten!

Keine einzige Stimme den „Parteilosen“, den verkappten Freunden eurer Feinde!

*„Prawda“ Nr. 63, 64 und 66,
21., 24. und 26. Mai 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

GESTERN UND HEUTE

(Die Krise der Revolution)

Drei Forderungen hatten Gutschkow und Miljukow vor ihrem Austritt aus der Provisorischen Regierung gestellt: 1. Wiederherstellung der Disziplin, 2. Ankündigung einer Offensive, 3. Zügelung der revolutionären Internationalisten.

Die Armee ist in Zersetzung begriffen, in ihr herrscht keine Ordnung mehr; stellt die Disziplin wieder her, zügelt die Friedenspropaganda, sonst treten wir zurück - „meldete“ Gutschkow dem Exekutivkomitee in der bewussten Beratung im Marienpalast (am 20. April).

Wir sind an die Alliierten gebunden, man verlangt von uns im Interesse der einheitlichen Front Unterstützung, ruft deshalb die Armee zur Offensive auf, zügelt die Kriegsgegner, sonst treten wir zurück - „meldete“ Miljukow der gleichen Beratung.

Das war in den Tagen der „Krise der Macht“.

Die menschwistische und sozialrevolutionären Mitglieder des Exekutivkomitees taten so, als wollten sie keine Zugeständnisse machen.

Dann veröffentlichte Miljukow eine „Erläuterung“ zu seiner „Note“, die Redner des Exekutivkomitees verkündeten aus diesem Anlass einen „Sieg“ der „revolutionären Demokratie“ und - „die Leidenschaften legten sich“.

Aber der „Sieg“ erwies sich als ein Scheinsieg. Einige Tage später wurde wiederum eine „Krise“ angezeigt, Gutschkow und Miljukow „mussten“ gehen, es begannen endlose Beratungen zwischen dem Exekutivkomitee und den Ministern und - durch den Eintritt von Vertretern des Exekutivkomitees in die Provisorische Regierung „wurde die Krise behoben“.

Die vertrauensseligen Zuschauer atmeten erleichtert auf. Endlich waren Gutschkow und Miljukow „besiegt“! Endlich wird es Frieden geben, einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“! Das brudermörderische Schlachten findet ein Ende!

Und was geschah? Noch war das Fazit der „Siege“ der so genannten „Demokratie“ nicht gezogen, noch waren die in den Ruhestand getretenen Minister nicht „begraben“, als die neuen, „sozialistischen“ Minister eine Sprache zu führen begannen, die ein Herzenstrost für die Gutschkow und Miljukow war!

Wahrhaftig: „Die Toten packten die Lebenden!“

Man urteile selbst.

Bereits in seiner ersten Rede auf dem Bauernkongress^[26] erklärte Bürger Kerenski, der neue Kriegsminister, dass er die Absicht habe, in der Armee eine „eiserne Disziplin“ wiederherzustellen. Was für eine Disziplin das ist, geht deutlich aus der von Kerenski unterschriebenen „Deklaration der Rechte des Soldaten“^[27] hervor, in der für die Dauer des „Kampfzustandes“ den Vorgesetzten „das Recht eingeräumt wird ... gegen Untergebene, die Befehle nicht ausführen, von der Waffe Gebrauch zu machen“ (siehe Punkt 14 der „Deklaration“).

Wovon Gutschkow träumte, was er aber nicht zu verwirklichen wagte, das hat Kerenski unter einem Schwall von Phrasen über Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit mit einem Federstrich „durchgeführt“.

Wozu brauchte man sie denn, diese Disziplin?

Das hat uns schon früher als die anderen Minister der Minister Zereteli erzählt. „Wir wollen die Liquidierung des Krieges“, sagte er zu den Angestellten des Postamtes, „jedoch nicht vermittels eines Separatfriedens, sondern indem wir gemeinsam mit unseren Verbündeten die Feinde der Freiheit besiegen“ (siehe „Wetschernaja Birshowka“^[28] vom 8. Mai).

Lässt man die Worte über Freiheit weg, die hierher passen wie die Faust aufs Auge, und überträgt man die ministeriell nebelhafte Rede in eine schlichte Sprache, so ergibt sich nur das eine: Im Interesse des Friedens müssen wir im Bunde mit England und Frankreich Deutschland schlagen, wozu wiederum eine Offensive notwendig ist.

Die Vorbereitung einer Offensive im Interesse der einheitlichen Front, im Interesse des gemeinsamen Sieges über Deutschland - das ist es, wozu man die „eiserne Disziplin“ braucht. Was Miljukow so zaghaft, aber doch unablässig durchzusetzen suchte, das hat Minister Zereteli zu seinem eigenen Programm erklärt.

Dies geschah bereits in den ersten Tagen nach der „Behebung“ der Krise. Später aber wurden die „sozialistischen“ Minister kühner und eindeutiger.

Am 12. Mai erging ein „Befehl“ Kerenskis an die Offiziere, Soldaten und Matrosen:

Ihr werdet dorthin vorrücken, wohin euch eure Führer und eure Regierung führen... Ihr werdet vorrücken... zusammengeschiedet durch die Disziplin der Pflicht... ihr müsst den Willen des Volkes erfüllen und das Vaterland und die Welt von den Gewalttätern und Eindringlingen befreien. Zu dieser erhabenen Tat rufe ich euch auf“ (siehe „Rjetsch“ vom 14. Mai).

Nicht wahr, der Befehl Kerenskis unterscheidet sich dem Wesen der Sache nach kaum von den bekannten imperialistischen Befehlen der Zarenregierung, wie etwa diesem: „Wir müssen bis zum siegreichen Ende kämpfen, wir müssen den frechen Feind aus unserer Heimat vertreiben, wir müssen die Welt vom Joche des deutschen Militarismus befreien ...“ und so weiter.

Und weil es leichter ist, von der Offensive zu reden, als sie durchzuführen, da einige Regimenter, zum Beispiel der 7. Armee (4 Regimenter), es nicht für möglich gehalten haben, dem Befehl zum „Ausrücken“ Folge zu leisten, so schritt die Provisorische Regierung zusammen mit Kerenski von Worten zu „Taten“, sie gab Befehl, die Regimenter, die sich „vergangen“ hatten, sofort aufzulösen, und drohte den Schuldigen die „Verschickung zur Zwangsarbeit unter Verlust aller Bürgerrechte“ an (siehe „Wetscherneje Wremja“ vom 1. Juni). Und da man sah, dass auch dies alles noch nicht genügte, ließ Kerenski einen neuen „Befehl“ vom Stapel, der speziell gegen die Verbrüderung gerichtet ist, und drohte den „Schuldigen“, sie „vor Gericht zu stellen, damit sie mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden“, das heißt wiederum mit Zwangsarbeit (siehe „Nowaja Shisn“ vom 1. Juni).

Kurzum: Geht sofort zum Angriff vor, Angriff um jeden Preis, sonst setzt es Zwangsarbeit und Erschießungen - das ist der Sinn der Kerenskischen „Befehle“.

Und das geschieht zu derselben Zeit, da die zaristischen Verträge mit der englischen und französischen Bourgeoisie in Kraft bleiben und „wir“ auf Grund dieser Verträge in ganz bestimmter Form verpflichtet werden, die Eroberungspolitik Englands und Frankreichs in Mesopotamien, in Griechenland, in Elsass-Lothringen aktiv zu unterstützen!

Wie aber ist es um den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen bestellt, wie um die Verpflichtung der neuen Provisorischen Regierung, mit allen „entschlossenen Maßnahmen“ den Frieden zu erzwingen - was ist aus all diesen Versprechungen geworden, die in den Tagen der „Machtkrise“ gegeben wurden?

Oh, unsere Minister vergessen nicht den Frieden, den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Sie reden in einem fort, reden und schreiben, schreiben und reden. Und nicht nur unsere Minister. Als Antwort auf den Vorschlag der Provisorischen Regierung, sich zu den Kriegszielen zu äußern, haben die Regierungen Englands und Frankreichs erst dieser Tage erklärt, auch sie seien gegen Annexionen, jedoch nur ... insoweit, als dies der Einverleibung von Elsass-Lothringen, Mesopotamien usw. nicht widerspreche. Und die Provisorische Regierung ihrerseits hat als Antwort auf diese Erklärung in ihrer Note vom 31. Mai erklärt, dass sie „in unerschütterlicher Treue zur gemeinsamen Sache der Alliierten“ vorschlägt, zwecks Überprüfung des Übereinkommens über die Kriegsziele „in der nächsten Zeit, sobald sich günstige Bedingungen bieten, eine Konferenz von Vertretern der alliierten Mächte“ einzuberufen (siehe „Rabotschaja Gaseta“ Nr. 72). Da aber noch niemand weiß, wann sich denn nun die „günstigen Bedingungen bieten werden“, da die so genannte „nächste Zeit“ jedenfalls nicht so bald eintreten dürfte, so ergibt sich, dass der „entschlossene Kampf“ um einen Frieden ohne Annexionen in Wirklichkeit auf die lange Bank geschoben wird und in hohles und verlogenes Geschwätz über den Frieden ausartet. Dafür darf, wie wir

erfahren, die Offensive, die mit allen „entschlossenen Maßnahmen“, einschließlich der Androhung von Zwangsarbeit und Erschießungen, vorbereitet wird, keinen Augenblick hinausgeschoben werden...

Zweifel sind hier ausgeschlossen. Der Krieg war und bleibt ein imperialistischer Krieg. Das Gerede vom Frieden ohne Annexionen bei gleichzeitiger faktischer Vorbereitung der Offensive verschleiert nur den räuberischen Charakter des Krieges. Die Provisorische Regierung hat ganz eindeutig den Weg des aktiven Imperialismus beschritten. Was gestern noch unmöglich schien, ist heute dank dem Eintritt der „Sozialisten“ in die Provisorische Regierung möglich geworden. Während diese das imperialistische Wesen der Provisorischen Regierung mit sozialistischen Phrasen verschleierten, festigten und erweiterten sie die Positionen der sich erhebenden Konterrevolution.

„Sozialistische“ Minister, von der imperialistischen Bourgeoisie erfolgreich für ihre konterrevolutionären Ziele ausgenutzt - das ist die heutige Lage.

Nicht die naiven „revolutionären Demokraten“ haben gesiegt, sondern die alten imperialistischen Geschäftemacher, Gutschkow und Miljukow.

Die Rechtsschwenkung in der Außenpolitik musste aber unvermeidlich zu einer ebensolchen Schwenkung in der Innenpolitik führen, denn unter den Verhältnissen eines Weltkrieges ist die Außenpolitik die Grundlage jeder anderen Politik, ist sie der Mittelpunkt des gesamten Staatslebens.

Und tatsächlich beschreitet die Provisorische Regierung immer eindeutiger den Weg des „entschlossenen Kampfes“ gegen die Revolution.

Vor gar nicht so langer Zeit hat sie den Angriff gegen die Kronstädter Matrosen eröffnet und hindert gleichzeitig die Bauern des Petrograder Kreises, die Bauern der Gouvernements Pensa, Woronesh und anderer daran, die elementaren demokratischen Grundsätze zu verwirklichen.

Dann haben sich vor einigen Tagen Skobelew und Zereteli dadurch Ruhm (einen Herostratenruhm!) erworben, dass sie Robert Grimm^[29] ganz einfach nach Gendarmenart aus Rußland ausgewiesen haben, freilich ohne Untersuchung und Gerichtsurteil, dafür aber zum Jubel der russischen Imperialisten.

Am markantesten jedoch hat den neuen Kurs in der Innenpolitik der Provisorischen Regierung Minister Perewerjew („auch“ ein Sozialist!) zum Ausdruck gebracht. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger als die „schleunigste Inkraftsetzung des Gesetzes über Verbrechen gegen die Ruhe im Staate“. Dieses Gesetz (Artikel 129) ... besagt: „Wer schuldig befunden wird, in einem öffentlichen Aufruf oder in verbreiteten bzw. öffentlich ausgestellten Druckerzeugnissen, in Briefen oder Abbildungen aufgefordert zu haben: 1. zur Verübung eines schweren Verbrechens, 2. zur Verübung von Gewalttätigkeiten eines Teils der Bevölkerung gegen einen anderen, 3. zum Ungehorsam oder Widerstand gegen das Gesetz oder gegen obligatorische Verordnungen oder gesetzmäßige Verfügungen der Regierung - wird mit Einsperrung in einer Korrekptionsanstalt bis zu drei Jahren“ und „in Kriegszeiten... mit Verschickung zu befristeter Zwangsarbeit bestraft“ (siehe „Rjetsch“ vom 4. Juni).

So sieht die Zuchthausgesetzgebung dieses, mit Verlaub zu sagen, „sozialistischen“ Ministers aus.

Es liegt auf der Hand, dass die Provisorische Regierung unaufhaltsam in die Arme der Konterrevolution gleitet.

Das ist auch daraus ersichtlich, dass Miljukow, dieser alte konterrevolutionäre Geschäftemacher, aus diesem Anlass bereits im Vorgefühl eines neuen Sieges schwelgt. „Wenn die Provisorische Regierung“, sagt er, „nach langem Zaudern endlich einsieht, dass die Staatsmacht noch über andere Mittel als die der Überzeugung verfügt, nämlich über die gleichen Mittel, die sie bereits anzuwenden begonnen hat, wenn sie diesen Weg beschreitet, dann werden die Errungenschaften der russischen Revolution“ (Scherz beiseite!) „gefestigt sein“... „Unsere Provisorische Regierung lud Kolyschko verhaftet und Grimm hinausgejagt. Lenin, Trotzki und Genossen aber spazieren frei umher ... Wir wollen wünschen, dass man

eines Tages auch mit Lenin und seinen Genossen ebenso verfahren wird ...“ (siehe „Rjetsch“ vom 4. Juni).

Das sind die „Wünsche“ des Herrn Miljukow, dieses alten Fuchses der russischen Bourgeoisie. Ob die Provisorische Regierung diese und ähnliche „Wünsche“ Miljukows, auf dessen Stimme sie überhaupt aufmerksam lauscht, erfüllen wird, ob solche „Wünsche“ zur Zeit erfüllbar sind- das wird die nächste Zukunft zeigen.

Eines steht jedoch außer Zweifel: Die Innenpolitik der Provisorischen Regierung wird vollständig den Erfordernissen ihrer aktiven imperialistischen Politik untergeordnet.

Da gibt es nur eine Schlussfolgerung.

Die Entwicklung unserer Revolution ist in eine Krisenphase getreten. Die neue Etappe der Revolution, die in alle Sphären des Wirtschaftslebens dringt und sie von oben bis unten revolutioniert, bringt alle Kräfte der alten und der neuen Welt auf die Beine. Durch den Krieg und die damit verbundene Zerrüttung werden die Klassengegensätze auf die äußerste Spitze getrieben. Die Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie, die Politik des Lavierens zwischen Revolution und Konterrevolution wird offenkundig unhaltbar.

Eins von beiden:

Entweder vorwärts gegen die Bourgeoisie, für den Übergang der Macht in die Hände der Werktätigen, für die Liquidierung des Krieges und der Zerrüttung, für die Organisierung der Produktion und der Verteilung;

oder rückwärts für die Bourgeoisie, für die Offensive und die Verlängerung des Krieges, gegen energische Maßnahmen zur Beseitigung der Zerrüttung, für die Anarchie in der Produktion, für eine offen konterrevolutionäre Politik.

Die Provisorische Regierung betritt eindeutig den Weg der unverhüllten Konterrevolution.

Es ist die Pflicht der Revolutionäre, sich noch enger zusammenzuschließen und die Revolution vorwärts zutreiben.

*„Soldatskaja Prawda“
(Soldaten-Prawda) Nr. 12,
13.Juni1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

GEGEN ZERSPLITTERTE DEMONSTRATIONEN

Die Provisorische Regierung hat vor einigen Tagen den Beschluss gefasst, die Villa Durnowo von den Anarchisten zu säubern. Dieser von Grund aus falsche Beschluss hat bei den Arbeitern einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Zweifellos haben die Arbeiter in diesem Beschluss einen Anschlag auf das Existenzrecht gewisser Organisationen erblickt. Wir sind grundsätzlich gegen die Anarchisten, aber soweit auch nur ein kleiner Teil der Arbeiter hinter den Anarchisten steht, haben sie das gleiche Existenzrecht wie, sagen wir, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre. In diesem Sinne hatten die Arbeiter recht, als sie gegen die Anschläge der Provisorischen Regierung Protest erhoben. Dies um so mehr, als die besagte Villa außer von den Anarchisten auch von einigen Betrieben und Gewerkschaften benutzt wird.

Die Leser wissen, dass es den Arbeitern dank ihrem Protest gelungen ist, die Provisorische Regierung zum Nachgeben zu zwingen und die Villa zu behalten.

Jetzt stellt sich heraus, dass in der Villa Durnowo eine neue Aktion der Arbeiter „organisiert“ wird. Man berichtet uns, dass in der Villa Durnowo Vertreter von Betriebskomitees, mit den Anarchisten an der Spitze, Versammlungen abhalten, und zwar zu dem Zweck, heute eine Demonstration zu veranstalten. Wenn dies zutrifft, so erklären wir, dass wir jegliche zersplitterten, anarchischen Aktionen aufs entschiedenste verurteilen. Demonstrationen einzelner Bezirke und einzelner Regimenter, mit Anarchisten an der Spitze, die sich über die momentanen Bedingungen nicht klar sind, Demonstrationen, die gegen den Willen der Mehrheit der Bezirke und Regimenter, gegen den Willen des Büros der Gewerkschaften, des Zentralrats der Betriebskomitees und schließlich gegen den Willen der sozialistischen Partei des Proletariats veranstaltet werden - solche anarchische Demonstrationen betrachten wir als verderblich für die Sache der Arbeiterrevolution.

Das Existenzrecht der Organisationen, darunter auch der Organisationen der Anarchisten, kann und muss verteidigt werden, wenn jemand diese Organisationen obdachlos machen will. Allein es ist für klassenbewusste Arbeiter unzulässig und verbrecherisch, sich mit Anarchisten zu verschmelzen und zusammen mit ihnen sinnlose Aktionen zu unternehmen, die von vornherein zum Misserfolg verurteilt sind.

Die Genossen Arbeiter und Soldaten sollten es sich recht gut überlegen: Was sind sie - Sozialisten oder Anarchisten, und wenn sie Sozialisten sind, so müssen sie entscheiden, ob sie sich, gegen den Beschluss unserer Partei, Hand in Hand mit den Anarchisten auf offensichtlich unbedachte Aktionen einlassen dürfen.

Genossen! Durch unseren Demonstrationsversuch vom 10. Juni haben wir erreicht, dass das Exekutivkomitee und der Sowjetkongress^[30] die Notwendigkeit einer Demonstration anerkannt haben. Es dürfte euch nicht unbekannt sein, dass der Sowjetkongress für den 18. Juni eine allgemeine Demonstration angesetzt und von vornherein die Freiheit der Losungen verkündet hat.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, zu erreichen, dass die Demonstration am 18. Juni in Petrograd unter unseren revolutionären Losungen verläuft.

Und eben darum müssen wir jede anarchische Aktion radikal unterbinden und desto energischer zur Demonstration am 18. Juni rüsten.

Gegen zersplitterte Aktionen, für die allgemeine Demonstration am 18. Juni - dazu rufen wir euch auf.

Genossen! Die Zeit ist kostbar, verliert daher keine Minute! Jeder Betrieb, jeder Bezirk, jedes Regiment und jede Kompanie schreibe die Losungen des revolutionären Proletariats auf die Fahnen. Alle an die der Arbeit, Genossen, alle auf zur Vorbereitung der Demonstration am 18. Juni.

Gegen anarchische Aktionen, für die gemeinsame Demonstration unter dem Banner der Partei des Proletariats - so lautet unser Ruf.

*„Prawda“ Nr. 81
14. Juni 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

ZU DEN ERGEBNISSEN DER KOMMUNALWAHLEN IN PETROGRAD

Die Wahlen zu den Bezirksdumas in Petrograd (in zwölf Bezirken) sind bereits zu Ende. Eine allgemeine Zusammenstellung des Zahlenmaterials und sonstigen Materials ist noch nicht veröffentlicht; dennoch lässt sich an Hand einiger Unterlagen aus den Bezirken das Gesamtbild des Verlaufs und Ausgangs der Wahlen rekonstruieren.

Von mehr als einer Million Wahlberechtigten übten etwa 800000 ihr Wahlrecht aus. Das sind durchschnittlich 70 Prozent. Die Wahlenthaltung ist keineswegs „bedrohlich“. Außerhalb der Wahlzone blieben die proletarischsten Teile solcher Bezirke wie des Newa- und des Narwa-Bezirks (Vororte), die vorläufig noch nicht der Stadt angeschlossen sind.

Der Wahlkampf entbrannte nicht um lokale kommunale Forderungen, wie das „gewöhnlich“ in Europa der Fall ist, sondern um die grundlegenden politischen Plattformen. Und das ist durchaus begreiflich. In einem Augenblick außergewöhnlicher revolutionärer Erschütterung, noch verstärkt durch Krieg und Zerrüttung, wo die Klassengegensätze aufs äußerste entblößt sind, war es ganz undenkbar, im Wahlkampf im Rahmen lokaler Fragen zu bleiben - der unlösbare Zusammenhang zwischen den lokalen Fragen und den Fragen der politischen Gesamtsituation des Landes musste unweigerlich zum Durchbruch kommen.

Aus diesem Grunde konkurrierten bei den Wahlen vor allem drei Listen, entsprechend den drei grundlegenden politischen Plattformen: denen der Kadetten, der Bolschewiki und der „Vaterlandsverteidiger“ (Block der Volkstümler, der Menschewiki und des „Jedinstwo“). Die parteilosen Gruppen, die die politische Verschwommenheit und Programmlosigkeit verkörpern, mussten sich bei einer solchen Sachlage unvermeidlich in ein Nichts auflösen, und so ist es auch tatsächlich gekommen.

Der Wähler stand vor der Wahl:

Entweder zurück, für den Bruch mit dem Proletariat, für „entschlossene „Maßnahmen“ gegen die Revolution (Kadetten);

oder vorwärts, für den Bruch mit der Bourgeoisie, für den entschlossenen Kampf gegen die Konterrevolution, für die Weiterentwicklung der Revolution (Bolschewiki);

oder für einen Pakt mit der Bourgeoisie, für eine Politik des Lavierens zwischen Revolution und Konterrevolution, das heißt weder zurück noch vorwärts (Block der „Vaterlandsverteidiger“ - der Menschewiki und Sozialrevolutionäre).

Der Wähler hat seine Wahl getroffen. Von 800000 Stimmen sprachen sich für den Block der „Vaterlandsverteidiger“ über 400000 aus; für die Kadetten etwas über 160 000, wobei diese in keinem einzigen Bezirk die Mehrheit erhielten; für die Bolschewiki über 160000, wobei die Bolschewiki in dem proletarischsten Bezirk der Hauptstadt, auf der Wiborger Seite, die absolute Mehrheit erhielten. Die verbleibende (unbedeutende) Stimmenzahl verteilte sich auf 30 „parteilose“, „überparteiliche“ und alle möglichen anderen zufälligen Gruppen und Gebilde.

Das ist die Antwort des Wählers.

Was besagt sie nun?

Das erste, was ins Auge springt, ist die Schwäche und Hinfälligkeit der parteilosen Gruppen. Das Märchen, der russische Durchschnittsbürger sei „von Natur aus“ parteilos, ist durch die Wahlen endgültig entlarvt worden. Die politische Rückständigkeit, die den Nährboden der parteilosen Gruppen bildete, gehört jetzt offenbar der Vergangenheit an. Die Wähler haben in ihrer Masse eindeutig den Weg des offenen politischen Kampfes eingeschlagen.

Die zweite Besonderheit ist die völlige Niederlage der Kadetten. Wie sich, die Kadetten auch drehen und wenden mögen, sie müssen anerkennen, dass sie bei freien Wahlen im ersten offenen Kampf aufs Haupt geschlagen worden sind und keine einzige Bezirksduma in die Hand bekommen haben. Noch vor kurzem betrachteten die Kadetten Petrograd als ihre Domäne. Sie schrieben wiederholt in ihren Aufrufen, Petrograd „erweist nur der Partei der

Volksfreiheit Vertrauen“, wobei sie sich auf die Wahlen zur Reichsduma auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni beriefen. Jetzt ist endgültig klar geworden, dass die Kadetten in Petrograd Herrscher von Gnaden des Zaren und seines Wahlgesetzes waren. Das alte Regime ist kaum vom Schauplatz verschwunden und - im Nu haben die Kadetten den Boden unter den Füßen verloren.

Kurzum: Die demokratischen Wähler in ihrer Masse sind nicht für die Kadetten.

Die dritte Besonderheit ist das zutage getretene unverkennbare Anwachsen unserer Kräfte, der Kräfte unserer Partei. Unsere Partei hat in Petrograd 23000 bis 25000 Mitglieder; die „Prawda“ hat eine Auflage von 90000 bis 100000 Exemplaren, wovon 70000 allein auf Petrograd entfallen; bei den Wahlen aber haben wir über 160000 Stimmen erhalten, das heißt siebenmal soviel wie die Zahl der Parteimitglieder und doppelt soviel wie die Auflage der „Prawda“ in Petrograd. Und dies angesichts des höllischen Geheuls und der Hetze gegen die Bolschewiki, womit fast die gesamte so genannte Presse, von den Boulevardblättern „Birshowka“ und „Wetschorka“ an bis zur ministeriellen „Wolja Naroda“^[31] und zur „Rabotschaja Gaseta“, den Durchschnittsbürger terrorisierte. Es steht außer Zweifel, dass in einer solchen Situation nur die standhaftesten, durch keinerlei Schauernmärchen zu beeinflussenden revolutionären Elemente für unsere Partei stimmen konnten. Zu ihnen gehören vor allem der Führer der Revolution, das Proletariat, das uns das Übergewicht in der Wiborger Duma gegeben hat, und dann die treuesten Bundesgenossen des Proletariats, die revolutionären Regimenter. Ferner muss bemerkt werden, dass die freien Wahlen frische, im politischen Kampf noch unerfahrene breite Bevölkerungsschichten an die Urnen geführt haben. Das sind vor allem die Frauen und dann die Zehn-tausende von kleinen Beamten, die die Ministerien füllen, weiter die Unzahl von „kleinen Leuten“, Handwerkern, Krämern und dergleichen mehr. Wir hatten keineswegs darauf gerechnet und konnten nicht darauf rechnen, dass diese Schichten imstande sein werden, schon jetzt mit der „alten Welt“ zu brechen und entschlossen den Standpunkt des revolutionären Proletariats zu beziehen. Sie aber haben eigentlich das Schicksal der Wahlen entschieden. Wenn sie imstande waren, den Kadetten den Rücken zu kehren - und das haben sie getan-, so ist das bereits ein großer Fortschritt.

Kurzum: Die Wähler in ihrer Masse sind bereits von den Kadetten abgerückt, aber noch nicht bei unserer Partei angelangt- sie sind auf halbem Wege stehen geblieben. Dafür haben sich die entschlossensten Elemente, die revolutionären Proletarier und die revolutionären Soldaten, bereits um unsere Partei geschart.

Die Wähler in ihrer Masse sind auf halbem Wege stehen geblieben. Und sofort haben sie dort, auf halbem Wege, den rechten Führer gefunden - den Block der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre. Da sich die kleinbürgerlichen Wähler in der heutigen Lage nicht zurechtgefunden haben und zwischen Proletariat und Kapitalisten umherirren, fühlten sie sich, nachdem sie den Glauben an die Kadetten verloren hatten, natürlicherweise zu den endgültig verhedderten und hilflos zwischen Revolution und Konterrevolution lavierenden Menschewiki und Sozialrevolutionären hingezogen. Gleich und gleich gesellt sich gern! Das ist der ganze Sinn des „glänzenden Sieges“ des Blocks der „Vaterlandsverteidiger“. Das ist aber auch die vierte Besonderheit der Wahlen. Zweifellos wird die buntscheckige Armee des Blocks mit dem weiteren Anwachsen der Revolution unweigerlich dahin schmelzen, wird zum Teil zu den Kadetten zurückgehen, zum Teil vorwärts schreiten zu unserer Partei. Vorläufig aber ... vorläufig können sich die Führer des Blocks ihres „Sieges“ freuen.

Die fünfte und letzte Besonderheit der Wahlen schließlich - die letzte nicht ihrer Bedeutung nach! - liegt darin, dass sie konkret die Frage der Macht im Lande aufgeworfen haben. Die Wahlen haben endgültig klargestellt, dass die Kadetten in der Minderheit sind, denn sie haben mit Mühe und Not 20 Prozent der Stimmen aufgebracht. Die gewaltig Mehrheit, mehr als 70 Prozent, steht hinter den Sozialisten des rechten und des linken Flügels, das heißt hinter den Sozialrevolutionären und Menschewiki und hinter den Bolschewiki. Man sagt, die Petrograder Kommunalwahlen seien der Prototyp der kommenden Wahlen zur

Konstituierenden Versammlung. Aber wenn das stimmt, ist es dann nicht ungeheuerlich, dass die Kadetten, die eine unbedeutende Minderheit im Lande bilden, in der Provisorischen Regierung die gewaltige Mehrheit haben? Wie kann man angesichts des ausgesprochenen Misstrauens der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Kadetten die Herrschaft der Kadetten in der Provisorischen Regierung dulden? Ist nicht dieses Missverhältnis die Ursache jener anwachsenden Unzufriedenheit mit der Provisorischen Regierung, die im Lande immer häufiger zum Durchbruch kommt?

Ist es nicht klar, dass eine weitere Beibehaltung dieses Missverhältnisses ebenso unvernünftig wie undemokratisch ist?

*„Bulletins des Pressebüros
beim ZK der SDAPR“ Nr. 1,
15. Juni 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

AN ALLE WERKTÄTIGEN, AN ALLE ARBEITER UND SOLDATEN PETROGRADS^[32]

Genossen!

Rußland macht schwere Prüfungen durch.

Noch immer dauert der Krieg an und rafft zahllose Opfer dahin. Die Räuber, die Bankhünen, die sich an ihm bereichern, ziehen ihn absichtlich in die Länge.

Die durch den Krieg verursachte Zerrüttung der Industrie führt zu Betriebsstilllegungen und zur Arbeitslosigkeit. Sie wird von den nach märchenhaften Profiten lüsternen Kapitalisten, die die Arbeiter aussperren, mit Absicht verschärft.

Der durch den Krieg verursachte Lebensmittelmangel nimmt immer bedrohlichere Formen an. Die Teuerung würgt die besitzlose Stadtbevölkerung. Die Preise aber steigen weiter, wie es den marodierenden Spekulanten gefällt.

Über uns schwebt das Unheil verkündende Gespenst des Hungers und des Ruins...

Gleichzeitig ballen sich die schwarzen Wolken der Konterrevolution zusammen.

Die Duma des 3. Juni, die dem Zaren half, das Volk zu unterdrücken, verlangt jetzt die sofortige Offensive an der Front. Wozu? Um zu Nutz und Frommen der „alliierten“ und russischen Räuber die errungene Freiheit in Blut zu ertränken.

Der Staatsrat, der dem Zaren Henker als Minister lieferte, knüpft im Stillen die Schlinge des Verrats. Wozu? Um sie zu Nutz und Frommen der „alliierten“ und russischen Unterdrücker im geeigneten Moment dem Volke um den Hals zu werfen.

Und die Provisorische Regierung, mit ihren zehn Bourgeois-Mitgliedern, zwischen die zaristische Duma und den Deputierten sowjet gestellt, gerät unverkennbar unter den Einfluss der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Statt Sicherung der Rechte der Soldaten - die „Deklaration“ Kerenskis, die diese Rechte verletzt.

Statt Verankerung der von den Soldaten in den Tagen der Revolution errungenen Freiheiten - neue „Befehle“, in denen mit Zwangsarbeit und Auflösung der Regimenter gedroht wird.

Statt Sicherung der von den Bürgern Rußlands errungenen Freiheit - Einführung politischer Bspitzelung in den Kasernen, Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren, neue Vorlagen zur Erweiterung des Verschickung zur Zwangsarbeit androhenden Artikels 129.

Statt Bewaffnung des Volkes - Androhung der Entwaffnung der Arbeiter und Soldaten.

Statt Befreiung der unterdrückten Völker - Schikanen gegen Finnland sowie die Ukraine und Angst, ihnen die Freiheit zu geben.

Statt entschlossenen Kampfes gegen die Konterrevolution - Begünstigung des zügellosen Treibens der Konterrevolutionäre, die offen zum Kampf gegen die Revolution rüsten ..

Unterdessen geht der Krieg immer weiter, und es werden keinerlei wirksame, ernste Maßnahmen getroffen, um ihn einzustellen und allen Völkern einen gerechten Frieden anzubieten.

Unterdessen greift die Zerrüttung immer weiter um sich, und es werden keinerlei Maßnahmen gegen sie getroffen.

Unterdessen rückt die Hungersnot immer näher, und es werden keinerlei wirksame Maßnahmen gegen sie getroffen.

Ist es da ein Wunder, dass die Konterrevolutionäre immer frecher werden und die Regierung zu neuen Repressalien gegen die Arbeiter und Bauern, gegen die Soldaten und Matrosen anstacheln?

Genossen! Man darf diese Zustände nicht länger stillschweigend dulden! Nach alledem zu schweigen wäre ein Verbrechen!

Ihr seid freie Bürger, ihr habt das Recht zu protestieren, und ihr müsst von diesem eurem Recht Gebrauch machen, ehe es zu spät ist.

Möge der morgige Tag (der 18. Juni), der Tag einer friedlichen Manifestation, zum Tag eines wuchtigen Protests des revolutionären Petrograds gegen die wiederauflebende Unterdrückung und Willkür werden!

Mögen sich morgen die Siegesbanner entrollen zum Schrecken der Feinde der Freiheit und des Sozialismus!

Möge euer Ruf, der Ruf der Kämpfer der Revolution, über die ganze Welt erschallen, zur Freude aller Unterdrückten und Versklavten!

Dort im Westen, in den kriegführenden Ländern, dämmert bereits das Morgenrot eines neuen Lebens, das Morgenrot der großen Arbeiterrevolution. Mögen morgen eure Brüder im Westen erfahren, dass eure Kühnen ihnen nicht Krieg, sondern Frieden, nicht Knechtschaft, sondern Befreiung bringen!

Arbeiter! Soldaten! Reicht einander die Bruderhand und stellt euch unter das Banner des Sozialismus!

Alle auf die Straße, Genossen!

Schließt euch eng um eure Fahnen zusammen!

Marschieret in geschlossenen Reihen durch die Straßen der Hauptstadt!

Gebt ruhig und entschlossen euren Willen kund:

Nieder mit der Konterrevolution!

Nieder mit der zaristischen Duma!

Nieder mit dem Staatsrat!

Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!

Alle Macht den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten!

Revision der „Deklaration der Rechte des Soldaten“!

Aufhebung der gegen die Soldaten und Matrosen gerichteten „Befehle“!

Nieder mit der Entwaffnung der revolutionären Arbeiter!

Es lebe die Volksmiliz!

Nieder mit der Anarchie in der Industrie und mit den Kapitalisten, die Aussperrungen verhängen!

Es lebe die Kontrolle und die Organisation der Produktion und Verteilung!

Gegen die Offensivpolitik!

Es ist an der Zeit, mit dem Kriege Schluss zu machen! Der Deputiertensowjet soll gerechte Friedensbedingungen bekannt geben!

Weder Separatfrieden mit Wilhelm noch Geheimverträge mit den französischen und englischen Kapitalisten!

Brot! Frieden! Freiheit!

Das Zentralkomitee der SDAPR

Das Petersburger Komitee der SDAPR

Die Militärorganisation beim Zentralkomitee der SDAPR

Der Zentralrat der Petrograder Betriebskomitees

Die Fraktion der Bolschewiki im Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten

Die Redaktion der „Prawda“

Die Redaktion der „Soldatskaja Prawda“

„Prawda“ Nr. 84,
17. Juni 1917.

AUF DER DEMONSTRATION

Ein klarer sonniger Tag. Endlos der Zug der Demonstranten. Vom Morgen bis zum Abend ziehen die Kolonnen zum Marsfeld. Ein endloser Fahnenwald. Alle Betriebe und Geschäfte sind geschlossen. Der Verkehr stockt. Mit gesenkten Fahnen ziehen die Demonstranten an den Gräbern vorbei. Die „Marseillaise“ und die „Internationale“ wechseln mit dem Lied „Unsterbliche Opfer“. Die Luft erdröhnt von den Rufen. Immer wieder ertönt es: „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!“, „Alle Macht dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten!“ Als Antwort erklingt von allen Seiten lautes, zustimmendes „Hurra!“.

Was beim Anblick der Demonstration auffällt, ist die Abwesenheit der Bourgeoisie und der Mitläufer. Zum Unterschied vom Aufmarsch am Beisetzungstage, als die Arbeiter in einem Meer von Spießern und Kleinbürgern untergingen, war die Demonstration vom 18. Juni rein proletarisch, denn ihre Hauptteilnehmer waren Arbeiter und Soldaten. Die Kadetten hatten schon am Vorabend der Demonstration den Boykott erklärt und durch ihr ZK aufgefordert, der Demonstration „fernzu bleiben“. Und in der Tat, die Bourgeois nahmen nicht nur nicht teil, sie hatten sich buchstäblich versteckt. Der stets belebte und geräuschvolle Newski-Prospekt war an diesem Tage von den üblichen bürgerlichen Müßiggängern absolut leer.

Kurzum. Es war eine wirklich proletarische Demonstration der revolutionären Arbeiter, denen die revolutionären Soldaten folgten.

Bündnis der Arbeiter und Soldaten gegen die geflüchteten Bourgeois, bei Neutralität des Kleinbürgers - das war das äußere Bild der Demonstration vom 18. Juni.

Keine Manifestation, sondern eine Demonstration

Die Demonstration vom 18. Juni war kein einfacher Spaziergang, keine Parademanifestation, wie es zweifellos die Manifestation am Beisetzungstage war. Dies war eine Protestdemonstration, eine Demonstration der lebendigen Kräfte der Revolution zu dem Zweck, das Kräfteverhältnis zu ändern. Es ist äußerst charakteristisch, dass die Demonstranten sich nicht allein darauf beschränkten, ihren Willen kundzutun, sondern die sofortige Freilassung des Genossen Chaustow (Ein Fähnrich, bolschewistischer Sozialdemokrat, Namensvetter eines sozialdemokratischen menschewistischen Arbeiters, der Mitglied der IV. Reichsduma war.), eines früheren Mitarbeiters der „Okopnaja Prawda“^[33], forderten. Wir meinen hier die Allrussische Konferenz der Militärorganisationen unserer Partei, die sich an der Demonstration beteiligte und vom Exekutivkomitee, vertreten durch Tschcheidse, die Freilassung des Genossen Chaustow forderte, wobei Tschcheidse versprach, alle Maßnahmen zu treffen, um ihn „heute noch“ auf freien Fuß zu setzen.

Der ganze Charakter der Losungen, in denen der Protest gegen die „Befehle“ der Provisorischen Regierung, gegen ihre ganze Politik zum Ausdruck kam, zeugt mit unzweifelhafter Deutlichkeit davon, dass sich die „friedliche Manifestation“, die man zu einem harmlosen Spaziergang machen wollte, in eine machtvolle Demonstration verwandelt hat, die einen Druck auf die Regierung ausübt.

Misstrauen gegen die Provisorische Regierung

Eine ins Auge springende Besonderheit: Kein einziges Werk, keine einzige Fabrik, kein einziges Regiment hatte die Losung „Vertrauen zur Provisorischen Regierung“ aufgestellt. Selbst die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre hatten vergessen (eher nicht gewagt!), diese Losung aufzustellen. Sie hatten alles, was man will: „Nieder mit der Spaltung“, „Für die Einheit“, „Unterstützt den Sowjet“, „Für die allgemeine Schulpflicht“ (wem's nicht passt, der hör' nicht hin) - nur die Hauptsache fehlte: Vertrauen zur Provisorischen Regierung, sei es auch mit dem kleinen schlaun Vorbehalt „insoweit wie“. Nur drei Gruppen hatten gewagt,

die Vertrauenslosung aufzustellen, aber auch die mussten es bereuen. Das waren eine Gruppe von Kosaken, die Gruppe des „Bund“ und Plechanows Gruppe „Jedinstwo“. „Die heilige Dreieinigkeit“ spotteten die Arbeiter auf dem Marsfeld. Zwei dieser Gruppen („Bund“ und „Jedinstwo“) wurden von den Arbeitern und Soldaten unter „Nieder“rufen gezwungen, ihre Fahnen einzurollen. Den Kosaken, die sich weigerten, ihre Fahnen einzurollen, wurden sie zerrissen. Und eine anonyme Fahne mit dem „Vertrauen“, „frei in der Luft“ über dem Eingang zum Marsfeld aufgespannt, wurde von einer Arbeiter- und Soldatengruppe zerfetzt, unter beifälligen Zurufen des Publikums: „Das Vertrauen zur Provisorischen Regierung hängt in der Luft.“

Kurzum. Die überwältigende Mehrheit der Demonstranten hegte Misstrauen gegen die Regierung, während die Menschewiki und Sozialrevolutionäre offenbar zu feige sind, „gegen den Strom“ anzukämpfen - das ist der Grundton der Demonstration.

Bankrott der Politik des Paktierens

Von allen Losungen waren am populärsten: „Alle Macht dem Sowjet“, „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern“, „Weder Separatfrieden mit Wilhelm noch Geheimverträge mit den englisch-französischen Kapitalisten“, „Es lebe die Kontrolle und die Organisierung der Produktion“, „Nieder mit der Duma, nieder mit dem Staatsrat“, „Fort mit den soldatenfeindlichen Befehlen“, „Verkündet gerechte Friedensbedingungen“ und andere. Die gewaltige Mehrheit der Demonstranten war also mit unserer Partei solidarisch. Selbst Regimenter wie das Wolhynische und das Kexholmer waren mit der Losung aufmarschiert: „Alle Macht dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten!“ Die Mitglieder der Mehrheit des Exekutivkomitees, die nicht mit der Soldatenmasse, sondern nur mit den Regimentskomitees zu tun haben, waren ob dieser „Überraschung“ aufrichtig verblüfft.

Kurzum. Die gewaltige Mehrheit der Demonstranten (es waren insgesamt 400000 bis 500000) sprach der Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie ihr offenes Misstrauen aus - die Demonstration stand im Zeichen der revolutionären Losungen unserer Partei.

Zweifel sind ausgeschlossen: Das Märchen von einer „Verschwörung“ der Bolschewiki ist endgültig entlarvt. Eine Partei, die das Vertrauen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter und Soldaten der Hauptstadt genießt, bedarf keiner „Verschwörungen“. Nur ein böses Gewissen oder politisches Analphabetentum konnte den „Schöpfern der hohen Politik“ die „Idee“ einer bolschewistischen „Verschwörung“ eingeben.

„Prawda“ Nr. 86,

20.7uni 1917.

Unterschrift: K. St.

SCHLIESST DIE REIHEN!

Die Ereignisse vom 3. und 4. Juli wurden durch die allgemeine Krise im Lande hervorgerufen. Der sich in die Länge ziehende Krieg und die allgemeine Erschöpfung, die unerhörte Teuerung und Unterernährung, die wachsende Konterrevolution und die wirtschaftliche Zerrüttung, die Auflösung von Regimentern an der Front und die Verschleppung der Bodenfrage, die allgemeine Zerrüttung im Lande und die Unfähigkeit der Provisorischen Regierung, das Land aus der Krise herauszuführen - das war es, was die Massen am 3. und 4. Juli auf die Straße trieb.

Wer diese Aktion mit der böswilligen Agitation dieser oder jener Partei erklärt, der steht auf dem Standpunkt der Leute von der Ochrana (Zaristische Geheimpolizei. Die deutsche Red), die jede Massenbewegung mit den Einflüsterungen von „Anstiftern“ und „Aufwieglern“ zu erklären suchen.

Keine einzige Partei - die Bolschewiki nicht ausgenommen - hatte zu der Aktion vom 3. Juli aufgerufen. Mehr noch. Die Partei der Bolschewiki, die den größten Einfluss in Petrograd besitzt, forderte noch am 3. Juli die Arbeiter und Soldaten auf, von der Demonstration Abstand zu nehmen. Als aber die Bewegung dennoch ausbrach, tat unsere Partei, die sich nicht für berechtigt hielt, ihre Hände in Unschuld zu waschen, alles nur Mögliche, um der Bewegung einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen.

Aber die Konterrevolution schloß nicht. Sie organisierte provokatorische Schießereien, sie verdüsterte die Demonstrationstage durch Blutvergießen und ging, gestützt auf einige Fronttruppenteile, zur Offensive gegen die Revolution über. Der Kern der Konterrevolution, die Partei der Kadetten, war, dies alles gleichsam voraussehend, schon vorher aus der Regierung ausgetreten und hatte sich freie Hand verschafft. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Exekutivkomitee aber, die ihre erschütterten Positionen zu halten wünschten, erklärten verräterischerweise, die Demonstration für die uneingeschränkte Macht der Sowjets sei ein Aufstand gegen die Sowjets, und hetzten damit rückständige Schichten der von der Front herbeigerufenen Truppenteile auf das revolutionäre Petrograd. Von ihrem Fraktionsfanatismus verblendet, merkten sie nicht, dass sie durch ihre Schläge gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten gleichzeitig auch die ganze Front der Revolution schwächen und den Hoffnungen der Konterrevolution Auftrieb geben.

Das Ergebnis ist ein zügelloses Wüten der Konterrevolution und die Militärdiktatur.

Demolierung der „Prawda“ und der „Soldatskaja Prawda“^[34], Demolierung der Druckerei „Trud“^[35] und unserer Bezirksorganisationen, Misshandlungen und Mordtaten, Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren und eine ganze Reihe „eigenmächtiger“ Gewalttaten, gemeine Verleumdungen verabscheuungswürdiger Spitzel gegen die Führer unserer Partei und hemmungslose Ausfälle von Piraten der Feder in den käuflichen Zeitungen, Entwaffnung revolutionärer Arbeiter und Auflösung von Regimentern, Wiedereinführung der Todesstrafe - das ist sie, die „Arbeit“ der Militärdiktatur.

All das geschieht unter der Flagge der „Rettung der Revolution“, „auf Befehl“ des „Kabinetts“ Kerenski-Zereteli, das vom Allrussischen Exekutivkomitee unterstützt wird. Dabei liefern die regierenden Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, erschreckt durch die Militärdiktatur, leichten Herzens die Führer der proletarischen Partei an die Feinde der Revolution aus, sie decken die Demolierungen und die Ausschreitungen und setzen den „eigenmächtigen“ Gewalttätigkeiten keinen Widerstand entgegen.

Ein stillschweigender Pakt der Provisorischen Regierung mit dem al, der Konterrevolution, mit der Partei der Kadetten gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten Petrograds, bei unverkennbarer Vorschubleistung des Exekutivkomitees - das ist das Bild der heutigen Lage.

Je nachgiebiger nun die regierenden Parteien sind, desto frecher werden die Konterrevolutionäre. Vom Angriff auf die Bolschewiki gehen sie bereits zum Angriff auf alle Parteien der Sowjets und auf die Sowjets selbst über. Auf der Petrograder Seite und an der

Ochta werden menschwistische Bezirksorganisationen überfallen. Überfallen wird die Abteilung des Metallarbeiterverbandes hinter der Newskaja Sastawa. Man dringt in den Sitzungssaal des Petrograder Sowjets ein und verhaftet Mitglieder des Sowjets (den Deputierten Sacharow). Man organisiert auf dem Newski-Prospekt Sondergruppen zur Jagd auf Mitglieder des Exekutivkomitees. Man spricht eindeutig von einer Auseinandersetzung des Exekutivkomitees. Wir reden schon gar nicht von der „Verschwörung“ Argen einige Mitglieder der Provisorischen Regierung und Führer des Exekutivkomitees.

Die Handlungsweise der Konterrevolutionäre wird von Stunde zu Stunde frecher und herausfordernder. Die Provisorische Regierung aber fuhr fort, die revolutionären Arbeiter und Soldaten im Interesse der „Rettung der Revolution“ zu entwaffnen...

All das verschärft im Zusammenhang mit der im Lande um sich greifenden Krise, im Zusammenhang mit der Hungersnot und der Zerrüttung, mit dem Krieg und den mit ihm verbundenen Überraschungen die Lage noch mehr und macht neue politische Krisen unvermeidlich.

Für die kommenden Schlachten gerüstet zu sein, ihnen würdig und organisiert zu begegnen - das ist heute die Aufgabe.

Daraus folgt:

Das erste Gebot - fällt nicht auf Provokationen der Konterrevolutionäre herein, wappnet euch mit Ausdauer und Selbstbeherrschung, schont eure Kräfte für den kommenden Kampf, lasst keinerlei verfrühte Aktionen zu.

Das zweite Gebot - scharft euch noch enger um unsere Partei, schließt die Reihen gegen die wider uns zu Felde ziehenden zahllosen Feinde, haltet das Banner hoch, ermuntert die Schwachen, sammelt die Zurück bleibenden, klärt die Unwissenden auf.

Keinerlei Kompromisse mit der Konterrevolution!

Keinerlei Einheit mit den „sozialistischen“ Kerkermeistern.

Für das Bündnis der revolutionären Elemente gegen die Konterrevolution und ihre Helfer - das ist unsere Parole.

„Proletarskoje Djelo“ (Die proletarische Sache)

(Kronstadt) Nr. 2,

15. Juli 1917.

Unterschrift: K. Stalin,

Mitglied des Zentralkomitees der SDAPR.

REDEN AUF DER AUSSERORDENTLICHEN KONFERENZ DER PETROGRADER ORGANISATION DER SDAPR (BOLSCHEWIKI)

16.-20. Juli 1917^[36]

1. RECHENSCHAFTSBERICHT DES ZENTRALKOMITEES UBER DIE JULIEREIGNISSE

16. Juli

Genossen!

Unsere Partei, insbesondere das Zentralkomitee unserer Partei, wird beschuldigt, die Aktion vom 3. und 4. Juli ausgelöst und organisiert zu haben, um das Zentralexekutivkomitee der Sowjets zu zwingen, die Macht in seine Hände zu nehmen, und, falls es nicht gewillt wäre, die Macht zu übernehmen, sie selber zu ergreifen.

Vor allem muss ich diese Beschuldigungen widerlegen. Am 3. Juli drangen zwei Vertreter eines Maschinengewehrregiments in die Sitzung der Konferenz der Bolschewiki ein und erklärten, das 1. Maschinengewehrregiment trete in Aktion. Sie erinnern sich, wie wir den Delegierten erklärten, dass Parteimitglieder nicht gegen den Beschluss ihrer Partei handeln dürfen, worauf die Vertreter des Regiments protestierten und ihrerseits erklärten, sie würden lieber aus der Partei austreten als gegen die Beschlüsse ihres Regiments handeln.

Das Zentralkomitee unserer Partei hielt eine Aktion der Arbeiter und Soldaten in Petrograd in der gegebenen Situation für unzweckmäßig. Das ZK hielt sie für unzweckmäßig, da es klar war, dass die von der Regierung geplante Offensive an der Front ein abenteuerliches Unternehmen ist, dass die Soldaten, ohne zu wissen, um welcher Ziele willen man sie vorschickt, nicht in den Angriff gehen werden, dass die Feind der Revolution im Falle einer Aktion unsererseits in Petrograd imstand wären, die Schuld am Scheitern der Frontoffensive uns in die Schuhe zu schieben. Wir wollten, dass die Verantwortung für das Versagen der Offensive an der Front auf diejenigen fällt, die in Wahrheit an diesem Abenteuer schuld sind.

Aber die Aktion begann. Die Maschinengewehrschützen entsandten Delegierte in die Betriebe. Gegen sechs Uhr standen wir vor der Tatsache einer Aktion gewaltiger Arbeiter- und Soldatenmassen. Gegen fünf Uhr hatte ich in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets im Namen des Zentralkomitees der Partei und der Konferenz offiziell erklärt, dass wir beschlossen haben, keine Aktion zu unternehmen. Wenn man uns dennoch der Organisation der Aktion beschuldigt, so ist das eine Lüge, wie sie nur niederträchtige Verleumder verbreiten können.

Die Aktion kam ins Rollen. Hatte die Partei das Recht, ihre Hände in Unschuld zu waschen und abseits zu stehen? Da wir die Möglichkeit noch ernsterer Komplikationen berücksichtigen mussten, hatten wir nicht das Recht, unsere Hände in Unschuld zu waschen; als Partei des Proletariats waren wir verpflichtet, in die Aktion einzugreifen und ihr einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen, ohne uns die bewaffnete Machtergreifung zum Ziel zu setzen.

Ich will Ihnen analoge Fälle aus der Geschichte unserer Arbeiterbewegung ins Gedächtnis rufen. Als am 9. Januar 1905 Gapon die Massen zum Zaren führte, lehnte es die Partei nicht ab, mit der Masse zu gehen, obgleich sie wusste, dass man der Teufel weiß wohin ging. Heute, wo die Bewegung nicht unter den Losungen eines Gapon, sondern unter unseren Losungen vor sich ging, konnten wir der Bewegung umso weniger den Rücken kehren. Wir mussten eingreifen, als Regulator, als Partei, die die Bewegung im Zaum hält, um sie vor möglichen Komplikationen zu bewahren.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre erheben Anspruch auf die Führung der Arbeiterbewegung, aber sie haben keine Ähnlichkeit mit Leuten, die zur Führung der Arbeiterklasse fähig wären. Ihre Angriffe gegen die Bolschewiki enthüllen, dass sie absolut nicht verstehen, welches die Pflichten einer Partei der Arbeiterklasse sind. Was die letzte Aktion der Arbeiter betrifft, so urteilen sie wie Leute, die mit der Arbeiterklasse gebrochen haben.

In der Nacht beschlossen das Zentralkomitee unserer Partei, das Petersburger Komitee und die Militärorganisation, in diese spontane Bewegung der Soldaten und Arbeiter einzugreifen. Als die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre sahen, dass uns mehr als 400000 Soldaten und Arbeiter folgen, dass ihnen der Boden unter den Füßen schwindet, erklärten sie, die Aktion der Arbeiter und Soldaten sei eine Aktion gegen die Sowjets. Ich behauptete, dass am Abend des 4. Juli, als die Bolschewiki für Verräter der Revolution erklärt wurden, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die Revolution verraten, die revolutionäre Einheitsfront gesprengt und ein Bündnis mit der Konterrevolution geschlossen haben. Die Schläge, die sie den Bolschewiki versetzten, waren Schläge gegen die Revolution.

Am 5. Juli verhängten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre den Kriegszustand, organisierten einen Stab und überantworteten alles der Militärclique. Wir, die wir für die uneingeschränkte Macht der Sowjets kämpfen, gerieten so in die Lage eines bewaffneten Gegners der Sowjets. Es entstand eine Lage, bei der die Truppen der Bolschewiki den Truppen der Sowjets hätten gegenüberstehen können. Es wäre Wahnwitz gewesen, wenn wir uns in einer solchen Lage auf einen Kampf eingelassen hätten. Wir sagten den Führern der Sowjets: Die Kadetten sind abgezogen, bildet einen Block mit den Arbeitern, die Regierung soll den Sowjets verantwortlich sein. Sie unternahmen jedoch einen verräterischen Schritt, sie boten gegen uns Kosaken, Offizierschüler, Pogromhelden und einige Frontregimenter auf, denen sie vorgelogen hatten, die Bolschewiki seien gegen die Sowjets losgezogen. Es ist selbstverständlich, dass wir unter solchen Umständen den Kampf, in den uns die Menschewiki und Sozialrevolutionäre drängen wollten, nicht aufnehmen durften. Wir beschlossen, uns zurückzuziehen.

Am 5. Juli fanden Verhandlungen mit dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets statt, das durch Liber vertreten war. Liber stellte folgende Bedingung: Wir, das heißt die Bolschewiki, ziehen die Panzerautos vom Kszesinska-Palais zurück, die Matrosen verlassen die Peter-Pauls-Festung und kehren nach Kronstadt zurück. Wir willigten unter der Bedingung ein, dass das ZEK der Sowjets den Schutz unserer Parteiorganisationen vor eventuellen Überfällen übernimmt. Liber versicherte uns im Namen des Zentralexekutivkomitees, dass man unsere Forderungen erfüllen werde, dass das Kszesinska-Palais so lange zu unserer Verfügung bleibe, bis wir ständige Räume zugewiesen bekämen. Wir hielten unser Versprechen. Die Panzerautos wurden zurückgezogen, die Kronstädter willigten ein, nach Kronstadt zurückzukehren, aber nur mit der Waffe in der Hand. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets dagegen erfüllte keine einzige der von ihm übernommenen Verpflichtungen. Am 6. Juli erhob der Militärbeauftragte der Sozialrevolutionäre, Kusmin, telefonisch die Forderung, das Kszesinska-Palais und die Peter-Pauls-Festung binnen dreiviertel Stunden zu räumen, andernfalls drohte Kusmin, bewaffnete Kräfte aufmarschieren zu lassen. Das Zentralkomitee unserer Partei beschloss, alles aufzubieten, um Blutvergießen zu vermeiden. Das Zentralkomitee delegierte mich in die Peter-Pauls-Festung, wo es mir gelang, die aus Matrosen bestehende Garnison zu überreden, sich auf keinen Kampf einzulassen, da die Lage sich so gewendet hatte, dass wir den Sowjets gegenüberstehen könnten. In meiner Eigenschaft als Vertreter des Zentralexekutivkomitees der Sowjets fahre ich mit dem Menschewik Bogdanow zu Kusmin. Bei Kusmin ist alles zum Kampf bereit: Artillerie, Kavallerie, Infanterie. Wir reden auf ihn ein, keine Waffengewalt anzuwenden. Kusmin ist unzufrieden, dass „die Zivilisten ihn ständig durch ihre Einmischung stören“, und willigt nur ungern ein, sich der nachdrücklichen Forderung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets zu fügen. Für

mich ist es klar, dass die sozialrevolutionären Militärs Blut wollten, um den Arbeitern, Soldaten und Matrosen „eine Lektion“ zu erteilen. Wir haben ihren tückischen Plan durchkreuzt.

Inzwischen ging die Konterrevolution zum Angriff über: Die „Prawda“ und die Druckerei „Trud“ wurden demoliert, unsere Genossen misshandelt und gemordet, unsere Zeitungen verboten usw. An der Spitze der Konterrevolution steht das Zentralkomitee der Kadettenpartei, hinter ihm stehen der Stab und das Offizierkorps der Armee, das heißt, die Vertreter derselben Bourgeoisie, die den Krieg weiterführen will, weil sie sich an ihm bereichert.

Die Konterrevolution festigte sich von Tag zu Tag. Sooft wir uns an das Zentralexekutivkomitee der Sowjets um Aufklärung wandten, so oft mussten wir uns davon überzeugen, dass es außerstande ist, Ausschreitungen zu verhüten, dass die Macht sich nicht in den Händen des ZEK, hindern in den Händen der kadettisch-militärischen Clique befindet, die der Konterrevolution den Ton angibt.

Die Minister purzeln wie die Puppen. An die Stelle des Zentralexekutivkomitees der Sowjets will man die außerordentliche Beratung in Moskau^[37] schieben, in der die 280 Mitglieder des Zentralexekutivkomitees unter den Hunderten von offenen Vertretern der Bourgeoisie ertrinken werden wie Fliegen in der Milch.

Aus Angst vor dem Wachstum des Bolschewismus schließt das Zentralexekutivkomitee ein schändliches Bündnis mit der Konterrevolution und erfüllt ihre Forderungen: Auslieferung der Bolschewiki, Verhaftung der baltischen Delegation^[38] Entwaffnung der revolutionären Soldaten und Arbeiter. Das wird alles sehr einfach gemacht: Durch provokatorische Schüsse verschafft sich die Clique der „Vaterlandsverteidiger“ den Vorwand zur Entwaffnung und beginnt mit ihr. So verfuhr man zum Beispiel mit den Sestrozker Arbeitern^[39], die an der Aktion nicht teilgenommen hatten.

Das erste Merkmal jeder Konterrevolution ist die Entwaffnung der Arbeiter und der revolutionären Soldaten. Bei uns hat man diese schwarze konterrevolutionäre Arbeit durch Zereteli und andere „sozialistische Minister“ aus dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets verrichten lassen. Darin liegt die ganze Gefahr. Die „Regierung zur Rettung der Revolution“ „festigt“ die Revolution, indem sie die Revolution abwürgt.

Unsere Aufgabe besteht darin, Kräfte zu sammeln, die bestehenden Organisationen zu festigen und die Massen von verfrühten Aktionen zurückzuhalten. Im Interesse der Konterrevolution liegt es, uns jetzt zum Kampf herauszufordern, wir dürfen aber auf keine Provokation hereinfliegen, wir müssen ein Höchstmaß an revolutionärer Ausdauer an den Tag legen. Das ist die allgemeine taktische Linie des Zentralkomitees unserer Partei.

Hinsichtlich der gegen unsere Führer gerichteten niederträchtigen Verleumdung, sie arbeiteten angeblich für deutsches Geld, vertritt das Zentralkomitee der Partei folgenden Standpunkt. In allen bürgerlichen Ländern wurden die revolutionären Führer des Proletariats in verleumderischer Weise des Verrats bezichtigt. In Deutschland war es Liebknecht, in Rußland Lenin. Das Zentralkomitee der Partei wundert sich nicht, dass die russischen Bourgeois zu diesem erprobten Kampfmittel gegen „nicht genehme Elemente“ greifen. Die Arbeiter müssen offen erklären, dass sie ihre Führer für makellos halten, sich mit ihnen solidarisieren und an ihrem Werk mitarbeiten. Die Arbeiter selbst haben vom Petersburger Komitee den Entwurf eines Protests wider die Hetze gegen unsere Führer gefordert. Das Petersburger Komitee hat einen derartigen Entwurf ausgearbeitet, der mit den Unterschriften der Arbeiter ganz besät sein wird.

Unsere Gegner, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, haben vergessen, dass die Geschehnisse nicht von Einzelpersonen, sondern von den unterirdisch wirkenden Kräften der Revolution hervorgerufen werden, und haben sich damit auf den Standpunkt der Ochrana gestellt.

Sie wissen, dass die „Prawda“ seit dem 6. Juli verboten und die Druckerei „Trud“ versiegelt ist, wobei von der Spionageabwehr erklärt wird, man werde die Druckerei nach Abschluss der

Untersuchung aller Wahrscheinlichkeit nach wieder freigeben. Während der Betriebsstilllegung müssen den Setzern und Angestellten der „Prawda“ und der Druckerei etwa 30000 Rubel ausgezahlt werden.

Nach den Juliereignissen, nach allem, was seitdem vorgefallen ist, können wir die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki nicht mehr als Sozialisten betrachten. Die Arbeiter nennen sie jetzt Sozial-Kerkermeister.

Nach alledem noch von Einheit mit den Sozial-Kerkermeistern reden zu wollen, wäre ein Verbrechen. Es muss eine andere Losung aufgestellt werden: Einheit mit dem linken Flügel der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, mit den Internationalisten, die noch eine Dosis revolutionärer Ehre bewahrt haben und bereit sind, gegen die Konterrevolution zu kämpfen.

Das ist die Linie des ZK der Partei.

2. BERICHT UBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE

16. Juli

Genossen!

Das charakteristische Merkmal der gegenwärtigen Lage ist die Krise der Staatsmacht. Um diese Frage gruppieren sich andere, zweitrangige Fragen. Die Krise der Staatsmacht wird durch deren Labilität bestimmt: Sie ist der Moment eingetreten, wo die Befehle der Regierung entweder mit Gelächter oder mit Gleichgültigkeit aufgenommen werden und niemand sie befolgen will. Das Misstrauen gegen die Regierung dringt tief in die Bevölkerung ein. Die Staatsmacht wankt. Das ist die Grundlage der Machtkrise.

Wir erleben jetzt die dritte Krise der Macht. Die erste Krise war die Krise der Zarenmacht, die es nicht mehr gibt. Die zweite Krise war die Krise der ersten Provisorischen Regierung, die Miljukows und Gutschkows Austritt aus der Regierung zur Folge hatte. Die dritte Krise ist die Krise der Koalitionsregierung, mit der die Labilität der Staatsmacht ihren Höhepunkt erreicht hat. Die sozialistischen Minister stellen Kerenski ihre Portefeuilles zur Verfügung, und die Bourgeoisie drückt Kerenski ihr Misstrauen aus. Es wurde ein Kabinett gebildet, das sich schon am nächsten Tage in derselben labilen Lage befand.

Als Marxisten müssen wir die Krise der Macht nicht nur vom formalen Standpunkt, sondern vor allem vom Klassenstandpunkt aus betrachten. Krise der Staatsmacht bedeutet einen erbitterten, offenen Kampf der Klassen um die Macht. Die erste Krise hatte zur Folge, dass an die Stelle der Macht der Gutsbesitzer die Macht der Bourgeoisie trat, unterstützt von den Sowjets, die die Interessen des Proletariats und des Kleinbürgertums „vertreten“. Die zweite Krise hatte zur Folge, dass ein Pakt zwischen der Großbourgeoisie und dem Kleinbürgertum in Gestalt der Koalitionsregierung zustande kam. Während der ersten wie auch während der zweiten Krise bekämpften die Machtorgane die revolutionären Arbeiteraktionen (27. Februar und 20.-21. April). Die zweite Krise endete „zugunsten“ der Sowjets mit dem Eintritt von „Sozialisten“ aus den Sowjets in die bürgerliche Regierung. Bei der dritten Krise stellten die Soldaten und Arbeiter offen die Frage der Machtübernahme durch die Werktätigen - durch die kleinbürgerliche und die proletarische Demokratie, unter Entfernung aller kapitalistischen Elemente aus der Regierung.

Wodurch ist die dritte Krise hervorgerufen worden?

Jetzt wird die ganze „Schuld“ den Bolschewiki in die Schuhe geschoben. Die Aktion vom 3. und 4. Juli soll angeblich zur Verschärfung der Krise beigetragen haben. Schon Karl Marx sagte, dass jeder Schritt vorwärts, den die Revolution macht, bei der Konterrevolution einen Gegenschritt, einen Schritt zurück hervorruft. Die Bolschewiki sehen in der Aktion vom 3. und 4. Juli einen revolutionären Schritt und rechnen sich das, was ihnen die sozialistischen Renegaten vorwerfen: Pioniere der Vorwärtsbewegung zu sein, als Ehre an. Allein diese Krise der Macht wurde nicht zugunsten der Arbeiter gelöst. Wer trägt daran die Schuld? Wenn die

Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Arbeiter und Bolschewiki unterstützt hätten, dann wäre die Konterrevolution besiegt worden, aber sie schlugen gegen die Bolschewiki los, zerschlugen die Einheitsfront der Revolution, und die Krise begann sich unter Bedingungen zu entwickeln, die nicht nur für die Bolschewiki, sondern auch für sie, die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, ungünstig waren.

Das war der erste Faktor, der die Krise verschärfte.

Der zweite Faktor war der Austritt der Kadetten aus der Regierung. Die Kadetten witterten, dass sich die Lage zu verschlechtern droht, dass die Wirtschaftskrise immer mehr um sich greift, dass wenig Geld da ist, und sie beschlossen deshalb, sich aus dem Staube zu machen. Ihr Austritt war die Fortsetzung des Konowalowschen Boykotts. Als die Kadetten die Labilität der Regierung entdeckt hatten, verließen sie als erste die Regierung.

Der dritte Faktor, der die Krise der Staatsmacht aufdeckte und verschärfte, war die Niederlage unserer Truppen an der Front. Die Frage des Krieges ist gegenwärtig die Kardinalfrage, um die sich alle anderen Fragen des innen- und außenpolitischen Lebens des Landes drehen. Und an dieser Kardinalfrage ist die Regierung gescheitert. Es war von vornherein klar, dass die Offensive an der Front ein abenteuerliches Unternehmen war. Es geht das Gerücht, wir hätten Hunderttausende an Gefangenen verloren, die Soldaten seien in regelloser Flucht begriffen. Es hieße den Einfluss der Bolschewiki übertreiben, wollte man die „Zerrüttung“ an der Front einzig und allein der bolschewistischen Agitation zuschreiben. Keine Partei wäre imstande, eine solche Last zu stemmen. Wie will man es erklären, dass unsere Partei mit ihren rund 200000 Mitgliedern imstande gewesen sein soll, die Armee „zu zersetzen“, während das Zentralexekutivkomitee der Sowjets, das 20 Millionen Staatsbürger vereinigt, außerstande war, seinen Einfluss auf die Armee zu bewahren? Die Sache ist eben die, dass die Soldaten nicht Krieg führen wollen, ohne zu wissen, wofür sie sich schlagen, dass sie erschöpft sind, dass ihnen die Frage der Aufteilung des Bodens keine Ruhe lässt usw. Es heißt an Wunder glauben, wenn man meint, man könnte die Soldaten unter solchen Umständen in den Kampf führen. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets hatte die Möglichkeit, in der Armee eine viel stärkere Agitation zu entfalten als wir, und es entfaltete sie auch tatsächlich, nichtsdestoweniger aber hat sich die großartige Elementargewalt des Kampfes gegen den Krieg Bahn gebrochen. Nicht wir sind daran schuld, „schuld“ ist die Revolution, die jedem Bürger das Recht gegeben hat, Antwort auf die Frage zu erhalten: Worum wird der Krieg geführt?

Drei Faktoren haben somit die Krise der Macht hervorgerufen:

1. die Unzufriedenheit der Arbeiter und Soldaten mit der Regierung, deren Politik ihnen zu rechts war;
2. die Unzufriedenheit der Bourgeoisie mit der Regierung, deren Politik sie als zu links betrachtet, und
3. die Misserfolge an der Front.

Das sind die äußeren Kräfte, die die Krise der Macht hervorriefen.

Die Hauptursache von allem aber, die unterirdische Kraft, die die Krise bewirkte, war die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Zerrüttung des Landes. Nur auf diesem Boden konnten die drei Faktoren aufkommen, die die Macht der Koalitionsregierung ins Wanken gebracht haben.

Wenn die Krise den Kampf der Klassen um die Macht bedeutet, so müssen wir als Marxisten fragen: Welche Klasse steigt denn jetzt zur Macht auf? Die Tatsachen zeugen davon, dass die Arbeiterklasse zur Macht aufsteigt. Es ist klar, dass die Klasse der Bourgeoisie sie nicht kampfflos an die Macht gelangen lassen wird. Das Kleinbürgertum, das in Rußland die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, schwankt, es vereinigt sich bald mit uns, bald mit den Kadetten, und bildet somit das Zünglein an der Waage. Das ist der Klasseninhalt der gegenwärtigen Krise der Macht.

Wer wird nun besiegt, und wer geht als Sieger aus der jetzigen Krise hervor? Es liegt auf der Hand, dass im vorliegenden Falle die Bourgeoisie in Gestalt der Kadetten die Macht ergreift. Als die Kadetten aus der Regierung ausgetreten waren, geriet die Macht für einen Augenblick in die Hände des Zentralexekutivkomitees der Sowjets, aber dieses verzichtete auf die Macht und beauftragte Regierungsmitglieder mit der Kabinettsbildung. Gegenwärtig ist das Zentralexekutivkomitee ein Anhängsel der Regierung, die Minister wechseln fortwährend, nur Kerenski ist geblieben. Irgendjemand diktiert seinen Willen, den sowohl die Minister als auch das Zentralexekutivkomitee der Sowjets ausführen müssen. Es liegt auf der Hand, dass dies der Wille der organisierten Bourgeoisie, vor allem der der Kadetten ist. Die Bourgeoisie diktiert ihre Bedingungen: Sie fordert, dass nur „Vertreter der Geschäftswelt“ am Ruder stehen und nicht Parteienvertreter, sie verlangt, dass das Agrarprogramm Tschernows zurückgezogen, dass die Regierungsdeklaration vom 8. Juli^[40] geändert werde und dass die Bolschewiki aus allen Machtorganen entfernt werden. Das Zentralexekutivkomitee weicht vor der Bourgeoisie zurück und willigt in ihre Bedingungen ein.

Wie konnte es geschehen, dass die gestern noch zurückweichende Bourgeoisie heute dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets Befehle erteilt? Die Sache ist die, dass nach der Niederlage an der Front der Kredit der Regierung bei den ausländischen Bankiers gesunken ist. Einige Anzeichen, die ernste Beachtung verdienen, lassen darauf schließen, dass hier der englische Botschafter Buchanan und die Bankiers ihre Hand im Spiel haben und der Regierung den Kredit verweigern, falls sie ihre „sozialistischen“ Anwendungen nicht aufgibt. Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund ist der, dass die Front der Bourgeoisie besser organisiert ist als die Front der Revolution. Als die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre sich mit der Bourgeoisie vereinigten und gegen die Bolschewiki losschlügen, da begriff die Konterrevolution, dass die Einheitsfront der Revolution gesprengt war. In militärischen und finanzimperialistischen Cliques organisiert, mit dem Zentralkomitee der Kadettenpartei an der Spitze, stellte die Konterrevolution den „Vaterlandsverteidigern“ eine ganze Reihe von Forderungen. Um die eigene Macht zitternd, beeilten sich die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, den Forderungen der Konterrevolution nachzukommen.

Das ist der Hintergrund, auf dem der Sieg der Konterrevolution zustande kam.

Es ist klar, dass im Augenblick die Konterrevolution die Bolschewiki besiegt hat, weil die Bolschewiki, von den Menschewiki und Sozialrevolutionären verraten, isoliert dastehen. Klar ist aber auch, dass der für uns günstige Zeitpunkt kommen wird, wo wir in der Lage sein werden, der Bourgeoisie die Entscheidungsschlacht zu liefern.

Es gibt zwei Zentren der Konterrevolution. Das eine Zentrum ist die Partei der organisierten Bourgeoisie, sind die Kadetten, die sich hinter den für die „Vaterlandsverteidigung“ eintretenden Sowjets verschanzen. Sein ausführendes Organ ist der Stab mit prominenten Generälen an der Spitze, die alle Fäden des Offizierkorps in der Hand halten. Das zweite Zentrum ist die imperialistische Finanzclique, die mit England und Frankreich liiert ist und alle Fäden des Kredits in der Hand hält. Es ist kein Zufall, dass Jefremow, Mitglied der interparlamentarischen Kommission, in deren Händen der Kredit liegt, in die Regierung aufgenommen wurde.

Alle die oben erwähnten Tatsachen haben den Sieg der Konterrevolution über die Revolution herbeigeführt.

Wie sind nun die Aussichten? Solange der Krieg andauert - und er wird andauern; solange die Zerrüttung der Industrie nicht überwunden wird - und sie wird nicht überwunden werden, denn mit Repressalien gegen Soldaten und Arbeiter kann sie nicht überwunden werden, heroische Maßnahmen aber können die herrschenden Klassen nicht treffen; solange die Bauern kein Land bekommen - und sie werden keins bekommen, weil sogar Tschernow mit seinem gemäßigten Programm in die Regierung nicht hineinpasste - solange es dies alles gibt,

werden Krisen unvermeidlich sein, werden die Massen noch mehr als einmal auf die Straße gehen, wird es zu entscheidenden Kämpfen kommen.

Die friedliche Entwicklungsperiode der Revolution ist zu Ende. Eine neue Periode, eine Periode heftiger Konflikte, Zusammenstöße und Kämpfe hat begonnen. Das Leben wird brodeln, eine Krise wird die andere ablösen. Die Soldaten und die Arbeiter werden nicht schweigen. Selbst gegen das Verbot der „Okopnaja Prawda“ haben zwanzig Regimenter Protest erhoben. Die Krise ist damit noch nicht beigelegt, dass man neue Minister in die Regierung hinein geschoben hat. Die Arbeiterklasse ist nicht verblutet. Die Arbeiterklasse war klüger, als die Gegner geglaubt hatten: Als sie erkannte, dass die Sowjets Verrat übten, ließ sie sich am 4. und 5. Juli auf eine Schlacht nicht ein. Die Agrarrevolution aber beginnt sich eben erst zu entfalten.

Den kommenden Schlachten müssen wir würdig und organisiert begegnen.

Unsere Hauptaufgaben müssen sein:

1. die Arbeiter, Soldaten und Bauern zur Ausdauer, Standhaftigkeit und Organisiertheit aufzurufen;
2. unsere Organisationen zu erneuern, zu festigen und auszubauen;
3. keine legalen Möglichkeiten zu verschmähen, denn keine Konterrevolution kann uns ernstlich in die Illegalität drängen.

Die Zeit ungezügelter Terrorüberfälle ist vorbei, es beginnt eine Periode „gesetzlicher“ Verfolgungen, und Wir müssen jede legale Möglichkeit ergreifen und ausnutzen.

Im Zusammenhang damit, dass die Bolschewiki jetzt isoliert dastehen, da die Mehrheit des ZEK der Sowjets ein Bündnis mit der Konterrevolution geschlossen und uns somit verraten hat, erhebt sich die Frage, wie wir uns zu den Sowjets und ihrer Mehrheit, den Menschewiki und den Sozialrevolutionären, stellen sollen. In der Sitzung des Zentralexekutivkomitees hat Martow gegen Goz und Dan den Vorwurf erhoben, sie seien mit Beschlüssen gekommen, die bereits in einer Versammlung der Schwarzhunderter und der Kadetten angenommen worden waren. Die gegen die Bolschewiki gerichteten Verfolgungen haben gezeigt, dass sie ohne Verbündete geblieben sind. Die Nachricht von der Verhaftung unserer Führer und dem Verbot unserer Zeitungen wurde von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären mit einem Beifallssturm aufgenommen. Es hieße der Konterrevolution die Hand reichen, wollte man danach noch von einer Einheit mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären reden.

Ich bringe das hier zur Sprache, weil hier und da in Betrieben der Versuch gemacht wird, ein Bündnis der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre mit den Bolschewiki zustande zu bringen. Das ist eine verschleierte Form des Kampfes gegen die Revolution, denn durch ein Bündnis mit den „Vaterlandsverteidigern“ kann man die Revolution zugrunde richten. Es gibt unter den Menschewiki und den Sozialrevolutionären Elemente, die bereit sind, gegen die Konterrevolution zu kämpfen (die Kamkowleute^[41] bei den Sozialrevolutionären, die Martowleute bei den Menschewiki), und wir sind bereit, uns im Rahmen einer revolutionären Einheitsfront mit ihnen zu vereinigen.

3. ANTWORTEN AUF SCHRIFTLICH GESTELLTE FRAGEN

16. Juli

1. Frage Maslowskis: Inwieweit wird unsere Partei bei kommenden Konflikten und eventuellen bewaffneten Aktionen mitwirken, und wird sie sich an die Spitze eines bewaffneten Protestes stellen?

Antwort Stalins: Es ist anzunehmen, dass die Aktionen bewaffnete Aktionen sein werden, man muss auf alles gefasst sein. Die kommenden Konflikte werden heftiger sein, und die

Partei darf ihre Hände nicht in Unschuld waschen. Saln hat die Partei im Namen des lettischen Bezirks beschuldigt, nicht die Führung der Bewegung übernommen zu haben. Aber das trifft nicht zu, weil sich die Partei doch gerade die Aufgabe gestellt hatte, die Bewegung in friedliche Bahnen zu lenken. Man kann uns den Vorwurf machen, wir wären nicht bestrebt gewesen, die Macht zu übernehmen. Wir hätten am 3. und 4. Juli die Macht ergreifen können, wir hätten das Zentralexekutivkomitee der Sowjets veranlassen können, unsere Macht zu sanktionieren. Aber es fragt sich, ob wir die Macht auch hätten behaupten können. Gegen uns hätten sich die Front, die Provinz, eine Reihe von örtlichen Sowjets erhoben. Ohne die Unterstützung der Provinz hätte die Macht keinen Boden unter den Füßen gehabt. Wir würden uns blamiert haben, wenn wir unter solchen Umständen die Macht ergriffen hätten.

2. *Frage Iwanows:* Wie stellen wir uns zu der Losung „Die Macht den Sowjets!“? Wäre es nicht an der Zeit zu sagen: „Diktatur des Proletariats“

Antwort Stalins: Wenn eine Krise der Staatsmacht beigelegt wird, so bedeutet dies, dass eine bestimmte Klasse, im gegebenen Falle die Bourgeoisie, an die Macht gelangt ist. Dürfen wir bei der alten Losung bleiben: „Alle Macht den Sowjets!“? Selbstverständlich nicht. Den Sowjets die in Wirklichkeit stillschweigend Hand in Hand mit der Bourgeoisie gehen, die Macht übergeben, hieße den Feinden in die Hände arbeiten. Wenn wir siegen, können wir die Macht nur der Arbeiterklasse übergeben, die von den ärmsten Schichten des Dorfes unterstützt wird. Wir müssen eine andere, zweckmäßigere Organisationsform für die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zur Anwendung bringen. Die Form der Macht bleibt die alte, doch ändern wir den Klasseninhalt dieser Ordnung und sagen in der Sprache des Klassenkampfes: Alle Macht in die Hände der Arbeiter und der ärmsten Bauern, die eine revolutionäre Politik betreiben werden.

3. *Frage eines Unbekannten:* Wie müssen wir uns verhalten, falls das ZEK der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten erklären sollte, dass sich die Minderheit der Mehrheit zu unterwerfen habe? Werden wir dann aus dem ZEK der Sowjets austreten oder nicht?

Antwort Stalins: Ein entsprechender Beschluss liegt bereits vor. Die bolschewistische Fraktion hat eine Beratung abgehalten, in der eine in dein Sinne gehaltene Antwort ausgearbeitet wurde, dass wir als Mitglieder des ZEK der Sowjets uns allen Beschlüssen des Zentralexekutivkomitees unterwerfen und nicht gegen sie auftreten, als Mitglieder der Partei aber selbständig auftreten können, da wir nicht daran zweifeln, dass die Existenz der Sowjets die selbständige Existenz der Parteien nicht aufhebt. Morgen wird unsere Antwort in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees bekannt gegeben werden.

4. SCHLUSSWORT

16. Juli

Genossen!

Zur Abfassung einer Resolution über die Stellungnahme zum Beschluss des Zentralexekutivkomitees der Sowjets über die Bolschewiki wurde eine Kommission gewählt, der auch ich angehörte. Sie hat eine Resolution ausgearbeitet, die besagt: Wir als Mitglieder des ZEK der Sowjets unterwerfen uns der Mehrheit, aber als Mitglieder der bolschewistischen Partei können wir selbständig auftreten, auch gegen die Beschlüsse des ZEK der Sowjets.

Prochorow versteht unter Diktatur des Proletariats die Diktatur unserer Partei. Wir hingegen sprechen von der Diktatur der Klasse, die die ärmsten Schichten der Bauernschaft mit sich führt.

Eine Ungenauigkeit in den Äußerungen von Diskussionsrednern: Machen wir jetzt eine Zeit der Reaktion oder der Konterrevolution durch? In Revolutionszeiten gibt es keine Reaktion.

Wenn Klassen einander an der Macht ablösen, so ist das keine Reaktion, sondern eine Revolution oder Konterrevolution.

Was den vierten Faktor betrifft, der die Krise der Macht hervorgerufen hat und den Charitonow erwähnte, nämlich den internationalen Faktor, so haben nur der Krieg und die mit dem Krieg verbundenen Fragen der Außenpolitik eine Beziehung zu unserer Krise der Macht gehabt. In meinem Bericht habe ich dem Krieg als dem Faktor, der die Krise der Macht hervorgerufen hat, die Hauptbedeutung beigemessen.

Was das Kleinbürgertum betrifft, so stellt es bereits nicht mehr etwas Einheitliches dar, sondern es vollzieht sich in ihm ein schneller Differenzierungsprozess (der Sowjet der Bauerndeputierten der Petrograder Garnison steht in direktem Gegensatz zum Exekutivkomitee des Bauernkongresses). Im Dorfe geht ein Kampf vor sich, und parallel mit den bestehenden Sowjets der Bauerndeputierten werden eigenmächtig neue Sowjets geschaffen. Wir rechnen gerade auf die Unterstützung dieser emporsteigenden ärmsten Schichten der Bauernschaft. Ihrer wirtschaftlichen Lage nach können nur sie mit uns gehen. Diejenigen Schichten der Bauernschaft, die in das Exekutivkomitee des Bauernkongresses solche nach dem Blute des Proletariats dürstenden Leute wie Awxentjew geschickt haben, werden uns nicht folgen und nicht zu uns abschwanken. Ich habe beobachtet, wie diese Leute Beifall klatschten, als Zereteli den Haftbefehl gegen Genossen Lenin bekannt gab.

Die Genossen, die da sagen, dass die Diktatur des Proletariats unmöglich sei, weil das Proletariat die Minderheit der Bevölkerung bildet, fassen die Kraft der Mehrheit mechanisch auf. Auch die Sowjets vertreten ja nur 20 Millionen durch sie organisierte Menschen, führen aber dank ihrer Organisiertheit die ganze Bevölkerung. Einer organisierten Macht, die imstande ist, die Fesseln der wirtschaftlichen Zerrüttung zu sprengen, wird die ganze Bevölkerung folgen.

Genosse Wolodarski legt die von der Konferenz angenommene Resolution anders aus als ich, es ist jedoch schwer zu verstehen, was für einen Standpunkt er einnimmt.

Die Genossen fragen, ob wir unsere Losung ändern dürfen. Unsere Losung von der Macht der Sowjets war auf die Periode der friedlichen Entwicklung der Revolution berechnet, die jetzt vorüber ist. Wir dürfen dir Tatsache nicht vergessen, dass nunmehr eine der Voraussetzungen für die Übernahme der Macht der Sieg über die Konterrevolution durch einen Aufstand ist. Als wir unsere Losung von den Sowjets aufstellten, befand sich die Macht faktisch in den Händen der Sowjets. Durch Druck auf die Sowjets konnten wir auf die Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung Einfluss nehmen. Jetzt liegt die Macht in den Händen der Provisorischen Regierung. Auf einen friedlichen Übergang der Macht an die Arbeiterklasse durch Druck auf die Sowjets können wir nicht rechnen. Als Marxisten müssen wir sagen: Es kommt nicht auf die Institution an, sondern darauf, welche Klasse es ist, deren Politik diese Institution betreibt. Wir sind unbedingt für die Sowjets, in denen wir die Mehrheit haben, und wir werden bestrebt sein, solche Sowjets zu schaffen. Aber die Macht an diejenigen Sowjets ausliefern, die ein Bündnis mit der Konterrevolution schließen - das dürfen wir nicht.

Alles oben Gesagte zusammenfassend, kann man sagen: Der friedliche Entwicklungsweg der Bewegung ist zu Ende, da die Bewegung die Bahn der sozialistischen Revolution betreten hat. Das Kleinbürgertum, mit Ausnahme der ärmsten Schichten der Bauernschaft, unterstützt jetzt die Konterrevolution. Darum ist die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ für den gegenwärtigen Augenblick veraltet.

*Zuerst veröffentlicht 1923
in der Zeitschrift Krasnaja Ljetopisj“
(Rote Annalen) Nr. 7.*

WAS IST GESCHEHEN?

Es war am 3. und 4. Juli. Die Arbeiter und Soldaten zogen gemeinsam durch die Straßen Petrograds mit dem Ruf: „Alle Macht den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten!“

Was wollten damals die Arbeiter und Soldaten, was strebten sie an: Vielleicht den Sturz der Sowjets?

Natürlich nicht!

Die Arbeiter und Soldaten strebten damals danach, dass die Sowjets die gesamte Macht in ihre Hände nehmen und das schwere Leben der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen erleichtern sollten.

Sie strebten die Verstärkung der Sowjets an, nicht aber deren Schwächung und Vernichtung.

Sie wollten, dass die Sowjets nach Ergreifung der Macht mit den Gutsbesitzern brechen, den Boden sofort den Bauern übergeben und die Sache nicht auf die lange Bank schieben sollten.

Sie wollten, dass die Sowjets nach Ergreifung der Macht mit den Kapitalisten brechen und in den Fabriken und Werken bessere Arbeitsbedingungen sowie die Arbeiterkontrolle sichern sollten.

Sie wollten, dass die Sowjets nach Bekanntgabe gerechter Friedensbedingungen endlich dem schweren Krieg, der Millionen junger Menschenleben dahinrafft, ein Ende machen sollten.

Das strebten damals die Arbeiter und Soldaten an.

Aber die Obermacher im Exekutivkomitee, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, wollten nicht den Weg der Revolution gehen.

Sie zogen dem Bündnis mit der revolutionären Bauernschaft einen Fakt mit den Gutsbesitzern vor.

Sie zogen dem Bündnis mit den revolutionären Arbeitern einen Pakt mit den Kapitalisten vor.

Sie zogen dem Bündnis mit den revolutionären Soldaten und Matrosen ein Bündnis mit den Offizierschülern und Kosaken vor.

Sie erklärten verräterischerweise, die bolschewistischen Arbeiter und Soldaten seien Feinde der Revolution, und kehrten ihre Waffen gegen sie, zu Nutz und Frommen der Konterrevolution.

Die Blinden! Sie merkten nicht, dass ihre Schüsse auf die Bolschewiki Schüsse auf die Revolution waren und dass sie dadurch den Triumph der Konterrevolution vorbereiteten.

Eben darum krochen damals auch die bis dahin in ihren Schlupfwinkeln verborgenen Konterrevolutionäre hervor.

Der Durchbruch an der Front aber, der zu jener Zeit begann und der die Verderblichkeit der Politik der „Vaterlandsverteidiger“ zeigte, gab den Hoffnungen der Konterrevolution noch stärkeren Auftrieb.

Und die Konterrevolution säumte nicht, sich die „Fehler“ der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre zunutze zu machen.

Als die Häuptlinge der Konterrevolution, die Herren Miljukow, jene eingeschüchtert, in ihre Netze verstrickt, gezähmt und um sich geschart hatten, eröffneten sie den Feldzug gegen die Revolution. Demolierung und Verbot von Zeitungen, Entwaffnung von Arbeitern und Soldaten, Verhaftungen und Misshandlungen, Lügen und Verleumdungen, gemeine und niedrige Verleumdungen käuflicher Spitzel gegen die Führer unserer Partei - das sind die Früchte der Paktiererpolitik.

Es ist so weit gekommen, dass die frech gewordenen Kadetten Ultimaten stellen, drohen und terrorisieren, die Sowjets schmähen und beschimpfen, während die wie Espenlaub zitternden Menschewiki und Sozialrevolutionäre eine Position nach der anderen preisgeben, wobei die wackeren Minister unter den Hieben der Kadetten wie Späne fliegen und im Interesse der ... „Rettung“ der ... Revolution den Weg für die Kreaturen Miljukows frei machen.

Ist es hiernach ein Wunder, dass die Konterrevolution triumphiert? So ist heute die Lage.

Aber so kann es nicht lange weitergehen.

Der Sieg der Konterrevolution bedeutet einen Sieg der Gutsbesitzer. Aber die Bauern können nicht länger ohne Land leben. Deshalb ist ein entschlossener Kampf gegen die Gutsbesitzer unausbleiblich.

Der Sieg der Konterrevolution bedeutet einen Sieg der Kapitalisten. Aber die Arbeiter können sich ohne grundlegende Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse nicht beruhigen. Deshalb ist ein entschlossener Kampf gegen die Kapitalisten unausbleiblich.

Der Sieg der Konterrevolution bedeutet Verlängerung des Krieges, aber der Krieg kann nicht mehr lange dauern, denn das ganze Land erstickt unter seiner Last.

Deshalb ist der Sieg der Konterrevolution nicht von Dauer und nur vorübergehend.

Die Zukunft gehört einer neuen Revolution.

Nur die Verwirklichung der unumschränkten Volksmacht vermag den Bauern den Boden zu geben, das wirtschaftliche Leben des Landes zu regeln und den Frieden zu sichern, den die schwergeprüften Völker Europas so nötig haben.

*„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter und Soldat) Nr.1,
23. Juli 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

EIN SIEG DER KONTERREVOLUTION^[42]

Die Konterrevolution hat sich organisiert. Sie wächst und greift auf der ganzen Linie an. Die Führer der Konterrevolution, die Herren Kadetten, die gestern noch die Regierung boykottierten, sind heute bereit, ans Ruder zurückzukehren, um im Lande schalten und walten zu können.

Die „regierenden“ Parteien, die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, ziehen sich mitsamt ihrer Regierung der „Rettung der Revolution“ in voller Unordnung zurück. Sie sind zu allen Zugeständnissen bereit, sie sind zu allem bereit - man befehle nur.

Die Bolschewiki und ihre Anhänger ausliefern?

- Bitte schön, meine Herren Kadetten, nehmt die Bolschewiki. –

Die baltische Delegation und die Kronstädter Bolschewiki ausliefern? -

- Zu Ihren Diensten, meine Herren von der „Spionageabwehr“, nehmt die Delegation. -

Die den Kadetten nicht genehmen bolschewistischen Zeitungen, die Arbeiter- und Soldatenzeitungen verbieten?

- Zu Befehl, meine Herren Kadetten, wir werden sie verbieten. -

Die Revolution entwaffnen, die Arbeiter und Soldaten entwaffnen?

- Aber mit Vergnügen, meine Herren Gutsbesitzer und Kapitalisten. Wir werden nicht nur die Petrograder, sondern auch die Sestrozker Arbeiter entwaffnen, obgleich diese an den Ereignissen des 3. und 4. Juli gar nicht beteiligt waren. -

Die Rede- und Versammlungsfreiheit, die Unantastbarkeit der Person und der Wohnung beschränken, die Zensur und die Ochrana einführen?

- Wird alles geschehen, meine Herren Konterrevolutionäre, restlos alles.-

Die Todesstrafe an der Front wiedereinführen?

- Aber mit Vergnügen, meine Herren Nimmersatte ... –

Den finnischen Landtag, der auf dem Boden der vom Sowjet angenommenen Plattform steht, auflösen?

- Wird gemacht, meine Herren Gutsbesitzer und Kapitalisten. –

Das Regierungsprogramm ändern?

- Zu Befehl, meine Herren Kadetten. -

Und die Menschewiki mitsamt den Sozialrevolutionären sind bereit, auch weiterhin nachzugeben, um nur zu einem Einvernehmen mit den Kadetten zu kommen, um nur irgendwie mit ihnen handelseinig zu werden...

Die Konterrevolution aber wird immer unverfrorener, sie verlangt neue Opfer, sie treibt die Provisorische Regierung und das Exekutivkomitee zur schmachvollen Abdankung. Den Kadetten zuliebe wird vorgeschlagen, in Moskau eine „außerordentliche Versammlung“ von Mitgliedern der abgeschafften Reichsduma und anderen Privilegierten einzuberufen, in deren Gesamtchor das ZEK in der kläglichsten Minderheit bleiben würde. Die kopflos gewordenen Minister legen Kerenski ihre Portefeuilles zu Füßen. Nach dem Diktat der Kadetten wird die Liste der Regierungsmitglieder zusammengestellt.

Mit Hilfe der zaristischen Duma und der kadettischen Verräter soll die mit Blut erkämpfte Freiheit begraben werden - eine solche Schmach bringen die Männer über uns, die heute das Ruder unseres politischen Lebens in den Händen halten...

Der Krieg aber geht immer weiter, er vertieft noch das Unglück an der Front, und zu verbessern gedenkt man die Lage mit der Wiedereinführung der Todesstrafe an der Front. Die Blinden! Sie sehen nicht, dass eine Offensive nur dann bei den Massen auf Sympathie rechnen kann, wenn der Armee die Kriegsziele klar und vertraut sind, wenn sich die Armee bewusst ist, dass sie ihr Blut für ihre eigene, ureigene Sache vergießt - sie sehen nicht, dass im demokratischen Rußland, wo Kundgebungen und freie Versammlungen der Soldaten stattfinden, eine Massenoﬀensive ohne ein solches Bewusstsein unmöglich ist.

Die Zerrüttung aber geht immer weiter, sie droht mit Hungersnot, Arbeitslosigkeit und allgemeinem Ruin, und beizulegen gedenkt man die Wirtschaftskrise mit Polizeimaßnahmen gegen die Revolution. So will es die Konterrevolution. Die Blinden! Sie sehen nicht, dass es unmöglich ist, ohne revolutionäre Maßnahmen gegen die Bourgeoisie das Land vor dem Zerfall zu bewahren.

Verfolgte Arbeiter, zerstörte Organisationen, betrogene Bauern, verhaftete Soldaten und Matrosen, verleumdete und verlästerte Führer der proletarischen Partei und daneben die triumphierenden, verleumdenden, dreist gewordenen Konterrevolutionäre - alles das unter der Flagge der „Rettung“ der Revolution -, so weit haben uns die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki gebracht.

Und da gibt es noch Menschen auf der Welt (siehe „Nowaja Shisn“), die uns nach alledem die Einheit mit diesen Herren vorschlagen, mit Leuten, die die Revolution „retten“, indem sie sie erdrosseln!

Für wen halten sie uns eigentlich?!

Nein, ihr Herren, mit Verrätern der Revolution können wir nicht zusammengehen!

Die Arbeiter werden niemals vergessen, dass die Partei der Bolschewiki in den schweren Augenblicken der Julitage, als die Konterrevolution in ihrem Wüten auf die Revolution schoss, die einzige war, die die Arbeiterviertel nicht verließ.

Die Arbeiter werden niemals vergessen, dass die „regierenden“ Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki in diesen schweren Augenblicken im Lager derjenigen waren, die über die Arbeiter, Soldaten und Matrosen herfielen und sie entwaffneten.

Die Arbeiter werden sich all das merken und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus ziehen.

*„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter und Soldat) Nr. 1,
23. Juli 1917.
Unterschrift: K. St.*

EIN SIEG DER KADETTEN

Das Kommen und Gehen immer neuer Minister scheint noch nicht zu Ende zu sein. Der Kuhhandel zwischen den Kadetten und Kerenski dauert immer noch fort. „Kombinationen“ folgen auf „Kombinationen“.

Die Kadetten werden natürlich in die Regierung eintreten, da alles nach ihrer Vorschrift geht. Möglicherweise wird Tschernow bleiben. Zereteli „will man“ anscheinend nicht mehr. Zereteli „brauchte man“ für die Entwaffnung der Arbeiter. Mit der Entwaffnung der Arbeiter ist seine Rolle ausgespielt. „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen.“^[43] An seine Stelle wird Awxentjew treten.

Aber es geht hier natürlich nicht um Personen. Ob Tschernow, Zereteli oder irgendein Dritter ihres Schlages - ist das nicht einerlei? Wer wüsste nicht, dass diese Pseudo-Zimmerwalder der Sache des Imperialismus nicht schlechter als Henderson und Thomas^[44] gedient haben?

Wie gesagt: Es geht hier nicht um Personen.

Es geht darum, dass bei diesem ganzen Trubel, bei dem Jagen nach Portefeuilles und dergleichen, dem der Kampf um die Macht zugrunde liegt, die Linie der Kadetten, die Linie der Konterrevolution in der Innenpolitik und die Linie des „Krieges bis zum Ende“ in der Außenpolitik, die Oberhand gewonnen hat.

Die Frage war doch so gestellt:

Entweder Fortsetzung des Krieges und damit vollständige Abhängigkeit vom englischen und amerikanischen Geldmarkt, Herrschaft der Kadetten, Zügelung der Revolution, da weder die Kadetten noch das „alliierte“ Kapital Sympathie für die russische Revolution haben können.

Oder Übergabe der Macht an die revolutionäre Klasse, Sprengung der Finanzketten, mit denen das alliierte Kapital Rußland an Händen und Füßen gefesselt hält, Bekanntgabe von Friedensbedingungen, Sanierung der zerrütteten Volkswirtschaft auf Kosten der Gewinne der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Ein Drittes gibt es nicht, und die Menschewiki mitsamt den Sozialrevolutionären, die nach einem dritten Weg suchten, mussten unvermeidlich Schiffbruch erleiden.

Die Kadetten haben sich in dieser Hinsicht als nüchterner erwiesen.

„Die Staatsmacht muss entschieden mit den verderblichen Tendenzen des Zimmerwaldismus und des ‚utopischen‘ Sozialismus brechen“, schreibt die „Rjetsch“.

Mit anderen Worten: Krieg ohne Vorbehalte, Krieg bis zum Ende.

„Man muss eine endgültige Schlussfolgerung ziehen“, sagt Nekrassow auf der bewussten Beratung: Entweder übernehmen Sie selbst die Macht (zum Sowjet gewandt), oder geben Sie anderen die Möglichkeit, diese Macht zu übernehmen.

Mit anderen Worten: Entweder Revolution oder Konterrevolution.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre haben sich vom revolutionären Weg losgesagt, folglich mussten sie unvermeidlich in die Gewalt der Kadetten, in die Gewalt der Konterrevolution geraten.

Denn Kadetten - das bedeutet eine gesicherte innere Anleihe.

Denn Kadetten - das bedeutet Freundschaft mit dem alliierten Kapital, das heisst eine gesicherte Auslandsanleihe.

Und man braucht das Geld doch so sehr angesichts der Zerrüttung im Hinterlande, besonders aber an der Front...

Das ist der ganze Kern der „Krise“.

Das ist der ganze Sinn des Sieges der Kadetten.

Ob dieser Sieg von langer Dauer sein wird, das wird die nächste Zukunft zeigen.

*„Rabotschi i Soldat“ (Arbeiter und Soldat)
Nr. 2, 24. Juli 1917.
Leitartikel.*

AN ALLE WERKTÄTIGEN, AN ALLE ARBEITER UND SOLDATEN PETROGRADS^[45]

Genossen!

Schwere Tage macht Rußland durch.

Der dreijährige Krieg, der unzählige Opfer forderte, hat das Land zur Erschöpfung gebracht.

Die Desorganisation des Verkehrs und die Zerrüttung des Ernährungswesens bedrohen die Massen mit Hungersnot.

Die Zerrüttung der Industrie und die Stilllegung der Betriebe erschüttern die Volkswirtschaft bis in die Grundfesten.

Der Krieg aber will kein Ende nehmen, er verschärft die allgemeine Krise und führt das Land dem völligen Ruin entgegen.

Die Provisorische Regierung, berufen, das Land „zu retten“, hat sich unfähig gezeigt, ihre Aufgabe zu erfüllen. Mehr als das - sie hat noch größere Verwirrung geschaffen, indem sie eine Offensive an der Front begann und damit den Krieg, diese Hauptursache der allgemeinen Krise im Lande, noch verlängerte.

Die Folge davon ist ein Zustand völliger Labilität der Staatsmacht, die Krise und der Zerfall der Staatsmacht, worüber alle zetern, wogegen aber keinerlei ernste Maßnahmen ergriffen werden.

Der Austritt der Kadetten aus der Regierung hat ein übriges Mal aufgezeigt, was für ein künstliches Gebilde und wie lebensunfähig das Koalitionskabinett ist.

Der Rückzug unserer Truppen aber nach der bewussten Offensive an der Front hat die ganze Verderblichkeit der Offensivpolitik offenbart und die Krise somit bis zum äußersten verschärft, das Prestige der Regierung geschädigt und ihr sowohl bei der „eigenen“ wie bei der „alliierten“ Bourgeoisie den Kredit geraubt.

Es entstand eine kritische Lage.

Den „Rettern“ der Revolution standen zwei Wege offen:

Entweder Fortsetzung des Krieges, Weiterführung der „Offensive“ und damit die unvermeidliche Übergabe der Macht an die konterrevolutionäre Bourgeoisie, um vermittels einer Inlands- und Auslandsanleihe Geld aufzutreiben, da die Bourgeoisie sonst nicht in die Regierung eintreten, die Inlandsanleihe nicht zustande kommen würde, England und Amerika den Kredit verweigern würden; das Land „retten“ heißt in diesem Falle die Kriegsausgaben zu Nutz und Frommen der russischen und „alliierten“ Haie des Imperialismus auf Kosten der Arbeiter und Bauern decken.

Oder Übergang der Macht in die Hände der Arbeiter und der besitzlosen Bauern, Bekanntgabe demokratischer Friedensbedingungen und Beendigung des Krieges, um die Revolution weiter voranzutreiben, den Bauern den Boden zu übergeben, in der Industrie die Arbeiterkontrolle einzuführen und die zusammenbrechende Volkswirtschaft auf Kosten der Gewinne der Kapitalisten und Gutsbesitzer in Gang zu bringen.

Der erste Weg führt zur Stärkung der Macht der besitzenden Klassen über die Werktätigen und zur Verwandlung Rußlands in eine Kolonie Englands, Amerikas und Frankreichs.

Der zweite Weg eröffnet die Ära der Arbeiterrevolution in Europa, zerreißt das Netz finanzieller Bindungen, in das Rußland verstrickt ist, erschüttert die Herrschaft der Bourgeoisie bis in die Grundfesten und bahnt den Weg für die wirkliche Befreiung Rußlands.

Die Demonstration vom 3. und 4. Juli war ein Appell der Arbeiter- und Soldatenmassen an die sozialistischen Parteien, den zweiten Weg, den Weg der Weiterentwicklung der Revolution, zu beschreiten.

Hierin liegt ihr politischer Sinn und ihre gewaltige historische Bedeutung.

Allein die Provisorische Regierung und die Ministerparteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die ihre Kraft nicht aus den revolutionären Aktionen der Arbeiter und Bauern,

sondern aus paktiererischen Kombinationen mit der kadettischen Bourgeoisie schöpfen, haben den ersten Weg, den Weg der Anpassung an die Konterrevolution, vorgezogen.

Statt den Demonstranten die Hand entgegenzustrecken, die Macht zu übernehmen und mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen die „alliierte“ und die „eigene“ imperialistische Bourgeoisie zur tatsächlichen Rettung der Revolution aufzunehmen, haben sie mit der konterrevolutionären Bourgeoisie ein Bündnis geschlossen und ihre Waffen gegen die Demonstranten, gegen die Arbeiter und Soldaten gerichtet, indem sie Offizierschüler und Kosaken auf sie hetzten.

Dadurch haben sie die Revolution verraten und der Konterrevolution Tür und Tor geöffnet.

Und aus der untersten Tiefe des Lebens ist schwarzer Schlamm aufgestiegen und hat alles Ehrliche und Edle mit Schmutz bedeckt.

Haussuchungen und Demolierungen, Verhaftungen und Misshandlungen, Folterungen und Mordtaten, Zeitungs- und Organisationsverbote, Entwaffnung der Arbeiter und Auflösung von Regimentern, Auflösung des finnischen Landtags, Einschränkung der Freiheiten und Wiedereinführung der Todesstrafe, zügelloses Wüten der Pogromhelden und der Spitzel, Lügen und schmutzige Verleumdungen, all dies mit stillschweigender Zustimmung der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki - das sind die ersten Schritte der Konterrevolution.

Die alliierten und russischen Imperialisten mitsamt der Kadettenpartei, die höheren Offiziere mitsamt den Offizierschülern, den Kosaken und den Spitzeln - das sind die Kräfte der Konterrevolution.

Nach dem Diktat dieser Gruppen werden die Mitgliederlisten der Provisorischen Regierung aufgestellt, wobei die Minister gleich Mario-netten auftauchen und wieder verschwinden.

Auf die Anweisung dieser Gruppen hin werden die Bolschewiki und Tschernow ausgeliefert, Regimenter und Schiffsmannschaften gesäubert, Erschießungen vorgenommen und Frontformationen aufgelöst, verwandelt sich die Provisorische Regierung in ein Spielzeug in den Händen Kerenskis, verwandelt sich das Zentralausekutivkomitee der Sowjets in ein einfaches Anhängsel dieses Spielzeugs, erfolgt der schändliche Verzicht der „revolutionären Demokratie“ auf ihre Rechte, die schändliche Abkehr von ihren Pflichten, wird die unlängst abgeschaffte zaristische Duma wieder in ihre Rechte eingesetzt.

Das geht so weit, dass man in der „historischen Beratung“^[46] im Winterpalast (am 21. Juli) in unzweideutiger Weise über eine weitere Zügelung der Revolution verhandelt (eine Verschwörung!), wobei man die Bolschewiki aus Furcht, sie könnten Enthüllungen machen, zu dieser Beratung nicht einlädt.

Und obendrein wird eine „Moskauer Beratung“ in Aussicht gestellt, auf der man die mit Blut errungene Freiheit endgültig begraben will .. .

All dies geschieht unter Beteiligung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die eine Position nach der anderen feige preisgeben, sich selbst und ihre eigenen Organisationen demütig geißeln, die Errungenschaften der Revolution in verbrecherischer Weise mit Füßen treten...

Noch nie war die Haltung der „Vertreter“ der Demokratie so unwürdig wie jetzt, in diesen historischen Tagen!

Noch nie waren sie so schmachvoll, so tief gesunken wie jetzt!

Kann man sich nach alledem noch wundern, dass die Konterrevolution dreist geworden ist und alles Ehrliche und Revolutionäre mit Schmutz bewirft?

Kann man sich hiernach wundern, dass wohlfeile Söldlinge und feige Verleumder sich erdreisten, die Führer unserer Partei offen „des Verrats zu beschuldigen“, dass die Piraten der Feder in den bürgerlichen Zeitungen diese „Beschuldigung“ unverfroren breittreten und dass die so genannte Staatsanwaltschaft mit frecher Stirn so genanntes Material „in Sachen gegen Lenin“ veröffentlicht usw.?

Diese Herrschaften spekulieren allem Anschein nach darauf, unsere Reihen zu desorganisieren, Zweifel und Verwirrung unter uns zu säen, Misstrauen gegen unsere Führer zu entfachen.

Diese Elenden! Sie wissen nicht, dass die Namen unserer Führer dem Herzen der Arbeiterklasse noch nie so teuer und nah gewesen sind wie jetzt, wo das frech gewordene bürgerliche Pack sie mit Schmutz bewirft!

Diese käuflichen Seelen! Sie ahnen nicht, dass, je gröber die Verleumdungen der bürgerlichen Söldlinge sind, um so stärker die Liebe der Arbeiter zu den Führern, um so grenzenloser ihr Vertrauen zu ihnen ist; denn die Arbeiter wissen aus Erfahrung, dass, wenn die Feinde die Führer des Proletariats schmähen, dies ein sicheres Anzeichen dafür ist, dass die Führer ehrlich der Sache des Proletariats dienen.

Das Schandmal ehrloser Verleumder sei euer Lohn, ihr Herren Alexinski und Burzew, Perewerzew und Dobronrawow. Empfängt dieses Schandmal von den 32000 organisierten Arbeitern Petrograds, die uns gewählt haben, und tragt es bis ins Grab. Ihr habt es verdient.

Ihr aber, ihr Herren Kapitalisten und Gutsbesitzer, Bankiers und Spekulanten, Popen und Spitzel, ihr alle, die ihr Ketten für die Völker schmiedet, zu früh feiert ihr den Sieg, zu früh geht ihr daran, die Große Russische Revolution zu begraben.

Die Revolution lebt, und ihr werdet sie noch zu spüren bekommen, ihr Herren Totengräber.

Der Krieg und die Zerrüttung dauern an, und die Wunden, die sie schlagen, lassen sich nicht durch wütende Repressalien heilen.

Die unterirdischen Kräfte der Revolution leben und sind unermüdlich am Werk, um das Land zu revolutionieren.

Die Bauern haben noch keinen Boden bekommen. Sie werden kämpfen, denn sie können ohne Boden nicht leben.

Die Arbeiter haben die Kontrolle in den Fabriken und Werken noch nicht erlangt. Sie werden nach dieser Kontrolle streben, denn die Zerrüttung der Industrie droht ihnen mit Arbeitslosigkeit.

Den Soldaten und Matrosen will man wieder die alte Disziplin aufzwingen. Sie werden für die Freiheit kämpfen, denn sie haben die Freiheit verdient.

Nein, ihr Herren Konterrevolutionäre, die Revolution ist nicht tot, sie wirkt nur im Verborgenen und sammelt neue Anhänger, um sich mit neuer Kraft auf den Feind zu stürzen.

„Wir leben, unser rotes Blut kocht vom Feuer unverbrauchter Kräfte!“^[47]

Und im Westen, in England und in Deutschland, in Frankreich und in Österreich - flattert dort nicht bereits die Fahne der Arbeiterrevolution, werden dort nicht bereits Arbeiter- und Soldatenräte organisiert?

Es wird noch Schlachten geben!

Es wird noch Siege geben!

Alles kommt darauf an, den kommenden Schlachten würdig und organisiert zu begegnen.

Arbeiter! Euch fällt die ehrenvolle Rolle zu, Führer der russischen Revolution zu sein. Scharf die Massen um euch und sammelt sie unter dem Banner unserer Partei. Denkt daran, dass in den schweren Augenblicken der Julitage, als die Feinde des Volkes auf die Revolution schossen, die Partei der Bolschewiki die einzige war, die die Arbeiterviertel nicht verließ. Denkt daran, dass in jenen schweren Tagen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Lager derjenigen waren, die über die Arbeiter herfielen und sie entwaffneten.

Scharf euch um unsere Fahne, Genossen!

Bauern! Eure Führer haben eure Hoffnungen nicht erfüllt. Sie sind der Konterrevolution nachgetrottet, ihr aber bleibt ohne Land, denn solange die Konterrevolution herrscht, gibt es keinen gutsherrlichen Boden für euch. Eure einzigen treuen Verbündeten sind die Arbeiter. Nur im Bündnis mit ihnen werdet ihr Land und Freiheit erkämpfen. So schließt euch denn um die Arbeiter zusammen!

Soldaten! Die Stärke der Revolution beruht auf dem Bündnis des Volkes mit den Soldaten. Die Minister kommen und gehen, das Volk aber bleibt. Haltet immer zum Volke und kämpft in seinen Reihen!

Nieder mit der Konterrevolution!

Es lebe die Revolution!

Es lebe der Sozialismus und die Brüderlichkeit der Völker!

Die Petrograder Stadtkonferenz
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Rußlands (Bolschewiki)

„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter und Soldat) Nr. 2,
24. Juli 1917.

ZWEI KONFERENZEN^[48]

Zwei Konferenzen. Beides Stadtkonferenzen für ganz Petrograd.

Die eine ist die der Menschewiki. Die andere ist die der Bolschewiki. Die erste vertritt nur 8000 Arbeiter.

Die zweite - 32000.

Auf der ersten herrschen Chaos und Zersetzung, denn sie steht im Begriff, sich in zwei Teile zu spalten.

Auf der zweiten herrschen Einheit und Geschlossenheit.

Die erste schöpft ihre Kräfte aus Abkommen mit der kadettischen Bourgeoisie. Und eben auf dieser Grundlage hat sie sich gespalten, denn es gibt unter den Menschewiki noch Menschen, die ihre Ehre nicht verloren haben, die nicht gewillt sind, sich von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Die zweite dagegen schöpft ihre Kräfte nicht aus Kombinationen mit der Bourgeoisie, sondern aus dem revolutionären Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten und Gutsbesitzer.

Die erste sieht die „Rettung des Landes“ in der Ausrottung des Bolschewismus und im Verrat der Revolution.

Die zweite sieht sie dagegen darin, die Konterrevolution mitsamt ihren „sozialistischen“ Anhängseln hinwegzufegen.

Man sagt, der Bolschewismus sei liquidiert und begraben.

Allzu früh begraben uns die Herren Totengräber. Wir sind noch am Leben, und die Bourgeoisie wird noch so manches Mal vor dem Klang unserer Stimme zittern und beben.

32000 geschlossen auftretende Bolschewiki, die für die Revolution sind, und 8000 zersplitterte Menschewiki, die in ihrer Mehrzahl Verrat an der Revolution geübt haben - wählt selber, Genossen Arbeiter!

*„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter und Soldat) Nr. 2,
24.Juli 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

DIE NEUE REGIERUNG

Das ständige Kommen und Gehen von Ministern ist zu Ende. Man hat eine neue Regierung gebildet. Kadetten, Halbkadetten, Sozialrevolutionäre, Menschewiki - das ist die Zusammensetzung der Regierung.

Die Kadettenpartei ist befriedigt. Die Hauptforderungen der Kadetten sind angenommen. Diese Forderungen liegen nun der Tätigkeit der neuen Regierung zugrunde.

Die Kadetten strebten eine Verstärkung der Regierung auf Kosten der Sowjets, die Unabhängigkeit der Regierung von den Sowjets an. Von den „schlechten Hirten“ aus den Reihen der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki geführt, sind die Sowjets auf dieses Zugeständnis eingegangen und haben damit ihr eigenes Todesurteil unterschrieben.

Die Provisorische Regierung als die einzige Staatsgewalt - das ist es, was die Kadetten erreicht haben.

Die Kadetten forderten die „Sanierung der Armee“, das heißt eine „eiserne Disziplin“ in der Armee, die Unterstellung der Armee ausschließlich unter die unmittelbaren Befehlshaber, die ihrerseits ausschließlich der Regierung unterstellt sein sollen. Die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki geführten Sowjets haben sich auch auf dieses Zugeständnis eingelassen und sich damit selbst entwaffnet.

Sowjets, die ohne Armee geblieben sind, eine Armee, die ausschließlich einer Regierung kadettenhöriger Elemente unterstellt ist - das ist es, was die Kadetten erreicht haben.

Die Kadetten verlangten bedingungslose Einheit mit den Alliierten. Die Sowjets beschränkten sich „entschlossen“ diesen Weg im Interesse der ... „Landesverteidigung“ und haben ihre „internationalistischen“ Deklarationen vergessen. Dabei blieb das so genannte Programm vom 8. Juli in der Luft hängen.

„Schonungsloser“ Krieg, „Krieg bis zum Ende“ - das ist es, was die Kadetten erreicht haben. Man höre die Kadetten selbst:

„Die Forderungen der Kadetten sind zweifellos der Tätigkeit der ganzen Regierung zugrunde gelegt worden ... Eben deshalb hielt die Partei, da die grundlegenden Forderungen der Kadetten angenommen worden waren, es nicht mehr für möglich, den Streit wegen spezifischer Parteidifferenzen fortzusetzen.“ Denn die Kadetten wissen, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen „für die demokratischen Elemente des berüchtigten Programms vom 8. Juli sehr wenig Zeit und Möglichkeiten verbleiben“ (siehe „Rjetsch“).

Das ist wohl klar.

Es gab eine Zeit, da die Sowjets am Aufbau eines neuen Lebens arbeiteten, indem sie revolutionäre Umgestaltungen vornahmen und die Provisorische Regierung zwangen, diese Umgestaltungen in Dekreten und Erlassen zu verankern.

Das war im März und April.

Damals befand sich die Provisorische Regierung im Schlepptau der Sowjets, wobei sie die revolutionären Maßnahmen der Sowjets mit ihrer nichtrevolutionären Flagge deckte.

Jetzt ist eine Zeit gekommen, da die Provisorische Regierung zurückgeschwenkt ist und konterrevolutionäre „Umgestaltungen“ vornimmt, wobei sich die Sowjets „gezwungen“ sehen, diese in ihren wässrigen Resolutionen stillschweigend zu bestätigen.

Jetzt befindet sich das ZEK, dieser Vertreter aller Sowjets, im Schlepptau der Provisorischen Regierung und verdeckt deren konterrevolutionäres Gesicht durch eine revolutionäre Phraseologie.

Die Rollen sind offenbar vertauscht, vertauscht aber sind sie nicht zugunsten der Sowjets.

Jawohl, die Kadetten haben Grund, „befriedigt“ zu sein. Ob für lange, das wird uns die nächste Zukunft zeigen.

*„Rabotschi i Soldat“ (Arbeiter und Soldat) Nr. 3, 26. Juli 1917.
Leitartikel.*

ZU DEN WAHLEN ZUR KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG^[49]

Die Wahlkampagne zur Konstituierenden Versammlung hat begonnen. Die Parteien mobilisieren bereits ihre Kräfte. Die künftigen Kandidaten der Kadetten reisen schon in ganz Rußland umher und sondieren ihre Chancen auf Erfolg. Die Sozialrevolutionäre haben in Petrograd eine Beratung von Gouvernementsvertretern der Bauern zur „Organisierung“ der Wahlen einberufen. Eine andere Gruppe von Volkstümlern beruft zu demselben Zweck einen Kongress des Allrussischen Bauernverbandes^[50] nach Moskau ein. Gleichzeitig entstehen spontan parteilose „Garnissionssowjets der Bauerndeputierten“, unter anderem zu dem Zwecke, die Wahlen im Dorf erfolgreich durchzuführen. Zu dem gleichen Zweck treten zahlreiche Arbeiterlandmannschaften in Erscheinung, die das Dorf mit Literatur und Menschen versorgen. Schließlich entsenden einzelne Betriebe spezielle Delegierte für die Wahlagitation ins Dorf. Wir reden schon gar nicht von der Unzahl einzelner „Delegierter“, hauptsächlich Soldaten und Matrosen, die Rußland bereisen und den Bauern die „Neuigkeiten aus der Stadt“ übermitteln.

Offenbar sind sich die breitesten Schichten der Bevölkerung der Wichtigkeit des Augenblicks und der entscheidenden Bedeutung der Konstituierenden Versammlung bewusst. Dabei fühlen alle, dass die entscheidende Rolle dem Dorf gehört, das die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, dass gerade dorthin alle freien Kräfte geschickt werden müssen. All das macht im Zusammenhang mit der Zersplitterung und der Unorganisiertheit der Landarbeiter - der Hauptstütze unserer Partei im Dorfe - unsere Aufgaben im Dorf bedeutend komplizierter. Zum Unterschied von den städtischen Arbeitern, der organisiertesten aller Schichten der Stadtbevölkerung, stellen die Landarbeiter die unorganisierteste Masse dar. In den Sowjets der Bauerndeputierten sind hauptsächlich die mittleren und die wohlhabenden Schichten der Bauernschaft organisiert, die natürlicherweise zu einer Verständigung „mit dem liberalen Gutsbesitzer und Kapitalisten“ hinneigen. Gerade sie führen auch die proletarischen und die halbproletarischen Elemente des Dorfes hinter sich her und bringen sie unter den Einfluss der Paktiererparteien, der Parteien der Trudowiki und der Sozialrevolutionäre. Die mangelnde Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und des Klassenkampfes im Dorfe bietet günstige Bedingungen für eine derartige Paktiererpolitik.

Es ist jetzt die Aufgabe unserer Partei, die ärmsten Schichten der Bauernschaft vom Einfluss der Trudowiki und der Sozialrevolutionäre zu befreien und sie mit den städtischen Arbeitern zu einer brüderlichen Familie zusammenzuschließen.

Das Leben selbst wirkt in dieser Richtung, indem es Schritt für Schritt enthüllt, wie untauglich die Paktiererpolitik ist. Es ist die Aufgabe der Parteifunktionäre, sich mit allen Mitteln in die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung einzuschalten, um die ganze Verderblichkeit einer solchen Politik aufzudecken und dadurch den ärmsten Schichten der Bauernschaft ihren Zusammenschluss um das Stadtproletariat zu erleichtern.

Dazu ist es notwendig, sogleich in den Dörfern Zellen unserer Partei zu schaffen und diese eng mit den Parteikomitees in den Städten zu verbinden. In jedem Amtsbezirk, jedem Verwaltungsbezirk, jedem Wahlkreis müssen Gruppen unserer Partei organisiert werden, die aus armen Bauern und Bäuerinnen bestehen. Diese Gruppen müssen mit unseren Komitees in den Industriezentren des Gouvernements verbunden sein. Die Pflicht der Komitees ist es, die Gruppen mit den notwendigen Wahlmaterialien, mit Literatur und Menschen zu versorgen.

Nur auf diese Weise und im Verlauf der Kampagne selbst wird die wirkliche Einheit der Proletarier in Stadt und Land hergestellt werden können.

Wir sind gegen ein Abkommen mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern, denn wir wissen, dass durch ein solches Abkommen nur die Interessen der Arbeiter und der Bauern leiden würden.

Aber das bedeutet noch nicht, dass wir überhaupt gegen jedwedes Abkommen sind.

Wir sind für ein Abkommen mit denjenigen parteilosen Gruppen der besitzlosen Bauern, die das Leben selbst auf den Weg des revolutionären Kampfes gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten drängt.

Wir sind für ein Abkommen mit denjenigen parteilosen Organisationen der Soldaten und der Matrosen, die durchdrungen sind von Vertrauen nicht zu den Reichen, sondern zu den Armen, nicht zur Regierung der Bourgeoisie, sondern zum Volk und vor allem zur Arbeiterklasse. Es wäre unvernünftig und schädlich, solche Gruppen und Organisationen deswegen von sich abzustoßen, weil sie sich mit unserer Partei nicht verschmelzen können oder nicht verschmelzen wollen.

Daher gilt es, unsere Wahlkampagne im Dorf in der Richtung zu führen, dass eine gemeinsame Sprache mit derartigen Gruppen und Organisationen gefunden, eine gemeinsame revolutionäre Plattform ausgearbeitet wird, gemeinsam mit ihnen für alle Wahlkreise Kandidatenlisten aufgestellt und in diese Listen nicht „Professoren“ und „Gelehrte“ aufgenommen werden, sondern Bauern, Soldaten und Matrosen, die bereit sind, die Forderungen des Volkes mit Leib und Leben zu vertreten.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung des Dorfes um den Führer unserer Revolution, um das Proletariat, zusammenzuschließen.

Solche parteilose Gruppen wird man nicht lange zu suchen brauchen, denn sie entstehen überall, sie entstehen jeden Tag. Und sie werden weiter entstehen auf dem Boden des wachsenden Misstrauens gegen die Provisorische Regierung, die die Bauernkomitees hindert, über die Ländereien der Gutsbesitzer zu verfügen. Sie wachsen und werden wachsen auf dem Boden der Unzufriedenheit mit der Politik des Allrussischen Exekutivkomitees der Bauerndeputierten, das hinter der Provisorischen Regierung einher tritt. Als Beispiel mag der vor kurzem gebildete „Sowjet der Bauerndeputierten Petrograds“^[51] dienen, der die ganze Garnison der Stadt vereinigt und in seiner Tätigkeit gleich bei den ersten Schritten mit der Provisorischen Regierung und dem Allrussischen Exekutivkomitee der Bauerndeputierten zusammengestoßen ist.

Hier hätten wir ungefähr die Plattform, die als Grundlage für ein Abkommen mit derartigen parteilosen Bauern- und Soldatenorganisationen dienen könnte.

1. Wir sind gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten mitsamt ihrer „Partei der Volksfreiheit“, denn sie, und sie allein, sind die Hauptfeinde des russischen Volkes. Keinerlei Vertrauen, keinerlei Unterstützung für die Reichen und ihre Regierung!
2. Wir sind für das Vertrauen und die Unterstützung der Arbeiterklasse, dieses selbstlosen Kämpfers für den Sozialismus, wir sind für ein Bündnis und ein Abkommen der Bauern, Soldaten und Matrosen mit den Arbeitern gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten.
3. Wir sind gegen den Krieg, denn er ist ein Eroberungskrieg. Das Gerede von einem Frieden ohne Annexionen bleibt leeres Gerede, solange der Krieg auf der Grundlage der vom Zaren mit den englischen und französischen Kapitalisten geschlossenen Geheimverträge geführt wird.
4. Wir sind für die rascheste Beendigung des Krieges durch den entschlossenen Kampf der Völker gegen ihre imperialistischen Regierungen.
5. Wir sind gegen die Anarchie in der Industrie, die von den Kapitalisten verschärft wird. Wir sind für die Arbeiterkontrolle über die Industrie, wir sind für die Organisierung der Industrie auf demokratischer Grundlage, durch das Eingreifen der Arbeiter selbst und der von ihnen anerkannten Machtorgane.
6. Wir sind für die Organisierung eines normalen Austauschs von Produkten zwischen Stadt und Land, damit die Stadt mit einer hinreichenden Menge Lebensmittel und das Dorf mit Zucker, Petroleum, Schuhen, Stoffen, Eisenwaren und anderen Bedarfsartikeln versorgt werden.

7. Wir sind dafür, dass der gesamte Grund und Boden - die Ländereien des Fiskus, der Krone und der übrigen Mitglieder des Zarenhauses, der Gutsbesitzer sowie der Klöster und Kirchen - ohne Entschädigung in die Hände des ganzen Volkes übergeht.
8. Wir sind dafür, dass der gesamte freie Boden der Gutsbesitzer, Acker- wie Weideland, unverzüglich in die Verfügungsgewalt demokratisch gewählter Bauernkomitees übergeht.
9. Wir sind dafür, dass das gesamte ungenutzte - lebende und tote - landwirtschaftliche Inventar, das bei den Gutsherren und in den Lagerhäusern vorhanden ist, unverzüglich in die Verfügungsgewalt der Bauernkomitees übergeht, damit die Felder bestellt, die Wiesen gemäht, die Ernte eingebracht werden können usw.
10. Wir sind dafür, dass alle arbeitsunfähigen Kriegsinvaliden sowie die Witwen und Waisen Unterstützung in einer Höhe erhalten, die ihnen ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet.
11. Wir sind für die Volksrepublik ohne stehendes Heer, ohne Bürokratie, ohne Polizei.
12. Wir fordern, dass das stehende Heer durch eine allgemeine Volkswehr mit wählbaren Kommandeuren ersetzt wird.
13. Wir fordern, dass die verantwortungslosen bürokratischen Beamten durch wählbare und absetzbare Angestellte ersetzt werden.
14. Wir fordern, dass die das Volk unter Kuratel haltende Polizei durch eine wählbare und absetzbare Miliz ersetzt wird.
15. Wir sind für die Aufhebung der gegen die Soldaten und Matrosen gerichteten „Befehle“.
16. Wir sind gegen die Auflösung von Regimentern und gegen die Aufhetzung der Soldaten widereinander.
17. Wir sind gegen die Verfolgung der Arbeiter- und Soldatenpresse; wir sind gegen die Beeinträchtigung der Rede- und Versammlungsfreiheit sowohl im Hinterland als auch an der Front; wir sind gegen Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren, gegen die Entwaffnung der Arbeiter.
18. Wir sind gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe.
19. Wir sind dafür, dass allen Völkern Rußlands das Recht gegeben.
20. Schließlich sind wir dafür, dass alle Macht im Lande in die Hände revolutionärer Sowjets der Arbeiter und Bauern übergeht, denn nur eine solche Staatsmacht ist fähig, das Land aus der Sackgasse herauszuführen, in die es der Krieg, die Zerrüttung, die Teuerung und die sich an der Volksnot bereichernden Kapitalisten und Gutsbesitzer getrieben haben.

Das ist in großen Zügen die Plattform, die für ein Abkommen unserer Parteiorganisationen mit parteilosen revolutionären Bauern- und Soldatengruppen den Boden schaffen kann.

Genossen! Die Zeit der Wahlen rückt heran. Schaltet euch ein, solange es noch nicht zu spät ist, und organisiert die Wahlkampagne.

Schafft fliegende Gruppen von Agitatoren, bestehend aus Arbeitern und Arbeiterinnen, Soldaten und Matrosen, und veranstaltet kurze Vor-träge über diese Plattform.

Versorgt diese Gruppen mit Literatur und sendet sie in alle Winkel Rußlands.

Möge ihre Stimme das Dorf für die bevorstehenden Wahlen zur Konstituierenden Versammlung erwecken.

Bildet Parteigruppen in den Amtsbezirken und Kreisen und schart die breiten Schichten der bäuerlichen Armut um sie.

Veranstaltet in den Amtsbezirken, Kreisen und Gouvernements Beratungen, um die revolutionären Verbindungen der Partei zu festigen und die Kandidaten für die Konstituierende Versammlung aufzustellen.

Der Konstituierenden Versammlung kommt große Bedeutung zu. Aber unvergleichlich größer ist die Bedeutung der Massen außerhalb der Konstituierenden Versammlung. Die Kraft liegt

nicht in der Konstituierenden Versammlung selbst, sondern in den Arbeitern und Bauern, die durch ihren Kampf ein neues revolutionäres Recht schaffen und damit die Konstituierende Versammlung vorwärts treiben werden.

Wisset: Je organisierter die revolutionären Massen sein werden, desto aufmerksamer wird die Konstituierende Versammlung auf ihre Stimme lauschen, desto gesicherter wird das Schicksal der russischen Revolution sein.

Daher besteht die Hauptaufgabe bei den Wahlen darin, die breiten Massen der Bauernschaft um unsere Partei zusammenzuschließen. Also ans Werk, Genossen!

*„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter und Soldat) Nr. 4,
27. Juli 1917.
Unterschrift: K. Stalin.*

REDEN AUF DEM VI. PARTEITAG DER SDAPR (BOLSCHEWIKI)

26. Juli bis 3. August 1917^[52]

1. RECHENSCHAFTSBERICHT DES ZK

27. Juli

Genossen!

Der Rechenschaftsbericht des ZK erstreckt sich auf die Tätigkeit des ZK in den letzten zweieinhalb Monaten: Mai, Juni und die erste Julihälfte.

Die Tätigkeit des ZK verlief im Mai in drei Richtungen.

Erstens wurde die Losung der Neuwahlen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ausgegeben. Das ZK ging davon aus, dass sich die Revolution bei uns auf friedlichem Wege entwickle, dass es durch Neuwahlen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten möglich sein werde, die Zusammensetzung der Sowjets und folglich auch die Zusammensetzung der Regierung zu ändern. Die Gegner bezichtigten uns des Versuchs der Machtergreifung. Das ist eine Verleumdung. Wir hatten keine derartigen Absichten. Wir sagten, dass uns durch Neuwahlen der Sowjets die Möglichkeit gegeben sei, den Charakter der Tätigkeit der Sowjets entsprechend den Wünschen der breiten Massen zu ändern. Es war uns klar: Eine einzige Stimme Übergewicht in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten genügt - und die Regierung wird einen anderen Weg beschreiten müssen. Deshalb stand im Mai unsere ganze Tätigkeit im Zeichen der Neuwahlen. Wir eroberten schließlich etwa die Hälfte der Sitze in der Arbeiterfraktion und etwa ein Viertel der Sitze in der Soldatenfraktion des Sowjets.

Zweitens die Agitation gegen den Krieg. Wir nahmen das Todesurteil gegen Fr. Adler^[53] zum Anlass, eine Reihe Protestkundgebungen gegen die Todesstrafe und gegen den Krieg zu organisieren. Diese Kampagne wurde von den Soldaten gut aufgenommen.

Das dritte Tätigkeitsgebiet des ZK waren die Kommunalwahlen im Mai. Das ZK und das Petrograder Komitee boten gemeinsam alle Kräfte auf, um sowohl den Kadetten, dieser Hauptkraft der Konterrevolution, als auch den Menschewiki und Sozialrevolutionären, die bewusst oder unbewusst den Kadetten folgen, eine Schlacht zu liefern. Von 800000 in Petrograd abgegebenen Stimmen erhielten wir etwa 20 Prozent, wobei wir die Duma des Wiborger Bezirks vollständig eroberten. Einen besonderen Dienst leisteten der Partei die Genossen Soldaten und Matrosen.

Der Mai stand also im Zeichen 1. der Kommunalwahlen, 2. der Agitation gegen den Krieg und 3. der Neuwahlen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Juni. Die Gerüchte von der Vorbereitung einer Offensive an der Front machten die Soldaten nervös. Es wurde eine ganze Reihe von Befehlen erlassen, die die Rechte der Soldaten zunichte machten. Dies alles elektrisierte die Massen. Jedes Gerücht verbreitete sich im Nu über ganz Petrograd und rief unter den Arbeitern und besonders unter den Soldaten Erregung hervor. Die Gerüchte von einer Offensive; die Befehle Kerenskis mitsamt der Deklaration der Rechte des Soldaten; die Entlastung Petrograds von „überflüssigen“ Elementen, wie es die Behörden nannten, wobei klar war, dass man die revolutionären Elemente aus Petrograd entfernen wollte; die immer klarer zutage tretende Zerrüttung - all das machte die Arbeiter und die Soldaten nervös. In den Betrieben fanden Versammlungen statt, und bald diese, bald jene Regimenter und Betriebe machten uns immer wieder den Vorschlag, eine Aktion zu organisieren. Für den 5. Juni war eine Aktion, eine Demonstration vorgesehen. Das ZK beschloss jedoch, vorläufig keine Aktion zu unternehmen, sondern für den 7. eine

Versammlung von Vertretern der Bezirke, der Fabriken und Werke sowie der Regimenter einzuberufen und hier die Frage der Aktion zu entscheiden. Eine solche Versammlung fand statt; an ihr nahmen etwa 200 Personen teil. Es zeigte sich, dass unter den Soldaten die Erregung besonders groß war. Die Aktion wurde mit gewaltiger Stimmenmehrheit beschlossen. Es wurde die Frage aufgeworfen, was zu tun sei, wenn der Sowjetkongress, der gerade eröffnet worden war, sich gegen die Aktion erklären sollte. Die gewaltige Mehrheit der Genossen, die das Wort ergriffen, war der Meinung, dass keine Macht der Welt imstande sei, die Aktion aufzuhalten. Darauf beschloss das ZK, die Organisierung einer friedlichen Demonstration zu übernehmen. Auf die Frage der Soldaten, ob man nicht bewaffnet erscheinen solle, beschloss das ZK, dass Waffen nicht mitgenommen werden sollen. Die Soldaten erwiderten, es sei unmöglich, unbewaffnet aufzutreten, weil Waffen die einzige reale Garantie gegen Ausschreitungen des bürgerlichen Publikums seien, und sie würden die Waffen nur zur Notwehr mitnehmen.

Am 9. Juni findet eine gemeinsame Sitzung des ZK, des Petrograder Komitees und der Militärorganisation statt. Das ZK wirft die Frage auf, ob es angesichts der Tatsache, dass sich der Sowjetkongress und alle „sozialistischen“ Parteien gegen unsere Demonstration wenden, nicht geboten erscheine, die Aktion zu verschieben. Das wird von allen verneint.

Am 9. Juni um 12 Uhr nachts erlässt der Sowjetkongress einen Aufruf, worin er seine ganze Autorität gegen uns in die Waagschale wirft. Das ZK beschließt, am 10. Juni keine Demonstration zu veranstalten, sondern sie auf den 18. Juni zu verschieben, in Anbetracht dessen, dass der Sowjetkongress selbst eine Demonstration für den 18. Juni angesetzt hat, bei der die Massen Gelegenheit haben werden, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Die Arbeiter und Soldaten nehmen diesen Beschluss des ZK mit verhaltener Unzufriedenheit auf, aber sie befolgen ihn. Genossen, es ist bezeichnend, dass am Morgen des 10. Juni, als sich eine ganze Reihe vom Sowjetkongress delegierter Redner in den Betrieben um die „Liquidierung des Versuchs, eine Demonstration zu organisieren“, bemühten, die gewaltige Mehrheit der Arbeiter nur die Redner unserer Partei anhören wollte. Es gelang dem ZK, die Soldaten und Arbeiter zu beruhigen. Damit war unsere Organisiertheit unter Beweis gestellt.

Als der Sowjetkongress die Demonstration für den 18. Juni ansetzte, gab er gleichzeitig bekannt, dass die Demonstration im Zeichen frei gewählter Losungen stehen werde. Es war klar, dass der Kongress entschlossen war, unserer Partei eine Schlacht zu liefern. Wir nahmen die Herausforderung an und begannen die Kräfte zu der bevorstehenden Demonstration vorzubereiten.

Die Genossen wissen, wie die Demonstration am 18. Juni verlief. Selbst bürgerliche Zeitungen schrieben, dass die gewaltige Mehrheit der Demonstranten unter den Losungen der Bolschewiki marschierte. Die Hauptlosung war: „Alle Macht den Sowjets!“ Es waren nicht weniger als 400000 Demonstranten. Nur drei kleine Gruppen - der „Bund“, die Kosaken und die Plechanowanhänger - hatten es gewagt, die Losung „Vertrauen zur Provisorischen Regierung!“ aufzustellen; aber auch sie mussten es bereuen, denn sie wurden gezwungen, ihre Fahnen einzurollen. Der Sowjetkongress überzeugte sich mit eigenen Augen davon, dass die Macht und der Einfluss unserer Partei groß sind. Man gewann allgemein die Überzeugung, dass die Demonstration vom 18. Juni, die noch eindrucksvoller war als die Demonstration vom 21. April, nicht spurlos vorübergehen werde. Und sie sollte tatsächlich nicht spurlos vorübergehen. Die „Rjetsch“ meinte, in der Zusammensetzung der Regierung würden aller Wahrscheinlichkeit nach wichtige Veränderungen eintreten, da die Politik der Sowjets von den Massen nicht gebilligt wird. Allein gerade an diesem Tage setzte an der Front die Offensive unserer Truppen ein, eine erfolgreiche Offensive, und im Zusammenhang damit begannen auf dem Newski-Prospekt Kundgebungen der „Schwarzhunderter“. Durch diesen Umstand wurde der moralische Sieg, den die Bolschewiki auf der Demonstration errungen hatten, zunichte gemacht. Zunichte gemacht wurden auch jene möglichen praktischen

Ergebnisse, von denen sowohl die „Rjetsch“ als auch die offiziellen Vertreter der regierenden Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gesprochen hatten.

Die Provisorische Regierung blieb am Ruder. Die Tatsache der erfolgreichen Offensive, die Teilerfolge der Provisorischen Regierung sowie eine ganze Reihe von Plänen für den Abtransport von Truppen aus Petrograd verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Soldaten. Diese Tatsachen haben sie davon überzeugt, dass sich der passive Imperialismus in einen aktiven Imperialismus verwandelt. Sie begriffen, dass eine Zeit neuer Opfer gekommen war.

Die Front reagierte in ihrer Weise auf die Politik des aktiven Imperialismus. Trotz des Verbots veranstaltete eine ganze Reihe von Regimentern Abstimmungen darüber, ob man zum Angriff vorgehen solle oder nicht. Das Oberkommando begriff nicht, dass es unter den neuen Verhältnissen, in denen sich Rußland befindet, und angesichts des Umstandes, dass die Kriegsziele nicht klar sind, unmöglich ist, die Massen blindlings in die Offensive zu treiben. Was wir vorausgesagt hatten, trat ein: Es erwies sich, dass die Offensive zum Scheitern verurteilt war.

Die Monatswende Juni/Juli steht im Zeichen der Politik der Offensive. Es gehen Gerüchte um über die Wiedereinführung der Todesstrafe, über die Auflösung einer ganzen Reihe von Regimentern, über Misshandlungen an der Front. Es kommen Frontdelegierte und berichten von Verhaftungen und Misshandlungen ihrer Kameraden. Dasselbe wird aus einem Grenadier- und einem Maschinengewehrregiment berichtet. All das bereitet den Boden für eine neue Aktion der Arbeiter und Soldaten in Petrograd vor.

Ich komme nunmehr zu den Ereignissen vom 3.-5. Juli. Die Sache begann am 3. Juli, um 3 Uhr nachmittags, in den Räumen des Petersburger Komitees.

3. Juli. Drei Uhr nachmittags. Es tagt die Petrograder Stadtkonferenz unserer Partei. Die völlig harmlose Frage der Kommunalwahlen wird behandelt. Da erscheinen zwei Vertreter eines Regiments der Garnison und geben außerhalb der Tagesordnung die Erklärung ab, dass bei ihnen „beschlossen worden ist, heute Abend in Aktion zu treten“, dass sie „es nicht länger schweigend dulden können, wie an der Front ein Regiment nach dem andern aufgelöst wird“, und dass sie „schon ihre Delegierten in die Betriebe und Regimenter entsandt haben“, um zum Anschluss an die Aktion aufzufordern. Als Antwort darauf erklärt der Vertreter des Präsidiums der Konferenz, Genosse Wolodarski, dass „die Partei beschlossen hat, von einer Aktion abzusehen, und dass die Parteimitglieder des betreffenden Regiments sich nicht erlauben dürfen, den Parteibeschluss zu verletzen“.

Vier Uhr nachmittags. Das Petersburger Komitee, die Militärorganisation und das Zentralkomitee der Partei beschließen nach Behandlung der Frage, von einer Aktion abzusehen. Dieser Beschluss wird von der Konferenz gutgeheißen, und ihre Teilnehmer begeben sich in die Betriebe und Regimenter, um die Genossen zu überreden, von einer Aktion abzusehen.

Fünf Uhr nachmittags. Taurischer Palast. Sitzung des Büros des Zentralexekutivkomitees der Sowjets. Genosse Stalin gibt im Auftrag des Zentralkomitees der Partei vor dem Büro des Zentralexekutivkomitees eine Erklärung über alles Vorgefallene ab und teilt dabei den Beschluss der Bolschewiki mit, von einer Aktion abzusehen.

Sieben Uhr abends. Vor dem Gebäude des Petersburger Komitees. Es nähern sich mehrere Regimenter mit Fahnen. Ihre Losung ist: „Alle Macht den Sowjets!“ Vor dem Gebäude des Petersburger Komitees machen sie halt und bitten die Mitglieder unserer Organisation, „etwas zu sagen“. Die Redner, die Bolschewiki Laschewitsch und Kurajew, beleuchten in ihren Reden die augenblickliche politische Lage und fordern dazu auf, von der Aktion Abstand zu nehmen. Man empfängt sie mit dem Ruf: „Nieder!“ Darauf machen die Mitglieder unserer Organisation den Vorschlag, man solle eine Delegation wählen, dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets seine Wünsche bekannt geben und dann wieder zu den Regimentern zurückkehren. Als Antwort ertönt ein donnerndes „Hurra!“ Die Musik spielt die „Marseillaise“ ... Zu dieser Zeit verbreitet sich die Nachricht vom Austritt der Kadetten aus

der Regierung wie ein Lauffeuer über ganz Petrograd und macht die Arbeiter nervös. Nach den Soldaten erscheinen Arbeiterkolonnen. Ihre Losungen sind dieselben wie die der Soldaten. Die Soldaten ziehen ebenso wie die Arbeiter zum Taurischen Palast.

Neun Uhr abends. Im Petersburger Komitee. Lange Reihen von Betriebsdelegierten. Sie alle beantragen, dass unsere Parteiorganisationen sich einschalten und die Leitung der Demonstration in ihre Hände nehmen. Andernfalls „wird es zum Blutvergießen kommen“. Es werden Stimmen laut, man solle in den Fabriken und Werken Delegationen wählen, die dem ZEK der Sowjets den Willen der Demonstranten zu übermitteln hätten, worauf die Massen nach Entgegennahme der Berichte dieser Delegationen friedlich auseinander gehen sollten.

Zehn Uhr abends. Taurischer Palast. Sitzung der Arbeitersektion des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. In Verbindung mit den Berichten der Arbeiter, die besagen, dass die Aktion begonnen habe, beschließt die Mehrheit der Sektion, zur Verhütung von Ausschreitungen in die Demonstration einzugreifen, um ihr einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen. Die Minderheit, die mit diesem Beschluss nicht einverstanden ist, verlässt den Sitzungssaal. Die Mehrheit wählt ein Büro, das mit der Ausführung des soeben gefassten Beschlusses betraut wird.

Elf Uhr nachts. Das ZK und das Petersburger Komitee unserer Partei verlegen ihren Treffpunkt in den Taurischen Palast, vor dem seit den Abendstunden die Demonstranten zusammenströmen. Agitatoren aus den Bezirken und Betriebsvertreter treffen ein. Es findet eine Versammlung von Vertretern des ZK unserer Partei, des Petersburger Komitees, der Militärorganisation, des Komitees der „Zwischengruppe“ sowie des Büros der Arbeitersektion des Petrograder Sowjets statt. Aus den Berichten der Bezirke wird folgendes klar:

1. Es ist unmöglich, die Arbeiter und Soldaten morgen von einer Demonstration abzuhalten;
2. die Demonstranten werden ausschließlich zum Zwecke der Notwehr Waffen mitnehmen, um eine wirksame Garantie gegen provokatorische Schüsse vom Newski-Prospekt her zu schaffen: „Auf Bewaffnete lässt sich nicht so leicht schießen.“

Die Versammlung beschließt: In einem Moment, da die revolutionären Arbeiter- und Soldatenmassen unter der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ demonstrieren, hat die Partei des Proletariats nicht das Recht, Ihre Hände in Unschuld zu waschen und sich nicht um die Bewegung zu kümmern, darf sie die Massen nicht im Stich lassen, sondern muss mit den Massen sein, um der spontanen Bewegung einen bewussten und organisierten Charakter zu verleihen. Die Versammlung fasst den Beschluss, den Arbeitern und Soldaten vorzuschlagen, in ihren Regimentern und Betrieben Delegierte zu wählen und durch diese Delegierten dem Exekutivkomitee der Sowjets ihre Wünsche vorzubringen. Es wird ein im Geiste dieses Beschlusses gehaltener Aufruf mit der Aufforderung zu einer „friedlichen und organisierten Demonstration“ abgefasst.^[54]

Zwölf Uhr nachts. Über 30000 Arbeiter der Putilowwerke erscheinen vor dem Taurischen Palast. Fahnen. Die Losung: „Alle Macht den Sowjets!“ Es werden Delegierte gewählt. Die Delegierten unterrichten das Exekutivkomitee von der Forderung der Putilowarbeiter. Die vor dem Taurischen Palast versammelten Soldaten und Arbeiter beginnen auseinander zugehen.

4. Juli. Vormittags. Aufmarsch der Arbeiter und Soldaten. Fahnen. Bolschewistische Losungen. Die Kolonnen ziehen zum Taurischen Palast. Der Zug wird von Tausenden von Matrosen aus Kronstadt abgeschlossen. Die Zahl der Demonstranten beträgt nach dem Zeugnis bürgerlicher Zeitungen („Birshowka“) mindestens 400000. Jubel auf den Straßen. Die Einwohner begrüßen die Demonstranten mit fröhlichem „Hurra!“ Gegen Mittag beginnen Exzesse. Dunkle Elemente aus den bürgerlichen Stadtvierteln trüben den Aufmarsch der Arbeiter durch verbrecherische, provokatorische Schüsse. Selbst die „Birshewyje Wjedomosti“ wagen nicht abzustreiten, dass die Gegner der Demonstration als erste geschossen haben. „Punkt zwei Uhr mittags“, schreibt die „Birshowka“ (Abendausgabe vom 4. Juli), „als Ecke Sadowaja und Newski-Prospekt die bewaffneten Demonstranten vorbeizogen und das Publikum, das sich in bedeutender Menge angesammelt hatte, ihnen

ruhig zusah, krachte auf der rechten Seite der Sadowaja ein Schuss, worauf bald salvenweise geschossen wurde.“

Es ist klar, dass nicht die Demonstranten, sondern „unbekannte Elemente“ mit dem Schießen begonnen haben, dass auf die Demonstranten geschossen wurde und nicht umgekehrt.

Die Schießerei wurde gleichzeitig an verschiedenen Stellen der bürgerlichen Stadtteile fortgesetzt. Die Provokateure waren nicht müßig. Trotzdem gingen die Demonstranten nicht über die erforderliche Notwehr hinaus. Von einer Verschwörung oder einem Aufstand kann keine Rede sein. Kein einziger Fall war zu verzeichnen, dass man Regierungsgebäude oder öffentliche Institutionen besetzt oder eine solche Besetzung versucht hätte, obwohl die Demonstranten angesichts der kolossalen bewaffneten Kräfte, über die sie verfügten, durchaus in der Lage gewesen wären, sich nicht nur einzelner Gebäude, sondern sogar der ganzen Stadt zu bemächtigen...

Acht Uhr abends. Taurischer Palast. Versammlung des ZK, der „Zwischengruppe“ und anderer Organisationen unserer Partei. Es wird beschlossen: Nachdem der Wille der revolutionären Arbeiter und Soldaten kundgetan ist, muss die Aktion eingestellt werden. Im Geiste dieses Beschlusses wird ein Aufruf abgefasst: „Die Demonstration ist zu Ende... Unsere Parole ist: Standhaftigkeit, Ausdauer, Ruhe“ (siehe den Aufruf im „Listok Prawdy“^[55]). Dieser der „Prawda“ übermittelte Aufruf konnte am 5. Juli nicht erscheinen, da die „Prawda“ in der Nacht (vom 4. zum 5.) von Offizierschülern und Geheimagenten demoliert worden war.

Zwischen zehn und elf Uhr nachts. Taurischer Palast. Sitzung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets. Debatte über die Frage der Macht. Nach dem Austritt der Kadetten aus der Regierung wird die Lage der Sozialrevolutionäre und Menschewiki besonders kritisch: Sie „brauchen“ einen Block mit der Bourgeoisie, doch besteht zur Blockbildung keine Möglichkeit, da die Bourgeoisie kein Abkommen mehr mit ihnen will. Die Idee eines Blocks mit den Kadetten scheitert. Deshalb wird die Frage der Machtübernahme durch die Sowjets mit aller Entschiedenheit gestellt.

Hinzu kommen Gerüchte, die deutschen Truppen hätten unsere Front durchbrochen; diese Gerüchte sind zwar noch nicht überprüft, wirken aber beunruhigend.

Ferner Gerüchte, morgen werde in der Presse eine niederträchtige Verleumdung gegen den Genossen Lenin erscheinen.

Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets fordert Wolhynier (Soldaten) zum Schutz des Taurischen Palasts an - vor wem? Wie sich herausstellt, vor den Bolschewiki, die angeblich in den Palast gekommen seien, um das Exekutivkomitee „zu verhaften“ und „die Macht an sich zu reißen“. So etwas wird in Bezug auf die Bolschewiki behauptet, die sich für die Verstärkung der Sowjets eingesetzt haben, die sich dafür eingesetzt haben, dass diesen im ganzen Lande die Macht übergeben werde!

Zwischen zwei und drei Uhr nachts. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets übernimmt nicht die Macht. Es beauftragt die „sozialistischen“ Minister mit der Bildung einer neuen Regierung, der wenigstens einige Bourgeois als Einzelgänger angehören sollen. Die Minister werden mit Sondervollmachten zum „Kampf gegen die Anarchie“ ausgestattet. Die Sache ist klar: Vor die Notwendigkeit eines entschiedenen Bruchs mit der Bourgeoisie gestellt, den es ganz besonders fürchtet - schöpfte das Zentralexekutivkomitee doch bisher seine Kraft aus diesen oder jenen „Kombinationen“ mit der Bourgeoisie -, antwortet es mit dem entschiedenen Bruch mit den Arbeitern und den Bolschewiki, um nach dem Zusammenschluss mit der Bourgeoisie seine Waffen gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten zu kehren. Damit wird der Feldzug gegen die Revolution eingeleitet. Zur Freude der Konterrevolution nehmen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Revolution unter Beschuss...

5. Juli. In den Zeitungen (besonders im „Shiwoje Slowo“^[56]) erscheint eine Meldung, die eine niederträchtige Verleumdung gegen den Genossen Lenin enthält. Die „Prawda“ ist nicht

erschienen, denn in der Nacht vom 4. zum 5. Juli ist sie demoliert worden. Nun wird die Diktatur der „sozialistischen“ Minister errichtet, die einen Block mit den Kadetten zu bilden suchen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die die Macht nicht übernehmen wollten, übernehmen sie diesmal (auf kurze Zeit), um mit den Bolschewiki abzurechnen ... In den Straßen tauchen Fronttruppenteile auf. Offizierschüler und konterrevolutionäre Banden demolieren, visitieren, kühlen ihr Mütchen. Die Konterrevolution nutzt die von Alexinski, Pankratow und Perewerew gegen Lenin und die Bolschewiki in Szene gesetzte Hetze bis aufs letzte aus. Die Konterrevolution wächst von Stunde zu Stunde. Die Zentrale der Diktatur ist der Militärstab. Zügelloses Wüten des Geheimdienstes, der Offizierschüler, der Kosaken. Verhaftungen, Misshandlungen. Der offene Feldzug des Zentralexekutivkomitees der Sowjets gegen die bolschewistischen Arbeiter und Soldaten entfesselt die Kräfte der Konterrevolution...

Als Antwort auf die von Alexinski und Konsorten verbreitete Verleumdung erscheint das Flugblatt des ZK unserer Partei „Die Verleumder vors Gericht!“^[57]. Es erscheint ein besonderer Aufruf des ZK über die Einstellung des Streiks und der Demonstration (da die „Prawda“ demoliert worden ist, konnte er dort nicht veröffentlicht werden). Verblüffend wirkt das Fehlen jeglicher Aufrufe der übrigen sozialistischen“ Parteien. Die Bolschewiki stehen allein da. Gegen sie schließen sich stillschweigend alle rechts von den Bolschewiki stehenden Elemente zusammen - von Suworin und Miljukow bis zu Dan und Tschernow.

6. Juli. Die Brücken sind aufgezogen. Die gemischte Abteilung des Henkersknechts Masurenko ist am Werk. Auf den Straßen wütet Militär gegen Aufsässige. Faktisch herrscht der Belagerungszustand. „Verdächtige“ werden verhaftet und in den Stab abgeführt. Arbeiter, Soldaten und Matrosen werden entwapnet. Petrograd ist der Willkür der Soldateska preisgegeben. Obwohl die „Machthaber“ alles darum gäben, eine so genannte „Schlacht“ herbeizuführen, fallen die Arbeiter und Soldaten auf die Provokation nicht herein, „nehmen die Schlacht nicht an“. Die Peter-Pauls-Festung öffnet den Entwaffnungskommandos die Tore. Die gemischte Abteilung besetzt die Räume des Petersburger Komitees. In den Arbeitervierteln werden Haussuchungen und Entwaffnungen vorgenommen. Die am 11. Juni zum ersten Mal zaghaft formulierte Idee Zeretelis, die Arbeiter und Soldaten zu entwaffnen, wird nunmehr verwirklicht. „Entwaffnungsminister“ nennen ihn die Arbeiter erbittert...

Die Druckerei „Trud“ ist demoliert. Es erscheint der „Listok Prawdy“ Der Arbeiter Wojinow, der den „Listok“ verbreitet, wird ermordet ...Die bürgerliche Presse rast, stellt die gegen den Genossen Lenin gerichtete niederträchtige Verleumdung als Tatsache hin und beschränkt sich in ihrer Attacke gegen die Revolution schon nicht mehr auf die Bolschewiki, sondern dehnt sie auf die Sowjets, auf die Menschewiki, auf die Sozialrevolutionäre aus.

Es wird klar: Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki haben dadurch, dass sie die Bolschewiki ausgeliefert haben, auch sich selbst ausgeliefert; sie haben die Revolution verraten, indem sie die Kräfte der Konterrevolution auslösten und entfesselten. Der Feldzug der konterrevolutionären Diktatur gegen die Freiheiten im Hinterland und an der Front ist in vollem Gange. Wenn man danach urteilt, dass die Presse der Kadetten und der Alliierten, die gestern noch über das revolutionäre Rußland knurrte, nun auf einmal Genugtuung empfindet, so kann man den Schluss ziehen, dass es beim „Werk“ der Niederwerfung nicht ohne die Teilnahme der einheimischen und der alliierten Geldsäcke an diesem Feldzug abgegangen ist.

2. SCHLUSSWORT

27. Juli

Genossen!

Wie aus der Diskussion zu ersehen ist, hat keiner der Genossen die politische Linie des ZK kritisiert oder sich gegen die Losungen des ZK der Partei gewandt. Das ZK hatte drei

Hauptlosungen ausgegeben: Alle Macht den Sowjets, Kontrolle über die Produktion und Konfiskation des gutsherrlichen Bodens. Diese Losungen wurden von den Arbeitermassen und den Soldaten mit Sympathie aufgenommen. Diese Losungen haben sich als richtig erwiesen, und weil wir auf diesem Boden kämpften, haben wir die Massen behalten. Das halte ich für die entscheidende Tatsache, die zugunsten des ZK spricht. Wenn das ZK in den schwierigsten Momenten richtige Losungen ausgibt, so heißt dies, dass es im wesentlichen recht hat.

Die Kritik betraf nicht das Wesentliche, sondern das Nebensächliche. Sie lief auf den Hinweis hinaus, dass das ZK sich nicht mit der Provinz in Verbindung gesetzt und seine Tätigkeit hauptsächlich auf Petrograd beschränkt habe. Der Vorwurf, dass das ZK von der Provinz losgelöst war, ist nicht unbegründet. Aber es war absolut unmöglich, die ganze Provinz zu erfassen. Der Vorwurf, dass sich das ZK faktisch in ein Petersburger Komitee verwandelt habe, ist zum Teil berechtigt. Das stimmt. Aber hier in Petrograd wird Rußlands Politik geschmiedet. Hier befinden sich die führenden Kräfte der Revolution. Die Provinz reagiert auf das, was in Petrograd vor sich geht. Die Sache erklärt sich schließlich daraus, dass sich hier die Provisorische Regierung befindet, in deren Händen alle Macht konzentriert ist, dass sich hier das ZEK, das Sprachrohr der gesamten organisierten revolutionären Demokratie, befindet. Andererseits überstürzen sich die Ereignisse, es wird offen gekämpft, und es gibt keinerlei Gewissheit darüber, dass die bestehende Regierung nicht morgen schon gestürzt wird. Es war unter solchen Umständen undenkbar, zu warten, bis unsere Freunde in der Provinz ihre Meinung äußern würden. Bekanntlich entscheidet das ZEK über die Fragen der Revolution, ohne auf die Provinz zu warten. In seinen Händen befindet sich der ganze Regierungsapparat. Und was haben wir? Wir haben den Apparat des ZK. Aber der Apparat des ZK ist natürlich schwach. Und vom ZK zu verlangen, es solle keinerlei Schritte ohne vorherige Befragung der Provinz unternehmen, hieße verlangen, dass das ZK den Ereignissen nicht vorangehe, sondern hinter ihnen hergehe. Das wäre aber kein ZK mehr. Nur dank der Methode, die wir anwandten, konnte das ZK auf der Höhe der Situation bleiben.

Es wurden Vorwürfe in Einzelfragen erhoben. Die Genossen sprachen vom Misserfolg des Aufstands vom 3.-5. Juli. Ja, Genossen, es war ein Misserfolg, aber es war auch kein Aufstand, sondern eine Demonstration.

Dieser Misserfolg erklärt sich dadurch, dass die Front der Revolution gesprengt worden ist infolge der verräterischen Haltung der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, die der Revolution den Rücken gekehrt haben.

Genosse Besrabortny^[58] sagte, das ZK habe nicht dafür gesorgt, Petrograd und die Provinz mit Flugblättern, die über die Ereignisse vom 3.-5. Juli Aufklärung geben, zu überschwemmen. Doch unsere Druckerei war demoliert, und es gab nicht die geringste technische Möglichkeit, in anderen Druckereien irgendetwas zu drucken, weil ihnen in solchem Fall ebenfalls die Demolierung gedroht hätte.

Hier standen die Dinge immerhin nicht so schlecht: Wenn man uns in den einen Vierteln verhaftete, so wurden wir in den anderen begrüßt und mit ungewöhnlicher Begeisterung empfangen. Auch jetzt ist die Stimmung der Petrograder Arbeiter ausgezeichnet, ist das Prestige der Bolschewiki groß.

Ich möchte einige Fragen aufwerfen.

Erstens: Wie müssen wir auf die gegen unsere Führer gerichteten Verleumdungen reagieren? Wir müssen im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Zeit ein Manifest an das ganze Volk verfassen, in dem wir alle Tatsachen klarstellen. Dazu muss eine Kommission gewählt werden. Und derselben Kommission, falls Sie sie wählen, schlage ich vor, einen Aufruf an die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands, Englands, Frankreichs usw. herauszugeben, in dem wir sie über die Ereignisse vom 3.-5. Juli unterrichten und die Verleumder brandmarken müssen. Wir sind der Vortrupp des Proletariats, wir tragen die

Verantwortung für die Revolution, wir müssen die ganze Wahrheit über die Ereignisse sagen und die niederträchtigen Verleumder entlarven.

Zweitens: Über die Weigerung Lenins und Sinowjews, vor „Gericht“ zu erscheinen. Im gegenwärtigen Moment ist es immer noch unklar, in wessen Händen sich die Macht befindet. Es besteht keine Gewähr dafür, dass sie nicht rohen Gewalttätigkeiten ausgesetzt sein würden, wenn sie sich stellen sollten. Anders läge der Fall, wenn das Gericht demokratisch organisiert und eine Garantie gegeben wäre, dass keine Gewaltakte zugelassen werden. Auf unsere diesbezügliche Anfrage antwortete man uns im ZEK: „Wir wissen nicht, was geschehen kann.“ Solange die Lage noch nicht geklärt ist, solange zwischen der offiziellen und der faktischen Macht still und verbissen gekämpft wird, hat es folglich keinen Sinn für die Genossen, vor „Gericht“ zu erscheinen. Wird aber eine Macht am Ruder stehen, die imstande sein wird, unsere Genossen vor Gewalttätigkeiten zu schützen, dann werden sie erscheinen.

3. BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

30. Juli

Genossen!

Die Frage der politischen Lage Rußlands ist die Frage des Schicksals unserer Revolution, ihrer Siege und Niederlagen unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges.

Schon im Februar wurde es klar, dass die Hauptkräfte unserer Revolution das Proletariat und die infolge des Krieges in den Soldatenrock gesteckte Bauernschaft sind.

Es ist so gekommen, dass sich im Kampf gegen den Zarismus in einem Lager mit diesen Kräften, gleichsam in einer Koalition mit ihnen, noch andere Kräfte vorfanden - die liberale Bourgeoisie und das alliierte Kapital.

Das Proletariat war und bleibt der Todfeind des Zarismus.

Die Bauernschaft glaubte an das Proletariat, und da sie sah, dass sie ohne den Sturz des Zarismus keinen Boden bekommen werde, folgte sie dem Proletariat.

Die liberale Bourgeoisie war durch den Zarismus enttäuscht und wandte sich von ihm ab, denn der Zarismus eroberte ihr nicht nur keine neuen Märkte, sondern vermochte nicht einmal, die alten zu halten, hat er doch 15 Gouvernements an Deutschland abgetreten.

Das alliierte Kapital, der Freund und Gönner Nikolaus' II., war gleichfalls „genötigt“, den Zarismus zu verraten, denn der Zarismus, weit davon entfernt, ihm die erwünschte „einheitliche Front“ zu gewährleisten, schickte sich sogar unverkennbar zum Abschluss eines Separatfriedens mit Deutschland an.

So stand der Zarismus isoliert da.

Damit ist denn auch die „verblüffende“ Tatsache zu erklären, dass der Zarismus so „still und sanft verschieden ist“.

Aber diese Kräfte verfolgten ganz verschiedene Ziele.

Die liberale Bourgeoisie und die englisch-französischen Kapitalisten wollten in Rußland eine kleine Revolution vom Schlage der jungtürkischen machen, um bei den Volksmassen Begeisterung zu entfachen und diese für einen großen Krieg auszunutzen, wobei die Macht der Kapitalisten und Gutsbesitzer in ihren Grundlagen unangetastet bleiben würde.

Eine kleine Revolution um eines großen Krieges willen!

Die Arbeiter und Bauern strebten umgekehrt nach einem radikalen Umsturz der alten Ordnung, nach dem, was bei uns eine große Revolution genannt wird, um nach dem Sturz der Gutsbesitzer und der Zügelung der imperialistischen Bourgeoisie dem Krieg ein Ende zu machen und die Sache des Friedens zu sichern.

Eine große Revolution und Frieden!

Dieser fundamentale Gegensatz bildete gerade die Grundlage, auf der sich unsere Revolution entwickelte, die Grundlage aller und jeglicher „Krisen der Macht“.

Die „Krise“ vom 20. und 21. April war der erste offene Ausdruck dieses Gegensatzes. Wenn in der Geschichte dieser „Krisen“ der Erfolg vorläufig jedes Mal der imperialistischen Bourgeoisie zugefallen ist, so ist das nicht allein durch die Organisiertheit der Front der Konterrevolution mit der Kadettenpartei an der Spitze zu erklären, sondern vor allem dadurch, dass die in ihren Schwankungen zum Imperialismus hinneigenden Paktiererparteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, denen vorerst noch die breiten Massen folgen, jedes Mal die Front der Revolution im Stich ließen, ins Lager der Bourgeoisie überliefen und somit ein Übergewicht zugunsten der Front der Konterrevolution schufen.

So war es im April.

So war es im Juli.

Das „Prinzip“ der Koalition mit der imperialistischen Bourgeoisie, das die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in den Vordergrund gerückt haben, erwies sich in der Praxis gerade als das verhängnisvolle Mittel, dank dem die Kadettenpartei der Kapitalisten und Gutsbesitzer die Bolschewiki isolierte und gleichzeitig Schritt für Schritt eben mit den Händen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre ihre Stellungen festigte ..

Die zeitweilige Stille an der Front, die den März, April und Mai hindurch andauerte, wurde zur Weiterentwicklung der Revolution ausgenutzt. Vorwärtsgetrieben durch die allgemeine Zerrüttung im Lande und gefördert durch das Vorhandensein von Freiheiten, wie sie kein anderes der kriegführenden Länder aufzuweisen hat, vertiefte sich die Revolution immer mehr und setzte die sozialen Fragen auf die Tagesordnung. Sie dringt mit Macht in die Wirtschaftssphäre ein und stellt die Arbeiterkontrolle in der Industrie, die Nationalisierung des Bodens und die Versorgung der besitzlosen Bauernschaft mit Inventar, die Organisierung eines normalen Austauschs zwischen Stadt und Land, die Nationalisierung der Banken und schließlich die Machtergreifung durch das Proletariat und die ärmsten Schichten der Bauernschaft auf die Tagesordnung. Die Revolution ist unmittelbar an die Notwendigkeit sozialistischer Umgestaltungen herangekommen.

Manche Genossen meinen, dass es angesichts der schwachen Entwicklung des Kapitalismus bei uns eine Utopie sei, die Frage der sozialistischen Revolution zu stellen. Sie hätten Recht, wenn es keinen Krieg, keine Zerrüttung gäbe, wenn die Grundlagen der kapitalistischen Organisation der Volkswirtschaft nicht erschüttert wären. Die Frage des Eingreifens in die Wirtschaftssphäre wird in allen Staaten unter den Bedingungen des Krieges zu einer unabweisbaren Frage. Auch in Deutschland ist diese Frage vom Leben selbst gestellt worden, wobei es dort ohne direkte und aktive Beteiligung der Massen abgeht. Anders bei uns in Rußland. Bei uns hat die Zerrüttung drohendere Ausmaße angenommen. Andererseits existiert nirgends unter Kriegsverhältnissen eine solche Freiheit wie bei uns. Ferner ist bei uns der hohe Grad der Organisiertheit der Arbeiter zu berücksichtigen: Bei uns in Petrograd sind zum Beispiel die Metallarbeiter zu 66 Prozent organisiert. Schließlich hatte und hat das Proletariat nirgends so umfassende Organisationen, wie es die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sind. Es ist begreiflich, dass die Arbeiter angesichts des Höchstmaßes an Freiheit und Organisiertheit, das sie genossen, nicht auf ein aktives Eingreifen in das Wirtschaftsleben des Landes im Sinne sozialistischer Umgestaltungen verzichten konnten, ohne politischen Selbstmord zu begehen. Es wäre unwürdige Pedanterie, wollte man verlangen, dass Rußland mit den sozialistischen Umgestaltungen „wartet“, bis Europa „anfängt“. Dasjenige Land „fängt an“, das mehr Möglichkeiten hat ...

Da die Revolution so weit vorgeschritten war, musste sie notwendigerweise die Wachsamkeit der Konterrevolutionäre hervorrufen, musste die Konterrevolution einen Auftrieb erfahren. Das ist der erste Faktor der Mobilisierung der Konterrevolution.

Der zweite Faktor ist das durch die Politik der Offensive an der Front eingeleitete Abenteuer und eine ganze Reihe von Frontdurchbrüchen, die der Provisorischen Regierung jegliches Prestige raubten und die Konterrevolution beflügelten, so dass sie zum Angriff auf die Regierung überging. Es gehen Gerüchte um, bei uns habe eine Welle groß angelegter

Provokationen eingesetzt. Delegierte von der Front sind der Auffassung, dass sowohl die Offensive als auch der Rückzug, kurz alles, was sich an der Front abspielte, vorbereitet worden sei, um die Revolution in Verruf zu bringen und die Sowjets zu stürzen. Ich weiß nicht, ob diese Gerüchte stimmen oder nicht, aber bemerkenswert ist doch, dass am 2. Juli die Kadetten aus der Regierung austreten, am 3. die Juliereignisse beginnen und am 4. die Nachricht vom Durchbruch der Front eintrifft. Ein erstaunliches Zusammentreffen! Man kann nicht behaupten, dass die Kadetten wegen des Beschlusses in der ukrainischen Frage aus der Regierung ausgetreten seien, denn die Kadetten hatten nichts gegen die Lösung der ukrainischen Frage. Es gibt noch eine zweite Tatsache, die dafür spricht, dass tatsächlich eine Welle von Provokationen eingesetzt hat: Ich habe die Schießereien in der Ukraine^[59] im Auge. Die Genossen müssen sich im Zusammenhang mit diesen Tatsachen darüber klar sein, dass der Frontdurchbruch zum Plan der Konterrevolution gehörte als einer der Faktoren, die dazu dienen sollten, die Idee der Revolution in den Augen breiter kleinbürgerlicher Massen zu diskreditieren.

Es gibt noch einen dritten Faktor, der die konterrevolutionären Kräfte in Rußland gestärkt hat: das alliierte Kapital. Wenn das alliierte Kapital die Regierung Nikolaus' verriet, als es sah, dass der Zarismus auf einen Separatfrieden lossteuerte, so kann es von niemandem gehindert werden, mit der gegenwärtigen Regierung zu brechen, wenn sich herausstellen sollte, dass diese außerstande ist, die „einheitliche“ Front aufrechtzuerhalten. In einer Sitzung sagte Miljukow, Rußland werde auf dem Weltmarkt als Lieferant von Menschenmaterial bewertet und erhalte dafür Geld; sollte sich aber herausstellen, dass die neue Staatsmacht, in Gestalt der Provisorischen Regierung, unfähig ist, die einheitliche Front der Offensive gegen Deutschland aufrechtzuerhalten, so lohne es sich nicht, eine derartige Regierung zu subventionieren. Ohne Geld, ohne Kredit musste die Regierung jedoch scheitern. Das ist das Geheimnis, warum die Kadetten während der Krise große Kraft gewannen. Kerenski und alle Minister aber erwiesen sich als Marionetten in den Händen der Kadetten. Die Stärke der Kadetten besteht darin, dass sie durch das alliierte Kapital unterstützt wurden.

Rußland hatte zwischen zwei Wegen zu wählen:

Entweder der Krieg wird beendet, alle finanziellen Bindungen an den Imperialismus werden zerrissen, die Revolution schreitet weiter, die Grundlagen der bürgerlichen Welt werden erschüttert und es beginnt die Ära der Arbeiterrevolution;

oder der zweite Weg wird beschritten, der Weg der Fortsetzung des Krieges, der Fortführung der Offensive an der Front, der Unterwerfung unter alle Befehle des alliierten Kapitals und der Kadetten - und damit vollständige Abhängigkeit vom alliierten Kapital (im Taurischen Palast zirkulierten bestimmte Gerüchte, wonach Amerika 8 Milliarden Rubel, Mittel zur „Wiederherstellung“ der Wirtschaft, geben werde) und Triumph der Konterrevolution.

Einen dritten Weg gibt es nicht.

Der Versuch der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die Aktion vom 3. und 4. Juli als bewaffnete Rebellion hinzustellen, ist einfach lächerlich. Am 3. Juli schlugen wir die revolutionäre Einheitsfront gegen die Konterrevolution vor. Unsere Losung „Alle Macht den Sowjets!“ bedeutet ja eben die Schaffung einer revolutionären Einheitsfront. Jedoch aus Angst, die Tuchfühlung mit der Bourgeoisie zu verlieren, wandten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre uns den Rücken und zerschlugen im Interesse der Konterrevolutionäre die revolutionäre Front. Fragt man, wer den Sieg der Konterrevolution verschuldet hat, so sind die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Schuldigen. Es ist unser Unglück, dass Rußland ein kleinbürgerliches Land ist, das vorläufig noch den mit den Kadetten paktierenden Sozialrevolutionären und Menschewiki folgt. Und solange die Massen nicht von der Idee des Paktierens mit der Bourgeoisie enttäuscht sein werden, so lange wird die Revolution lahmen und stolpern.

Wir sehen jetzt vor uns das Bild einer Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie und der konterrevolutionären Generalität. Die Regierung, die zum Schein gegen diese Diktatur kämpft,

erfüllt in Wirklichkeit deren Willen und ist nichts anderes als eine Kulisse, die sie vor dem Zorn des Volkes schirmt. Die entkräfteten und diskreditierten Sowjets mit ihrer Politik endloser Zugeständnisse vervollständigen das Bild nur, und wenn man sie nicht auseinanderjagt, so deswegen, weil man sie als „notwendigen“ und sehr „geeigneten“ Deckmantel „braucht“.

Die Lage hat sich also von Grund aus geändert.

Es muss sich auch unsere Taktik ändern.

Früher waren wir für einen friedlichen Übergang der Macht an die Sowjets, wobei angenommen wurde, das ZEK der Sowjets brauche die Machtübernahme nur zu beschließen, damit die Bourgeoisie friedlich die Bahn freigebe. Und tatsächlich galt im März, im April und im Mai jeder Beschluss der Sowjets als Gesetz, konnte ihm doch jedes Mal mit Gewalt Nachdruck verliehen werden. Seit der Entwaffnung der Sowjets und ihrer (faktischen) Degradierung zu einfachen „Berufs“organisationen hat sich die Lage geändert. Jetzt kümmert man sich nicht um die Beschlüsse der Sowjets. Um nunmehr die Macht ergreifen zu können, muss zuvor die bestehende Diktatur gestürzt werden.

Sturz der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie - das muss jetzt die aktuelle Losung der Partei sein.

Die friedliche Periode der Revolution ist zu Ende. Angebrochen ist die Periode der Schlachten und Explosionen.

Die Losung des Sturzes der derzeitigen Diktatur kann nur unter der Voraussetzung verwirklicht werden, dass ein neuer machtvoller politischer Aufschwung in ganz Rußland eintritt. Die Unvermeidlichkeit eines solchen Aufschwungs wird durch den ganzen Verlauf der Entwicklung des Landes diktiert, sie wird durch den Umstand diktiert, dass keine einzige Grundfrage der Revolution gelöst ist, denn die Fragen des Bodens, der Arbeiterkontrolle, des Friedens und der Macht sind nicht gelöst.

Repressalien können keine einzige Frage der Revolution lösen, sie tragen lediglich zur Verschärfung der Situation bei.

Die Hauptkräfte der neuen Bewegung werden das städtische Proletariat und die ärmsten Schichten der Bauern sein. Eben sie werden im Falle des Sieges die Macht in die Hände nehmen.

Ein charakteristisches Merkmal des Augenblicks besteht darin, dass man die konterrevolutionären Maßnahmen von „Sozialisten“ durchführen lässt. Nur weil sich die Konterrevolution eine solche Kulisse geschaffen hat, kann sie sich noch ein, zwei Monate halten. Da sich aber die Kräfte, der Revolution entwickeln, wird es zu Explosionen kommen, und der Augenblick wird eintreten, da die Arbeiter die armen Schichten der Bauernschaft in Bewegung setzen und um sich scharen, das Banner der Arbeiterrevolution entrollen und die Ära der sozialistischen Revolution in Europa eröffnen werden.

4. ANTWORTEN AUF FRAGEN ZUM BERICHT ZUBER DIE POLITISCHE LAGE

31. Juli

Zum ersten Punkt „Welche Formen der Kampforganisation schlägt der Referent an Stelle der Sowjets der Arbeiterdeputierten vor?“ muss ich sagen, dass eine solche Fragestellung falsch ist. Ich habe mich nicht gegen die Sowjets als Organisationsform der Arbeiterklasse gewandt, aber eine Losung wird nicht durch die Form der Organisation einer revolutionären Einrichtung bestimmt, sondern durch den Inhalt, der das Fleisch und Blut der betreffenden Einrichtung darstellt. Wenn in den Sowjets Kadetten säßen, so würden wir niemals die Losung der Übergabe der Macht an die Sowjets aufgestellt haben.

Jetzt geben wir die Losung der Übergabe der Macht an das Proletariat und die ärmste Bauernschaft aus. Folglich handelt es sich nicht um die Form, sondern darum, welcher Klasse die Macht übergeben wird, es handelt sich um die Zusammensetzung der Sowjets.

Die Sowjets sind die zweckmäßigste Organisationsform für den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht, die Sowjets sind jedoch nicht der einzige Typus einer revolutionären Organisation. Es ist eine rein russische Form. Im Auslande sahen wir zur Zeit der großen französischen Revolution die Munizipalitäten, zur Zeit der Kommune das Zentralkomitee der Nationalgarde diese Rolle spielen. Und auch bei uns tauchte der Gedanke an ein Revolutionskomitee auf. Vielleicht wird die Arbeitersektion die geeignetste Form für den Kampf um die Macht sein. Doch muss man sich darüber klar werden, dass nicht die Frage der Organisationsform entscheidend sein wird.

Wirklich entscheidend ist die Frage, ob die Arbeiterklasse zur Diktatur reif ist; alles andere wird sich finden, wird sich aus der schöpferischen Kraft der Revolution ergeben.

Die Antwort zum zweiten und dritten Punkt - wie sich unser Verhältnis zu den bestehenden Sowjets praktisch gestalten wird - ist völlig klar. Soweit es sich um die Übergabe der gesamten Macht an das Zentralexekutivkomitee der Sowjets handelt, ist diese Losung überholt. Und nur darum allein handelt es sich. Die Frage des Sturzes der Sowjets ist erfunden. Sie ist hier von niemandem aufgeworfen worden. Wenn wir vorschlagen, die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ zurückzuziehen, so folgt daraus noch nicht die Losung: „Nieder mit den Sowjets!“ Und wir, die wir diese Losung zurückziehen, treten zugleich nicht einmal aus dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets aus, trotz der kläglichen Rolle, die es in letzter Zeit spielt. Die lokalen Sowjets können noch eine Rolle spielen, da sie gezwungen sein werden, sich gegen die Anmaßungen der Provisorischen Regierung zu wehren, und in diesem Kampfe werden wir die Sowjets unterstützen.

Ich wiederhole also: Die Zurücknahme der Losung von der Übergabe der Macht an die Sowjets bedeutet keineswegs: „Nieder mit den Sowjets!“ „Unser Verhältnis zu denjenigen Sowjets, in denen wir in der Mehrheit sind“, ist das allerwohlwollendste. Mögen diese Sowjets leben und erstarken! Allein die Macht liegt nicht mehr bei den Sowjets. Früher gab die Provisorische Regierung ein Dekret heraus, das Exekutivkomitee der Sowjets erließ ein Gegendekret, und nur das letztere erhielt Gesetzeskraft. Man erinnere sich an die Geschichte mit dem Befehl Nr. 1^[60]. Jetzt hingegen rechnet die Provisorische Regierung nicht mehr mit dem Zentralexekutivkomitee. Der Beschluss über die Teilnahme des ZEK der Sowjets an der Kommission, die zur Untersuchung der Ereignisse vom 3.-5. Juli eingesetzt war, wurde vom ZEK der Sowjets nicht rückgängig gemacht, kam aber infolge eines Befehls von Kerenski nicht zur Durchführung. Es handelt sich jetzt nicht um die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets, was an und für sich sehr wichtig ist, sondern um den Sturz der konterrevolutionären Diktatur.

Was den vierten Punkt betrifft, nämlich die Konkretisierung des Begriffs „ärmste Bauernschaft“ und den Hinweis auf die Form ihrer Organisierung, so verweise ich darauf, dass die Bezeichnung „ärmste Bauernschaft“ nicht neu ist. Sie wurde durch den Genossen Lenin 1905 in die marxistische Literatur eingeführt, wurde von da an fast in jeder Nummer der „Prawda“ gebraucht und ist auch in den Resolutionen der Aprilkonferenz zu finden.

Die ärmsten Schichten der Bauernschaft sind diejenigen Schichten, deren Wege von denen der Oberschicht der Bauern verschieden sind. Der Sowjet der Bauerndeputierten, der angeblich 80 Millionen Bauern „vertritt“ (die Frauen mit eingerechnet), ist eine Organisation der bäuerlichen Oberschicht. Die unteren Schichten der Bauernschaft führen einen erbitterten Kampf gegen die Politik dieses Sowjets. Während Tschernow, das Haupt der Partei der Sozialrevolutionäre, ferner Awxentjew und andere den Bauern mit dem Vorschlag kommen, nicht sofort den Boden in Besitz zu nehmen, sondern die allgemeine Regelung der Bodenfrage durch die Konstituierende Versammlung abzuwarten, antworten die Bauern damit, dass sie den Boden in Besitz nehmen, ihn bestellen, das Inventar in Besitz nehmen usw.

Nachrichten dieser Art haben wir aus den Gouvernements Pensa, Woronesh, Witebsk, Kasan und einer Reihe anderer Gouvernements. Das allein zeigt schon klar die Differenzierung des Dorfes in untere und obere Schichten, es zeigt, dass die Bauernschaft als einheitliches Ganzes nicht mehr existiert. Die Oberschicht geht hauptsächlich mit den Sozialrevolutionären, die unteren Schichten dagegen können ohne Boden nicht leben und stehen in Opposition zur Provisorischen Regierung. Das sind die landarmen Bauern, die Bauern mit nur einem oder gar keinem Pferd usw. Ihnen schließen sich die Bauernschichten an, die fast ganz landlos sind, die halbproletarischen Schichten.

Es wäre unvernünftig, in einer revolutionären Periode keinen Versuch zu machen, ein gewisses Übereinkommen mit diesen Schichten der Bauernschaft zu erzielen. Gleichzeitig ist es jedoch notwendig, die Landarbeiterschichten der Bauernschaft gesondert zu organisieren und sie um die Proletarier zu scharen.

Es ist schwer vorauszusagen, wie die Form der Organisation dieser Schichten aussehen wird. Zur Zeit organisieren sich die unteren Schichten der Bauernschaft entweder in auf eigene Faust geschaffenen Sowjets, oder sie bemühen sich, die schon bestehenden Sowjets zu erobern. So organisierte sich zum Beispiel vor etwa anderthalb Monaten in Petrograd ein Sowjet der ärmsten Bauern (aus Vertretern von 80 Truppenteilen und von Betrieben), der einen erbitterten Kampf gegen die Politik des Sowjets der Bauerndeputierten führt.

Im allgemeinen sind die Sowjets die zweckmäßigste Organisationsform der Massen, allein es kommt nicht auf die Institutionen an, sondern wir müssen auf den Klasseninhalt hinweisen, müssen danach streben, dass auch die Massen die Form vom Inhalt unterscheiden.

Allgemein gesprochen ist die Frage der Organisationsformen nicht entscheidend. Wenn ein revolutionärer Aufschwung eintritt, werden auch die Organisationsformen geschaffen. Die Frage der Formen darf nicht die Kernfrage verdecken: An welche Klasse muss die Macht übergehen?

Ein Block mit den „Vaterlandsverteidigern“ ist für uns in Zukunft undenkbar. Die Parteien der „Vaterlandsverteidiger“ haben ihr Schicksal an das der Bourgeoisie gekettet, und die Idee eines Blocks von den Sozialrevolutionären bis zu den Bolschewiki hat Schiffbruch erlitten. Im Bunde mit den ärmsten Schichten der Bauernschaft gegen die oberen Schichten der Sowjets zu kämpfen und die Konterrevolution hinwegzufegen - das ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

5. SCHLUSSWORT

31. Juli

Genossen!

Ich muss vor allem einige sachliche Richtigstellungen vornehmen.

Genosse Jaroslawski wendet sich gegen meine Behauptung, dass das Proletariat Rußlands das höchstorganisierte ist, und weist dabei auf das österreichische Proletariat hin. Aber, Genossen, ich habe von der „roten“, von der revolutionären Organisiertheit gesprochen, und eine ähnliche Organisiertheit gibt es in keinem einzigen Lande in solchem Grade wie beim Proletariat Rußlands.

Angarski hat ganz und gar Unrecht, wenn er behauptet, ich wolle die Idee der Vereinigung aller Kräfte durchsetzen. Wir können jedoch die Augen nicht davor verschließen, dass, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, nicht nur die Bauernschaft und das Proletariat, sondern auch die russische Bourgeoisie und das ausländische Kapital dem Zarismus den Rücken gekehrt haben. Das ist eine Tatsache. Es ist nicht gut, wenn Marxisten eine Tatsache nicht sehen wollen. Später beschränkten jedoch die beiden ersten Kräfte den Weg der Weiterentwicklung der Revolution, die beiden letzteren den Weg der Konterrevolution.

Ich komme zum Wesen der Sache. Am schärfsten hat Bucharin die Frage gestellt, aber auch er hat sie nicht zu Ende geführt. Bucharin behauptet, der imperialistische Bourgeois habe einen Block mit dem Bauern gebildet. Mit welchem Bauern aber? Wir haben verschiedene Bauern. Mit den rechtsorientierten Bauern ist der Block gebildet worden, aber wir haben ja auch Bauern der unteren Schichten, linkseingestellte, die die ärmsten Schichten der Bauernschaft vertreten. Mit denen aber konnte ein solcher Block nicht gebildet werden. Sie haben mit der Großbourgeoisie keinen Block gebildet, sie folgen ihr aber aus Mangel an Bewusstsein, sie werden einfach betrogen, mitgezogen.

Gegen wen richtet sich nun der Block?

Das hat Bucharin nicht gesagt. Es ist ein Block des alliierten und des russischen Kapitals, des Offizierkorps und der Oberschichten der Bauernschaft in Gestalt der Sozialrevolutionäre vom Schlage eines Tschernow. Dieser Block hat sich gegen die unteren Schichten der Bauernschaft, gegen die Arbeiter gebildet.

Welche Perspektive sieht Bucharin? Seine Analyse ist von Grund aus falsch. Seiner Auffassung nach gehen wir in der ersten Etappe einer Bauernrevolution entgegen. Aber diese muss sich doch unvermeidlich mit der Arbeiterrevolution treffen, muss mit ihr zusammenfallen. Es ist doch unmöglich, dass die Arbeiterklasse, die Avantgarde der Revolution, nicht zugleich auch für ihre eigenen Forderungen kämpft. Daher halte ich das Schema Bucharins für undurchdacht.

Die zweite Etappe bildet nach Bucharin die proletarische Revolution, unterstützt von Westeuropa, ohne Beteiligung der Bauern, die den Boden bekommen haben und zufrieden gestellt sind. Aber gegen wen richtet sich diese Revolution? Darauf bleibt Bucharin in seinem kindischen Schema die Antwort schuldig. Andere Methoden zur Analyse der Ereignisse sind nicht vorgeschlagen worden.

Nun zur politischen Lage. Niemand spricht jetzt noch von einer Doppelherrschaft. Wenn die Sowjets früher eine reale Macht bildeten, so sind sie jetzt lediglich Organe des Zusammenschlusses der Massen, die über keinerlei Macht verfügen. Gerade deshalb ist es unmöglich, ihnen die Macht „einfach“ zu übergeben. Genosse Lenin geht in seiner Broschüre^[61] noch weiter; er weist mit Bestimmtheit nach, dass es eine Doppelherrschaft nicht mehr gibt, da die ganze Macht in die Hände des Kapitals übergegangen ist; jetzt die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ aufstellen hieße Donquichotterie treiben.

Wenn früher ohne die Sanktion des Exekutivkomitees der Sowjets kein Gesetz in Kraft treten konnte, so wird jetzt von einer Doppelherrschaft nicht einmal mehr geredet. Sie können jetzt alle Sowjets erobern, die Macht werden Sie nicht besitzen!

Während der Wahlen zu den Bezirksdumas haben wir über die Kadetten gespottet, weil sie die armseligste Gruppe bildeten, die nur 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt hatte. Jetzt spotten sie über uns. Was ist geschehen? Unter Vorschubleistung durch das Zentralexekutivkomitee der Sowjets ist die Macht in die Hände der Bourgeoisie übergegangen. Die Genossen haben es mit der Frage der Organisation der Macht eilig. Aber Sie haben sie ja noch gar nicht, die Macht!

Unsere Hauptaufgabe ist es, die Notwendigkeit des Sturzes der bestehenden Macht zu propagieren. Wir sind darauf noch nicht genügend vorbereitet. Aber wir müssen uns darauf vorbereiten.

Es ist notwendig, dass die Arbeiter, Bauern und Soldaten erkennen, dass sie ohne den Sturz der gegenwärtigen Regierung weder Freiheit noch Land bekommen können!

Es erhebt sich also nicht die Frage der Organisation der Macht, sondern des Sturzes der Macht; wenn wir erst die Macht erobert haben, werden wir sie auch zu organisieren wissen.

Jetzt einige Worte als Antwort an Angarski und Nogin in Verbindung mit ihrem Einwand gegen die sozialistischen Umgestaltungen in Rußland. Schon auf der Aprilkonferenz sprachen wir davon, dass der Augenblick gekommen sei, Schritte in der Richtung zum Sozialismus

einzuleiten (verliert den Schluss der Resolution der .Aprilkonferenz „Über die gegenwärtige Lage“):

„Das Proletariat Rußlands, das in einem der rückständigsten Länder Europas, inmitten einer kleinbäuerlichen Bevölkerungsmasse wirkt, kann sich nicht die sofortige Verwirklichung sozialistischer Umgestaltungen zum Ziel setzen. Es wäre jedoch der größte Fehler, und in der Praxis würde es sogar den vollständigen Übertritt auf die Seite der Bourgeoisie bedeuten, wollte man daraus schließen, dass die Arbeiterklasse die Bourgeoisie unterstützen oder ihre Tätigkeit auf den Rahmen, der für das Kleinbürgertum annehmbar ist, beschränken müsse, oder dass das Proletariat auf seine führende Rolle bei der Aufklärung des Volkes über die Dringlichkeit einer Reihe praktisch bereits herangereifter Schritte zum Sozialismus verzichten solle.“

Die Genossen sind um drei Monate zurückgeblieben. Was hat sich nun in diesen drei Monaten vollzogen? Das Kleinbürgertum hat sich differenziert, die unteren Schichten trennen sich von den oberen, das Proletariat organisiert sich, die Zerrüttung greift um sich und setzt immer nachdrücklicher die Frage der Durchführung der Arbeiterkontrolle auf die Tagesordnung (zum Beispiel in Petrograd, im Donezbecken usw.). Alles dies spricht zugunsten der von uns schon im April angenommenen Thesen. Die Genossen aber wollen uns zurückzerren.

Jetzt zu den Sowjets. Wenn wir unsere frühere Losung von der Macht der Sowjets zurückziehen, so wenden wir uns damit nicht gegen die Sowjets. Im Gegenteil, man kann und soll in den Sowjets arbeiten, sogar im Zentralexekutivkomitee der Sowjets, diesem Organ zur Deckung der Konterrevolution. Zwar sind die Sowjets jetzt lediglich Organe des Zusammenschlusses der Massen, aber wir sind immer mit den Massen und werden so lange in den Sowjets bleiben, bis man uns hinausjagt. Wir bleiben ja auch in den Betriebskomitees und in den Gemeinderäten, obwohl sie nicht die Macht in ihren Händen haben. Wir bleiben in den Sowjets, setzen aber die Entlarvung der Taktik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki fort. Nachdem die Konterrevolution mit aller Deutlichkeit die Verbindung unserer Bourgeoisie mit dem alliierten Kapital aufgedeckt hat, ist es noch offensichtlicher geworden, dass wir uns in unserem revolutionären Kampf auf drei Faktoren stützen müssen: auf das Proletariat Rußlands, auf unsere Bauernschaft und auf das internationale Proletariat, denn das Geschick unserer Revolution ist mit der westeuropäischen Bewegung eng verknüpft.

6. ERWIDERUNG AN PREOBRASHENSKI ZUR FRAGE DES 9. PUNKTES DER RESOLUTION „ABER DIE POLITISCHE LAGE“

3. August

Stalin verliert den 9. Punkt der Resolution:

9. „Es wird dann die Aufgabe dieser revolutionären Klassen sein, alle Kräfte anzuspannen, um die Staatsmacht in die eigenen Hände zu nehmen und sie im Bunde mit dem revolutionären Proletariat der vorgeschrittenen Länder in den Dienst des Friedens und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu stellen.“

Preobrashenski: Ich schlage eine andere Fassung des Schlusssatzes der Resolution vor: „sie in den Dienst des Friedens und beim Vorhandensein einer proletarischen Revolution im Westen - in den Dienst des Sozialismus zu stellen“. Wenn wir die Fassung der Kommission annehmen, so ergibt sich ein Widerspruch zu der bereits angenommenen Resolution Bucharins.

Stalin: Ich bin gegen eine solche Abänderung. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, dass gerade Rußland das Land sein wird, das den Weg zum Sozialismus bahnt. Bisher hat noch kein einziges Land unter Verhältnissen des Krieges eine solche Freiheit genossen wie Rußland, und kein einziges Land hat versucht, die Arbeiterkontrolle über die Produktion durchzuführen. Außerdem ist die Basis unserer Revolution breiter als in Westeuropa, wo das

Proletariat ganz allein der Bourgeoisie ‘von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht. Bei uns dagegen werden die Arbeiter von den ärmsten Schichten der Bauernschaft unterstützt. Schließlich funktioniert der Staatsapparat in Deutschland ungleich besser als der unvollkommene Apparat unserer Bourgeoisie, die ja selber dem europäischen Kapital tributpflichtig ist. Man muss die überlebte Vorstellung fallen lassen, dass nur Europa uns den Weg weisen könne. Es gibt einen dogmatischen Marxismus und einen schöpferischen Marxismus. Ich stehe auf dem Boden des letzteren.

Vorsitzender: Ich lasse über den Abänderungsantrag Preobraschenskis abstimmen. Der Antrag ist abgelehnt?

(Infolge der Kürze und offenkundigen Unzulänglichkeit des „Protokolls des VI. Parteitags der SDAPR(B)“, das zudem zwei Jahre nach dem Parteitag erschienen ist, sah sich die Redaktion bei der Feststellung des Wortlauts der Reden des Genossen Stalin auf dem VI. Parteitag veranlasst, neben dem „Protokoll“ auch die im Juli und August 1917 in den Zeitungen „Rabotschi i Soldat“ Nr. 7 und Nr. 14 sowie „Proletari“ Nr. 3 veröffentlichten offiziellen Berichte über die Reden des Genossen Stalin auf dem Parteitag zu verwenden.)

*Zuerst veröffentlicht in dem Buch:
Protokoll des VI. Parteitags der SDAPR (Bolschewiki).
Verlag „Kommunist“, 1919.*

WAS WOLLEN DIE KAPITALISTEN?

Dieser Tage wurde in Moskau der zweite Allrussische Kongress der Kaufleute und Industriellen eröffnet. Der Kongress wurde mit einer Programmrede des Führers der Nationalisten, des Millionärs Rjabuschinski, eröffnet.

Wovon sprach Rjabuschinski?

Worin besteht das Programm der Kapitalisten?

Das müssen die Arbeiter wissen, besonders jetzt, wo die Kapitalisten über die Macht gebieten und die Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit ihnen als den „lebendigen Kräften“ techtelmechteln.

Denn die Kapitalisten sind geschworene Feinde der Arbeiter; um die Feinde aber besiegen zu können, muss man sie vor allem kennen. Also, was wollen die Kapitalisten?

*

In wessen Händen ist die Macht?

Die Kapitalisten sind keine müßigen Schwätzer. Sie sind Männer der Tat. Sie wissen, dass die Grundfrage der Revolution und Konterrevolution die Frage der Macht ist. Es ist deshalb kein Wunder, dass Rjabuschinski seine Rede mit dieser grundlegenden Frage beginnt.

„Unsere Provisorische Regierung“, sagt er, „die eine Art Scheinmacht darstellte, stand unter dem Druck unbefugter Elemente. Bei uns hatte sich faktisch eine Bande politischer Scharlatane etabliert. Die sowjetischen Pseudoführer des Volkes führten es auf den Weg des Untergangs, und so steht jetzt das ganze Russische Reich am Rande eines gähnenden Abgrunds“ („Rjetsch“).

Dass sich „bei uns faktisch eine Bande politischer Scharlatane etabliert hat“, das ist freilich wahr. Ebenso wahr ist aber auch, dass diese „Scharlatane“ nicht unter den „sowjetischen Führern“, sondern eben unter den Rjabuschinski zu suchen sind, unter den Freunden Rjabuschinskis, die am 2. Juli aus der Provisorischen Regierung austraten, wochenlang um die Ministerportefeuilles feilschten, die sozialrevolutionär-menschewistischen Einfaltspinsel durch die Drohung, der Regierung keinen Kredit zu gehen, unter erpresserischen Druck setzten und schließlich ihr Ziel erreichten, indem sie sie zwangen, nach ihrer Pfeife zu tanzen. Denn sie, diese „Scharlatane“, und nicht die „sowjetischen Führer“ diktierten der Regierung die Verhaftungen und die Terrorüberfälle, die Erschießungen und die Todesstrafe.

Denn sie, diese „Scharlatane“, „drücken“ auf die Regierung und machen aus ihr einen Schutzschirm gegen den Volkszorn.

Denn sie, diese „Scharlatane“, und nicht die „sowjetischen Führer“, die keine Macht besitzen, haben sich in Rußland „jetzt faktisch etabliert“.

Aber nicht darum geht es hier natürlich. Es geht lediglich darum, dass die Sowjets, vor denen die Kapitalisten gestern noch auf dem Bauche krochen und die jetzt zerschlagen sind, noch ein Körnchen Macht behalten haben, und jetzt wollen die Kapitalisten den Sowjets auch diese letzten Krumen wegnehmen, um ihre eigene Macht desto gründlicher zu festigen.

Das ist es, wovon Herr Rjabuschinski vor allem spricht.

Wollen Sie wissen, was die Kapitalisten wollen?

Alle Macht den Kapitalisten - das ist es, was sie wollen.

*

Wer richtet Rußland zugrunde?

Rjabuschinski spricht nicht nur von der Gegenwart. Er ist nicht abgeneigt, „einen Blick auch auf die vergangenen Monate zu werfen“. Und was ergibt sich? „Das Fazit ziehend“, sieht er unter anderem, dass „wir in eine Sackgasse geraten sind, aus der wir nicht heraus können... Die Ernährungsfrage ist endgültig verfahren, das ökonomische und finanzielle Leben Rußlands ist zerrüttet usw.“

Schuld hieran, so erfährt man, sind wieder die gleichen „Genossen“ aus den Sowjets, die „Verschwender“, die „unter Kuratel gestellt werden“ müssen.

„Die russische Erde stöhnt unter den Umarmungen dieser Genossen, solange das Volk sie nicht durchschaut hat; aber sobald es sie durchschaut, wird es sagen: ‚Ihr Volksbetrüger!‘.“

Dass Rußland in eine Sackgasse getrieben ist, dass es eine tiefe Krise durchmacht, dass es am Rande des Untergangs steht - das stimmt natürlich.

Aber ist es nicht seltsam, wenn man bedenkt:

1. In Rußland gab es vor dem Kriege Überfluss an Getreide, wobei wir alljährlich 400 bis 500 Millionen Pud ausführten, jetzt aber, während des Krieges, mangelt es an Getreide, so dass wir Hunger leiden müssen.

2. Rußland hatte vor dem Kriege eine Staatsschuld von 9 Milliarden, wobei für die Zahlung der Zinsen jährlich insgesamt 400 Millionen Rubel erforderlich waren, während nach drei Jahren Krieg die Verschuldung rund 60 Milliarden erreicht und allein für Zinsen alljährlich 3 Milliarden Rubel erforderlich sind.

Ist es nicht klar, dass der Krieg, und nur der Krieg, Rußland in die Sackgasse getrieben hat?

Wer aber hat Rußland auf den Weg des Krieges getrieben, wer treibt es jetzt auf den Weg der Fortsetzung des Krieges, wer anders als wiederum die Rjabuschinski und Konowalow, die Miljukow und Winawer?

„Verschwender“ gibt es in Rußland viele, und sie richten Rußland zugrunde - darüber kann es keinen Zweifel geben. Sie sind jedoch nicht unter den „Genossen“ zu suchen, sondern wiederum unter den Rjabuschinski und Konowalow, unter den Kapitalisten und Bankiers, die bei Kriegslieferungen und Staatsanleihen Millionengewinne einstecken.

Und wenn das russische Volk sie einst durchschaut, so wird es gründlich mit ihnen abrechnen - darauf können sie sich verlassen.

Aber nicht darum geht es hier natürlich. Es geht darum, dass die Kapitalisten nach dem für sie profitablen „Krieg bis zum Ende“ lechzen, auch aber fürchten, die Verantwortung für seine Folgen zu übernehmen, weswegen sie bemüht sind, den „Genossen“ die Schuld in die Schuhe zu schieben, um desto leichter die Revolution in den Wellen des Krieges ertränken zu können. Darauf eben läuft die Rede des Herrn Rjabuschinski hinaus. Wollen Sie wissen, was die Kapitalisten wollen?

Krieg bis zum vollen Sieg über die Revolution - das ist es, was sie wollen.

*

Wer verrät Rußland?

Nachdem Rjabuschinski Rußlands kritische Lage umrissen hat, kommt er auch mit einem „Ausweg aus der Lage“. Aber man höre, was für ein „Ausweg“ das ist:

„Der Staat hat der Bevölkerung weder Brot noch Kohlen noch Textilien gegeben ... Vielleicht wird, damit ein Ausweg aus der Lage gefunden werde, die knöcherne Hand des Hungers, das Volkselend, erforderlich sein, die die falschen Freunde des Volkes, die demokratischen Sowjets und Komitees, an der Gurgel packt.“

Man höre: „Es wird die knöcherne Hand des Hungers, das Volks-elend, erforderlich sein“...

Die Herren Rjabuschinski haben, wie sich zeigt, nicht übel Lust, Rußland „Hunger“ und „Elend“ zu bescheren, um „die demokratischen Sowjets und Komitees“ „an der Gurgel zu packen“.

Sie haben, wie sich zeigt, nicht übel Lust, die Werke und Fabriken stillzulegen, Arbeitslosigkeit und Hungersnot heraufzubeschwören, um einen verführten Kampf des Volkes zu provozieren und desto erfolgreicher mit den Arbeitern und Bauern abzurechnen.

Das sind sie, die nach dem Zeugnis der „Rabotschaja Gaseta“ und des „Djelo Naroda“ die „lebendigen Kräfte“ des Landes sein sollen. Hier stehen die wahren Abtrünnigen, die wahren Verräter Rußlands. In Rußland wird jetzt viel von Verrat geredet. Die ehemaligen Gendarmen und die jetzigen Geheimagenten, die stümperhaften Söldlinge und die übelsten Zuhälter - sie alle schreiben jetzt von Verrat und deuten dabei auf die „demokratischen Sowjets und Komitees“ hin. Mögen die Arbeiter wissen, dass das verlogene Gerede über Verräter nur ein Deckmantel ist, der die wirklichen Verräter des vielgeprüften Rußlands verhüllt!

Wollen Sie wissen, was die Kapitalisten wollen?

Triumph der Interessen ihres Geldsacks, und sei es um den Preis des Untergangs Rußlands - das ist es, was sie wollen.

*„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter uni Soldat) Nr. 13,
6. August 1917.
Leitartikel.*

GEGEN DIE MOSKAUER BERATUNG^[62]

Die Entwicklung der Konterrevolution tritt in ein neues Stadium ein. Von Terrorüberfällen und Demolierungen geht sie zur Befestigung der besetzten Positionen über. Von Orgien und Ausschreitungen - zu den „gesetzlichen Bahnen“ des „konstitutionellen Aufbaus“.

Man kann und muss die Revolution besiegen, sagen die Konterrevolutionäre. Aber das genügt nicht. Man muss außerdem die Billigung dafür erhalten. Dabei muss man es so einrichten, dass die Billigung vom „Volke“, von der „Nation“ selbst gegeben wird, und zwar nicht allein in Petrograd oder an der Front, sondern in ganz Rußland. Dann wird der Sieg von Dauer sein. Dann können die bisherigen Eroberungen als Grundlage für künftige neue Siege der Konterrevolution dienen. Wie aber ist das zu bewerkstelligen?

Man könnte die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, der einzigen Vertreterin des gesamten russischen Volkes, beschleunigen und sie um die Billigung der Politik des Krieges und des Ruins, der Terrorüberfälle und Verhaftungen, der Misshandlungen und Erschießungen ersuchen.

Aber darauf wird sich die Bourgeoisie nicht einlassen. Sie weiß, dass sie bei der Konstituierenden Versammlung, deren Mehrheit die Bauern bilden werden, weder die Anerkennung noch die Billigung der Politik der Konterrevolution durchsetzen wird.

Deswegen will sie die Hinausschiebung der Konstituierenden Versammlung durchsetzen (und hat sie bereits durchgesetzt!). Sie wird sie wahrscheinlich auch noch weiter hinausschieben, um sie schließlich völlig zu vereiteln.

Wo ist da der „Ausweg“?

Der „Ausweg“ liegt darin, an die Stelle der Konstituierenden Versammlung die „Moskauer Beratung“ zu schieben.

Der „Ausweg“ liegt darin, den Willen der bürgerlich-gutsherrlichen Oberschicht als den Willen des Volkes hinzustellen, indem man die Konstituierende Versammlung durch die „Moskauer Beratung“ ersetzt.

Eine Beratung von Kaufleuten und Industriellen, Gutsbesitzern und Bankiers, Mitgliedern der zaristischen Duma und den bereits kirre gemachten Menschewiki und Sozialrevolutionären einzuberufen, um von dieser Beratung, nachdem sie zur „Nationalversammlung“ ausgerufen worden ist, die Billigung der Politik des Imperialismus und der Konterrevolution, der Abwälzung der Kriegsbürden auf die Schultern der Arbeiter und Bauern zu erhalten - darin liegt der „Ausweg“ für die Konterrevolution.

Die Konterrevolution braucht ein eigenes Parlament, ein eigenes Zentrum, und sie ist dabei, es zu schaffen.

Die Konterrevolution braucht das Vertrauen der „öffentlichen Meinung“, und sie ist dabei, es sich zu verschaffen.

Das ist der Kern der Sache.

In dieser Beziehung geht die Konterrevolution den gleichen Weg wie die Revolution. Sie lernt bei der Revolution.

Die Revolution hatte ein eigenes Parlament, ein eigenes wirkliches Zentrum, und sie fühlte sich organisiert.

Jetzt ist die Konterrevolution bemüht, ein eigenes Parlament zu schaffen, und sie schafft es mitten im Herzen Rußlands, in Moskau, mit den Händen - Ironie des Schicksals! - der Sozialrevolutionäre und' Menschewiki.

Und das zu einer Zeit, da das Parlament der Revolution zu einem einfachen Anhängsel der bürgerlich-imperialistischen Konterrevolution herabgewürdigt worden ist, da den Sowjets und Komitees der Arbeiter, Bauern und Soldaten der Krieg auf Leben und Tod erklärt worden ist!

Es ist nicht schwer zu begreifen, dass sich die für den 12. August nach Moskau einberufene Beratung unter solchen Umständen unvermeidlich verwandeln wird in ein Organ der Verschwörung der Konterrevolution gegen die Arbeiter, denen man mit Aussperrungen und

Arbeitslosigkeit droht, gegen die Bauern, denen man den Boden „nicht gibt“, gegen die Soldaten, denen man die in den Tagen der Revolution erkämpfte Freiheit raubt - in ein Organ der Verschwörung, verhüllt durch die „sozialistischen Phrasen“ der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die diese Beratung unterstützen.

Es ist daher die Aufgabe der fortgeschrittenen Arbeiter:

1. der Beratung die Maske einer Volksvertretung herunterzureißen und ihr konterrevolutionäres, volksfeindliches Wesen ans Tageslicht zu bringen;
2. die Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu entlarven, die diese Beratung mit der Flagge der „Rettung der Revolution“ decken und die Völker Rußlands betrügen;
3. Protestkundgebungen der Massen gegen diese konterrevolutionäre Machenschaft der „Retter“ der ... Profite der Gutsbesitzer und Kapitalisten zu organisieren.

Mögen die Feinde der Revolution wissen, dass die Arbeiter sich nicht betrogen lassen, dass sie das Kampfbanner der Revolution nicht aus den Händen geben werden.

*„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter und Soldat) Nr. 14,
8. August 1917.
Leitartikel.*

NOCH EINMAL ÜBER STOCKHOLM^[63]

Der Krieg geht weiter. Drohend und unentwegt rollt sein blutiger Wagen dahin. Aus einem europäischen Krieg verwandelt er sich Schritt für Schritt in einen Weltkrieg und zieht neue und immer neue Staaten in seinen finsternen Bann.

Gleichzeitig sinkt und schwindet die Bedeutung der Stockholmer Konferenz.

Der „Kampf für den Frieden“ und die Taktik des „Drucks“ auf die imperialistischen Regierungen, wie es von den Versöhnern proklamiert wurde, haben sich in „Schall und Rauch“ verwandelt.

Die Versuche der Versöhner, die Beendigung des Krieges zu beschleunigen und die Arbeiterinternationale durch einen Pakt zwischen den „die Mehrheit besitzenden ‚Vaterlandsverteidigern‘“ verschiedener Länder wiederherzustellen, sind völlig gescheitert.

Das Stockholmer Unterfangen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, um das ein dichtes Netz imperialistischer Intrigen gesponnen wird, muss zwangsläufig entweder zu einer ohnmächtigen Parade oder zu einem Spielzeug in den Händen der imperialistischen Regierungen werden.

Heute ist es für alle klar, dass die Europatournee^[64] der Delegierten des Allrussischen Sowjetkongresses und die „sozialistische“ Diplomatie der „Vaterlandsverteidiger“ samt den von ihnen veranstalteten Festessen in Gesellschaft von Vertretern des englisch-französischen Sozialimperialismus kein Weg zur Wiederherstellung der internationalen Brüderlichkeit der Arbeiter sind.

Unsere Partei hatte Recht, als sie sich schon auf der Aprilkonferenz von Stockholm abgrenzte. Die Entwicklung des Krieges und die gesamte Weltlage verschärfen unvermeidlich die Klassengegensätze und führen eine Epoche grandioser sozialer Schlachten herbei.

Hierin und nur hierin müssen die demokratischen Wege zur Liquidierung des Krieges gesucht werden.

Man spricht von einer „Evolution“ in den Ansichten der englischen und französischen Sozialpatrioten, von ihrem Beschluss, nach Stockholm zu reisen usw.

Aber ändert denn das etwas an der Sache? Haben etwa die russischen sowie die deutschen und österreichischen Sozialpatrioten nicht ebenfalls (schon vor den englischen und französischen!) beschlossen, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen? Wer könnte behaupten, dieser ihr Beschluss hätte zur Beschleunigung des Kriegsendes beigetragen?

Hat etwa die Partei Scheidemanns, die sich an der Stockholmer Konferenz beteiligt, aufgehört, ihre Regierung zu unterstützen, die eine Offensive führt und sich Galiziens sowie Rumäniens bemächtigt?

Unterstützen etwa die Parteien Renaudels und Hendersons, die vom „Kampf für den Frieden“ und von Stockholm reden, nicht gleichzeitig ihre Regierungen, die sich Mesopotamiens und Griechenlands bemächtigen?

Welche Bedeutung für die Liquidierung des Krieges kann angesichts dieser Tatsachen ihr Gerede in Stockholm haben?

Biedere Worte über Frieden, mit denen die entschlossene Unterstützung der Kriegs- und Annexionspolitik bemäntelt wird - wem wären diese alten, uralten Methoden imperialistischen Massenbetrugs nicht bekannt?

Man sagt, die Verhältnisse hätten sich jetzt im Vergleich zur Vergangenheit geändert, und deshalb müssten wir auch unsere Einstellung zu Stockholm ändern.

Jawohl, die Verhältnisse haben sich geändert, aber geändert haben sie sich nicht zugunsten Stockholms, sondern ausschließlich zu seinen Ungunsten.

Geändert hat sich vor allem, dass der Krieg aus einem europäischen Krieg zu einem Weltkrieg geworden ist, der die allgemeine Krise aufs äußerste ausgeweitet und vertieft hat.

Deshalb sind die Chancen eines imperialistischen Friedens und der Politik des „Drucks“ auf die Regierungen bis auf das äußerste Minimum gesunken.

Geändert hat sich zweitens, dass Rußland den Weg der Offensive an der Front eingeschlagen und das innere Leben des Landes durch die Drosselung der Freiheiten den Erfordernissen der Offensivpolitik angepasst hat. Denn man muss doch endlich begreifen, dass eine Offensivpolitik mit „maximalen Freiheiten“ unvereinbar ist, dass der Wendepunkt in der Entwicklung unserer Revolution schon im Juni eingetreten ist. Dabei „ist es so gekommen“, dass die Bolschewiki in Gefängnissen „sitzen“, die „Vaterlandsverteidiger“ aber, die zu Verfechtern der Offensive geworden sind, die Rolle der Kerkermeister spielen.

Deshalb ist die Lage der Anhänger des „Kampfes für den Frieden“ unhaltbar geworden, denn wenn man früher vom Frieden reden konnte, ohne fürchten zu müssen, der Lüge überführt zu werden, so klingen heute, nach der Politik der Offensive, die von den „Vaterlandsverteidigern“ unterstützt wird, Worte über Frieden aus dem Munde der „Vaterlandsverteidiger“ wie Hohn.

Was besagt das alles?

Es besagt, dass sich die „kameradschaftlichen“ Gespräche über Frieden in Stockholm und die blutigen Taten an den Fronten als absolut unvereinbar erwiesen haben, dass der Widerspruch zwischen ihnen schreiend und augenscheinlich geworden ist.

Deshalb ist der Zusammenbruch der Stockholmer Konferenz unvermeidlich.

Infolgedessen hat sich auch unsere Stellung zu Stockholm etwas geändert.

Früher entlarvten wir das Stockholmer Unterfangen. Heute lohnt sich's kaum, es zu entlarven, denn es entlarvt sich selbst.

Früher musste man es brandmarken als ein falsches Spiel mit dem Frieden, das die Massen betrügt. Heute lohnt sich's kaum, es zu brandmarken, denn den am Boden Liegenden schlägt man nicht.

Aber hieraus folgt, dass der Weg nach Stockholm nicht der Weg zum Frieden ist.

Der Weg zum Frieden führt an Stockholm vorbei; zum Frieden führt der revolutionäre Kampf der Arbeiter gegen den Imperialismus.

*„Rabotschi i Soldat“
(Arbeiter und Soldat)
Nr. 15, 9. August 1917.
Leitartikel.*

WOHIN FÜHRT DIE MOSKAUER BERATUNG?

Die Flucht aus Petrograd

Die Moskauer Beratung ist eröffnet. Eröffnet wurde sie nicht in Petrograd, nicht im Zentrum der Revolution, sondern möglichst fern von ihm, in der „Moskauer Stille“.

In den Tagen der Revolution wurden wichtige Beratungen gewöhnlich in Petrograd abgehalten, in der Zitadelle der Revolution, die den Zarismus gestürzt hat. Damals hatte man keine Angst vor Petrograd, damals drängte alles zu ihm hin. Jetzt aber ist an die Stelle der Tage der Revolution das trübe Zwielicht der Konterrevolution getreten. Jetzt ist Petrograd gefährlich, jetzt fürchtet man es wie die Pest und ... flieht vor ihm, wie der Teufel vor dem Weihwasser, weit weg, nach Moskau, „wo es nicht so unruhig ist“, wo die Konterrevolutionäre, wie sie meinen, ihre dunklen Geschäfte am leichtesten erledigen können. „Die Beratung wird im Zeichen Moskaus stehen; die Moskauer Ideen, die Moskauer Stimmungen sind von ganz anderer Art als die des verrotteten Petrograds, dieser Eiterbeule, die Rußland vergiftet“ („Wetscherneje Wremja“ vom 11. August).

So reden die Konterrevolutionäre.

Die „Vaterlandsverteidiger“ sind völlig mit ihnen einverstanden.

- Nach Moskau, auf nach Moskau! - flüstern die „Retter des Landes“ einander zu und nehmen aus Petrograd Reißaus.

- Schert euch fort -, antwortet ihnen das revolutionäre Petrograd.

- Wir boykottieren eure Beratung -, rufen ihnen die Petrograder Arbeiter nach.

Und Moskau? Wird es die Hoffnungen der Konterrevolutionäre erfüllen?

Es sieht nicht danach aus. Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über einen Generalstreik in Moskau. Die Moskauer Arbeiter sind in den Streik getreten. Die Arbeiter Moskaus boykottieren die Beratung ebenso wie die Petrograder Arbeiter. Moskau bleibt nicht hinter Petrograd zurück.

Es leben die Moskauer Arbeiter!

Was nun, wieder flüchten?

Aus Petrograd nach Moskau, und aus Moskau - wohin?

Vielleicht nach Zarewokschaik?

Schlecht, sehr schlecht stehen die Aktien der Herren Versailler...

*

Von der Beratung zum „Langen Parlament“^[65]

Als die Herren „Retter“ die Moskauer Beratung vorbereiteten, taten sie so, als beriefen sie eine „einfache Beratung“ ein, die über nichts zu entscheiden hätte und zu nichts verpflichten würde. Allein aus der „einfachen Beratung“ wurde nach und nach eine „Staatsberatung“, dann eine „große Ständeversammlung“, und jetzt spricht man schon ganz eindeutig von einer Umwandlung der Beratung in ein „Langes Parlament“, das über die wichtigsten Fragen unseres Lebens entscheiden soll.

„Rußlands Zukunft scheint in düstere Farben getaucht, falls sich nicht auf der Moskauer Beratung ein Zentrum herauskristallisiert, das das ganze Land vereinigt“, sagt Karaulow, der Ataman der Terekkeosaken. „Ich glaube jedoch, dass ein solches Zentrum geschaffen werden wird ... Und sobald ... sich ein solcher Stützpunkt bildet, wird die Moskauer Beratung nicht nur ein lebensfähiges Organ sein, sondern sie hat dann auch Aussicht auf eine sehr lange und glanzvolle Existenz, etwa wie die des ‚Langen Parlaments‘ zu Cromwells Zeiten. Was mich betrifft, so werde ich als Vertreter der Kosakenschaft die Bildung eines solchen vereinigenden

Zentrums mit allen Mitteln fördern" (Abendausgabe der „Russkije Wjedomosti" vom 11. August).

So spricht der „Vertreter der Kosakenschaft".

Die Moskauer Beratung als „Vereinigungszentrum" der Konterrevolution - das ist Karaulows langer Rede kurzer Sinn.

Dasselbe sagt die Donkosakenschaft in der Instruktion an ihre Vertreter:

„Die Regierung muss von der Moskauer Beratung oder dem Provisorischen Komitee der Reichsduma, und nicht, wie bisher, von irgendeiner Partei gebildet werden. Einer solchen Regierung muss uneingeschränkte Macht und volle Unabhängigkeit gewährt werden."

So spricht der Heeresrat der Donkosakenschaft.

Und wer weiß heute nicht, dass „die Kosaken eine Macht sind"? Hier kann es keinen Zweifel geben: Entweder die Beratung findet nicht statt, oder sie verwandelt sich unvermeidlich in ein „Langes Parlament" der Konterrevolution.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die die Konferenz einberufen haben, erleichterten es der Konterrevolution, ob sie es wollten oder nicht, sich zu organisieren.

Das ist Tatsache.

*

Wer sind sie?

Wer sind sie, die Hauptmacher der Konterrevolution?

Das ist vor allem der Militärklüngel, die Spitze des Offizierkorps, der gewisse Kreise der Kosakenschaft und der Träger des Georg-Kreuzes folgen.

Das ist zweitens unsere industrielle Bourgeoisie mit Rjabuschinski an der Spitze, demselben Rjabuschinski, der dem Volke mit „Hunger" und „Elend" droht, wenn es nicht von seinen Forderungen ablasse.

Das ist schließlich die Miljukowpartei, die die Generale und Industriellen gegen das russische Volk, gegen die Revolution vereinigt.

Die „Vorberatung"^[66] der Generale, Industriellen und Kadetten vom 8.-10. August hat dies zur Genüge gezeigt.

„Der Name des Generals Kornilow ist in aller Munde", schreibt die „Birshowka". Vorherrschend ist auf der Beratung der Einfluss der Vertreter der so genannten Militärpartei, mit General Alexejew an der Spitze, sowie der Delegierten des Kosakenverbandes. Die in der ersten Sitzung gehaltene und von der Beratung mit stürmischer Zustimmung aufgenommene Rede des Generals Alexejew wird in der Moskauer Staatsberatung wiederholt werden" („Wetschernaja Birshowka" vom 11. August).

Das ist dieselbe Rede, die auf Vorschlag Miljukows als besonderes Zugblatt herausgegeben werden soll.

Ferner:

„Erhöhte Beachtung findet General Kaledin. Auf ihn blickt und hört man besonders. Um ihn gruppieren sich alle Militärs" („Wetscherneje Wremja" vom 11. August).

Schließlich kennen alle die Ultimaten der Träger des Georg-Kreuzes und der Kosakenverbände, an deren Spitze die gleichen bereits gestürzten und noch nicht gestürzten Generale stehen.

Dabei kommt man den Ultimaten unverzüglich nach, denn die Militärs lieben kein „leeres Gerede".

Zweifel sind ausgeschlossen: Man ist dabei, eine Militärdiktatur zu errichten und ihr eine feste Form zu verleihen.

Die einheimische und die alliierte Bourgeoisie wird sie „lediglich" finanzieren.

Nicht von ungefähr „findet die Beratung solches Interesse bei Sir Buchanan“ (siehe „Birshowka“), der anscheinend gleichfalls beabsichtigt, nach Moskau zu fahren.

Nicht von ungefähr triumphieren die Knüppelhelden des Herrn Miljukow.

Nicht von ungefähr dünkt sich Rjabuschinski ein Minin - ein „Retter des Landes“ usw.

*

Was wollen sie?

Sie wollen den vollständigen Triumph der Konterrevolution. Man höre sich die Resolution der Vorberatung an.

„In der Armee soll die Disziplin wiederhergestellt werden und die Macht an das Offizierkorps übergehen.“

Mit anderen Worten: Zügelt die Soldaten!

„Eine einheitliche und starke Zentralgewalt soll mit dem System der verantwortungslosen Misswirtschaft der kollegialen Körperschaften Schluss machen.“

Mit anderen Worten: Nieder mit den Sowjets der Arbeiter und Bauern!

Die Regierung soll „entschlossen alle Spuren einer Abhängigkeit von jedweden Komitees, Sowjets und anderen derartigen Organisationen beseitigen“.

Mit anderen Worten: Die Regierung soll nur von den „Sowjets“ der Kosaken und den „Konferenten“ der Träger des Georg-Kreuzes abhängig sein.

In der Resolution wird versichert, nur auf diesem Wege sei die „Rettung Rußlands“ möglich.

Sehr eindeutig, nicht wahr?

Nun, ihr Herren Paktierer, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, seid ihr bereit, einen Pakt mit den Vertretern der „lebendigen Kräfte“ zu schließen?

Oder habt ihr es euch vielleicht anders überlegt?

Unglückselige Paktierer...

*

Die Stimme Moskaus

Indessen tut Moskau seine revolutionäre Pflicht. Die Zeitungen berichten, dass auf den Aufruf der Bolschewiki hin in Moskau der Generalstreik bereits begonnen hat, und zwar gegen den Beschluss des Allrussischen Exekutivkomitees, das sich immer noch im Schlepptau der Volksfeinde befindet.

Schmach und Schande dem Exekutivkomitee!

Es lebe das revolutionäre Proletariat Moskaus!

Möge die Stimme unserer Genossen in Moskau noch mächtiger erklingen, allen Unterdrückten und Geknechteten zur Freude!

Möge ganz Rußland erfahren, dass es auf der Welt noch Menschen gibt, die bereit sind, Leib und Leben für die Sache der Revolution einzusetzen.

Moskau streikt. Es lebe Moskau!

*„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 1,
13. August 1917.
Leitartikel.*

DIE KONTERREVOLUTION UND DIE VÖLKER RUSSLANDS

In den Tagen der Revolution und der demokratischen Umgestaltungen marschierte die Bewegung unter dem Banner der Befreiung.

Befreit wurden die Bauern von der Allmacht der Gutsbesitzer. Befreit wurden die Arbeiter von den Launen der Betriebsdirektoren. Befreit wurden die Soldaten von der Willkür der Generale...

Der Prozess der Befreiung musste zwangsläufig auch die Völker Rußlands erfassen, die der Zarismus jahrhundertlang unterdrückte.

Das Dekret über die „Gleichberechtigung“ der Völker und die faktische Abschaffung der nationalen Beschränkungen, die Kongresse der Ukrainer, der Finnen, der Bjelorussen und die Frage der föderativen Republik, die feierliche Proklamierung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und die offiziellen Zusicherungen, „keine Hindernisse bereiten zu wollen“ - all das zeugte von der großen Befreiungsbewegung der Völker Rußlands.

So war es in den Tagen der Revolution, als die Gutsbesitzer von der Bildfläche verschwunden waren und die imperialistische Bourgeoisie vom Ansturm der Demokratie an die Wand gedrückt war.

Mit der Rückkehr der Gutsbesitzer (Generale!) an die Macht und mit dem Triumph der konterrevolutionären Bourgeoisie ändert sich das Bild völlig.

Die „großen Worte“ über Selbstbestimmung und die feierlichen Zusicherungen, „nicht hinderlich sein zu wollen“, geraten in Vergessenheit. Man bereitet die unglaublichsten Hindernisse, man versteigt sich bis zur direkten Einmischung in das innere Leben der Völker. In Finnland wird der Landtag^[67] aufgelöst, wobei man droht, „über Finnland erforderlichenfalls den Belagerungszustand zu verhängen“ („Wetscherneje Wremja“ vom 9. August). Gegen die Rada und das Sekretariat der Ukraine^[68] wird ein Feldzug eröffnet mit der unverkennbaren Absicht, die Autonomie der Ukraine zu enthaupten. Zugleich werden die alten, verabscheuungswürdigen Methoden der Provozierung nationaler Zusammenstöße und der verbrecherischen Verdächtigung des „Verrats“ wieder aufgegriffen, mit dem Zweck, die konterrevolutionären chauvinistischen Kräfte zu entfesseln und die Idee der nationalen Befreiung als solche in Strömen von Blut zu ertränken, einen Abgrund zwischen den Völkern Rußlands aufzureißen und zum Frohlocken der Feinde der Revolution Feindschaft zwischen ihnen zu säen.

Damit wird dem Werk der Vereinigung dieser Völker zu einer einheitlichen brüderlichen Familie ein tödlicher Schlag versetzt.

Denn es versteht sich von selbst, dass die Politik der nationalen „Schikanen“ die Völker nicht vereint, sondern entzweit und die „separatistischen“ Bestrebungen unter ihnen verstärkt.

Denn es versteht sich von selbst, dass die von der konterrevolutionären Bourgeoisie betriebene Politik der nationalen Knechtung eben jene „Zersetzung“ Rußlands herbeizuführen droht, gegen die die bürgerliche Presse ein so verlogenes und heuchlerisches Geschrei erhebt.

Denn es versteht sich von selbst, dass die Politik der gegenseitigen Aufhetzung der Nationalitäten eben jene verabscheuungswürdige Politik ist, die das gegenseitige Misstrauen und die Feindschaft zwischen den Völkern verstärkt, dadurch die Kräfte des Proletariats ganz Rußlands spaltet und so die Revolution in ihren Grundlagen unterwühlt.

Eben deshalb sind alle unsere Sympathien auf der Seite der nicht-vollberechtigten und unterdrückten Völker, die natürlich gegen diese Politik kämpfen.

Eben deshalb richten wir die Spitze unseres Schwertes gegen diejenigen, die unter dem Deckmantel der „Selbstbestimmung“ des Volkes eine Politik der imperialistischen Annexionen und der gewaltsamen „Vereinigung“ betreiben.

Wir sind durchaus nicht gegen die Vereinigung der Völker zu einem staatlichen Ganzen. Wir sind durchaus nicht für die Aufspaltung großer Staaten in kleine. Denn es versteht sich von

selbst, dass die Vereinigung kleiner Staaten zu großen eine der Bedingungen ist, die die Verwirklichung des Sozialismus erleichtern.

Aber wir sind unbedingt dafür, dass diese Vereinigung eine freiwillige ist, denn nur eine solche Vereinigung ist echt und von Dauer.

Aber dazu ist vor allem eine volle und bedingungslose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Rußlands bis zu ihrer Lostrennung von Rußland notwendig.

Ferner ist notwendig, dass diese bloß in Worten ausgesprochene Anerkennung durch die Tat bekräftigt wird, indem man die Völker jetzt sofort ihre Territorien und die Formen ihres politischen Aufbaus in eigenen konstituierenden Versammlungen bestimmen lässt.

Nur eine solche Politik vermag das Vertrauen und die Freundschaft der Völker zu festigen.

Nur eine solche Politik vermag einer echten Vereinigung der Völker den Weg zu ebnet.

Zweifellos sind die Völker Rußlands nicht unfehlbar, sie können bei der Gestaltung ihres Eigenlebens diese oder jene Fehler begehen. Es ist die Pflicht der russischen Marxisten, sie, und vor allem ihre Proletarier, auf diese Fehler hinzuweisen und sich durch Kritik und Überzeugung um die Korrigierung dieser Fehler zu bemühen. Niemand aber hat das Recht, sich gewaltsam in das innere Leben der Nationen einzumischen und ihre Fehler mit Gewalt „zu korrigieren“. Die Nationen haben Machtvollkommenheit in Angelegenheiten ihres inneren Lebens und das Recht, sich nach ihrem eigenen Willen einzurichten.

Das sind die grundlegenden Forderungen der Völker Rußlands, die von der Revolution proklamiert wurden und jetzt von der Konterrevolution mit Füßen getreten werden.

Die Verwirklichung dieser Forderungen ist undenkbar, solange die Konterrevolution am Ruder steht.

Der Triumph der Revolution - das ist der einzige Weg zur Befreiung der Völker Rußlands vom nationalen Joch.

Hieraus kann nur ein einziger Schluss gezogen werden: Die Frage der Befreiung von der nationalen Unterdrückung ist eine Frage der Macht. Die Wurzeln der nationalen Unterdrückung liegen in der Herrschaft der Gutsbesitzer und der imperialistischen Bourgeoisie. Die Macht in die Linde des Proletariats und der revolutionären Bauern legen - das eben heißt die volle Befreiung der Völker Rußlands vom nationalen Joch durchsetzen.

Entweder werden die Völker Rußlands den revolutionären Kampf der Arbeiter um die Macht unterstützen, und dann werden sie die Befreiung erlangen, oder sie werden ihn nicht unterstützen, und dann werden sie ihre Befreiung ebenso wenig zu sehen bekommen wie ihre eigenen Ohren.

*„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 1,
13. August 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

ZWEI WEGE

Das Hauptproblem der gegenwärtigen Lage ist die Frage des Krieges. Die ökonomische Zerrüttung und das Ernährungswesen, die Frage des Bodens und die politische Freiheit - alles dies sind Teilfragen der einen allgemeinen Frage des Krieges.

Wodurch ist die Zerrüttung des Ernährungswesens hervorgerufen worden?

Durch den langwierigen Krieg, der das Verkehrswesen desorganisiert hat und die Stadt ohne Brot lässt.

Wodurch ist die Zerrüttung des Finanzwesens und der Wirtschaft hervorgerufen worden?

Durch den nicht enden wollenden Krieg, der Rußland alle Kräfte und Mittel ausgesaugt hat.

Wodurch sind die Repressalien an der Front und im Hinterland hervorgerufen worden?

Durch den Krieg und die Offensivpolitik, die eine „eiserne Disziplin“ fordert.

Wodurch ist der Triumph der bürgerlichen Konterrevolution hervorgerufen worden?

Durch den ganzen Gang des Krieges, der neue Milliarden fordert, wobei die einheimische Bourgeoisie, unterstützt von der alliierten Bourgeoisie, den Kredit verweigert, solange die wichtigsten Errungenschaften der Revolution nicht liquidiert sind.

Und so weiter und dergleichen mehr.

Infolgedessen würde die Lösung der Frage des Krieges eben auch die Beilegung aller und jeglicher „Krisen“, die jetzt dem Lande die Gurgel zuschnüren, bedeuten.

Aber wie kann das geschehen?

Rußland stehen zwei Wege offen.

Entweder Fortsetzung des Krieges und weitere „Offensive“ an der Front, und das bedeutet unvermeidlich die Übergabe der Macht an die konterrevolutionäre Bourgeoisie, damit durch innere und äußere Anleihen Geld beschafft werden kann.

Das Land „retten“ bedeutet in diesem Fall, die Kriegskosten im Interesse der russischen und der alliierten Haie des Imperialismus auf die Arbeiter und Bauern (indirekte Steuern!) abzuwälzen.

Oder Übergang der Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern, Bekanntgabe demokratischer Friedensbedingungen und Einstellung des Krieges, damit durch die Weiterentwicklung der Revolution der Boden den Bauern übergeben, die Arbeiterkontrolle in der Industrie eingeführt und die zerfallende Volkswirtschaft auf Kosten der Gewinne der Kapitalisten und Gutsbesitzer in Ordnung gebracht werden kann.

Das Land retten bedeutet in diesem Fall, die Arbeiter und Bauern zum Schaden der Haie des Imperialismus von den finanziellen Bürden des Krieges zu befreien.

Der erste Weg führt zur Diktatur der Gutsbesitzer und Kapitalisten über die Werktätigen, zur schwersten Besteuerung des Landes, zum allmählichen Ausverkauf Rußlands an ausländische Kapitalisten (Konzessionen!) und zur Verwandlung Rußlands in eine Kolonie Englands, Amerikas, Frankreichs.

Der zweite Weg eröffnet die Ära der Arbeiterrevolution im Westen, zerreißt die Rußland umstrickenden Finanzfesseln, bringt die Grundfesten der bürgerlichen Herrschaft ins Wanken und macht die Bahn frei für die wirkliche Befreiung Rußlands.

Das sind die beiden Wege, die die Interessen der beiden einander entgegengesetzten Klassen zum Ausdruck bringen - der imperialistischen Bourgeoisie und des sozialistischen Proletariats. Einen dritten Weg gibt es nicht.

Diese beiden Wege miteinander zu versöhnen ist ebenso unmöglich, wie es unmöglich ist, den Imperialismus und den Sozialismus zu versöhnen.

Die Politik des Paktierens (der Koalition) mit der Bourgeoisie ist zu unvermeidlichen Scheitern verurteilt.

„Eine Koalition auf der Grundlage einer demokratischen Plattform das ist der Ausweg“, schreiben aus Anlass der Moskauer Beratung die Herren „Vaterlandsverteidiger“ („Iswestija“^[69])

Das ist nicht wahr, ihr Herren Paktierer!

Dreimal habt ihr eine Koalition mit der Bourgeoisie zuwege gebracht, und jedes Mal seid ihr in eine neue „Krise der Macht“ hineingeraten. Weshalb?

Weil eine Koalition mit der Bourgeoisie ein falscher Weg ist, weil sie die Eiterbeulen der gegenwärtigen Situation verhüllt.

Weil eine Koalition entweder leerer Schall oder aber ein Mittel in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist, ihre Macht mit den Händen der „Sozialisten“ zu festigen.

Ist denn die jetzige Koalitionsregierung nicht nach ihrem Versuch, sich zwischen die beiden Lager zu setzen, auf die Seite des Imperialismus übergegangen?

Wozu wurde die „Moskauer Beratung“ einberufen, wenn nicht zu dem Zweck, nach Festigung der Positionen der Konterrevolution für diesen Schritt die Billigung (und den Kredit!) der „Mächtigen dieser Erde“ zu erhalten?

Worauf läuft die Rede Kerenskis auf der „Beratung“ hinaus, in der er zu „Opfern“ und zur „Selbstbeschränkung der Klassen“ aufrief, natürlich im Interesse des „Vaterlandes“ und des „Krieges“, wenn nicht auf die Festigung des Imperialismus?

Und Prokopowitschs Erklärung, dass die Regierung „keine Einmischung der Arbeiter in die Leitung der Betriebe (Arbeiterkontrolle!) zulassen wird“?

Und die Erklärung des gleichen Ministers, dass „die Regierung keinerlei radikale Reformen auf dem Gebiet der Bodenfrage vornehmen wird“?

Und Nekrassows Erklärung, dass „die Regierung sich nicht auf eine Konfiskation des Privateigentums einlassen wird“?

Was ist das anderes als direkter Dienst an der Sache der imperialistischen Bourgeoisie?

Ist es nicht klar, dass die Koalition lediglich eine Maske ist, genehm und vorteilhaft für die Miljukow und Rjabuschinski?

Ist es nicht klar, dass der Weg des Paktierens und Lavierens zwischen Allen Klassen ein Weg der Irreführung und des Betrugs der Massen ist?

Nein, ihr Herren Paktierer! Der Augenblick ist gekommen, wo es keine Schwankungen und Pakte mehr geben darf. In Moskau spricht man bereits eindeutig von einer „Verschwörung“ der Konterrevolutionäre. Die bürgerliche Presse versucht es mit der erprobten Methode der Erpressung, indem sie Gerüchte über eine „Preisgabe Rigas“^[70] verbreitet. In einem solchen Augenblick gilt es, seine Wahl zu treffen.

Entweder für das Proletariat, oder gegen das Proletariat.

Das Petrograder und das Moskauer Proletariat boykottiert die „Beratung“ und weist damit den Weg zur wirklichen Rettung der Revolution. Beachtet seine Stimme, oder geht aus dem Wege.

„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 2,
15. August 1917.
Leitartikel.

DAS FAZIT DER MOSKAUER BERATUNG

Die Moskauer Beratung ist beendet.

Nach dem „heftigen Zusammenprall der beiden entgegengesetzten Lager“, nach der „blutigen Schlacht“ zwischen den Miljukow und Zereteli, nachdem der „Kampf“ zu Ende ist und die Verwundeten geborgen sind - dürfte wohl die Frage erlaubt sein: Wie ist die Moskauer „Schlacht“ ausgegangen, wer hat gewonnen und wer hat verloren?

Die Kadetten sind zufrieden und reiben sich die Hände. „Die Partei der Volksfreiheit kann stolz darauf sein“, sagen sie, „dass ihre Losungen als ... Losungen des ganzen Volkes ... anerkannt worden sind“ („Rjetsch“).

Auch die „Vaterlandsverteidiger“ sind zufrieden, denn sie reden von einem „Triumph der Demokratie“ (lies: der „Vaterlandsverteidiger“!) und versichern, dass „die Demokratie aus der Moskauer Beratung gefestigt hervorgeht“ („Iswestija“).

„Der Bolschewismus muss vernichtet werden“, sagt Miljukow auf der Beratung unter dem Beifallssturm der Vertreter der „lebendigen Kräfte“.

Wir sind schon dabei, erwidert Zereteli, denn gegen den Bolschewismus „ist schon ein Ausnahmegesetz durchgebracht worden“. Zudem ist „die Revolution“ (lies: die Konterrevolution!) „im Kampfe gegen die linke Gefahr noch unerfahren“ - lasst uns erst Erfahrungen sammeln.

Und die Kadetten pflichten dem bei, dass es besser ist, den Bolschewismus allmählich zu vernichten als mit einem Male, und zwar nicht direkt, nicht mit eigenen, sondern mit fremden Händen, den Händen derselben „Sozialisten“, der „Vaterlandsverteidiger“.

Man muss „die Komitees und die Sowjets abschaffen“, sagt General Kaledin unter dem Beifall der Vertreter der „lebendigen Kräfte“.

Sehr richtig, erwidert ihm Zereteli, aber es ist noch verfrüht, denn „man darf dieses Gerüst nicht entfernen, wenn der Bau der freien Revolution“ (lies: Konterrevolution!) „noch nicht vollendet ist“. Lasst uns erst den Bau „vollenden“, dann werden auch die Sowjets samt den Komitees verschwinden!

Und die Kadetten pflichten dem bei, dass es besser ist, die Komitees und die Sowjets zu einfachen Anhängseln des imperialistischen Mechanismus zu degradieren, als sie mit einem Male zu vernichten.

Das Ergebnis ist „allgemeiner Jubel“ und „Genugtuung“.

Nicht umsonst schreiben die Zeitungen, dass „zwischen den sozialistischen Ministern und den Ministern der Kadettenpartei jetzt weit größere Eintracht als vor der Beratung herrscht“ („Nowaja Shisn“).

Ihr fragt, wer gewonnen hat?

Gewonnen haben die Kapitalisten, denn die Regierung hat sich auf der Beratung verpflichtet, „keine Einmischung der Arbeiter in die Leitung der Betriebe (Kontrolle!) zuzulassen“.

Gewonnen haben die Gutsbesitzer, denn die Regierung hat sich auf der Beratung verpflichtet, „keinerlei radikale Reformen auf dem Gebiet der Bodenfrage vorzunehmen“.

Gewonnen haben die konterrevolutionären Generale, denn die Todesstrafe ist auf der Moskauer Beratung gebilligt worden.

Ihr fragt, wer gewonnen hat?

Gewonnen hat die Konterrevolution, denn sie hat sich im gesamt-russischen Maßstabe organisiert, indem sie alle „lebendigen Kräfte“ des Landes vom Schlage der Rjabuschinski und Miljukow, der Zereteli und Dan, der Alexejew und Kaledin um sich geschart hat.

Gewonnen hat die Konterrevolution, denn sie hat jetzt die so genannte „revolutionäre Demokratie“, die ihr als bequeme Deckung gegen den Ausbruch des Volkszorns dient, in ihre Verfügungsgewalt bekommen.

Jetzt sind die Konterrevolutionäre nicht mehr allein. Jetzt arbeitet die gesamte „revolutionäre Demokratie“ für sie. Jetzt steht ihnen die „öffentliche Meinung“ des „russischen Landes“ zur Verfügung, die die Herren „Vaterlandsverteidiger“ „unentwegt“ bearbeiten werden.

Krönung der Konterrevolution - das ist das Resultat der Moskauer Beratung.

Die „Vaterlandsverteidiger“, die jetzt vom „Triumph der Demokratie“ faseln, ahnen gar nicht, dass man sie einfach zu Lakaien der triumphierenden Konterrevolutionäre gemacht hat.

Das und nur das ist der politische Sinn der „ehrlichen Koalition“, von der Herr Zereteli „flehentlich“ sprach und gegen die die Herren Miljukow nichts einzuwenden haben.

Eine „Koalition“ der „Vaterlandsverteidiger“ mit den „lebendigen Kräften“ der imperialistischen Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat und die arme Bauernschaft - das ist das Fazit der Moskauer Beratung.

Ob sich die „Vaterlandsverteidiger“ lange dieser konterrevolutionären „Koalition“ werden erfreuen können, das wird die nächste Zukunft zeigen.

*„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 4,
17. August 1917.
Leitartikel.*

DIE WAHRHEIT ÜBER UNSERE NIEDERLAGE AN DER FRONT

Nachstehend bringen wir Auszüge aus zwei Artikeln über die Ursachen der Juliniederlage unserer Truppen an der Front, die einen dokumentarischen Charakter tragen.

Beide Artikel, sowohl der von Arseni Meritsch (im „Djelo Naroda“) als auch der von W. Borissow (im „Nowoje Wremja“^[71]), stellen einen Versuch dar, eine objektive Untersuchung der Ursachen der Juliniederlage zu geben, ohne sich dabei der billigen Beschuldigungen zu bedienen, die von nichtswürdigen Elementen gegen die Bolschewiki in Umlauf gebracht werden.

Umso wertvoller sind deshalb ihre Eingeständnisse und Erklärungen.

A. Meritsch befasst sich in seinem Artikel hauptsächlich mit denen, die die Schuld an der Niederlage tragen. Die Schuldigen sind, wie man erfährt, „ehemalige Polizisten und Gendarmen“, vor allem aber irgend jemand, der in irgendwessen und „irgendwelchen Automobilen“ im Raume der Tarnopol und Tschernowizy verteidigenden Armee umhergefahren sei und den Soldaten den Rückzug befohlen habe. Leider verschweigt der Verfasser, was das für Automobile gewesen sind und wie es geschehen konnte, dass die Kommandeure diese offensichtliche Provokation zugelassen haben. Aber er spricht klar und eindeutig von einem „provozierten Rückzug“, von einem „Verrat, der sich nach einem im voraus durchdachten, ausgearbeiteten Plan abgespielt hat“, sowie davon, dass eine Untersuchung im Gange sei und „das Geheimnis sich bald enthüllen“ werde.

Und die Bolschewiki? Und der „Verrat des Bolschewismus“? Davon ist in dem Artikel von A. Meritsch keine Zeile, kein Wort zu finden!

Noch interessanter ist der Artikel von W. Borissow im „Nowoje Wremja“. Hier ist weniger von den Schuldigen als von den „Ursachen der Niederlage die Rede.

Der Verfasser erklärt direkt, dass er „den Bolschewismus von der summarischen Anklage, er trage die Schuld an unserer Niederlage, frei spricht“, es handle sich hier nicht um den Bolschewismus, sondern um „tiefere Ursachen“, die klargestellt und beseitigt werden müssen. Doch was sind das für Ursachen? Vor allem der Umstand, dass angesichts unserer „unerfahrenen Generale“, angesichts der mangelhaften „Ausrüstung“ unserer Truppen und der Unorganisiertheit der Soldaten die Taktik der Offensive für uns unbrauchbar ist. Des weiteren die Einmischung „dilettantischer“ (unerfahrener) Elemente, die seit langem auf einer Offensive bestanden und sie im Juni auch durchgesetzt haben. Schließlich die allzu große Bereitwilligkeit der Regierung, ohne Rücksicht auf die tatsächliche Lage an der Front den Ratschlägen der Alliierten, wonach eine Offensive notwendig sei, nachzukommen.

Kurzum: „Wir“ waren zur Offensive in keiner Hinsicht vorbereitet, wodurch diese zu einem blutigen Abenteuer wurde.

Das heißt, es wird alles das bestätigt, wovon die Bolschewiki und die „Prawda“ wiederholt gewarnt haben und weswegen sie von jedem, der nur Lust dazu hatte, mit Schmähungen überhäuft wurden.

So reden heute Leute, die noch gestern uns die Schuld an der Niederlage zuschrieben.

Wir sind weit davon entfernt, uns mit den strategischen und anderen Enthüllungen und Erwägungen des „Nowoje Wremja“ zufrieden zu geben, das es jetzt für notwendig hält, „die Bolschewiki von der summarischen Anklage, sie trügen die Schuld an unserer Niederlage, freizusprechen“.

Genau so sind wir weit davon entfernt, die Mitteilung von A. Meritsch als erschöpfend zu betrachten.

Wir können jedoch nicht umhin festzustellen: Wenn es selbst die Ministerzeitung „Djelo Naroda“ nicht mehr für möglich hält, Schweigen darüber zu bewahren, wer in Wahrheit die Schuld an der Niederlage trägt, wenn es sogar (sogar!) das Suworinsche „Nowoje Wremja“, das gestern noch den Bolschewiki die Schuld an der Niederlage zuschrieb, heute für

notwendig hält, „die Bolschewiki von dieser Anklage freizusprechen“, so bezeugt dies, dass die Sonne schließlich alles an den Tag bringt, dass die Wahrheit über die Niederlage schon zu stark in die Augen springt, als dass man sie noch verschweigen könnte, dass die von den Soldaten selbst ans Licht gebrachte Wahrheit über die Schuld an der Niederlage jeden Augenblick den Anklägern selber ins Gesicht schlagen kann, dass man sich mit weiterem Schweigen selbst ins Unglück bringt...

Es liegt auf der Hand, dass die von den Feinden der Revolution - vom Schläge der Herrschaften vom „Nowoje Wremja“ - zusammengebraute und von den „Freunden“ der Revolution - vom Schläge der Herrschaften vom „Djelo Naroda“ - unterstützte Beschuldigung, die Bolschewiki seien an der Niederlage schuld, unwiderruflich zusammengebrochen ist.

Deshalb und nur deshalb haben sich diese Herrschaften jetzt entschlossen, von denen zu reden, die in Wahrheit die Schuld an der Niederlage tragen.

Erinnern diese Herrschaften nicht sehr stark an jene schlaunen Ratten, die als erste das Schiff verlassen, das dem Untergang geweiht ist? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich nun hieraus?

Man erzählt uns von einer Untersuchung der Niederlage an der Front, man beteuert, dass „das Geheimnis sich bald enthüllen“ werde. Wer bürgt uns aber dafür, dass die Ergebnisse der Untersuchung nicht zu den Akten gelegt werden, dass die Untersuchung objektiv geführt wird und dass man die Schuldigen nach Gebühr bestrafen wird?

Unser erster Vorschlag ist daher: durchzusetzen, dass Vertreter der Soldaten selbst an der Untersuchungskommission teilnehmen.

Nur durch diese Teilnahme kann die wirkliche Ermittlung der an dem „provozierten Rückzug“ Schuldigen gesichert werden!

Das ist die erste Schlussfolgerung.

Man erzählt uns von den Ursachen der Niederlage und warnt vor einer Wiederholung der alten „Fehler“. Wer bürgt uns aber dafür, dass die „Fehler“ tatsächlich Fehler sind und kein „im voraus durchdachter Plan“? Wer kann dafür bürgen, dass, nachdem die Preisgabe Tarnopols „provoziert“ wurde, nicht auch die Preisgabe Rigas und Petrograds „provoziert“ wird, um das Prestige der Revolution zu untergraben und sodann auf ihren Trümmern die verhasste alte Ordnung wiederaufzurichten?

Unser zweiter Vorschlag ist daher: Vertreter der Soldaten selbst mit der Kontrolle der Tätigkeit ihrer Vorgesetzten zu betrauen und alle Verdächtigen unverzüglich abzusetzen.

Nur eine derartige Kontrolle kann die Revolution vor verbrecherischen Provokationen großen Maßstabs sichern.

Das ist die zweite Schlussfolgerung.

*„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 5,
18. August 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

ÜBER DIE URSACHEN DER JULINIEDERLAGE AN DER FRONT

Die böartigen Verleumdungen gegen den Bolschewismus, dem in Rausch und Bogen die Schuld an der Niederlage an der Front zugeschrieben wurde, sind allen noch in Erinnerung. Die bürgerliche Presse und das „Djelo Naroda“, die Provokateure von der „Birshowka“ und die „Rabotschaja Gaseta“, die früheren Zarenknechte vorn „Nowoje Wremja“ und die „Iswestija“ - sie alle beschworen wie aus einem Munde Donner und Blitz auf die Bolschewiki hernieder, die, wie sie verkündeten, an der Niederlage schuld wären.

Jetzt stellt sich heraus, dass die Schuldigen nicht in den Reihen der Bolschewiki, sondern in den Reihen derjenigen gesucht werden müssen, die „geheimnisvolle Automobile“ losließen, um zum Rückzug aufzufordern und unter den Soldaten Panik hervorzurufen (siehe „Djelo Naroda“ vorn 16. August).

Was für „Automobile“ das sind und wo die Kommandeure waren, die das Umherfahren dieser geheimnisvollen Automobile zuließen - darüber schweigt sich der Korrespondent des „Djelo Naroda“ leider aus.

Jetzt stellt sich heraus, dass die Ursache der Niederlage nicht im Bolschewismus gesucht werden muss, sondern in „tieferen Ursachen“, dass nämlich die Taktik der Offensive für uns unbrauchbar ist, dass wir für die Offensive nicht vorbereitet waren, dass wir „unerfahrene Generale haben“ usw. (siehe „Nowoje Wremja“ vom 15. August).

Mögen die Arbeiter und Soldaten die erwähnten Nummern des „Djelo Naroda“ und des „Nowoje Wremja“ lesen und wieder lesen, mögen sie lesen und sich davon überzeugen,

1. wie sehr die Bolschewiki recht hatten, als sie schon Ende Mai vor einer Offensive an der Front warnten (siehe die Nummern der „Prawda“);
2. wie verbrecherisch die Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre handelten, die für die Offensive agitierten und Anfang Juni, auf dem Sowjetkongress, den gegen die Offensive gerichteten Antrag der Bolschewiki zu Fall brachten;
3. dass die Verantwortung für die Juliniederlage vor allem auf die Köpfe der Miljukow und Maklakow, der Schulgin und Rodsjanko fällt, die im Namen der Reichsduma eine „unverzügliche Offensive“ an der Front schon Anfang Juni „verlangten“.

Hier sind Auszüge aus den erwähnten Artikeln.

1. Auszüge aus einem Bericht Arseni Meritschs („Djelo Naroda“ vom 16. August) :

„Weshalb? Weshalb brach dieses Unglück fast gleichzeitig von zwei Seiten über uns herein - bei Tarnopol und bei Tschernowizy? Weshalb ließen die dort stehenden Regimenter plötzlich den Mut sinken? Was war passiert? Worin lag die Ursache für diesen plötzlichen Stimmungsumschwung?“

Offiziere und Soldaten antworten bereitwillig. Die Antworten stimmen fast Wort für Wort überein, und jede einzelne ergänzt das grausige Bild durch eine prägnante Einzelheit...

Als Haupturheber der Panik, des Zurückflutens aus den vordersten Linien betrachten die Frontsoldaten die ehemaligen Polizisten und Gendarmen. Gehen sie organisiert vor?

- Schwer zu sagen -, antwortet ein intelligenter Fähnrich bäuerlicher Herkunft, in der Partei der Sozialrevolutionäre organisiert, Mitglied des örtlichen Exekutivkomitees des Sowjets der Soldaten - und Arbeiterdeputierten. - Aber in jedem einzelnen Fall konnte festgestellt werden, dass es nur frühere ‚Büttel‘ waren, die Panik säten, unsinnige Nachrichten über die Nähe, über die zahlenmäßige Stärke des Feindes verbreiteten und behaupteten, in ein, zwei Stunden werde man Giftgas gegen uns abblasen ... Viele von uns sind der Auffassung, dass die ehemaligen Polizisten und Gendarmen nicht einmal bewusste Verräter, sondern einfach ‚Drückeberger‘, einfach Feiglinge sind. Die nicht fassbaren Spione und Provokateure mit ihrer feinen Witterung aber finden in ihnen treue Helfershelfer...

Folgendermaßen ist nach den Berichten urteilsfähiger Leute mit guter Beobachtungsgabe der schändliche Rückzug unserer Truppen vor sich gegangen...

Sie marschieren kompanieweise, auf breiter Straße..., mit kleinen Abständen zwischen den Kompanien...

Und plötzlich - wirbeln Staubwolken auf ... Vorn gibt es eine Stockung, die niemand zu erklären weiß... die Kompanien machen halt, man steht herum und redet... Alles reckt die Hälse, um zu sehen, was da vorn los ist und was die heranziehenden Staubsäulen bedeuten. Da sausen mit Geheue Automobile heran und man hört Rufe: ‚Zurück... zurück... die Österreicher.‘ Wer da ruft, wer in den Automobilen sitzt, ist nicht zu sehen, so rasch rasen sie vorbei. Manchmal erkennt man mit knapper Not eine Feldbluse oder irgendwelche Schulterstücke, manchmal aber ist überhaupt nichts zu unterscheiden... Und fertig ist der Rummel - noch weiß niemand richtig, wo die Österreicher sind, wer da warnt, aber schon drängt alles zurück... Man ist noch nicht zur Besinnung gekommen, da zeigt sich schon wieder ein Automobil. Abermals Rufe: ‚Die Österreicher!!! die Österreicher!!! Die Stellungen... sind geräumt... Giftgas. Schneller, schneller... zurück... zurück...‘

Es war eine Panik, die, einer blitzartig um sich greifenden Seuche gleich, alle erfasste... Ein Verrat, der sich wie am Schnürchen abspielte, durchgeführt mit erstaunlicher Gewandtheit, offenbar nach einem im voraus durchdachten, ausgearbeiteten Plan ... Wir zählten etwa zwanzig derartige Automobile ohne Nummern... Sieben wurden gestellt, und natürlich saßen in ihnen ganz fremde Leute, die mit unseren Regimentern überhaupt nichts zu tun hatten ... Etwa achtzehn aber entschlüpfen. Die von dein Geschrei und dem Zurückweichen der vorderen Reihen ganz verwirrten Kompanien kehrten um und liefen davon... Die Österreicher zogen in die leere Stadt ein, sie zogen in einen leeren Vorort ein und gingen wie auf einem Sonntagsspaziergang immer weiter, drangen immer tiefer - und niemand hinderte sie...

An eine andere Gruppe treten ein paar vor kurzem aus Tarnopol eingetroffene Soldaten heran, zwei oder drei von ihnen mit Universitätsabzeichen. Und alle fügen Einzelheiten hinzu, die das Bild des provozierten Rückzugs ergänzen. Gauner, Spione, Verräter waren die Helden des Rückzugs ... Wer sind sie? Hierauf wird die nahe Zukunft Antwort geben. Wo mögen die anderen stecken, die man bisher nicht zu stellen und aufzuspüren vermochte? Unter welcher Flagge treiben sie ihr Handwerk? Mit welchen Losungen decken sie jetzt ihr verbrecherisches Treiben? Die Männer, die den Schrecken des Tarnopoler Rückzugs mit eigenen Augen gesehen haben, die Frontsoldaten, glauben, dass das Geheimnis bald für alle gelüftet sein wird und dass mit der Enthüllung des schmachvollen Geheimnisses auch das Schandmal von der Armee genommen werden wird, die bei Tarnopol operierte und das Opfer eines niederträchtigen Verrats und Betrugs geworden ist.“

2. Auszüge aus einem Artikel Borissows „Der Bolschewismus und unsere Niederlage“ („Nowoje Wremja“ vom 15. August) :

„Wir wollen den Bolschewismus von der summarischen Anklage, er trage die Schuld an unserer Niederlage, freisprechen. Wir wollen die wirklichen Ursachen unserer Niederlage klarstellen, da wir nur dann imstande sein werden, eine Wiederholung unseres Unglücks zu vermeiden. Es gibt für die Kriegskunst nichts Verderblicheres, als die Ursache eines militärischen Unglücks nicht dort zu suchen, wo sie verborgen liegt. Die Juliniederlage rührt nicht vom Bolschewismus allein her, sie war eine Folge komplizierterer Ursachen, sonst würde das enorme Ausmaß der Niederlage eine gewaltige, außerordentliche Tragweite der Ideen des Bolschewismus in unserer Armee beweisen, die sie natürlich nicht haben und nicht haben können. Wahrscheinlich sind die Bolschewiki über die weittragenden Folgen ihrer Propaganda selbst verblüfft. Doch man könnte annehmen, das Unglück der russischen Armee sei jetzt vorbei, wenn es sich nur um die Bolschewiki handelte. Leider ist das Wesen der Niederlage viel komplizierter: Militärspezialisten sahen sie schon vor dem Beginn der Offensive vom 18. Juni voraus; die am 18. Juni erschienenen ‚enthusiastischen‘ Verlautbarungen über die ‚revolutionären‘ Regimenter, die ‚roten‘ Fahnen und dergleichen mehr bargen eine tödliche Gefahr.

Als im Hauptquartier die operativen Telegramme über die angeblich glänzenden Tagesresultate des 18. Juni einliefen, waren wir uns darüber klar, dass eigentlich nichts Glänzendes zu verzeichnen war, hatten wir doch lediglich Stellungen eingenommen, die der Feind beim jetzigen Kampf opfern muss, um sich den Sieg zu sichern, und wir sagten: ‚Wir werden von Glück sprechen können, wenn die Deutschen nicht mit einem Gegenschlag antworten.‘ Aber der Gegenschlag kam, und die russische Armee verwandelte sich, ähnlich der französischen im Jahre 1815, mit einemmal in einen Haufen von Panik erfasster Menschen. Es ist klar, dass die Katastrophe nicht allein vom Bolschewismus herrührte, sondern von etwas, was tief drin steckt im Organismus der Armee, was das Oberkommando nicht zu erkennen und zu begreifen vermochte. Eben diese im Vergleich zum Bolschewismus wichtigere Ursache unserer Niederlage wollen wir festhalten, soweit dies in einem Zeitungsartikel möglich ist, denn die Zeit drängt.

Der deutsche ‚Militarismus‘ hat die kriegswissenschaftliche Formel geprägt:

‚Der Angriff ist die stärkste Form der Operationen.‘ Die deutsche Formel hat sich von Beginn des Krieges an (die gewaltigen Niederlagen Samsonows und Rennenkamps) als für uns untauglich erwiesen: für unerfahrene Generale und unerfahrene Soldaten ist nur die Verteidigung mit gesicherten Flanken möglich. Entsprechend dem natürlichen Ausfall im Kriege verschlechterte sich die Zusammensetzung sowohl der Generalität und des Offizierkorps als auch der Mannschaften, und die Verteidigung wurde für uns zur vorteilhaftesten Operationsform. Nimmt man die Entwicklung des Stellungskrieges und die schreienden Mängel in der Ausrüstung hinzu, so braucht man kein Bolschewik zu sein, es genügt vielmehr, die Natur der Dinge zu verstehen, um vor einer ‚Offensive‘ auf der Hut zu sein! Die Zeitung ‚Narodnoje Slowo‘ schreibt, nach B. W. Sawinkows Worten beginne die Soldatenmasse unter dem Einfluss der bolschewistischen Agitation zu glauben, ein Deserteur sei kein Vaterlandsverräter, sondern ein Anhänger des ‚internationalen Sozialismus‘. Jeder alte Offizier, der unser Soldatenmaterial besser kennt, als die ‚Komitees‘ es kennen, wird sagen: Wer so denkt, der schätzt unsere glorreichen und durchaus vernünftigen Mannschaften allzu gering ein. Die Mannschaften besitzen einen durchaus gesunden Menschenverstand; sie haben einen vollständigen und eindeutigen Begriff vom Staat; sie wissen sehr wohl, dass ein General und ein Offizier gleichfalls Soldaten sind, und verlachen die (sinnlose) Neuerung, die Bezeichnung Gemeiner durch die allgemeine Bezeichnung Soldat zu ersetzen, was diesen Ehrennamen herabsetzt, denn heute besteht auch eine in der tiefsten Etappe sitzende Militärschneiderei aus ‚Soldaten‘. Sie begreifen durchaus, dass ein ‚Deserteur‘ ein Deserteur ist, das heißt ein verabscheuungswürdiger Fahnenflüchtiger. Und wenn diese vernünftigen Männer unserer Armee die von den Bolschewiki propagierte Idee der ‚Ablehnung der Offensive‘ zu verwirklichen begannen, so geschah das einzig und allein, weil diese Idee sich logisch aus der Natur der Dinge, aus unseren gesamten Kriegserfahrungen ergab. Es ist ein Unterschied, ob man zu einem Engländer oder einem Franzosen von einer Offensive, einem Vorstoß spricht oder ob man zu einem Russen davon spricht. Jene sitzen in vorzüglichen, mit allem Komfort ausgestatteten Unterständen und warten ab, bis ihre mächtige Artillerie alles hinwegfegt, und erst dann geht ihre Infanterie zum Angriff vor. Wir dagegen führten den Schlag immer und überall mit der Menschenmasse, wir vernichteten gänzlich unsere besten Regimenter. Wo ist unsere Garde, wo sind unsere Schützen? Ein Regiment, das zwei- oder dreimal aufgerieben und ebenso oft wiederaufgefüllt worden ist, und wäre es selbst mit besseren Elementen, als das in Wirklichkeit geschieht, würde schwerlich den ‚Angriff für die stärkste Form der Operationen‘ halten, besonders wenn wir hinzufügen, dass die Ergebnisse diese riesigen Verluste nicht rechtfertigen. Von diesen Erfahrungen ausgehend, hat das frühere Oberkommando sich lediglich für den äußersten Fall zu Offensiven bereit erklärt; so wurde im Mai 1916 Brussilow eine Offensive in Galizien gestattet. Durch ihre schwachen Ergebnisse hat diese Offensive lediglich die aus der Erfahrung gewonnenen Schlussfolgerungen bestätigt. Es ist durchaus möglich, dass unter dem früheren

Oberkommando die ‚Offensive‘ ausschließlich als eine den Kampfgeist hebende Idee in den Direktiven existiert hätte, aber sie wäre bis auf den heutigen Tag nicht realisiert worden. Plötzlich jedoch geschah etwas, was außerhalb der Kriegskunst liegt, der ‚Dilettantismus‘ übernahm die Führung, und so kam allgemein das Geschrei von einer ‚Offensive‘ auf, die angeblich äußerst notwendig sei. Alles begann an Dinge zu glauben, die eine gesunde Kriegstheorie verwirft - nämlich an besondere ‚revolutionäre‘ Bataillone, ‚Todes‘bataillone, ‚Stoß‘bataillone, ohne zu begreifen, dass wir es hierbei durchweg mit einem ausgesprochenen Rohmaterial zu tun haben und dass den Regimentern außerdem vielleicht die begeistertsten Männer entzogen werden, so dass die Verbände sich dann schon vollends in ‚Gesindel und Ersatz‘ verwandeln. Man wird uns sagen, die Alliierten haben eine ‚Offensive‘ gefordert, sie haben uns ‚Verräter‘ genannt. Wir haben eine zu hohe Meinung von dem begabten und arbeitsamen französischen Generalstab, als dass wir glauben könnten, seine Meinung fiele mit der so genannten öffentlichen Meinung der Dilettanten in der Kriegskunst zusammen. Natürlich ist bei einer Kriegssituation, wo der Gegner sich im Zentrum befindet, während wir mit unseren Verbündeten die Peripherie halten, jeder von uns gegen den Feind geführte Schlag, selbst wenn er uns gewaltige und dem Ergebnis durchaus nicht entsprechende Menschenverluste kostet, für unsere Verbündeten stets vorteilhaft, denn er zieht feindliche Kräfte von ihnen ab. Das ergibt sich nun einmal aus der Natur der Dinge und nicht etwa aus der Hartherzigkeit der Alliierten. Hier muss man eben vernünftig, mit Maßgefühl, herangehen und darf sich nicht darauf einlassen, dass das eigene Volle hingeschlachtet wird, bloß weil der Alliierte das verlangt. Die Kriegskunst lässt keinerlei Phantastereien zu. Und wer sich ihnen hingibt, der wird von ihr sofort bestraft. Darüber wacht der Gegner, der über einen gut eingearbeiteten Generalstab verfügt.“

*„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 5,
18. August 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

WER IST ALSO AN DER NIEDERLAGE AN DER FRONT SCHULD?

Jeder Tag wird jetzt für die Beantwortung dieser Frage neues Material liefern. Und jeder Tag wird von neuem den Beweis bringen, wie niederträchtig, wie gemein diejenigen handelten, die die Verantwortung für die Juliniederlage an der Front auf die Bolschewiki abwälzen wollten. In Nummer 147 der „Iswestija“, des offiziellen Organs der Sowjets, ist ein Artikel erschienen: „Die Wahrheit über das Mlynower Regiment.“ Dies ist ein Dokument von erstrangiger politischer Bedeutung.

Am 7. Juli, unter dem Dröhnen der Ereignisse in Petrograd, erscheint in der Presse für alle unerwartet ein Telegramm des Hauptquartiers, worin bekannt gegeben wird, das 607. Mlynower Regiment habe „eigenmächtig die Schützengräben verlassen“, was den Deutschen die Möglichkeit gegeben habe, in unser Gebiet einzubrechen, und das ganze Unglück sei „in bedeutendem Maße durch den Einfluss der Agitation der Bolschewiki zu erklären...“ Auf die ohnehin verleumdete Bolschewiki hagelten nun Beschuldigungen über Beschuldigungen nieder. Der Hass gegen die Bolschewiki kennt keine Grenzen. Tagaus, tagein gießt die gesamte „patriotische“ Presse Öl ins Feuer. Die Verleumdung schießt immer üppiger ins Kraut.

So war es noch vor ganz kurzer Zeit.

Und was erfahren wir jetzt?

Es stellt sich heraus, dass schon die erste, ausschlaggebende Meldung des Hauptquartiers, die als Ausgangspunkt für die ganze Verleumdungskampagne diente, von Anfang bis Ende erlogen war. Das Regimentskomitee des 607. Mlynower Regiments wendet sich jetzt an die Verleumder mit einer Erklärung, in der es heißt:

„...Haben Sie am 6. Juli im Gefecht gestanden?

Ist Ihnen bekannt, dass das Regiment mit 798 Soldaten und 54 Offizieren eine Linie von zweieinhalb Werst verteidigte? Ist Ihnen bekannt, dass nur 12 Offiziere und 114 Soldaten am Leben geblieben, die übrigen aber fürs Vaterland gefallen sind (75 Prozent Verluste)?

Ist Ihnen bekannt, dass das 607. Regiment sieben Stunden lang in einem beispiellosen, höllischen Trommelfeuer lag und dass es trotz des Befehls, um 8 Uhr 30 auf die Stützpunkte zurückzugehen, sich bis 11 Uhr (von 3 Uhr 30 früh an) zu halten vermochte?

Ist Ihnen denn bekannt, in was für Schützengräben wir saßen, welche technischen Abwehrmittel uns zur Verfügung standen? ...“

Doch nicht genug damit. Die „Iswestija“ führen Dokumente über die offizielle Untersuchung an, die die Unterschriften der Generalmajore Goschoft und Gawrilow sowie des stellvertretenden Stabschefs Kolesnikow und anderer tragen. Und in diesen Dokumenten lesen wir:

„Wie das Ergebnis der Untersuchung zeigt... können das 607. Mlynower Regiment sowie die ganze 6. Grenadierdivision des Verrats und des eigenmächtigen Verlassens der Stellungen nicht beschuldigt werden. Die Division ist am 6. Juli kämpfend verblutet ... Im feindlichen Artilleriefeuer aus über 200 Geschützen ist die Division, die nur 16 Geschütze hatte, aufgerieben worden.“

Und - kein Wort von böswilliger bolschewistischer Agitation. So sehen die Tatsachen aus.

Sogar die „Iswestija“, die stets bereit sind, aus jedem Anlass über die Bolschewiki herzufallen, schreiben dazu:

„Gewiss trägt nicht die revolutionäre Ordnung der Armee die Schuld an der Niederlage. Aber die Verleumdungen gegen diese Ordnung ermöglichten es, die ganze Verantwortung für die Niederlage auf die bolschewistische Propaganda abzuwälzen, und auf die sie begünstigenden Komitees.“

So, so, werte Herrschaften von den „Iswestija“! Ihr selbst aber - die Frage sei uns gestattet -, habt ihr nicht das gleiche getan? Habt ihr etwa nicht selbst, gleich dem ganzen

Schwarzhunderterpack, gemeine Verleumdungen und infame Denunziationen gegen die Bolschewiki veröffentlicht?

Habt ihr etwa nicht selbst geschrien: Kreuzigt ihn, kreuzigt den Bolschewik, er ist an allem schuld?...

Doch höre man weiter:

„Und diese“ (im Hauptquartier fabrizierte) „Verleumdung ist kein Zufall, sie ist System!“ fahren die offiziellen „Iswestija“ fort. *„Ganz genau so wurde auch in amtlichen Meldungen des Hauptquartiers vom Verrat des Gardekorps gesprochen ... Wir aber waren Zeugen, wie unfähige konterrevolutionäre Generale die Verantwortung für ihre Unfähigkeit, die Tausende von Menschenleben kostete, auf die Armeeorganisationen abwälzen wollten ... So war es im Kleinen am Stochod, und so wird es jetzt im Großen wiederholt ... Denn die konterrevolutionären Stäbe konnten auf Grund ihrer verleumderischen Meldungen die Auflösung von Regimentern, die Abschaffung der Komitees fordern. Auf Grund von Verleumdungen konnten sie Hunderte von Menschen erschießen, die leer gewordenen Gefängnisse wieder füllen. Durch die Vernichtung der revolutionären Organisationen in der Armee konnten sie die Armee wieder zu ihrem Werkzeug machen, um sie gegen die Revolution ins Feld zu führen.“*

Also so weit haben wir's gebracht! Selbst unsere abgefeimten Gegner von den „Iswestija“ müssen zugeben, dass die konterrevolutionären Generale auf Grund von Verleumdungen die leeren Gefängnisse wieder gefüllt haben. Mit wem haben sie denn die Gefängnisse gefüllt, werte Herrschaften? Mit Bolschewiki, mit Internationalisten! Und ihr, werte Herrschaften von den „Iswestija“, was habt ihr getan, als man die Gefängnisse mit unseren Genossen füllte? Ihr rief uns im Chor mit den konterrevolutionären Generalen nach: „Fasst sie, fasst sie!“ Im Bunde mit den schlimmsten Feinden der Revolution habt ihr alte Revolutionäre, die in jahrzehntelangem, aufopferungsvollem Kampf ihre Ergebenheit für die Sache der Revolution bewiesen haben, ans Kreuz geschlagen. Im Bunde mit den Kaledin, Alexinski, Karinski, Perewerew, Miljukow und Burzew habt ihr die Bolschewiki in die Gefängnisse geworfen und ruhig zugesehen, wie man die Verleumdung verbreitete, dass „die Bolschewiki deutsches Geld bekommen haben!“...

In einer Anwandlung von Offenherzigkeit fahren die „Iswestija“ fort:

„Gewiss, sie“ (das heißt die konterrevolutionären Generale) *„wussten, dass die Lügenmeldungen, ein Regiment nach dem anderen verlasse seine Stellungen, in allen Truppenteilen Ungewissheit hervorriefen, ob sie auch von den Nachbarn und vom Hinterland unterstützt werden würden, ob ihre Nachbarn die Front nicht bereits verlassen hätten und ob sie nicht einfach in die Hände des Feindes fallen würden, wenn sie auf ihrem Platze blieben.“*

Sie wussten dies alles, allein der Hass gegen die Revolution blendete sie.

Und da ist es ganz natürlich, dass die Regimenter ihre Stellungen verließen dass die Regimenter auf diejenigen hörten, die ihnen das rieten, und dass sie in Versammlungen beratschlagten, ob ein Befehl durchgeführt werden solle oder nicht. Die Panik wuchs. Die Armee verwandelte sich in eine wild gewordene Herde ... Und dann begann die Abrechnung. Die Soldaten wussten, inwieweit sie und inwieweit die Offiziere schuld hatten. Sie protestieren täglich in Hunderten von Briefen: Man hat uns unter dem Zaren verraten und verkauft, man hat uns auch jetzt verraten und verkauft und man bestraft uns noch dafür!“ („Iswestija“ Nr. 147.)

Begreifen die „Iswestija“, was sie mit diesen Worten zugegeben haben? Begreifen sie, dass diese Worte eine vollständige Rechtfertigung der Taktik der Bolschewiki und eine restlose Verurteilung der ganzen Position der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bedeuten?

Wie! Ihr selbst gebt zu, dass die Soldaten jetzt ebenso verraten und verkauft werden wie unter dem Zaren, ihr selbst gebt zu, dass an den Soldaten ein frevelhaftes Blutgericht verübt wird - und ihr selbst billigt noch dieses Blutgericht (ihr stimmt ja für die Todesstrafe), gebt ihm euren Segen, unterstützt es? Mit welchem Namen sollen solche Leute gebrandmarkt werden?!

Wie! Ihr selbst gebt zu, dass die Generale, von denen das Leben Hunderttausender unserer Soldaten abhängt, sich bei ihren Handlungen vom Hass gegen die Revolution leiten lassen. Und ihr selbst gebt noch Millionen Soldaten in die Hände dieser Generale, ihr selbst gebt noch euren Segen zur Offensive und ihr selbst verbrüderet euch noch auf der Moskauer Beratung mit diesen Generalen?!

Dadurch aber brecht ihr selbst den Stab über euch, ihr Herren! Könnt ihr überhaupt noch tiefer sinken?

Wir haben die Zeugenaussagen der Herrschaften von den „Iswestija“ vernommen. Und wir fragen: Wenn das Hauptquartier, nach Aussage der „Iswestija“, das Mlynower Regiment verleumdet hat, wenn es ein unsauberes Spiel am Stochod zugelassen hat, wenn es sich nicht von den Erwägungen der Verteidigung des Vaterlandes, sondern von den Erwägungen des Kampfes gegen die Revolution leiten lässt - wenn das alles zutrifft, welche Garantien haben wir dann dafür, dass auch die jetzigen Nachrichten über die Ereignisse an der rumänischen Front nicht entstellt sind? Welche Garantien haben wir dafür, dass die Reaktion nicht vorsätzlich und bewusst an der Front eine Niederlage nach der anderen einfädelt?

*Broschüre „Wer ist an der Niederlage an der Front schuld?“
Verlag „Priboi“, Petersburg 1917.*

DIE AMERIKANISCHEN MILLIARDEN

Die Ergebnisse der Moskauer Beratung zeichnen sich immer deutlicher ab.

Die „Russkije Wjedomosti“^[72] (Abendausgabe vom 17. August) melden:

„Gestern fand eine Sitzung des ZK der Partei der Volksfreiheit statt. Das Referat hielt Miljukow, der den Mitgliedern des ZK vorschlug, ihre Meinung über die Ergebnisse der Moskauer Beratung auszutauschen. Die Redner sprachen sich einmütig zugunsten des Koalitionsprinzips aus. Die Mehrheit der Sitzungsteilnehmer stimmte darin überein, dass die Moskauer Beratung das Maximum dessen gegeben habe, was man von ihr erwarten konnte.“

Die Partei des Herrn Miljukow ist also zufrieden. Sie ist für die Koalition.

„Die Moskauer Beratung“, schreiben die „Vaterlandsverteidiger“, „war ein Sieg der Demokratie“ (das heißt der „Vaterlandsverteidiger“?), „die es verstanden hat, in dieser tragischen Stunde als die wahre staaterhaltende Kraft aufzutreten, um die sich alles (!) zusammengeschlossen hat, was es in Rußland an lebendigen Kräften gibt“ („Iswestija“ Nr. 146).

Augenscheinlich ist auch die Partei der „Vaterlandsverteidiger“ zufrieden. Jedenfalls gibt sie sich den Anschein, als sei sie es, denn auch sie ist für die Koalition.

Nun, und die Regierung? Wie schätzt diese die Moskauer Beratung ein?

Laut den „Iswestija“ (Nr. 146) ist „der allgemeine Eindruck der Mitglieder der Provisorischen Regierung“ folgender:

„Die Beratung war im wahren Sinne des Wortes eine Staatsberatung. Im Allgemeinen wurde sowohl die innen- als auch die außenpolitische Linie der Regierung gutgeheißen. Gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung wurden keine Einwände erhoben. Im Grunde genommen hat es auch keine Angriffe auf die Politik der Regierung in der Bodenfrage gegeben.“

Mit einem Wort, die Regierung ist ebenfalls mit der Beratung zufrieden, denn auch sie ist, wie sich herausstellt, für die Koalition.

Die Sache ist klar. Eine Koalition von drei Kräften - Regierung, Kadetten und „Vaterlandsverteidigern“ - ist im Entstehen begriffen.

Die „ehrliche Koalition“ unter der Firma Kerenski-Miljukow-Zereteli kann bis auf weiteres als gesichert gelten.

Das ist das erste Ergebnis der Moskauer Beratung.

Kein Unternehmen kann unter kapitalistischen Verhältnissen ohne Kapital auskommen. Die nunmehr zustande gekommene Koalition, an deren Spitze die Regierung steht, ist das größte Unternehmen in Rußland. Ohne entsprechende Kapitalien kann es keine Stunde, keine Minute lang existieren, besonders jetzt im Krieg, der unermessliche Mittel fordert. Es fragt sich nun:

Von was für Kapitalien gedenkt die neue (völlig neue!) Koalition zu leben?

Man höre die „Birshowka“ (Abendausgabe vom 17. August):

„Das unmittelbare Ergebnis der Moskauer Beratung, und insbesondere der Sympathie, die die Amerikaner dieser Beratung entgegenbrachten, ist, wie uns mitgeteilt wird, die Möglichkeit, eine Fünf-Milliarden-Staatsanleihe auf dem Auslandsmarkt aufzunehmen. Die Anleihe wird auf dem amerikanischen Markt realisiert werden. Dank dieser Anleihe wird das kleine Finanzprogramm der Provisorischen Regierung durchgeführt werden können.“

Die Antwort ist klar. Die Koalition wird von den amerikanischen Milliarden leben, für die dann die russischen Arbeiter und Bauern werden schuften müssen.

Die amerikanische imperialistische Bourgeoisie, als der Geldgeber einer Koalition der russischen imperialistischen Bourgeoisie (Miljukow!), der Militärs (Kerenski!) und der kleinbürgerlichen Oberschicht, die den „lebendigen Kräften“ Rußlands Lakaiendienste leistet (Zereteli!) - da ist das Bild der gegenwärtigen Lage.

Die „Sympathien“ des amerikanischen Kapitals für die Moskauer Beratung, bekräftigt durch eine Fünf-Milliarden-Anleihe - ist es nicht gerade das, was die Herrschaften erreichen wollten, die die Beratung einberufen haben?

Einstmals pflegte man in Rußland zu sagen, das Licht des Sozialismus komme vom Westen. Und das stimmte. Denn dort im Westen lernten wir die Revolution und den Sozialismus.

Mit der einsetzenden revolutionären Bewegung in Rußland hat sich die Lage etwas geändert. Im Jahre 1906, als sich die Revolution in Rußland noch entwickelte, half der Westen der zaristischen Reaktion wieder auf die Beine, indem er ihr zwei Milliarden Rubel lieh. Und der Zarismus kräftigte sich damals tatsächlich um den Preis einer neuen finanziellen Knechtung Rußlands durch den Westen.

Aus diesem Anlass sagte man damals, dass der Westen nicht nur den Sozialismus nach Rußland importiere, sondern - in Gestalt von Milliarden - auch die Reaktion.

Gegenwärtig offenbart sich uns ein noch viel krasser Bild. In einem Augenblick, wo die russische Revolution alle Kräfte anspannt, um ihre Errungenschaften zu behaupten, während der Imperialismus sie zur Strecke zu bringen sucht, versorgt das amerikanische Kapital die Koalition Kerenski-Miljukow-Zereteli mit Milliarden, um durch die Niederwerfung der russischen Revolution der im Westen anschwellenden revolutionären Bewegung das Wasser abzugraben.

So liegen die Dinge.

Es ist doch unbestreitbar: Der Westen bringt nicht so sehr Sozialismus und Befreiung nach Rußland als vielmehr Versklavung und Konterrevolution.

Doch eine Koalition ist ein Bündnis. Gegen wen richtet sich nun das Bündnis Kerenski-Miljukow-Zereteli?

Augenscheinlich gegen diejenigen, die nicht an der Moskauer Beratung teilnahmen, die diese Beratung boykottierten, die gegen die Beratung kämpften, das heißt gegen die revolutionären Arbeiter Rußlands.

Eine „ehrliche Koalition“ Kerenski-Miljukow-Zereteli, finanziert von amerikanischen Kapitalisten, gerichtet gegen die revolutionären Arbeiter Rußlands - ist es so, ihr Herren „Vaterlandsverteidiger“?

Wir wollen es uns merken.

„Proletari“ (*Der Proletarier*) Nr. 6,
19. August 1917.
Leitartikel.

HEUTE SIND WAHLEN

Heute finden die Wahlen zur Petrograder Stadtduma statt. Ihr Ausgang hängt von euch ab, Genossen Arbeiter und Genossen Soldaten. Es sind allgemeine und gleiche Wahlen. Die Stimme eines jeden Soldaten, eines jeden Arbeiters, einer jeden Arbeiterin gilt ebensoviel wie die eines Kapitalisten, eines Hausbesitzers, eines Professors oder eines Beamten. Auf euch und auf euch allein, Genossen, fällt die Schuld, wenn ihr von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen versteht.

Ihr habt es verstanden, auf den Straßen gegen die zaristischen Polizeibüttel zu kämpfen - versteht es auch jetzt, für eure Interessen zu kämpfen, indem ihr eure Stimme für unsere Partei abgibt.

Ihr habt es verstanden, eure Rechte gegen die Konterrevolution zu behaupten - versteht es auch jetzt, ihr bei den heutigen Wahlen das Vertrauen zu verweigern!

Ihr habt es verstanden, den Verrätern der Revolution die Maske herunterzureißen - versteht es auch jetzt, ihnen zuzurufen: „Hände weg!“

Vor euch tritt vor allem die Partei Miljukows, die Partei der Volksfreiheit, auf. Diese Partei verteidigt die Interessen der Gutsbesitzer und der Kapitalisten. Diese Partei ist gegen die Arbeiter, Bauern und Soldaten, denn sie ist gegen die Arbeiterkontrolle in der Industrie, gegen die Übergabe der Ländereien der Gutsbesitzer an die Bauern, für die Todesstrafe gegen Soldaten an der Front. Sie, die Partei der Kadetten, war es, die schon Anfang Juni die sofortige Offensive an der Front verlangte, die unser Land hunderttausende Menschenleben gekostet hat. Sie, die Partei der Kadetten, war es, die den Triumph der Konterrevolution, die Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiter, Soldaten und Matrosen anstrebte und schließlich durchgesetzt hat. Für die Partei Miljukows stimmen heißt an sich selbst, an seiner Frau und seinen Kindern, an seinen Brüdern im Hinterland und an der Front Verrat üben.

Genossen! Keine einzige Stimme für die Partei der Volksfreiheit!

Vor euch treten ferner die „Vaterlandsverteidiger“, die Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, auf. Diese Parteien verteidigen die Interessen der begüterten kleineren Unternehmer in Stadt und Land. Darum finden sie sich jedes Mal, wenn der Klassenkampf einen entscheidenden Charakter annimmt, in ein und demselben Lager mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten gegen die Arbeiter, Bauern und Soldaten. So war es in den Julitagen, als die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre im Bunde mit der Bourgeoisie die Arbeiter und Soldaten entwaffneten und über sie herfielen. So war es in den Tagen der Moskauer Beratung, als diese Parteien im Bunde mit der Bourgeoisie die Gewaltmaßnahmen und die Todesstrafe gegen Arbeiter und Frontsoldaten bestätigten.

Wenn die Konterrevolution einen Sieg errungen hat, so unter anderem deshalb, weil die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki ihr halfen, die Revolution zu drosseln, indem sie einen Pakt mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten schlossen.

Wenn die Konterrevolution jetzt erstarkt, so unter anderem deshalb, weil die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki sie gegen den Volkszorn decken, indem sie unter der Flagge der Revolution ihre Gebote ausführen.

Für diese Parteien stimmen heißt für das Bündnis mit der Konterrevolution gegen die Arbeiter und armen Bauern stimmen.

Für diese Parteien stimmen heißt für die Billigung der Verhaftungen im Hinterland und der Todesstrafe an der Front stimmen.

Genossen! Keine einzige Stimme für die „Vaterlandsverteidiger“, die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre!

Vor euch tritt schließlich die Gruppe der „Nowaja Shisn“, Liste 12, auf. Diese Gruppe bringt die Stimmungen entwurzelter Intellektueller die jede Beziehung zum Leben und zur Bewegung verloren haben, zum Ausdruck. Deshalb pendelt sie dauernd hin und her zwischen

Revolution und Konterrevolution, zwischen Krieg und Frieden, zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Gutsherren und Bauern.

Einerseits ist sie für die Arbeiter, andererseits will sie auch mit den Kapitalisten nicht brechen - deshalb rückt sie so schmähslich von der Julidemonstration der Arbeiter und Soldaten ab.

Einerseits ist sie für die Bauern, andererseits möchte sie auch mit den Gutsbesitzern nicht brechen - deshalb ist sie gegen die sofortige Übergabe des gutsherrlichen Bodens an die Bauern und tritt dafür ein, die Konstituierende Versammlung abzuwarten, deren Einberufung vielleicht auf immer verschoben worden ist.

In Worten ist die Gruppe der „Nowaja Shisn“ für den Frieden, in der Tat aber ist sie gegen den Frieden, denn sie fordert auf zur Unterstützung der „Freiheitsanleihe“, die den imperialistischen Krieg verlängern soll.

Wer aber die „Freiheitsanleihe“ unterstützt, der trägt dazu bei, den Krieg in die Länge zu ziehen, der hilft den Imperialisten, der kämpft in der Tat gegen den Internationalismus.

In Worten ist die Gruppe der „Nowaja Shisn“ gegen Repressalien und Gefängnisse, in der Tat ist sie aber für Repressalien und Gefängnisse, denn sie ist ein Bündnis mit den „Vaterlandsverteidigern“ eingegangen, die sich sowohl für die Repressalien als auch für die Gefängnisse einsetzen.

Wer aber ein Bündnis mit den „Vaterlandsverteidigern“ eingeht, der hilft der Konterrevolution, der kämpft in der Tat gegen die Revolution!

Lernt es, Genossen, die Menschen an ihren Taten und nicht an ihren Worten zu erkennen!

Lernt es, die Parteien und Gruppen nach ihren Handlungen und nicht nach ihren Verheißungen zu beurteilen.

Wenn die Gruppe der „Nowaja Shisn“ vorschlägt, für den Frieden zu kämpfen, gleichzeitig aber dazu auffordert, die „Freiheitsanleihe“ zu unterstützen, so wisset, dass dies Wasser auf die Mühle der Imperialisten ist.

Wenn die Gruppe der „Nowaja Shisn“ manchmal mit den Bolschewiki liebäugelt, gleichzeitig aber die „Vaterlandsverteidiger“ unterstützt, so wisset, dass dies Wasser auf die Mühle der Konterrevolution ist.

Für diese zwiespältige Gruppe stimmen, für die Liste 12 stimmen heißt in den Dienst der „Vaterlandsverteidiger“ treten, die ihrerseits der Konterrevolution dienen.

Genossen! Keine einzige Stimme für die Gruppe der „Nowaja Shisn“!

Unsere Partei ist die Partei der Arbeiter in Stadt und Land, die Partei der armen Bauern, die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Alle bürgerlichen Parteien, alle bürgerlichen Zeitungen, alle schwankenden Gruppen, alle Gruppen, die nichts Halbes und nichts Ganzes sind, hassen und verleumden unsere Partei.

Aus welchen Gründen?

Aus folgenden Gründen:

Nur unsere Partei ist für den revolutionären Kampf gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Nur unsere Partei ist für den sofortigen Übergang der Ländereien der Gutsbesitzer in die Hände der Bauernkomitees.

Nur unsere Partei setzt sich gegen alle Kapitalisten für die Arbeiterkontrolle in der Industrie ein.

Nur unsere Partei setzt sich gegen die Spekulanten und Marodeure für die demokratische Organisation des Austauschs zwischen Stadt und Land ein.

Nur unsere Partei ist für die völlige Liquidierung der Konterrevolution im Hinterland und an der Front.

Nur unsere Partei verteidigt ohne Schwanken die revolutionären Organisationen der Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Nur unsere Partei kämpft entschlossen und revolutionär für den Frieden und für die Brüderlichkeit der Völker.

Nur unsere Partei kämpft entschlossen und ohne Schwanken für die Eroberung der Macht durch die Arbeiter und die bäuerliche Armut.

Nur unsere Partei und nur sie ist nicht mit der Schande befleckt, die Todesstrafe an der Front unterstützt zu haben.

Das sind die Gründe, weshalb die Bourgeois und die Gutsherren unsere Partei so hassen.

Das sind die Gründe, weshalb ihr heute für unsere Partei stimmen müsst.

Arbeiter, Soldaten, Arbeiterinnen!

Stimmt für unsere Partei, für die Liste 6!

*„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 7,
20. August 1917.
Leitartikel.*

EINE WELLE VON PROVOKATIONEN

Die Provokation ist ein erprobtes Mittel der Konterrevolution.

Das Junigemetzel des Jahres 1848, die Preisgabe von Paris im Jahre 1871, Provokationen im Hinterland und an der Front zwecks Bekämpfung der Revolution - wem wären diese heimtückischen Methoden der Bourgeoisie nicht bekannt?

Doch nirgends in der Welt hat sich die Bourgeoisie dieses vergifteten Mittels so frech und schrankenlos bedient wie bei uns in Rußland.

Hat Rjabuschinski nicht vor kurzem offen und vor dem ganzen Volk gedroht, die Bourgeoisie werde es nicht verabsäumen, äußerstenfalls die „knöchernen Hand des Hungers und des Elends“ zu Hilfe zu rufen, um die Arbeiter und Bauern klein zukriegen?

Und ist die Bourgeoisie nicht bereits von Worten zur Tat übergegangen, hat sie nicht die Stilllegung von Werken und Fabriken durchgesetzt und dadurch Zehntausende von Arbeitern auf die Straße geworfen?

Wer erdreistet sich zu sagen, dies sei Zufall und kein Plan, darauf berechnet, ein Gemetzel zu provozieren und die Revolution in Blut zu ertränken?

Aber die Hauptsphäre der Provokation ist nicht das Hinterland, sondern die Front.

Schon im März sprach man von einem Plan gewisser Generale, Riga preiszugeben, was ihnen nur kraft „von ihnen nicht abhängender Umstände“ misslang.

Im Juli dieses Jahres räumten die russischen Truppen Tarnopol und Tschernowizy. Die Soldschreiber der bürgerlichen Presse schrieben die Schuld hierfür einstimmig den Soldaten und unserer Partei zu. Und dann? Dann stellt sich heraus, dass „der Rückzug provoziert war“, dass „sich der Verrat wie am Schnürchen abspielte, nach einem im voraus durchdachten, ausgearbeiteten Plan“. Hierbei weist man eindeutig auf gewisse Generale, die Organisatoren der Automobile, hin, die im Raum der Armee umherreisten und den Soldaten den Rückzug befahlen.

Wer erdreistet sich zu sagen, die Konterrevolutionäre seien bloße Schönredner, die nicht wüssten, was sie tun?

Jetzt ist Riga an der Reihe. Der Telegraf hat die Nachricht von der Preisgabe Rigas gebracht. Die Soldschreiber der bürgerlichen Presse haben bereits eine Hetze gegen die Soldaten, die angeblich panikartig fliehen, begonnen. Das konterrevolutionäre Hauptquartier, bemüht, den revolutionären Soldaten die Schuld in die Schuhe zu schieben, schlägt die gleichen Töne an wie das „Wetscherneje Wremja“. Wir werden uns nicht wundern, wenn heute auf dem Newski-Prospekt Manifestationen unter der Losung „Nieder mit den Bolschewiki!“ beginnen. Indessen lassen die Telegramme Woitinskis, des stellvertretenden Kommissars im Abschnitt Riga, keinen Zweifel darüber, dass die Soldaten verleumdet werden.

„Ich bezeuge vor ganz Rußland“, telegraphiert Woitinski, „dass die Truppen alle Befehle der Offiziere ehrlich befolgten und dem sicheren Tod entgegen schritten.“

Das schreibt ein Augenzeuge.

Das Hauptquartier aber spricht immerfort von einer Flucht der Regimenter und verleumdet die Soldaten.

Die bürgerliche Presse aber fährt weiterhin fort, das Lied vom „Verrat“ an der Front zu singen. Ist es nicht klar, dass die konterrevolutionären Generale und die bürgerliche Presse mit ihren Verleumdungen gegen die Soldaten einen bestimmten Plan ausführen?

Ist es nicht klar, dass dieser Plan dem anderen, bei Tarnopol und Tschernowizy in Szene gesetzten Plan ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen?

Ist es schließlich nicht klar, dass die Welle von Provokationen, die in Rußland eingesetzt hat, ein Kampfmittel der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie ist, deren völlige Liquidierung die erste Aufgabe des

Proletariats und der revolutionären Soldaten ist?

„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 8, 22. August 1917. Leitartikel.

ARBEITSTEILUNG INNERHALB DER PARTEI DER SOZIALREVOLUTIONÄRE

In der letzten Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten stimmten die Sozialrevolutionäre für die Abschaffung der Todesstrafe und schlossen sich dem Protest gegen die Verhaftung der Bolschewiki an.

Das ist natürlich sehr schön und lobenswert.

Eine kleine Frage sei uns jedoch hierbei gestattet.

Wer hat denn die Todesstrafe an der Front eingeführt, wer hat die Bolschewiki verhaftet?

Das waren doch die Sozialrevolutionäre (unter wohlwollender Mitwirkung der Kadetten und Menschewiki!). Der Ministerpräsident, Bürger A. F. Kerenski, ist, soweit uns bekannt, Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre. Sein Name zielt die Kandidatenliste der Partei der Sozialrevolutionäre bei den Wahlen zur Petrograder Stadtduma.

Soweit uns bekannt, ist der Vizekriegsminister, Bürger B. W. Sawinkow, ebenfalls Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre.

Aber eben diese beiden prominenten Sozialrevolutionäre sind doch die eigentlichen Urheber der Wiedereinführung der Todesstrafe an der Front. (Man muss ihnen noch General Kornilow zur Seite stellen, allein dieser ist der Partei der Sozialrevolutionäre einstweilen noch nicht beigetreten.)

Ferner soll, soviel wir wissen, auch der Landwirtschaftsminister, Bürger Tschernow, Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre sein. Und schließlich gehört der Minister des Innern, Bürger N. D. Awxentjew, das heißt ein Mann, der neben Kerenski den hervorragendsten Posten im Ministerium bekleidet, ebenfalls der Partei der Sozialrevolutionäre an.

Aber gerade all diese ehrenwerten Sozialrevolutionäre haben doch die Todesstrafe an der Front eingeführt und die Bolschewiki verhaftet.

Es fragt sich: Was ist das für eine sonderbare Arbeitsteilung innerhalb dieser Partei der Sozialrevolutionäre, bei der die einen Mitglieder aus Leibeskräften gegen die Einführung der Todesstrafe protestieren, die andern sie aber mit eigenen Händen einführen?...

Eine merkwürdige Sache! Wir haben erst vor so kurzer Zeit die Selbstherrschaft gestürzt, haben erst vor so kurzer Zeit angefangen, „auf europäische Art“ zu leben, alle schlechten Seiten des „Europäismus“ aber haben wir uns sofort angeeignet. Man nehme eine beliebige bürgerlich-radikale Partei, sagen wir in Frankreich. So eine Partei bezeichnet sich unbedingt als sozialistisch: Partei der „Radikalsozialisten“, Partei der „unabhängigen Sozialisten“ usw. usf. Den Wählern, den Massen gegenüber, nach „unten“ hin ergehen sich diese Parteien stets in „linken“ Phrasen - besonders vor Wahlen und wenn sie von der konkurrierenden, der wirklich sozialistischen Partei in die Enge getrieben werden. Und zu gleicher Zeit arbeiten „oben“ die Minister dieser selben Partei, der „Radikalsozialisten“, der „unabhängigen Sozialisten“, ruhig weiter an ihrem bürgerlichen Werk, ohne sich im geringsten um die sozialistischen Wünsche ihrer Wähler zu kümmern.

Genau so verfahren jetzt auch die Sozialrevolutionäre.

Eine glückliche Partei! Wer hat die Todesstrafe eingeführt? - Die Sozialrevolutionäre! Wer hat gegen die Todesstrafe protestiert? - Die Sozialrevolutionäre! Sie machen's jedem recht ...

Auf diese Weise hoffen die Sozialrevolutionäre, sowohl ihren Ruf nicht zu verderben (die Popularität unter den Massen nicht zu verlieren) als auch Kapital zu erwerben (die Ministerportefeuilles zu behalten).

Aber, wird man uns sagen, Meinungsverschiedenheiten gibt es in jeder Partei. Ein Teil der Mitglieder denkt eben so, der andere anders.

Allerdings, aber es gibt verschiedenerlei Meinungsverschiedenheiten. Wenn die einen für die Henker, die anderen gegen die Henker sind, dann ist es eine ziemlich schwierige Sache, solche „Meinungsverschiedenheiten“ innerhalb einer Partei beizulegen. Wenn dazu noch gerade die verantwortlichsten Führer der Partei, nämlich die Minister, für die Henker eintreten

und ihre Meinung sofort in die Tat umsetzen, so wird jeder politisch denkende Mensch die Politik dieser Partei eben nach der Tätigkeit dieser Minister beurteilen und nicht nach dieser oder jener Protestresolution, der sich die einfachen Parteimitglieder angeschlossen haben. Die Schmach bleibt ungetilgt. Die Partei der Sozialrevolutionäre bleibt die Partei der Todesstrafe, die Partei der Kerkermeister, die die Führer der Arbeiterklasse verhaftet. Es wird den Sozialrevolutionären niemals gelingen, sich von der Schmach reinzuwaschen, dass die prominentesten Mitglieder ihrer Partei die Todesstrafe wieder eingeführt haben. Es wird den Sozialrevolutionären niemals gelingen, den Fleck von sich abzuwaschen, dass ihre Regierung die niederträchtige Verleumdungskampagne gegen die Führer der Arbeiterpartei gefördert, dass ihre Regierung versucht hat, gegen Lenin einen neuen Fall Dreyfus^[73] in Szene zu setzen.

*„Proletari“ (Der Proletarier) Nr. 9,
23. August 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

DER BUND DER GELBEN

Die russische Revolution ist nichts Isoliertes. Sie ist mit der revolutionären Bewegung im Westen aufs engste verbunden. Mehr noch, sie ist ein Teil der grandiosen Bewegung der Proletarier aller Länder, die berufen ist, die Grundfesten des Weltkapitalismus zu zertrümmern. Es ist daher durchaus begreiflich, dass jeder Schritt unserer Revolution Widerhall findet und unvermeidlich eine Welle im Westen auslöst, dass jeder ihrer Siege zur Belebung und Weiterentwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt führt und die Arbeiter aller Länder zum Kampf gegen das Kapital drängt.

Das kann den Haien des westeuropäischen Imperialismus nicht unbekannt sein. Sie haben deshalb beschlossen, der russischen Revolution einen Kampf auf Leben und Tod anzusagen.

Schon zu Beginn unserer Revolution haben die englischen und französischen Kapitalisten einen Feldzug gegen sie eröffnet. Ihre Presseorgane, die „Timer“^[74] und der „Matin“^[75], haben schon damals die revolutionären Sowjets und Komitees in den Schmutz gezogen und gefordert, dass man sie auseinanderjagt.

Zwei Monate später haben die Imperialisten in einer Geheimkonferenz in der Schweiz noch einmal die Frage der Maßnahmen zum Kampf gegen die „anwachsende Revolution“ erörtert, wobei sie ihre Schläge vor allem gegen die russische Revolution richteten.

Jetzt gehen sie zum offenen Angriff über. Zum Anlass nehmen sie die Niederlage bei Riga. Sie schieben alle Schuld den Soldaten zu und fordern dabei zur weiteren Verstärkung der Konterrevolution in Rußland auf.

Man sehe sich die Telegramme der „Birschewyje Wjedomosti“ an.

Ein Telegramm aus Paris:

„Der Rückzug oder richtiger die kampflose Flucht der Zweiten Armee und der Fall Rigas rufen hier einen Ausbruch des Schmerzes, der Empörung und des Abscheus hervor.

Der ‚Matin‘ behauptet, die russischen Pazifisten, als die Schuldigen an dieser Katastrophe, hätten sich genau so unfähig wie die schlechten Ratgeber des ehemaligen Zaren erwiesen, nur brächten sie noch mehr Schaden als diese.

Die Zeitung erklärt, sie begreife die Halsstarrigkeit des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten nicht, der trotz so tragischer und anschaulicher Lehren nach wie vor für solch absurde Einrichtungen wie die Armeekomitees eintritt.“

So schreibt das Organ der französischen Kapitalisten.

Und noch ein Telegramm aus London:

Der „Daily Chronicle“ schreibt: „Vor allen Dingen muss die Disziplin in der Armee wiederhergestellt werden. Die Deutschen verdanken ihren schellen und so bedeutsamen Sieg denselben Ursachen, die ihnen gestattet haben, Galizien und die Bukowina zu besetzen, nämlich der Gehorsamsverweigerung und dem Verrat, die unter den russischen Truppen zu beobachten sind.“

So sprechen die englischen Imperialisten.

„...Kampflose Flucht“ ... „Absurd Armeekomitees“ ... „Wiederherstellung der Disziplin“ (die Todesstrafe genügt ihnen nicht!) ... „Verrat unter den russischen Truppen“...

Mit derartigen Komplimenten bedenken diese Geldsäcke die verblutenden russischen Soldaten!

Und sie tun es, obgleich von Augenzeugen einmütig bestätigt wird, dass „die Armee sich auf dem Rückzuge die ganze Zeit ehrlich mit den Feinden schlägt“, dass „die Truppen im Durchbruchraum widerspruchslos und ehrlich die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen“!!!

Allein es handelt sich hier natürlich nicht nur um die Hetze-, um infame Verleumdung der Soldaten.

Es handelt sich darum, dass die englischen und französischen Kapitalisten durch Verleumdung der Soldaten den Misserfolge an der Front endgültigen Liquidierung der

revolutionären Organisationen Rußlands ausnutzen wollen, um den endgültigen Triumph der Diktatur des Imperialismus herbeizuführen.

Das ist der springende Punkt.

Wenn Purischkewitsch und Miljukow über den Fall Rigas Krokodilstränen vergießen, die Soldaten verleumden und gleichzeitig die Sowjets und die Komitees schmähen, so bedeutet dies, dass sie froh sind, einen Anlass für die Forderung nach weiteren Gewaltmaßnahmen zu haben, um den endgültigen Triumph der Gutsbesitzer und Kapitalisten herbeizuführen.

Wenn die Imperialisten des Westens von ihrem „Ausbruch des Schmerzes“ über den Fall Rigas so viel Worte machen, dabei alles den Soldaten in die Schuhe schieben und zu gleicher Zeit die „absurden Armeekomitees“ schmähen, so bedeutet dies, dass sie froh sind, einen Anlass zu haben, um den letzten Resten der revolutionären Organisationen in Rußland den Todesstoß zu versetzen.

Darin und nur darin liegt der politische Sinn des vereinigten Lügen- und Verleumdungsfeldzugs gegen die an der Nordfront sterbenden russischen Soldaten.

Ein Bund der russischen und der europäischen Imperialisten mit dem Ziel, durch Verleumdung der Soldaten die militärischen Misserfolge bei Riga gegen die verblutende russische Revolution auszunutzen - das ist die heutige Lage.

Mögen sich die Arbeiter und Soldaten das merken!

Mögen sie wissen, dass man nur im Bunde mit den Arbeitern des Westens, nur wenn man die Grundfesten des Kapitalismus im Westen erschüttert hat, auf den Triumph der Revolution in Rußland rechnen kann!

Mögen sie das wissen und mögen sie alle Kräfte anspannen, um dem gelben Bund der Imperialisten das rote Bündnis der revolutionären Arbeiter und Soldaten aller Länder entgegenzustellen.

*„Rabotschi“ (Der Arbeiter) Nr. 1,
25. August 1917.
Leitartikel.*

ENTWEDER - ODER^[76]

Die Ereignisse schreiten voran. Eine Koalition entsteht nach der anderen, den Repressalien an der Front folgen Repressalien im Hinterland, aber „Nutzen bringt das wenig“, denn das Hauptübel unserer Tage, die allgemeine Zerrüttung im Lande, greift nach wie vor weiter um sich und nimmt einen immer bedrohlicheren Charakter an.

Das Land steht vor einer Hungersnot. Kasan und Nishni-Nowgorod, Jaroslawl und Rjasan, Charkow und Rostow, das Donezbecken und das Zentrale Industriegebiet, Moskau und Petrograd, die Front und das unmittelbare Hinterland - all diese und noch viele andere Gebiete machen eine schwere Ernährungskrise durch. Schon haben Hungerkrawalle begonnen, die von den Agenten der Konterrevolution vorläufig noch ungeschickt ausgenutzt werden...

„Die Bauern geben kein Getreide her“, hört man allerorts klagen.

Aber die Bauern „geben kein Getreide her“, nicht „aus Dummheit“, sondern weil sie den Glauben an die Regierung verloren haben und ihr nicht mehr „helfen“ wollen. Im März und April vertrauten die Bauern den Sowjets und damit auch der Regierung, und es floss reichlich Getreide sowohl in die Städte als auch an die Front. Jetzt verlieren sie den Glauben an die Regierung, die die Privilegien der Gutsbesitzer schützt - und es ist kein Getreide mehr da. Die Bauern legen Vorräte an und ziehen es vor, „bessere Zeiten“ abzuwarten.

Die Bauern „geben kein Getreide her“, nicht aus bösem Willen, sondern weil nichts da ist, wogegen sie es eintauschen könnten. Die Bauern brauchen Kattun, Schuhwerk, Eisen, Petroleum, Zucker, aber diese Erzeugnisse werden ihnen nur in unbedeutender Menge geliefert; und Getreide gegen Papiergeld weggeben, das die Fertigwaren nicht ersetzen kann und außerdem im Werte sinkt, hat keinen Sinn.

Wir sprechen schon gar nicht von der „Desorganisation“ im Verkehrswesen, das viel zu unvollkommen ist, um sowohl für die Front als auch für das Hinterland gleichermaßen gut arbeiten zu können.

Alles das führt in Verbindung mit den nicht enden wollenden Einziehungen zur Armee, die dem Dorf die besten Arbeitskräfte wegnehmen und eine Verringerung der Anbaufläche zur Folge haben, unweigerlich zu einer Zerrüttung des Ernährungswesens, unter der das Hinterland und die Front gleichermaßen zu leiden haben.

Zugleich vergrößert und erweitert sich die industrielle Zerrüttung, die ihrerseits die Zerrüttung des Ernährungswesens verschlimmert.

Der Kohlen- und Erdöhlhunger“, die Eisen- und Baumwoll“krise“, die die Stilllegung der Textilfabriken, der Hüttenwerke und anderer Betriebe zur Folge haben - alles das sind bekannte Bilder, die das Land mit industrieller Zerrüttung, Massenarbeitslosigkeit und völligem Warenmangel bedrohen.

Es handelt sich nicht nur darum, dass die Werke und Fabriken, die hauptsächlich für den Krieg arbeiten, außerstande sind, gleichzeitig auch die Bedürfnisse des Hinterlandes in demselben Maße zu befriedigen, sondern auch darum, dass das Kapital alle diese „Hungersnöte“ und „Krisen“ künstlich verschärft, um entweder die Warenpreise hochzutreiben (Spekulation!) oder aber den Widerstand der Arbeiter zu brechen, die angesichts der Teuerung höhere Löhne fordern (italienische Streiks der Kapitalisten!), oder durch Stilllegung der Betriebe (Aussperrungen!) Arbeitslosigkeit hervorzurufen und die Arbeiter zu Verzweiflungsausbrüchen zu treiben, um dann „ein für allemal“ mit den „maßlosen Forderungen“ der Arbeiter Schluss zu machen.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass die Kohlenindustriellen des Donezbeckens die Produktion drosseln und Arbeitslosigkeit hervorrufen.

Allen ist bekannt, dass die Baumwollpflanzer des Transkaspischen Gebiets, die über Baumwoll“hunger“ schreien, selber Baumwollvorräte im Wert von Millionen zu Spekulationszwecken auf die Seite bringen. Und ihre Freunde, die Textilfabrikanten, machen sich die Früchte dieser Spekulation zunutze, und während sie diese selbst organisieren,

erheben sie ein heuchlerisches Geschrei über Mangel an Baumwolle, schließen ihre Fabriken und verschlimmern die Arbeitslosigkeit.

Allen ist die Drohung Rjabuschinskis erinnerlich, das revolutionäre Proletariat „mit der knöchernen Hand des Hungers und des Elends an der Gurgel zu packen“.

Allen ist bekannt, dass die Kapitalisten bereits von Worten zur Tat übergegangen sind und eine Entlastung Petrograds und Moskaus sowie die Schließung einer ganzen Anzahl von Betrieben durchgesetzt haben.

Das Ergebnis ist die herannahende Lähmung des industriellen Lebens und die Gefahr eines absoluten Warenmangels.

Wir reden schon gar nicht von der tief greifenden Finanzkrise, die Rußland heute durchmacht. Die Schulden in Höhe von 50 bis 55 Milliarden Rubel, die alljährlich mit 3 Milliarden Rubel verzinst werden müssen, sprechen angesichts des allgemeinen Rückgangs in der Entwicklung der Produktivkräfte recht eindeutig von der schweren Lage der russischen Finanzen.

Das allgemeine Bild wird durch die letzten „Misserfolge“ an der Front, die von irgendeiner geschickten Hand so erfolgreich provoziert wurden, lediglich abgerundet.

Das Land geht unaufhaltsam einer beispiellosen Katastrophe entgegen.

Die Regierung, die in kurzer Zeit tausendundeine Repressalie und keine einzige „soziale Reform“ zustande gebracht hat, ist absolut unfähig, das Land aus der tödlichen Gefahr herauszuführen.

Mehr noch. Die Regierung, die einerseits den Willen der imperialistischen Bourgeoisie erfüllt und andererseits davon absehen möchte, die „Sowjets und Komitees“ sofort zu beseitigen, ruft dadurch einen Ausbruch allgemeiner Unzufriedenheit sowohl von rechts als auch von links hervor.

Auf der einen Seite nimmt die imperialistische Clique mit den Kadetten an der Spitze die Regierung unter Bombardement und fordert von ihr „entschlossene“ Maßnahmen gegen die Revolution. Purischkewitsch, der dieser Tage von der Notwendigkeit einer „Militärdiktatur“ der „Generalgouverneure“ und einer „Verhaftung der Sowjets“ sprach, hat lediglich das Sehnen und Trachten der Kadetten unverblümt zum Ausdruck gebracht. Sie werden von dem alliierten Kapital unterstützt, das die Regierung durch eine starke Senkung des Rubelkurses an der Börse unter Druck setzt und sie anherrscht: „Rußland soll Krieg führen und nicht reden“ („Daily Express“, siehe „Russkaja Wolja“^[77] vom 18. August).

Alle Macht den Imperialisten, den einheimischen wie den alliierten - das ist die Losung der Konterrevolution.

Auf der anderen Seite reift eine tiefe Unzufriedenheit in den breiten Massen der Arbeiter und Bauern heran, die zur Landlosigkeit und Arbeitslosigkeit verurteilt sind, die Gewaltmaßnahmen und die Todesstrafe über sich ergehen lassen müssen. Die Wahlen in Petrograd, die die Kraft und das Ansehen der Paktiererparteien untergraben haben, spiegelten besonders deutlich die Linksschwenkung der Bauern- und Soldatenmassen wider, die gestern noch den Paktierern vertrauten.

Alle Macht dem Proletariat, das von den armen Bauern unterstützt wird - das ist die Losung der Revolution.

Entweder - oder!

Entweder mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten, und dann vollständiger Triumph der Konterrevolution.

Oder mit dem Proletariat und der armen Bauernschaft, und dann vollständiger Triumph der Revolution.

Die Politik der Pakte und Koalitionen ist zum Scheitern verurteilt. Wo ist der Ausweg?

Es gilt, mit den Gutsbesitzern zu brechen und den Grund und Boden den Bauernkomitees zu übergeben. Die Bauern werden das verstehen, und dann wird es Getreide geben.

Es gilt, mit den Kapitalisten zu brechen und eine demokratische Kontrolle über die Banken, die Fabriken und Werke zu organisieren. Die Arbeiter werden das verstehen, und dann wird die „Arbeitsproduktivität“ steigen.

Es gilt, mit den Spekulanten und Marodeuren zu brechen, indem der Austausch zwischen Stadt und Land auf demokratischer Grundlage organisiert wird. Die Bevölkerung wird das verstehen, und dann wird der Hunger liquidiert werden.

Es gilt, das imperialistische Netz zu zerreißen, das Rußland von allen Seiten umstrickt, und gerechte Friedensbedingungen zu proklamieren. Dann wird die Armee verstehen, wofür sie unter Gewehr steht, und wenn Wilhelm sich zu einem solchen Frieden nicht bereit findet, dann werden die russischen Soldaten wie die Löwen gegen ihn kämpfen.

Es gilt, die gesamte Macht dem Proletariat und den armen Bauern „zu übergeben“. Die Arbeiter des Westens werden das verstehen und ihrerseits einen Sturmangriff gegen ihre imperialistischen Cliques einleiten.

Dies wird das Ende des Krieges und der Beginn der Arbeiterrevolution in Europa sein.

Das ist der Ausweg, den die Entwicklung Rußlands und die gesamte Weltsituation weisen.

*„Rabotschi“ (Der Arbeiter) Nr. 1,
25. August 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

WIR FORDERN

Die Ereignisse überstürzen sich. Auf die Moskauer Beratung folgen die Preisgabe Rigas und die Forderungen nach Gewaltmaßnahmen, auf die misslungene Hetze gegen die Soldaten an der Front die provokatorischen Gerüchte von einer „Verschwörung der Bolschewiki“ und neue Forderungen nach Gewaltmaßnahmen. Auf die Entlarvung der provokatorischen Gerüchte folgt die offene Aktion Kornilows, der die Absetzung der Provisorischen Regierung und die Proklamierung der Militärdiktatur fordert. Die Miljukowpartei, die Partei der Volksfreiheit, tritt dabei, genau wie in den Julitagen, aus der Regierung aus und unterstützt dadurch offen die konterrevolutionäre Verschwörung Kornilows.

Das Ergebnis davon ist der Marsch der Kornilowschen Regimenter auf Petrograd mit dem Ziel, die Militärdiktatur zu errichten, ist die Absetzung Kornilows durch die Provisorische Regierung, die Verkündung der Krise durch Kerenski, der Austritt Kischkins aus der in die Verschwörung verwickelten Kadettenpartei, die Bildung eines so genannten Revolutionsdirektoriums.

Also:

Tatsache ist, dass die Konterrevolution eine „bolschewistische Verschwörung“ brauchte, um Kornilow, der angeblich zur „Niederwerfung der Bolschewiki“ auf Petrograd marschierte, den Weg frei zu machen.

Tatsache ist, dass die gesamte bürgerliche Presse, von der „Russkaja Wolja“ und der „Birshowka“ bis zum „Nowoje Wremja“ und zur „Rjetsch“, Kornilow geholfen hat, indem sie in diesen Tagen eifrig Gerüchte über eine „Verschwörung der Bolschewiki“ verbreitete.

Tatsache ist, dass die gegenwärtige Aktion Kornilows nur eine Fortsetzung der bekannten Machenschaften der konterrevolutionären Generalität ist, die im Juli Tarnopol und im August Riga preisgegeben hat, um durch die Ausnützung der „Misserfolge“ an der Front der Konterrevolution zum „endgültigen“ Triumph zu verhelfen.

Tatsache ist, dass die Kadettenpartei jetzt, genau wie im Juli, mit den Verrätern an der Front und den schlimmsten Konterrevolutionären im Hinterland in einem Lager steht.

Unsere Partei hatte Recht, als sie die Kadetten als die Inspiratoren der bürgerlichen Konterrevolution anprangerte.

Unsere Partei hatte Recht, als sie einen entschlossenen Kampf gegen die Konterrevolution forderte und schon in den ersten Junitagen die Verhaftung der „beteiligten“ Personen (Kaledins und anderer) verlangte.

Die Konterrevolution hat nicht erst gestern und nicht erst im Zusammenhang mit der Verschwörung Kornilows ihren Anfang genommen. Sie begann spätestens im Juni, als die Regierung mit dem Übergang zur Offensive an der Front eine Politik der Gewaltmaßnahmen zu treiben begann; als die konterrevolutionären Generale Tarnopol preisgaben und nach Abwälzung aller Schuld auf die Soldaten die Wiedereinführung der Todesstrafe an der Front durchsetzten; als die Kadetten, die die Regierung bereits im Juli sabotierten, gestützt auf die Hilfe des alliierten Kapitals ihre Hegemonie innerhalb der Provisorischen Regierung durchsetzten; schließlich, als die Führer des ZEK, die Menschewiki und Sozial-revolutionäre, anstatt mit den Kadetten zu brechen und sich mit den Julidemonstranten zu vereinigen, ihre Waffen gegen die Arbeiter und die Soldaten richteten.

Das ist eine Tatsache, und es wäre lächerlich, sie zu leugnen.

In dem gegenwärtigen Kampf zwischen der Koalitionsregierung und der Kornilowpartei stehen sich nicht Revolution und Konterrevolution, sondern zwei verschiedene Methoden der konterrevolutionären Politik gegenüber, wobei die Kornilowpartei, der schlimmste Feind der Revolution, nach der Preisgabe Rigas nicht davor zurückschreckt, einen Feldzug gegen Petrograd zu eröffnen, um Voraussetzungen für eine Wiederaufrichtung des alten Regimes zu schaffen.

Die Arbeiter und Soldaten werden alle Maßnahmen treffen, um den konterrevolutionären Banden Kornilows eine entschiedene Abfuhr zu erteilen, wenn sie sich im revolutionären Petrograd zeigen sollten.

Die Arbeiter und Soldaten werden es nicht zulassen, dass die Feinde der Revolution die Hauptstadt Rußlands mit ihren schmutzigen Händen besudeln.

Sie werden das Kampfbanner der Revolution unter Einsatz ihres Lebens verteidigen.

Aber nicht dazu werden sie das Banner der Revolution verteidigen, damit an die Stelle einer ihnen wesensfremden Diktatur eine andere, ihnen nicht minder fremde trete, sondern dazu, um dem endgültigen Triumph der russischen Revolution den Weg zu bahnen.

Jetzt, da das Land in den Fängen der Zerrüttung und des Krieges zu ersticken droht und die konterrevolutionären Aasgeier ihm den sicheren Untergang bereiten, muss die Revolution die notwendigen Kräfte und Mittel aufbringen, um es vor Verfall und Zersetzung zu retten.

Nicht die Ablösung der einen „regierenden“ Gruppen durch andere, nicht diktatorisches Getue tut jetzt Not, sondern die vollständige Liquidierung der bürgerlichen Konterrevolution und entschlossene Maßnahmen im Interesse der Mehrheit der Völker Rußlands.

Zu diesem Zweck fordert die Partei der Bolschewiki:

1. Sofortige Entfernung der konterrevolutionären Generale im Hinterland und an der Front, ihre Ersetzung durch gewählte Vertreter der Soldaten und Offiziere sowie überhaupt eine volle Demokratisierung der Armee von unten bis oben.
2. Wiederherstellung der revolutionären Soldatenorganisationen, die allein fähig sind, eine demokratische Disziplin in der Armee einzuführen.
3. Abschaffung aller und jeglicher Gewaltmaßnahmen, in erster Linie Aufhebung der Todesstrafe.
4. Sofortige Übergabe aller Ländereien der Gutsbesitzer in die Verfügungsgewalt der Bauernkomitees und Versorgung der armen Bauern mit Inventar.
5. Gesetzliche Einführung des Achtstundentags und Organisation einer demokratischen Kontrolle über die Fabriken, Werke und Banken, die vorwiegend von Vertretern der Arbeiterschaft ausgeübt wird.
6. Volle Demokratisierung der Finanzwirtschaft, in erster Linie schonungslose Besteuerung von Kapitalien und kapitalistischen Vermögen sowie Konfiskation der skandalösen Kriegsgewinne.
7. Organisation eines normalen Austauschs zwischen Stadt und Land, damit die Stadt mit den notwendigen Lebensmitteln und das Dorf mit den erforderlichen Industriewaren versorgt werden.
8. Sofortige Proklamierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Rußlands.
9. Wiederherstellung der Freiheiten, Dekretierung der demokratischen Republik und unverzügliche Einberufung der Konstituierenden Versammlung.
10. Aufhebung der Geheimverträge mit den Alliierten und Angebot allgemeiner demokratischer Friedensbedingungen.

Die Partei erklärt, dass die Rettung der Revolution, die seit einem halben Jahre in den Fängen des Krieges und der allgemeinen Zerrüttung zu ersticken droht, ohne Durchsetzung dieser Forderungen unmöglich ist.

Die Partei erklärt, dass der einzige Weg zur Verwirklichung dieser Forderungen der Bruch mit den Kapitalisten, die vollständige Liquidierung der bürgerlichen Konterrevolution und der Übergang der Macht im ganzen Lande an die revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten ist.

Das ist der einzige Ausweg, die einzige Möglichkeit, das Land und die Revolution vor dem Untergang zu retten.

„Rabotschi“ (*Der Arbeiter*) Nr. 4,
28. August 1917. Leitartikel.

DIE VERSCHWÖRUNG GEHT WEITER^[78]

Wer sind sie?

Gestern schrieben wir, dass die Kadetten die Inspiratoren der Konterrevolution sind. Wir stützten uns dabei nicht bloß auf „Gerüchte“, sondern auch auf allgemein bekannte Tatsachen: auf den Austritt der Kadetten aus der Regierung während der kritischen Minuten im Juli bei der „Preisgabe“ Tarnopols und im August bei der Verschwörung Kornilows. Denn es konnte kein Zufall sein, dass die Kadetten sowohl im Juli als auch im August mit den Verrätern an der Front und den schlimmsten Konterrevolutionären im Hinterland in einem Lager gegen das russische Volk standen.

Heute bestätigen die „Iswestija“ und die „Vaterlandsverteidiger“, diese geschworenen Paktierer mit den Kadetten, vorbehaltlos unsere gestrigen Erklärungen über die Kadetten.

„Lwow hat nicht verheimlicht“, schreiben die „Vaterlandsverteidiger“, „dass dies“ (das heißt die Militärdiktatur) „nicht nur von General Kornilow gewünscht wird, sondern auch von einer bestimmten Gruppe von Männern der Öffentlichkeit, die sich zur Zeit im Hauptquartier aufhalten“ („Iswestija“).

Also:

Tatsache ist, dass das Hauptquartier das Stabsquartier der Konterrevolution ist.

Tatsache ist, dass der Generalstab der Konterrevolution aus „bestimmten Männern der Öffentlichkeit“ besteht.

Wer sind denn diese „Männer der Öffentlichkeit“?

Man höre weiter:

„Es ist mit Sicherheit festgestellt worden, dass an der Verschwörung eine ganze Reihe von Männern der Öffentlichkeit beteiligt ist, die in ideologischer wie in persönlicher Hinsicht den Vertretern der Kadettenpartei sehr nahe stehen“ („Iswestija“).

Also:

Tatsache ist, dass die Herren „Vaterlandsverteidiger“, die gestern noch den „lebendigen Kräften“ des Landes - repräsentiert durch die „Vertreter der Kadettenpartei“ - in den Armen lagen, heute gezwungen sind, diese Leute zu Verschwörern gegen die Revolution zu degradieren.

Tatsache ist, dass die Verschwörung von „Vertretern der Kadettenpartei“ organisiert worden ist und von ihnen gelenkt wird.

Unsere Partei hatte Recht, als sie behauptete, dass die erste Voraussetzung für den Sieg der Revolution der Bruch mit den Kadetten ist.

Worauf spekulieren sie?

Gestern schrieben wir, dass die Partei Kornilows der schlimmste Feind der russischen Revolution ist, dass Kornilow nach der Preisgabe Rigas nicht davor zurückschrecken wird, auch Petrograd auszuliefern, um nur der Konterrevolution den Sieg zu sichern.

Heute finden wir in den „Iswestija“ die vorbehaltlose Bestätigung dieser unserer Erklärung:

„General Lukomski, Chef des Generalstabs, die eigentliche Seele der Meuterei, erklärt, ‚dass die innere Fehde an der Front, falls die Provisorische Regierung der von General Kornilow gestellten Forderung nicht entspricht, zum Durchbruch der Front und zum Erscheinen des Gegners an Orten, wo wir ihn am allerwenigsten erwarten, führen kann‘.“

Sieht dies nicht wie eine Drohung mit der Preisgabe, sagen wir, Petrograds aus?

Und hier eine noch deutlichere Erklärung:

„General Lukomski wird offenbar nicht vor direktem Landesverrat zurückschrecken, um der Verschwörung zum Erfolg zu verhelfen. Man kann in seiner Drohung, dass die Ablehnung der Forderung des Generals Kornilow den Bürgerkrieg an der Front, die Öffnung der Front und

die Schande eines Separatfriedens zur Folge haben würde, nichts anderes sehen als die feste Entschlossenheit, eine Verständigung mit den Deutschen einzugehen, um den Erfolg der Verschwörung zu sichern.“

Man höre: „Verständigung mit den Deutschen“, „Öffnung der Front“, „Separatfrieden“...

Die „an der Verschwörung beteiligten“ Kadetten, die durch ihre Anwesenheit im Hauptquartier die Drohung mit der „Öffnung der Front“ und der „Verständigung mit den Deutschen“ decken - das sind die eigentlichen „Hoch- und Landesverräter“!

Monate hindurch haben diese Helden der „Öffnung der Front“ unsere Partei mit Schmutz beworfen, uns des „Verrats“ bezichtigt und von „deutschem Geld“ gesprochen. Monatelang haben die gelben Soldschreiber der Banken im „Nowoje Wremja“, in der „Birshowka“, der „Rjtsch“ und der „Russkaja Wolja“ dieses niederträchtige Märchen breitgetreten. Und nun? Jetzt sind sogar die „Vaterlandsverteidiger“ gezwungen, zuzugeben, dass der Verrat an der Front das Werk des Offizierkorps und seiner Inspiratoren ist.

Mögen sich die Arbeiter und Soldaten das merken!

Mögen sie wissen, dass mit dem provokatorischen Geschrei der bürgerlichen Presse vom „Verrat“ der Soldaten und der Bolschewiki nur der wirkliche Verrat der Generale und der „Männer der Öffentlichkeit“ aus der Kadettenpartei verhüllt werden sollte.

Mögen sie wissen, dass das Geheul der bürgerlichen Presse vom „Verrat“ der Soldaten jedesmal ein sicheres Anzeichen dafür ist, dass die Inspiratoren dieser Presse den Verrat bereits vorbereitet haben und die Schuld daran den Soldaten in die Schuhe zu schieben suchen. Mögen die Arbeiter und Soldaten das wissen und daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Ihr wollt wissen, worauf sie spekulieren?

Sie spekulieren auf die „Öffnung der Front“ und auf die „Verständigung mit den Deutschen“, sie glauben, dass es ihnen gelingen wird, mit der Idee des Separatfriedens die kriegsmüden Soldaten für sich zu gewinnen, um sie dann gegen die Revolution zu werfen.

Die Arbeiter und Soldaten werden begreifen, dass es für diese Verräter aus dem Hauptquartier kein Erbarmen geben darf.

Die Verschwörung geht weiter...

Die Ereignisse überstürzen sich. Mit ungeheurer Schnelligkeit lösen neue Tatsachen und Gerüchte einander ab. Es geht das noch nicht bestätigte Gerücht, Kornilow verhandle mit den Deutschen. Man spricht mit Bestimmtheit von Schießereien zwischen Kornilowschen Regimentern und revolutionären Soldaten vor Petrograd. Kornilow hat ein „Manifest“ erlassen, worin er sich zum Diktator erklärt, zum Feind und Totengräber der Errungenschaften der russischen Revolution.

Anstatt nun dem Feind als Feind zu begegnen, zieht es die Provisorische Regierung vor, Beratungen mit General Alexejew zu pflegen, führt sie immer von neuem Verhandlungen mit Kornilow, versucht sie immer von neuem, den Verschwörern, die Rußland offen verraten, gut zuzureden.

Die so genannte „revolutionäre Demokratie“ aber rüstet zu einer neuen „besonderen Beratung nach dem Muster der Moskauer Beratung, auf der alle lebendigen Kräfte des Landes vertreten sein sollen“ (siehe „Iswestija“).

Gleichzeitig fordern die Kadetten, die gestern noch über eine „Verschwörung der Bolschewiki“ zeterten, heute aber nach der Aufdeckung der Verschwörung Kornilows kleinlaut geworden sind, zur „Vernunft“ und zur „Verständigung“ auf (siehe „Rjtsch“).

Man will offenbar eine neue Verständigung mit denselben „lebendigen Kräften“ „zustande bringen“, die über eine Verschwörung der Bolschewiki zetern, selbst aber eine Verschwörung gegen die Revolution und das russische Volk organisieren.

Aber sie, diese Paktierer, machen die Rechnung ohne den Wirt. Denn die wirklichen Herren des Landes, die Arbeiter und Soldaten, wollen keine Beratungen mit den Feinden der

Revolution. Die Berichte aus den Bezirken und den Regimentern besagen einstimmig, dass die Arbeiter ihre Kräfte mobilisieren und die Soldaten Gewehr bei Fuß stehen. Die Arbeiter ziehen es offensichtlich vor, mit den Feinden als mit Feinden zu reden.

Anders kann es auch gar nicht sein: Mit dem Feind wird gekämpft und nicht verhandelt.

Die Verschwörung geht weiter - rüstet zur Abwehr!

*„Rabotschi“ (Der Arbeiter) Nr. 5,
zweite Extraausgabe,
28. August 1917.
Leitartikel.*

GEGEN EIN ABKOMMEN MIT DER BOURGEOISIE

Die Konterrevolution der Gutsbesitzer und Kapitalisten ist niedergeworfen, aber noch nicht endgültig besiegt.

Die Kornilowschen Generale sind geschlagen, aber der Triumph der Revolution ist noch nicht gesichert.

Weshalb?

Weil die Paktierer mit den Feinden verhandeln, anstatt gegen sie einen schonungslosen Kampf zu führen.

Weil die „Vaterlandsverteidiger“ mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten paktieren, anstatt mit ihnen zu brechen.

Weil die Regierung sie in die Ministerien beruft, anstatt sie als außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären.

Im Süden Rußlands organisiert General Kaledin einen Aufstand gegen die Revolution, sein Freund aber, der General Alexejew, wird zum Chef des Generalstabs ernannt.

In der Hauptstadt Rußlands unterstützt die Partei Miljukows offen die Konterrevolution, Vertreter dieser Partei aber, die Maklakow und Kischkin, werden in die Ministerien berufen.

Es ist an der Zeit, mit diesem verbrecherischen Treiben gegen die Revolution Schluss zu machen!

Es ist an der Zeit, entschlossen und ein für allemal zu erklären, dass man mit Feinden kämpfen und nicht paktieren muss!

Gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, gegen die Generale und Bankiers, für die Interessen der Völker Rußlands, für Frieden, für Freiheit, für Boden! - das ist unsere Losung.

Bruch mit der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern - das ist die erste Aufgabe.

Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung - das ist die zweite Aufgabe.

„Rabotschi“ (*Der Arbeiter*) Nr. 9,
31. August 1917.
Leitartikel.

DIE KRISE UND DAS DIREKTORIUM

Nach der Verschwörung Kornilows und dem Zerfall der Regierungsgewalt, nach dem Zusammenbruch der Verschwörung und der Bildung eines Ministeriums Kerenski-Kischkin, nach einer „neuen“ Krise und nach „neuen“ Verhandlungen Zeretelis und Goz' mit wiederum demselben Kerenski haben wir endlich eine „neue“ (ganz neue!) Fünferregierung.

Kerenski, Tereschtschenko, Werchowski, Werderewski und Nikitin, ein Fünfer“direktorium“ - das ist die von Kerenski „ausgewählte“, von Kerenski bestätigte, Kerenski verantwortliche, von den Arbeitern, Soldaten und Bauern aber unabhängige „neue“ Regierung.

Es heißt, diese Regierung sei in gleicher Weise auch von den Kadetten unabhängig, aber das ist purer Unsinn. Denn der Umstand, dass die Kadettenpartei keine offiziellen Vertreter in der Regierung hat, tarnt nur die völlige Abhängigkeit der Regierung von den Kadetten.

Nach außen hin - der Sozialrevolutionär Kerenski als Oberbefehlshaber. In Wirklichkeit ist es General Alexejew, der Mann der Kadetten, der den Generalstab und damit alle Fäden der Front in seine Hand bekommen hat.

Nach außen hin - ein „linkes“ Direktorium, unabhängig (man lache nicht!) von den Kadetten. In Wirklichkeit sind es Strohleute der Kadetten, die die einzelnen Ministerien leiten und faktisch alle Staatsgeschäfte in ihren Händen halten.

In Worten - Bruch mit den Kadetten. In Wirklichkeit aber paktiert man mit den Leuten der Kadetten im Hinterland und an der Front.

Das Direktorium als eine Kulisse, die das Bündnis mit den Kadetten verdeckt; die Diktatur Kerenski als eine Maske, die die Diktatur der Gutsbesitzer und Kapitalisten vor dem Volkszorn schützt - so liegen heute die Dinge.

Und es steht eine neue Beratung zwischen den Vertretern der „lebendigen Kräfte“ bevor, auf der sich die Herren Zereteli und Awxentjew, diese geschworenen Paktierer, bemühen werden, das gestern getroffene geheime Abkommen mit den Kadetten zur Freude aller Feinde der Arbeiter und Bauern in ein offenes und eindeutiges Abkommen zu verwandeln.

In den letzten sechs Monaten hat unser Land drei schwere Krisen der Macht erlebt. Jede dieser Krisen wurde durch ein Abkommen mit der Bourgeoisie beigelegt, wobei die Arbeiter und Bauern jedesmal die Genasführten waren.

Weshalb?

Weil die kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die in den Kampf um die Macht eingriffen, sich jedesmal auf die Seite der Gutsbesitzer und Kapitalisten stellten und dadurch den Kampf zugunsten der Kadetten entschieden.

Die Kornilowverschwörung hat das konterrevolutionäre Wesen der Kadetten restlos aufgedeckt. Drei Tage lang zeterten die „Vaterlandsverteidiger“ über den Verrat der Kadetten, drei Tage lang zeterten sie über die Lebensunfähigkeit der Koalition, die schon beim ersten Zusammenstoß mit der Konterrevolution in die Brüche ging. Und was weiter? Nach alledem haben sie nichts Besseres gefunden, als einer verhüllten Koalition mit denselben Kadetten zuzustimmen, die sie eben noch begehrt haben.

Erst gestern hat die aus „Vaterlandsverteidigern“ bestehende Mehrheit des ZEK durch Abstimmung beschlossen, das Fünferdirektorium, das als Ergebnis der hinter den Kulissen getroffenen und die Lebensinteressen der Arbeiter und Bauern preisgebenden Abmachungen mit den Kadetten entstanden ist, „zu unterstützen“.

An diesem Tage, an dem Tage der verschärften Machtkrise, an dem Tage des verschärften Kampfes um die Macht, haben die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre zu einer Zeit, da Kornilow am Boden lag abermals den Gutsbesitzern und Kapitalisten geholfen, die Macht zu behaupten, haben sie abermals den konterrevolutionären Kadetten geholfen, die Arbeiter und Bauern hinters Licht zu führen.

Das und nur das ist der politische Sinn der gestrigen Abstimmung im ZEK.

Mögen das die Arbeiter, mögen das die Bauern wissen und mögen sie die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen.

Die verkappte Koalition von heute ist ebenso wenig von Dauer, wie es die offenen Koalitionen von gestern waren: Es kann keine dauerhafte Abmachung zwischen dem Gutsherrn und dem Bauern, dem Kapitalisten und dem Arbeiter geben. Daher hat der Kampf um die Macht nicht nur kein Ende genommen, sondern im Gegenteil - er verstärkt und verschärft sich immer mehr.

Mögen die Arbeiter wissen, dass sie in diesem Kampf so lange unvermeidlich Niederlagen erleiden werden, wie die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki noch Einfluss auf die Massen haben.

Mögen die Arbeiter im Auge behalten, dass es zur Eroberung der Macht notwendig ist, die Bauern- und Soldatenmassen von den Paktierern, den Sozialrevolutionären und den Menschewik, loszulösen und um das revolutionäre Proletariat zusammenzuschließen.

Mögen sie dessen eingedenk sein und den Bauern und Soldaten die Augen öffnen, indem sie vor ihnen den Verrat der Sozialrevolutionäre und Menschewiki entlarven.

Schonungsloser Kampf gegen den sozialrevolutionär-menschewistischen Einfluss auf die Massen, unermüdliche Arbeit am Zusammenschluss der Bauern und Soldaten um das Banner der Partei des Proletariats - das ist die Lehre der Krise, die eben hinter uns liegt.

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 1,
3. September 1917.
Leitartikel.*

AUF EIGENEM WEGE

Die Schwäche der Revolution von 1848 in Deutschland wurde von Marx unter anderem damit erklärt, dass es dort keine starke Konterrevolution gab, die die Revolution vorangetrieben und im Feuer des Kampfes gestärkt hätte.

Wir Russen brauchen uns in dieser Hinsicht nicht über unser Schicksal zu beklagen, denn wir haben eine Konterrevolution, und zwar eine ziemlich gründliche. Und die letzten Aktionen der Konterrevolution der Generale und der Bourgeoisie sowie die Gegenwelle der revolutionären Bewegung haben mit besonderer Deutlichkeit gezeigt, dass die Revolution gerade in den Schlachten mit der Konterrevolution wächst und erstarkt.

Im Feuer dieser Schlachten sind die Sowjets und die Komitees, die schon tot schienen, die im Juli und August durch die Machenschaften der Bourgeoisie zerschlagen waren, zu neuem Leben erwacht und zu neuer Entfaltung gelangt.

Auf den Schultern dieser Organisationen hat sich die Revolution zum Triumph über die Konterrevolution emporgeschwungen.

Heute, da sich die Kornilowsche Konterrevolution auf einem ungeordneten Rückzug befindet und Kerenski sich skrupellos fremde Lorbeeren aneignet, heute wird es besonders klar, dass ohne diese Organisationen, ohne die „eigenmächtigen“ Komitees der Eisenbahner, Soldaten, Matrosen, Bauern, Arbeiter, Post- und Telegrafangestellten und anderer, ohne ihre revolutionäre Initiative und ihre kämpferische Aktivität die Revolution hinweggefegt worden wäre.

Umso größere Achtung müssten wir diesen Organisationen entgegen bringen. Umso energischer müssen wir an der Festigung und dem Ausbau dieser Organisationen arbeiten. Mögen die „eigenmächtigen“ Komitees leben und gedeihen, mögen sie erstarken und siegen - das muss die Losung der Freunde der Revolution sein.

Nur Feinde, nur geschworene Feinde des russischen Volkes könnten einen Anschlag auf diese Organisationen verüben.

Indessen hat die Kerenskiregierung schon seit den ersten Tagen des Vorstoßes der Konterrevolution die „eigenmächtigen“ Komitees als verdächtig angesehen. Unfähig und nicht willens, gegen Kornilow zu kämpfen, hat die Kerenskiregierung, die die Massen und die Massenbewegung mehr fürchtet als die Konterrevolution, dem Petrograder Komitee zum Kampf des Volkes gegen die Konterrevolution vom ersten Tage der Kornilowschen Aktionen an Hindernisse in den Weg gelegt. Und diese Sabotage des Kampfes gegen Kornilow hat sie die ganze Zeit fortgesetzt.

Aber nicht genug damit: Am 4. September hat die Kerenskiregierung einen Sonderbefehl erlassen, worin sie den revolutionären Komitees einen offenen Krieg ansagt und sie als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt. Sie verunglimpft die Tätigkeit dieser Komitees als „eigenmächtige Aktionen“ und erklärt:

„In Zukunft dürfen eigenmächtige Aktionen nicht mehr zugelassen werden, und die Provisorische Regierung wird sie als unbefugte und für die Republik schädliche Aktionen bekämpfen.“

Kerenski hat offenbar vergessen, dass das „Direktorium“ noch nicht durch ein „Konsulat“ ersetzt und dass er nicht der erste Konsul der Republik Rußland ist.

Kerenski weiß offenbar nicht, dass zwischen dem „Direktorium“ und dem „Konsulat“ ein Staatsstreich lag und dass man erst einen solchen hätte durchführen müssen, ehe man derartige Befehle erlassen kann.

Kerenski weiß nicht, dass er sich im Kampf gegen die „eigenmächtigen“ Komitees im Hinterland und an der Front nur auf die Kaledin und Kornilow, und nur auf sie, stützen könnte, wobei er auf jeden Fall gut täte, an das Schicksal dieser letzteren zu denken ..

Wir sind überzeugt, dass die revolutionären Komitees diesen von Kerenski aus dem Hinterhalt geführten Schlag in gebührender Weise abwehren werden.

Wir geben der festen Überzeugung Ausdruck, dass die revolutionären Komitees nicht von ihrem Wege abgehen werden.

Und wenn sich die Wege des „Direktoriums“ und der revolutionären Komitees endgültig getrennt haben, umso schlimmer für das „Direktorium“.

Die konterrevolutionäre Gefahr ist noch nicht vorüber - es leben die revolutionären Komitees!

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 3,
6. September 1917.
Leitartikel.*

ÜBER DEN BRUCH MIT DEN KADETTEN

Der Kornilowputsch hat nicht bloß eine negative Seite, Wie jede Erscheinung im Leben hat er auch seine positive Seite. Die Kornilowaktion war gegen das Leben der Revolution selbst gerichtet. Das steht außer Zweifel. Dadurch aber, dass der Kornilowputsch ein Anschlag auf die Revolution war und alle gesellschaftlichen Kräfte in Bewegung setzt hat er einerseits die Revolution angespornt, sie zu größerer Aktivität und Organisiertheit angetrieben und andererseits das wahre Wesen der Klassen und Parteien enthüllt, ihnen die Maske heruntergerissen und dazu beigetragen, ihre wahre Physiognomie zu erkennen.

Dem Kornilowputsch ist es zu verdanken, dass die Sowjets im Hinterland und die Komitees an der Front, die fast aufgehört hatten zu existieren, im Nu wieder auflebten und ihre Tätigkeit neu entfalteten.

Dem Kornilowputsch ist es zu verdanken, dass heute alle von dem konterrevolutionären Wesen der Kadetten zu sprechen beginnen, diejenigen nicht ausgenommen, die gestern noch „krampfhaft“ eine Verständigung mit ihnen anstrebten.

Es ist eine Tatsache, dass „nach allem, was geschehen ist“, sogar die Sozialrevolutionäre und Menschewiki eine Koalition mit den Kadetten nicht mehr für zulässig halten.

Es ist eine Tatsache, dass sogar das von Kerenski gebildete Fünfer-„direktorium“ ohne offizielle Vertreter der Kadetten auskommen musste.

Man könnte meinen, der Bruch mit den Kadetten sei für die „demokratischen“ Parteien zu einem Gebot geworden.

Das ist die positive Seite des Kornilowputsches.

Was heißt aber mit den Kadetten brechen?

Nehmen wir an, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki hätten „endgültig“ mit den Kadetten als Mitgliedern einer bestimmten Partei gebrochen. Bedeutet das etwa, sie hätten dadurch mit der Politik der Kadetten als der Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie gebrochen?

Nein, das bedeutet es nicht.

Nehmen wir an, die „Vaterlandsverteidiger“ würden auf der für den 12. September anberaumten demokratischen Beratung eine neue Regierung ohne Beteiligung der Kadetten bilden und Kerenski würde sich einen solchen Beschluss fügen. Bedeutet das etwa, sie hätten dadurch mit der Politik der Kadetten als der Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie gebrochen?

Nein, das bedeutet es nicht.

Die französische imperialistische Republik liefert uns eine Vielzahl von Beispielen dafür, wie die Vertreter des Kapitals, ohne selbst in das Ministerkabinett einzutreten, den kleinbürgerlichen „Sozialisten“ dorthin „Zutritt gewähren“, um auf diese Weise, hinter Kulissen versteckt und mit fremden Händen arbeitend, das Land ungehindert plündern zu können. Wir wissen aus der Geschichte, wie die Finanzmagnaten Frankreichs „Sozialisten“ (Briand! Viviani!) an die Spitze der Regierung stellten und, selber hinter deren Rücken stehend, die Politik ihrer Klasse erfolgreich durchzusetzen verstanden.

Auch in Rußland wäre das Bestehen eines solchen nichtkadettischen Ministerkabinetts durchaus möglich, das - infolge, sagen wir, des Drucks des alliierten Kapitals, dem Rußland tributpflichtig wird, oder infolge anderer Umstände - es für nötig halten würde, als einzig mögliche Politik eine kadettische Politik zu betreiben.

Es erübrigt sich zu sagen, dass die Kadetten im Notfall nichts gegen ein solches Ministerkabinett einzuwenden hätten, denn ist es schließlich nicht ganz einerlei, wer die kadettische Politik durchführt: die Hauptsache ist doch, dass sie durchgeführt wird!

Der Schwerpunkt der Frage liegt offensichtlich nicht in der personellen Zusammensetzung der Regierung, sondern in ihrer Politik.

Wer daher tatsächlich und nicht nur zum Schein mit den Kadetten brechen will, der muss vor allem mit der Politik der Kadetten brechen.

Aber mit der Politik der Kadetten brechen heißt mit den Gutsbesitzern brechen und ihr Land den Bauernkomitees übergeben, ohne davor zurückzuscheuen, dass eine solche Maßnahme für einige allgewaltige Banken einen schweren Schlag bedeuten würde.

Mit der Politik der Kadetten brechen heißt mit den Kapitalisten brechen und die Produktion sowie die Verteilung unter die Kontrolle der Arbeiter stellen, ohne davor zurückzuscheuen, dass man zu diesem Zweck Hand an die Profite der Kapitalisten legen müsste.

Mit der Politik der Kadetten brechen heißt mit dem Raubkrieg und den Geheimverträgen brechen, ohne davor zurückzuscheuen, dass eine solche Maßnahme für die imperialistischen Cliquen der Alliierten einen schweren Schlag bedeuten würde.

Können es die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre auf einen derartigen Bruch mit den Kadetten ankommen lassen?

Nein, sie können es nicht. Denn damit würden sie aufhören, „Vaterlandsverteidiger“, das heißt Anhänger des Krieges an der Front und des Burgfriedens im Hinterlande, zu sein.

Worauf läuft also das unaufhörliche Geschrei der Menschewiki und Sozialrevolutionäre von einem Bruch mit den Kadetten hinaus?

Auf einen Bruch mit den Kadetten in Worten und auf nichts weiter!

Die Sache ist die, dass nach dem Scheitern der Kornilowverschwörung, nach der Entlarvung des konterrevolutionären Wesens der Miljukowpartei ein offener Pakt mit dieser Partei unter den Arbeitern und Soldaten äußerst unpopulär geworden ist: die Menschewiki und Sozialrevolutionäre brauchen sich nur auf einen solchen Pakt einzulassen, und im Nu haben sie die letzten Reste ihrer einstigen Armee verloren. Darum sind sie gezwungen, statt eines offenen Pakts einen getarnten Pakt einzugehen. Daher das Geschrei von dem Bruch mit den Kadetten, das den hinter den Kulissen mit den Kadetten geschlossenen Pakt verdecken soll. Zum Schein ruft man: Nieder mit den Kadetten! In Wirklichkeit aber schließt man mit den Kadetten ein Bündnis! Zum Schein heißt es: Eine Regierung ohne Kadetten! In Wirklichkeit ist es eine Regierung für die Kadetten, die einheimischen sowohl wie die alliierten, die den „Machthabern“ ihren Willen diktieren.

Daraus folgt aber, dass Rußland in jene Phase der politischen Entwicklung eingetreten ist, wo ein offener Pakt mit der imperialistischen Bourgeoisie zu gewagt wird. Wir durchleben eine Periode sozial-chauvinistischer, ihrer Zusammensetzung nach nichtkadettischer Regierungen, die nichtsdestoweniger berufen sind, den Willen der imperialistischen Bourgeoisie zu erfüllen. Das dieser Tage entstandene „Direktorium“ stellt den ersten Versuch zur Bildung einer solchen Regierung dar.

Es ist anzunehmen, dass die auf den 12. September anberaumte Beratung, falls sie nicht mit einer Farce endet, versuchen wird, eine ebensolche, wahrscheinlich etwas „linkere“ Regierung zu bilden.

Die Pflicht der fortgeschrittenen Arbeiter ist es, solchen nichtkadettischen, Regierungen die Maske vom Gesicht zu reißen und den Massen ihr wahres kadettisches Wesen zu zeigen.

„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 3,
6. September 1917.
Unterschrift: K. St.

DIE ZWEITE WELLE

Die erste Welle der russischen Revolution setzte im Zeichen des Kampfes gegen den Zarismus ein. Die Hauptkräfte der Revolution waren damals die Arbeiter und die Soldaten. Sie waren jedoch nicht die einzigen Kräfte. Gleichzeitig „traten auf“: die liberalen Bourgeois (Kadetten) und die englischen und französischen Kapitalisten, wobei die ersteren vom Zarismus abrückten, weil er unfähig war, ihnen den Weg nach Konstantinopel zu bahnen, und die letzteren den Zarismus im Stich ließen, weil er einen Separatfrieden mit Deutschland anstrebte.

So entstand eine gewisse verkappte Koalition, unter deren Druck der Zarismus von der Bildfläche verschwinden musste. Dabei wurde schon am Tage nach dem Sturz des Zarismus diese verkappte Koalition zu einer offenen und nahm die Form eines bestimmten Vertrages zwischen der Provisorischen Regierung und dem Petrograder Sowjet, zwischen den Kadetten und der „revolutionären Demokratie“ an.

Diese Kräfte verfolgten jedoch ganz verschiedene Ziele. Während die Kadetten und die englischen und französischen Kapitalisten nur eine kleine Revolution wollten, um die revolutionäre Begeisterung der Massen im Interesse des großen imperialistischen Krieges auszunutzen, erstrebten die Arbeiter und Soldaten dagegen die radikale Zerschlagung des alten Regimes und den vollen Sieg einer großen Revolution, um die Gutsbesitzer zu stürzen, die imperialistische Bourgeoisie zu bändigen, die Beendigung des Krieges herbeizuführen und einen gerechten Frieden zu sichern.

Dieser fundamentale Gegensatz bildete die Grundlage für die weitere Entwicklung der Revolution. Er bedingte auch im Voraus die Brüchigkeit der Koalition mit den Kadetten.

Der Ausdruck dieses Gegensatzes sind all die so genannten Krisen der Macht, die letzte, die Augustkrise, mit einbegriffen.

Wenn während dieser Krisen der Erfolg stets der imperialistischen Bourgeoisie zufiel, wenn die Arbeiter und Soldaten nach jeder „Beilegung“ einer Krise die Betrogenen waren und die Koalition in der einen oder anderen Form dennoch aufrechterhalten blieb, so ist dies nicht allein durch die hoch entwickelte Organisation und die finanzielle Macht der imperialistischen Bourgeoisie zu erklären, sondern auch dadurch, dass sich die schwankenden Oberschichten des Kleinbürgertums und ihre Parteien, die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, denen noch die breiten Massen des Kleinbürgertums unseres überhaupt kleinbürgerlichen Landes folgen, jedesmal „auf die andere Seite der Barrikade“ stellten und den Kampf um die Macht zugunsten der Kadetten entschieden.

Ihre größte Kraft erreichte die Koalition mit den Kadetten in den Julitagen, als die Mitglieder der Koalition in geschlossener Kampffront auftraten und ihre Waffen gegen die „bolschewistischen“ Arbeiter und Soldaten richteten.

Die Moskauer Beratung war in dieser Hinsicht nur das Echo der Julitage, wobei die Nichtzulassung der Bolschewiki zur Beratung die Gewähr für die Festigung der „ehrlichen Koalition“ mit den „lebendigen Kräften“ des Landes bilden sollte, denn die Isolierung der Bolschewiki wurde als notwendige Voraussetzung für die Festigkeit der Koalition mit den Kadetten angesehen.

So lagen die Dinge bis zum Kornilowaufstand.

Mit Kornilows Aktion ändert sich das Bild.

Bereits auf der Moskauer Beratung wurde es klar, dass sich das Bündnis mit den Kadetten in ein Bündnis mit den Kornilow und Kaledin nicht gegen ... die Bolschewiki allein, sondern gegen die ganze russische Revolution, gegen das Fortbestehen der Errungenschaften der Revolution selbst zu verwandeln drohte. Der Boykott der Moskauer Beratung und der Proteststreik der Moskauer Arbeiter entlarvten den konterrevolutionären Charakter dieser Zusammenkunft und durchkreuzten die Pläne der Verschwörer; sie waren damals nicht bloß eine Warnung in diesem Sinne, sondern auch ein Appell, bereit zu sein. Es ist bekannt, dass

dieser Appell nicht eine Stimme in der Wüste blieb: eine ganze Reihe von Städten antwortete sogleich mit Proteststreiks...

Das war ein drohendes Omen.

Der Kornilowaufstand öffnete nur das Ventil für die angestaute revolutionäre Empörung, er entfesselte lediglich die schon fast geknebelte Revolution, spornte sie an und trieb sie vorwärts.

Und hier, im Feuer des Kampfes mit den konterrevolutionären Kräften, in dem die Worte und Verheißungen durch die lebendige Tat, durch den direkten Kampf geprüft werden - hier zeigten sich die wahren Freunde und Feinde der Revolution, die wahren Verbündeten der Arbeiter, Bauern und Soldaten und die Verräter an ihrer Sache.

Die so mühselig aus verschiedenartigem Material zusammengezimmerter Provisorischer Regierung geht beim ersten Stoß des Kornilowaufstandes aus den Fugen.

Es ist „traurig“, aber wahr: Die Koalition nimmt sich wie eine Macht aus, wenn es gilt, von der „Rettung der Revolution“ zu schwatzen, sie entpuppt sich als ein erbärmliches Nichts, wenn es gilt, die Revolution tatsächlich aus der Todesgefahr zu erretten.

Die Kadetten treten aus der Regierung aus, solidarisieren sich offen mit den Kornilowleuten. Die Imperialisten aller Farben und Spielarten, Bankiers und Fabrikanten, Werkbesitzer und Schieber, Gutsbesitzer und Generale, die Piraten der Feder vom „Nowoje Wremja“ und die feigen Provokateure von der „Birshowka“ - sie alle, mit der Kadettenpartei an der Spitze und im Bunde mit den englisch-französischen imperialistischen Cliques, finden sich zum Kampf gegen die Revolution und ihre Errungenschaften in einem Lager mit den Konterrevolutionären zusammen.

Es wird klar: Das Bündnis mit den Kadetten ist ein Bündnis mit den Gutsbesitzern gegen die Bauern, mit den Kapitalisten gegen die Arbeiter, mit den Generalen gegen die Soldaten.

Es wird klar: Wer Miljukow zustimmt, stimmt dadurch auch Kornilow zu und muss sich gegen die Revolution wenden, denn Miljukow und Kornilow sind „eines Geistes Kinder“.

Die vage Erkenntnis dieser Wahrheit liegt denn auch der neuen revolutionären Massenbewegung, der zweiten Welle der russischen Revolution, zugrunde.

Und wenn die erste Welle mit dem Triumph der Koalition mit den Kadetten endet (Moskauer Beratung!), so beginnt die zweite mit dem Zusammenbruch dieser Koalition, mit einem offenen Krieg gegen die Kadetten.

Im Kampf gegen die Konterrevolution der Generale und Kadetten leben die Sowjets und Komitees im Hinterland und an der Front, die schon tot schienen, wieder auf und erstarken.

Im Kampf gegen die Konterrevolution der Generale und Kadetten entstehen neue revolutionäre Komitees der Arbeiter und Soldaten, Matrosen und Bauern, Eisenbahner, Post- und Telegrafangestellten.

Im Feuer dieses Kampfes formieren sich in Moskau und im Kaukasus, in Petrograd und im Ural, in Odessa und Charkow neue lokale Machtorgane.

Es handelt sich hier nicht um die neuen Resolutionen der in diesen Tagen zweifellos mehr nach links gerückten Sozialrevolutionäre und Menschewiki, was an sich natürlich von nicht geringer Bedeutung ist.

Es handelt sich auch nicht um den „Sieg des Bolschewismus“, mit dessen Gespenst die bürgerliche Presse die erschrockenen Philister vom „Djen“ und von der „Wolja Naroda“ erpresst.

Es handelt sich darum, dass im Kampf gegen die Kadetten und entgegen ihrem Willen eine neue Macht erwächst, die die Verbände der Konterrevolution in offenem Kampf besiegt hat.

Es handelt sich darum, dass diese Macht durch ihren Übergang von der Verteidigung zum Angriff unvermeidlich die Lebensinteressen der Gutsbesitzer und Kapitalisten trifft und dadurch die breiten Arbeiter- und Bauernmassen um sich scharft.

Es handelt sich darum, dass diese „nicht anerkannte“ Macht infolge eines derartigen Vorgehens durch die Logik der Dinge gezwungen wird, die Frage ihrer „Legalisierung“ auf

die Tagesordnung zu setzen, wobei sich herausstellt, dass die „offizielle“ Macht, deren unverkennbare Verwandtschaft mit den konterrevolutionären Verschwörern zutage getreten ist, keinen festen Boden unter den Füßen hat.

Es handelt sich schließlich darum, dass sich die Kerenskiregierung, die gestern schon vor einem entschlossenen Kampf gegen die Kornilowsche Konterrevolution zurückschreckte, heute bereits angesichts der neuen Welle der Revolution, die sich stürmisch über immer neue Städte und Gebiete ergießt, mit Kornilow und mit den Kornilowleuten im Hinterland und an der Front verbündet und gleichzeitig „befiehlt“, die Herde der Revolution, die „eigenmächtigen“ Komitees der Arbeiter, Soldaten und Bauern aufzulösen.

Je größer aber die Eintracht zwischen Kerenski und den Kornilow und Kaledin wird, umso breiter wird die Kluft zwischen dem Volk und der Regierung, umso wahrscheinlicher wird der Bruch zwischen den Sowjets und der Provisorischen Regierung.

In diesen Tatsachen und nicht in den Resolutionen einzelner Parteien ist das Todesurteil über die alten paktiererischen Losungen enthalten.

Wir sind weit davon entfernt, den Grad des Bruches mit den Kadetten zu überschätzen. Wir wissen, dass dieser Bruch einstweilen nur formaler Natur ist. Aber für den Anfang bedeutet auch ein solcher Bruch einen Riesenschritt vorwärts. Es ist anzunehmen, dass die Kadetten selber den Rest besorgen werden. Sie boykottieren bereits die Demokratische Beratung. Die Vertreter des Handels und der Industrie, die von den schlaun Strategen des Zentralexekutivkomitees „in ihre Netze gelockt werden“ sollten, treten in die Fußstapfen der Kadetten. Es ist anzunehmen, dass sie diesen Weg weitergehen und durch weitere Stilllegungen der Werke und Fabriken sowie durch Verweigerung des Kredits an die Organe der „Demokratie“ die Zerrüttung und die Hungersnot vorsätzlich verschärfen werden. Dabei wird die „Demokratie“, wenn sie gegen Zerrüttung und Hungersnot kämpft, unvermeidlich in einen entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie hineingezogen werden und wird ihren Bruch mit den Kadetten vertiefen...

Unter dieser Perspektive und in diesem Zusammenhang gesehen, erhält die auf den 12. September anberaumte Demokratische Beratung eine besonders symptomatische Bedeutung. Wie die Beratung enden wird, ob sie die Macht „übernehmen“ wird, ob Kerenski „nachgeben“ wird - all das sind Fragen, deren Beantwortung vorläufig unmöglich ist. Möglicherweise werden sich die Initiatoren der Beratung bemühen, irgendeine schlaue Formel für eine „Übereinkunft“ zu finden. Aber natürlich handelt es sich nicht darum. Die entscheidenden Fragen der Revolution, insbesondere aber die Frage der Macht, werden nicht auf Beratungen entschieden. Eines steht indes fest: Die Beratung wird das Fazit der Ereignisse der letzten Tage ziehen, sie wird das Kräfteverhältnis feststellen und den Unterschied zwischen der ersten, bereits der Vergangenheit angehörenden, und der zweiten, nunmehr anschwellenden Welle der russischen Revolution aufdecken.

Und wir werden erkennen:

Damals, während der ersten Welle, galt der Kampf dem Zarismus und seinen Überresten. Jetzt, während der zweiten Welle, gilt der Kampf den Gutsbesitzern und Kapitalisten.

Damals - Bündnis mit den Kadetten. Jetzt - Bruch mit ihnen.

Damals - Isolierung der Bolschewiki. Jetzt - Isolierung der Kadetten.

Damals - Bündnis mit dem englisch-französischen Kapital und Krieg. Jetzt - heranreifender Bruch mit dem englisch-französischen Kapital und Frieden, ein gerechter und allgemeiner Frieden.

Diesen und nur diesen Weg wird die zweite Welle der Revolution nehmen, was immer die Demokratische Beratung auch beschließen mag.

„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 6,
9. September 1917.
Unterschrift: K. Stalin.

DIE AUSLÄNDER UND DIE VERSCHWÖRUNG KORNILOWS

Im Zusammenhang mit der Verschwörung Kornilows ist in letzter Zeit eine Massenabreise von Ausländern aus Rußland zu verzeichnen. Die Soldschreiber der bürgerlichen Presse versuchen, diese Erscheinung mit „Friedensgerüchten“ oder sogar mit dem „Triumph des Bolschewismus“ in Petrograd und Moskau in Verbindung zu bringen. Das ist jedoch nur ein von den Gelben mit viel Lärm und wenig Geist angewandter Trick, der dazu dienen soll, dem Leser den wahren Grund der Abreise zu verheimlichen. Der wahre Grund der Abreise ist die unbestreitbare Mitschuld gewisser Ausländer an der Verschwörung Kornilows, und zwar sind diese tapferen Herrschaften jetzt vorsorglich bemüht, sich der Verantwortung zu entziehen. Bekanntlich bestand die Besatzung der Panzerautos, die die „wilde Division“ nach Petrograd begleiteten, aus Ausländern.

Bekanntlich haben gewisse Vertreter der Botschaften im Hauptquartier nicht nur von der Verschwörung Kornilows gewusst, sondern auch Kornilow bei deren Vorbereitung geholfen.

Bekanntlich war ein Agent der „Times“ und der imperialistischen Clique in London, der Abenteurer Aladjin, der aus England direkt zur Moskauer Beratung gekommen war und sich dann ins Hauptquartier „verfügte“, die Seele und die erste Geige des Kornilowaufstands.

Bekanntlich liierte sich ein gewisser prominenter Vertreter der prominentesten Botschaft in Rußland schon im Juni eindeutig mit den konterrevolutionären Machenschaften der Kaledin und ihresgleichen und untermauerte seine Beziehungen zu ihnen durch ansehnliche Subsidien aus der Kasse seiner Patrone.

Bekanntlich machten die „Times“ und der „Temps“^[79] kein Hehl aus ihrer Unzufriedenheit mit dem Scheitern des Kornilowaufstands und schmähten und beschimpften die revolutionären Komitees und Sowjets.

Bekanntlich sahen sich die Kommissare der Provisorischen Regierung an der Front gezwungen, gewisse Ausländer, die sich in Rußland aufführen wie Europäer in Zentralafrika, eindeutig zu verwarnen.

Bekanntlich begann die Massenabreise von Ausländern eigentlich gerade in Verbindung mit solchen „Maßnahmen“, wobei die russischen Behörden, die die wertvollen „Zeugen“ nicht aus den Händen lassen wollten, gezwungen waren, gegen die Abreise Maßnahmen zu ergreifen. Buchanan aber (Buchanan selbst!), offenbar aus Furcht vor Enthüllungen, seinerseits „Maßnahmen“ ergriff und den Mitgliedern der britischen Kolonie die Anweisung gab, Rußland zu verlassen. Jetzt „dementiert“ Buchanan „kategorisch“ die „Gerüchte“, wonach der Botschafter Großbritanniens alle Mitglieder der britischen Kolonie in Petrograd angewiesen habe, Rußland zu verlassen (siehe „Rjetsch“). Erstens aber ist dieses seltsame „Dementi“ lediglich eine Bestätigung der „Gerüchte“. Zweitens, wer braucht heute verlogene „Dementis“, wenn gewisse Ausländer (nicht „alle“, sondern gewisse!) bereits abgereist - also entschlüpft - sind?

All das ist, wie gesagt, bekannt und oftmals wiedergekaut worden.

Von alledem schreien sogar die „stummen Steine“.

Und wenn nach alledem irgendwelche „Regierungskreise“ und besonders die bürgerliche Presse die Frage zu vertuschen suchen und die „Schuld“ auf die Bolschewiki abwälzen, so ist das ein untrügliches Anzeichen dafür, dass sowohl diese „Kreise“ als auch diese Presse „tief im Herzen“ die konterrevolutionären Absichten „gewisser Ausländer“ voll und ganz teilen.

Man höre das Organ des „sozialistischen Gedankens“, die Zeitung „Djen“.

„Aus Anlass der Massenabreise von Ausländern - Franzosen und Engländern - aus Rußland wird in Kreisen der Provisorischen Regierung mit Bedauern bemerkt: Es kann nicht wundernehmen, dass angesichts der unausgeglichenen Lage, in der wir uns befinden, die Ausländer sich lieber keinen Unannehmlichkeiten aussetzen wollen. Wird doch leider nicht ohne Grund davon gesprochen, dass die Vertreter der ausländischen Mächte im Falle eines

vollen Triumphs der Bolschewiki es vorziehen würden, Rußland zu verlassen“ („Djen“ vom 10. September).

So schreibt das Organ der vom Gespenst des Bolschewismus erschreckten Philister.

So „bemerken“, noch dazu „mit Bedauern“, irgendwelche niemandem bekannte „Kreise“ der Provisorischen Regierung.

Zweifel sind hier unmöglich: Die Gelben aller Länder vereinigen sich und schmieden ein Komplott gegen die russische Revolution; die Federfuchser der Bankorgane bemühen sich, diese „Arbeit“ durch einen Höllenlärm verlogener Phrasen über „bolschewistische Gefahr“ zu tarnen! und Regierungs„kreise“, die niemand kennt, kommen den Wünschen der englischen und französischen Imperialisten nach und deuten pharisäisch auf die Bolschewiki, machen also den plumpen Versuch, die ausreißenden

Verbrecher durch verlogene Sentenzen über eine „unausgeglichene Lage“ in Rußland zu decken.

Ein schönes Bild...

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 8,
12. September 1917.
Unterschrift: K.*

ZUR DEMOKRATISCHEN BERATUNG

Heute wird die Demokratische Beratung eröffnet.

Wir wollen nicht darüber sprechen, weshalb gerade eine Beratung und nicht ein Sowjetkongress einberufen worden ist. Es besteht kein Zweifel darüber, dass das vom Kongress gewählte ZEK, das in einem schwierigen historischen Augenblick nicht an den Sowjetkongress appelliert hat, sondern an eine Beratung, an der bürgerliche Elemente teilnahmen, sich nicht nur einen groben formalen Verstoß hat zuschulden kommen lassen, sondern auch in unzulässiger Weise dem Willen der revolutionären Klassen den Willen der antirevolutionären Klassen untergeschoben hat. Offenbar hatten die Führer des ZEK die „Idee“, um jeden Preis Wahlrechtsprivilegierte einzuschleusen...

Wir wollen ferner nicht darüber sprechen, dass eine ganze Reihe von Arbeiter- und Soldatensowjets, die die Verbände der Konterrevolution in offenem Ringen besiegt haben, des Stimmrechts auf einer Beratung beraubt worden ist, die berufen sein soll, über die Frage der Macht zu entscheiden, während Wahlrechtsprivilegierte, die direkt und indirekt die Konterrevolution unterstützten, dieses Recht erhalten haben. Wie die Geschichte der Revolutionen zeigt, hat es die Bourgeoisie überhaupt gern den Arbeitern und Bauern überlassen, allein, auf eigenes Risiko und eigene Gefahr zu kämpfen, hat aber stets dagegen gekämpft, dass die siegreichen Arbeiter und Bauern sich die Früchte ihres Sieges zunutze machten und selber an die Macht kamen. Wir haben nicht geglaubt, dass sich das ZEK endgültig mit der Schande bedecken werde, in dieser Beziehung den Weg der Bourgeoisie zu beschreiten...

Es ist durchaus begreiflich, dass eine ganze Anzahl Arbeiter- und Soldatenorganisationen in der Provinz, im Hinterland und an der Front in Zentralrußland und in Charkow, im Donezbecken und in Sibirien, in Samara und in Dwinsk gegen diese schreiende Verletzung der Rechte der Revolution energisch protestiert haben.

Aber, wie gesagt, nicht darüber wollen wir sprechen. Kommen wir zur Hauptfrage.

Die Beratung ist einberufen worden, um die Bedingungen festzulegen, die zur „Organisierung einer revolutionären Staatsmacht“ notwendig sind. Also, wie soll die Staatsmacht organisiert werden?

Zweifellos kann man nur das organisieren, was man hat - man kann nicht eine Macht organisieren, die andere besitzen. Eine Beratung, die es unternimmt, eine Macht zu organisieren, die sie nicht hat, die in Kerenskis Händen konzentriert ist, die bereits einmal von Kerenski gegen „die Sowjets und die Bolschewiki“ in Petrograd eingesetzt wurde - eine solche Beratung kann gleich bei dem ersten Versuch, von Worten zur Tat überzugehen, in die dümmste Lage geraten.

Denn eins von beiden:

Entweder wird die Beratung trotz allem in der Tat die Macht „ergreifen“ - und dann kann und muss man von der Organisierung der von ihr eroberten revolutionären Macht reden.

Oder die Beratung wird nicht die Macht „ergreifen“, wird den Bruch mit Kerenski nicht vollziehen - und dann muss das Gerede von der Organisierung der Macht unweigerlich in leeres Geschwätz ausarten.

Aber nehmen wir an - nehmen wir für einen Augenblick an -, durch irgendein Wunder sei die Macht ergriffen worden und sie brauche nur noch organisiert zu werden. Es fragt sich: Wie soll sie organisiert werden? Auf welcher Grundlage soll sie errichtet werden?

- Auf der Grundlage der Koalition mit der Bourgeoisie! - antworten die Awxentjew und Zereteli im Chor.

- Ohne Koalition mit der Bourgeoisie gibt es keine Rettung! - zeternder „Djen“, die „Wolja Naroda“ und andere Nachbeter der imperialistischen Bourgeoisie.

Aber wir haben sechs Monate Koalition mit der Bourgeoisie hinter uns. Was hat uns diese Koalition gegeben, außer Verschlimmerung der Zerrüttung und quälender Hungersnot, außer

Verlängerung des Krieges und wirtschaftlichem Zerfall, außer den vier Krisen der Macht und dem Kornilowaufstand, außer Erschöpfung des Landes und finanzieller Knechtung durch den Westen?

Ist das den Herren Paktierern etwa nicht genug?

Man spricht von der Kraft und der Stärke der Koalition, von der „Erweiterung der Basis“ der Revolution usw. Aber weshalb zerfiel die Koalition mit der Bourgeoisie, die Koalition mit den Kadetten gleich bei dem ersten Windhauch des Kornilowaufstands zu Staub? Sind denn die Kadetten etwa nicht aus der Regierung desertiert? Wo ist die „Kraft“ der Koalition und wo ist hier die „Erweiterung der Basis“ der Revolution?

Werden die Herren Paktierer jemals begreifen, dass es unmöglich ist, im Bunde mit Deserteuren „die Revolution zu retten“?

Wer hat die Revolution und ihre Errungenschaften in den Tagen des Kornilowaufstands behauptet?

Die „liberale Bourgeoisie“ vielleicht? Aber sie stand in diesen Tagen in einem Lager mit den Kornilowleuten gegen die Revolution und ihre Komitees. Davon sprechen Miljukow und Maklakow jetzt ganz offen.

Die „Handels- und Industrieklassen“ vielleicht? Aber sie standen in diesen Tagen gleichfalls in einem Lager mit Kornilow. Davon sprechen die „Männer der Öffentlichkeit“ beim früheren Hauptquartier Kornilows - Gutschkow, Rjabuschinski und Kumpanei - jetzt ganz offen.

Werden die Herren Paktierer jemals begreifen, dass eine Koalition mit der Bourgeoisie ein Bündnis mit den Kornilow und Lukomski ist?

Man spricht von der Verschlimmerung der industriellen Zerrüttung, obgleich die kapitalistischen Aussperrer an Hand von Tatsachen überführt werden, vorsätzlich die Produktion gedrosselt zu haben ... Man spricht vom Rohstoffmangel, obgleich die kaufmännischen Spekulanten an Hand von Tatsachen überführt werden, Baumwolle, Kohle und and res auf die Seite gebracht zu haben . . . Man spricht von der Hungersnot in den Städten, obgleich die spekulierenden Banken an Hand von Tatsachen angeklagt werden, die Getreidezufuhr künstlich aufgehalten zu haben ... Werden die Herren Paktierer jemals begreifen, dass eine Koalition mit der Bourgeoisie, eine Koalition mit Wahlrechtsprivilegierten ein Bündnis mit Gaunern und Spekulanten, ein Bündnis mit Marodeuren und Aussperrern ist?

Und versteht es sich nicht von selbst, dass man nur im Kampf gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, nur im Kampf gegen die Imperialisten aller Schattierungen, nur im Kampf gegen sie und durch den Sieg über sie das Land vor Hunger und Zerrüttung, vor wirtschaftlicher Erschöpfung und finanziellem Zusammenbruch, vor Zerfall und Verwilderung retten kann?

Und wenn sich die Sowjets und Komitees als die Hauptbollwerke der Revolution erwiesen haben, wenn die Sowjets und Komitees die aufständische Konterrevolution besiegt haben - geht dann nicht klar daraus hervor, dass sie, und nur sie, jetzt die Hauptträger der revolutionären Macht im Lande sein müssen?

Sie fragen, wie die revolutionäre Macht zu organisieren ist?

Aber sie organisiert sich ja schon außerhalb der Beratung, und vielleicht entgegen der Beratung, im Kampf gegen die Konterrevolution, auf dem Boden des faktischen Bruchs mit der Bourgeoisie, im Kampf gegen diese Bourgeoisie - aus der Mitte der revolutionären Arbeiter, Bauern, Soldaten.

Die Elemente dieser Staatsmacht sind die revolutionären Komitees und Sowjets im Hinterland und an der Front.

Die Keimzelle dieser Staatsmacht ist der linke Flügel, der auf der Beratung gebildet werden dürfte.

Die Beratung wird diesen Prozess der Herausbildung der revolutionären Staatsmacht zu sanktionieren und zu vollenden oder aber sich Kerenski auf Gnade und Ungnade zu ergeben und vom Schauplatz zu verschwinden haben.

Das ZEK hat bereits gestern versucht, den revolutionären Weg einzuschlagen, als es eine Koalition mit den Kadetten ablehnte.

Die Kadetten aber sind die einzige ernstzunehmende bürgerliche Partei. Werden die Herren Paktierer begreifen, dass es in den bürgerlichen Kreisen niemanden mehr gibt, mit dem sie eine Koalition eingehen könnten?

Werden sie kühn genug sein, die Wahl zu treffen?

Warten wir ab.

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr.10,
14. September 1917.
Leitartikel.*

ZWEI LINIEN

Die Grundfrage der Revolution ist die Frage der Macht. Der Charakter der Revolution, ihr Verlauf und Ausgang werden in vollem Maße dadurch bestimmt, in wessen Händen sich die Macht befindet, welche Klasse an der Macht ist. Die so genannte Krise der Macht ist nichts anderes als der Ausdruck des Kampfes der Klassen um die Macht. Eine revolutionäre Epoche ist eigentlich gerade dadurch gekennzeichnet, dass in ihr der Kampf um die Macht den schärfsten und unverhülltesten Charakter annimmt. Daraus ergibt sich bei uns die „chronische“, noch dazu durch Krieg, Zerrüttung und Hungersnot verschärfte Krise der Macht. Daraus entspringt auch die „erstaunliche“ Tatsache, dass es heutzutage keine einzige „Beratung“, keinen einzigen „Kongress“ gibt, wo die Frage der Macht nicht zur Sprache kommt.

Auch auf der im Alexandra-Theater tagenden Demokratischen Beratung musste diese Frage zur Sprache kommen.

Zwei Linien sind auf dieser Beratung in der Frage der Macht zum Ausdruck gekommen.

Die erste Linie ist die Linie der offenen Koalition mit der Kadettenpartei. Sie wird von den „Vaterlandsverteidigern“ aus den Reihen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre propagiert. Auf der Beratung wurde sie von dem geschworenen Paktierer Zereteli verfochten.

Die zweite Linie ist die Linie des radikalen Bruchs mit der Kadettenpartei. Sie wird von unserer Partei und von den Internationalisten aus den Reihen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki propagiert. Auf der Beratung wurde sie von Kamenew verfochten.

Die erste Linie führt zur Errichtung der Macht der imperialistischen Bourgeoisie über das Volk. Denn die Erfahrung der Koalitionsregierung hat gezeigt, dass die Koalition mit den Kadetten die Herrschaft des Gutsherrn über den Bauern bedeutet, dem man keinen Boden gibt, dass sie die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter bedeutet, den man zur Arbeitslosigkeit verurteilt, dass sie die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit bedeutet, die man dem Krieg und der Zerrüttung, dem Hunger und dem Ruin ausliefert.

Die zweite Linie führt zur Errichtung der Macht des Volkes über die Gutsbesitzer und Kapitalisten. Denn mit der Partei der Kadetten brechen bedeutet ja eben, den Bauern den Grund und Boden, den Arbeitern die Kontrolle und der werktätigen Mehrheit einen gerechten Frieden sichern.

Die erste Linie drückt der bestehenden Regierung das Vertrauen aus und belässt ihr die ganze Machtfülle.

Die zweite Linie drückt ihr das Misstrauen aus, sie ist die Linie des Kampfes für den Übergang der Macht an die unmittelbaren Vertreter der Arbeiter-, Bauern- und Soldatensowjets.

Es gibt Leute, die von einer Versöhnung dieser beiden unversöhnlichen Linien träumen. Das tut zum Beispiel Tschernow, der in der Beratung gegen die Kadetten, aber für die Koalition mit den Kapitalisten auftrat, wenn (!) die Kapitalisten auf ihre Interessen verzichten (!). Die innere Verlogenheit der „Position“ Tschernows liegt auf der Hand, allein hier geht es nicht darum, dass die Position widerspruchsvoll ist, sondern darum, dass mit ihrer Hilfe das Zeretelische Gerümpel einer Koalition mit der Kadettenpartei eingeschmuggelt wird.

Denn diese Position eröffnet Kerenski den Weg, „von der Plattform der Beratung ausgehend“, die Regierung durch verschiedene Leute wie Buryschkin und Kischkin „zu ergänzen“, die bereit sind, jede beliebige Plattform zu unterschreiben, um sie nachher nicht in die Tat umzusetzen.

Denn sie, eben diese heuchlerische „Position“, erleichtert Kerenski den Kampf gegen die Sowjets und die Komitees, indem sie ihm in Gestalt des beratenden „Vorparlaments“ eine Waffe in die Hand gibt.

Tschernows „Linie“ ist die gleiche Linie wie die Zeretelis, nur ist sie „schlau“ getarnt, um ein paar Einfaltspinsel ins Netz der „Koalition“ zu locken.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass die Beratung in die Fußstapfen Tschernows treten wird.

Die Beratung ist jedoch nicht die letzte Instanz.

Beide oben gezeichnete Linien bringen nur das zum Ausdruck, was in Wirklichkeit vorhanden ist. Und in Wirklichkeit haben wir nicht eine Staatsgewalt, sondern zwei: eine offizielle Macht, nämlich das Direktorium, und eine inoffizielle Macht, nämlich die Sowjets und Komitees.

Der Kampf zwischen diesen beiden Mächten, der vorerst noch unbewusst, noch nicht zielklar geführt wird - das ist das charakteristische Merkmal der gegenwärtigen Situation.

Die Beratung ist offensichtlich dazu berufen, das Zünglein an der Waage zu bilden, das die Machtfrage zugunsten des Direktoriums entscheiden soll.

Mögen jedoch die Herren Paktierer, die verkappten wie die offenen, wissen: Wer sich für das Direktorium einsetzt, der errichtet die Macht der Bourgeoisie, der gerät unvermeidlich in Konflikt mit den Arbeiter- und Soldatenmassen und muss sich gegen die Sowjets und die Komitees wenden.

Es kann den Herren Paktierern nicht unbekannt sein, dass das letzte Wort den revolutionären Komitees und den Sowjets gehört.

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 12,
16. September 1917.
Leitartikel.*

ALLE MACHT DEN SOWJETS!

Die Revolution marschiert. In den Julitagen unter Feuer genommen und auf der Moskauer Beratung „zu Grabe getragen“, erhebt sie von neuem ihr Haupt, reißt die alten Schranken nieder und schafft eine neue Macht. Die erste Schützengrabenlinie der Konterrevolution ist genommen. Nach Kornilow hat auch Kaledin den Rückzug angetreten. Im Feuer des Kampfes leben die Sowjets, die schon tot schienen, wieder auf. Sie treten von neuem ans Steuer und führen die revolutionären Massen voran.

Alle Macht den Sowjets! - das ist die Losung der neuen Bewegung.

Gegen die neue Bewegung tritt die Kerenskiregierung in den Kampf. Schon in den ersten Tagen des Kornilowaufstands drohte sie mit Auflösung der revolutionären Komitees und schmähte den Kampf gegen den Kornilowputsch als „Eigenmächtigkeit“. Seitdem hat sich der Kampf gegen die Komitees immer mehr verschärft, und in letzter Zeit artet er in einen offenen Krieg aus.

Der Simferopoler Sowjet verhaftet den sattsam bekannten Rjabuschinski, der an der Verschwörung Kornilows beteiligt war. Als Antwort darauf verfügt jedoch die Kerenskiregierung „Maßnahmen, um Rjabuschinski in Freiheit zu setzen und die Personen, die ihn ungesetzlicherweise verhaftet haben, zur Verantwortung zu ziehen“ („Rjetsch“).

In Taschkent geht die ganze Macht in die Hände des Sowjets über, die alten Behörden werden abgesetzt. Die Kerenskiregierung beantwortet dies jedoch mit „einer Reihe von Maßnahmen, die einstweilen noch geheim gehalten werden, die aber dazu angetan sind, auf die Männer des Taschkenter Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die über die Stränge schlugen, höchst ernüchternd zu wirken“ („Russkije Wjedomosti“).

Die Sowjets fordern eine strenge und allseitige Untersuchung der Affäre Kornilow und Komplizen. Die Kerenskiregierung beantwortet diese Forderung jedoch damit, dass sie „die Untersuchung auf einen ganz engen Personenkreis beschränkt und einige sehr wichtige Quellen, die es ermöglichen würden, Kornilows Verbrechen als Landesverrat und nicht bloß als Meuterei zu qualifizieren, unbenutzt lässt“ (Referat Schubnikows, „Nowaja Shisn“).

Die Sowjets fordern den Bruch mit der Bourgeoisie, in erster Linie den Bruch mit den Kadetten. Die Kerenskiregierung beantwortet dies jedoch damit, dass sie mit Leuten wie Kischkin und Konowalow Verhandlungen führt, sie zum Eintritt in die Regierung auffordert und die „Unabhängigkeit“ der Regierung von den Sowjets verkündet.

Alle Macht der imperialistischen Bourgeoisie! - das ist die Losung der Kerenskiregierung.

Zweifel sind hier ausgeschlossen. Wir haben es mit zwei Mächten zu tun: mit der Macht Kerenskis und seiner Regierung und mit der Macht der Sowjets und Komitees.

Der Kampf zwischen diesen beiden Mächten ist das charakteristische Merkmal der gegenwärtigen Situation.

Entweder die Macht der Kerenskiregierung und damit die Herrschaft der Gutsbesitzer und Kapitalisten, Krieg und Zerrüttung.

Oder die Macht der Sowjets und damit die Herrschaft der Arbeiter und Bauern, Frieden und Liquidierung der Zerrüttung.

So und nur so wird die Frage vom Leben selbst gestellt.

Bei jeder Machtkrise wurde diese Frage von der Revolution aufgeworfen. Jedesmal haben sich die Herren Paktierer um eine eindeutige Antwort gedrückt, haben sie die Macht den Feinden in die Hände gespielt. Als die Paktierer anstatt eines Sowjetkongresses die Beratung einberiefen, wollten sie sich wiederum drücken und die Macht der Bourgeoisie überlassen. Sie haben jedoch falsch kalkuliert. Die Zeit ist gekommen, wo man sich nicht mehr drücken kann.

Die direkte Frage, die das Leben stellt, erheischt eine klare und bestimmte Antwort.

Für oder gegen die Sowjets!

Die Herren Paktierer mögen ihre Wahl treffen.

*„Rabotschi Putj“ (Der .Arbeiterweg) Nr. 13,
17. September 1917.
Leitartikel.*

ÜBER DIE REVOLUTIONÄRE FRONT

Die Sozialrevolutionäre vom „Djelo Naroda“ sind mit den Bolschewiki unzufrieden. Sie beschimpfen die Bolschewiki, sie verleumden die Bolschewiki, schließlich drohen sie sogar den Bolschewiki. Weswegen? Wegen „zügelloser Demagogie“, wegen „fraktionellen Sektierertums“, wegen „Spaltungspolitik“, wegen Fehlens „revolutionärer Disziplin“. Kurzum: deswegen, weil die Bolschewiki gegen eine Einheit mit den Sozialrevolutionären vom „Djelo Naroda“ sind.

Eine Einheit mit den Sozialrevolutionären vom „Djelo Naroda“ ... Aber man urteile selbst, ob eine derartige Einheit jetzt möglich ist.

Während sich die Demokratische Beratung in Petrograd in wortreichen Diskussionen ergeht und die Initiatoren der Beratung in aller Eile Formeln zur „Rettung“ der Revolution ausarbeiten, indes die Kerenskiregierung, angespornt von Buchanan und Miljukow, ihren „eigenen“ Weg weiterverfolgt, geht in Rußland der entscheidende Prozess des Heranwachsens einer neuen Macht vor sich, einer wirklichen Volksmacht, einer wirklich revolutionären Macht, die einen erbitterten Kampf um ihre Existenz führt. Auf der einen Seite haben wir die Sowjets, die an der Spitze der Revolution stehen, an der Spitze des Kampfes gegen die Konterrevolution, die noch nicht zerschlagen ist, die nur zurückgewichen ist und sich wohlweislich hinter dem Rücken der Regierung versteckt. Auf der anderen Seite haben wir die Kerenskiregierung, die die Konterrevolutionäre deckt, die sich mit den Kornilowleuten (Kadetten!) verständigt, die den Sowjets den Krieg erklärt hat und sie zu zerschlagen sucht, um nicht selber zerschlagen zu werden.

Wer wird in diesem Kampfe siegen - das ist jetzt der Kern der Frage.

Entweder die Macht der Sowjets, und das bedeutet Sieg der Revolution und gerechten Frieden. Oder die Macht der Kerenskiregierung, und das bedeutet Sieg der Konterrevolution und „Krieg bis zur völligen“ ... Erschöpfung Rußlands.

Die Beratung entscheidet diese Frage nicht, sie spiegelt bloß, natürlich mit großer Verspätung, diesen Kampf wider.

Darum besteht das Grundlegende jetzt nicht darin, eine allgemeine Formel für die „Rettung“ der Revolution auszuarbeiten, sondern die Sowjets in ihrem Kampf gegen die Kerenskiregierung unmittelbar zu unterstützen.

Sie wollen die revolutionäre Einheitsfront? Unterstützen Sie die Sowjets, brechen Sie mit der Kerenskiregierung, und die Einheit kommt von selbst. Die Einheitsfront wird nicht in Diskussionen, sondern im Kampf geschaffen.

Die Sowjets fordern die Absetzung der kadettischen Kommissare. Die Kerenskiregierung aber zwingt ihnen unbeliebte Kommissare auf und droht mit Gewaltanwendung...

Für wen sind Sie, Bürger vom „Djelo Naroda“, für die Sowjets oder für die Kommissare Kerenskis?

In Taschkent hat der Sowjet, dessen Mehrheit aus Sozialrevolutionären besteht, die alten Beamten abgesetzt und die Macht in seine Hände genommen. Die Kerenskiregierung aber schickt eine Strafexpedition hin und fordert die Wiedereinsetzung der alten Behörden, die „Bestrafung“ des Sowjets usw...

Für wen sind Sie, Bürger vom „Djelo Naroda“, für den Taschkenter Sowjet oder für die Strafexpedition Kerenskis?

Die Antwort bleibt aus. Denn uns ist kein einziger Protest bekannt, wir wissen von keiner einzigen Kampfhandlung der Anhänger des „Djelo Naroda“ gegen diese konterrevolutionären Exerzitien des Herrn Kerenski.

Unglaublich, aber wahr. Der Petrograder Sozialrevolutionär Kerenski der im Direktorium sitzt, zieht, mit „Maschinengewehren“ bewaffnet, in den Kampf gegen die Sozialrevolutionäre, die im Taschkenter Sowjet sitzen, aber das Zentralorgan der Partei der Sozialrevolutionäre, das „Djelo Naroda“, schweigt tiefsinnig und tut, als ob es die Sache nichts angehe! Der

Sozialrevolutionär Kerenski ist drauf und dran, sich mit den Sozialrevolutionären in Taschkent zu schlagen, aber das „Djelo Naroda“, das den Pogrom „befehl“ Kerenskis abdruckt, findet es angängig, schweigend über ihn hinwegzugehen, offenbar um die „Neutralität“ zu wahren!

Was ist das aber für eine Partei, deren Mitglieder so weit gehen, dass sie sich mit offensichtlicher Duldung ihres Zentralorgans gegenseitig an die Gurgel springen?

Man redet uns von Einheit der revolutionären Front. Aber Einheit mit wem?

Mit der Partei der Sozialrevolutionäre etwa, die keine eigene Meinung hat, da sie schweigt?

Mit der Gruppe Kerenskis etwa, die die Sowjets zerschlagen will?

Oder mit der Gruppe der Taschkenter Sozialrevolutionäre, die im Namen der Revolution und ihrer Errungenschaften eine neue Macht schaffen?

Wir sind bereit, den Taschkenter Sowjet zu unterstützen, wir werden mit den revolutionären Sozialrevolutionären in Reih und Glied kämpfen, mit ihnen werden wir eine Einheitsfront bilden.

Aber werden die Bürger vom „Djelo Naroda“ jemals begreifen, dass es unmöglich ist, gleichzeitig sowohl die Taschkenter als auch Kerenski zu unterstützen - denn wer die Taschkenter unterstützt, der bricht mit Kerenski?

Werden sie jemals begreifen, dass sie die Sache ihrer Taschkenter Genossen verraten, wenn sie mit der Kerenskiregierung nicht brechen und „Neutralität“ wahren?

Werden sie jemals begreifen, dass es notwendig ist, bevor man eine Einheitsfront mit den Bolschewiki fordert, erst bei sich zu Hause, in der eigenen Partei, die Einheit herzustellen und entweder mit Kerenski oder mit den linken Sozialrevolutionären ganz eindeutig zu brechen?

Sie wollen eine Einheitsfront mit den Bolschewiki? Brechen Sie mit der Kerenskiregierung, unterstützen Sie die Sowjets in ihrem Kampf um die Macht, und die Einheit wird da sein.

Weshalb kam die Einheit in den Tagen des Kornilowaufstands so leicht und einfach zustande? Weil sie damals nicht das Resultat endloser Diskussionen war, sondern aus dem direkten Kampf gegen die Konterrevolution hervorging.

Die Konterrevolution ist noch nicht zerschlagen. Sie hat sich bloß zurückgezogen und versteckt sich hinter dem Rücken der Kerenskiregierung. Will die Revolution siegen, so muss sie auch diese zweite Schützengrabenlinie der Konterrevolution erstürmen. Im erfolgreichen Kampf der Sowjets um die Macht besteht ja gerade die Vollendung dieses Sieges. Wer nicht „auf die andere Seite der Barrikade“, wer nicht unter das Feuer der Sowjets geraten will, wer den Sieg der Revolution will, der muss mit der Kerenskiregierung brechen, der muss den Kampf der Sowjets unterstützen.

Sie wollen die Einheit der revolutionären Front?

Unterstützen Sie die Sowjets gegen das Direktorium, unterstützen Sie entschlossen und bis ans Ende den Kampf gegen die Konterrevolution, dann wird die Einheit ganz natürlich, einfach und von selbst entstehen, wie dies in den Tagen des Kornilowaufstands der Fall war.

Mit den Sowjets oder gegen sie? Sie haben die Wahl, Bürger vom „Djelo Naroda“!

„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 14,
19. September 1917.
Leitartikel.

SIE SCHMIEDEN KETTEN

Die Maschinerie des Paktierens hat zu arbeiten begonnen. Im Winterpalast, in diesem politischen Absteigequartier, wimmelt es von Gästen. Wen trifft man hier nicht alles? Moskauer Kornilowleute und Petrograder Sawinkowleute, den Kornilow „minister“ Nabokow und den Entwaffnungshelden Zereteli, den geschworenen Feind der Sowjets Kischkin und den berüchtigten Aussperrer Konowalow, Vertreter der Partei der politischen Deserteure (Kadetten!), Genossenschaftsbonzen vom Schlage Berkenheims, Vertreter der Partei der Strafexpeditionen (Sozialrevolutionäre!) und rechte Semstwomänner vom Schlage Duschetschkins, politische Kuppler aus dem Direktorium und bekannte Geldsäcke aus den Kreisen der „Männer der Öffentlichkeit“ - das sind die ehrenwerten Gäste.

Einerseits Kadetten und Industrielle.

Andererseits „Vaterlandsverteidiger“ und Genossenschaftler.

Dort die Industriellen als Stütze und das Heer der Kadetten.

Hier die Genossenschaftler als Stütze und das Heer der „Vaterlandsverteidiger“, denn nachdem die „Vaterlandsverteidiger“ die Sowjets verloren hatten, mussten sie sich auf ihre alten Positionen, zu den Genossenschaftlern, zurückziehen.

„Ziehen Sie einen Trennungsstrich zwischen sich und den Bolschewiki“, und dann „werden die Bourgeoisie und die Demokratie eine gemeinsame Front haben“, sagt Kischkin den „Vaterlandsverteidigern“.

- Zu Befehl-, antwortet Awxentjew, - doch lasst uns erst mal einen „staatsmännischen Standpunkt“ festlegen.

„Die Bourgeoisie muss nicht minder als die Demokratie dem Anwachsen des Bolschewismus Rechnung tragen und um die Schaffung einer Koalitionsregierung besorgt sein“, souffliert Berkenheim Awxentjew.

- Zu Befehl -, antwortet Awxentjew.

Man höre: Die Koalitionsregierung braucht man also zum Kampf gegen den Bolschewismus, das heißt gegen die Sowjets, das heißt gegen die Arbeiter und Soldaten.

- Das Vorparlament muss ein „beratendes Organ“ sein, und die Regierung muss von ihm „unabhängig“ sein -, sagt Nabokow.

- Zu Befehl -, antwortet Zereteli, denn er ist damit einverstanden, „dass die Provisorische Regierung keine formale ... Verantwortlichkeit vor dem Vorparlament trägt“ („Rjetsch“).

- Nicht das Vorparlament bildet die Regierung, sondern die Regierung ruft umgekehrt das Vorparlament ins Leben, „indem sie seine Zusammensetzung, seine Befugnisse und seine Geschäftsordnung festlegt“ -, heißt es in der Deklaration der Kadetten.

- Einverstanden -, erwidert Zereteli, „die Regierung muss diese Institution sanktionieren“ („Nowaja Shisn“) und ihre „Struktur“ festlegen („Rjetsch“).

Und Herr Kerenski, dieser ehrliche Makler aus dem Winterpalast, erhebt autoritativ seine Stimme:

1. „Die Organisierung der Staatsmacht und die Ergänzung des Kabinetts stehen heute nur der Provisorischen Regierung zu.“

2. „Diese Beratung“ (das Vorparlament) „darf nicht die Funktionen und die Rechte eines Parlaments haben.“

3. „Die Provisorische Regierung darf dieser Beratung nicht verantwortlich sein“ („Rjetsch“).

Kurzum, Kerenski ist mit den Kadetten „völlig einverstanden“, und die „Vaterlandsverteidiger“ sagen „Zu Befehl“ - was will man noch mehr?

Nicht umsonst erklärte Prokopowitsch beim Verlassen des Winterpalasts: „Man kann die Verständigung als erreicht betrachten.“

Freilich hat sich die Beratung noch gestern gegen eine Koalition mit den Kadetten erklärt, aber was kümmert dies die geschworenen Paktierer? Wenn sie sich entschlossen hatten, den Willen der revolutionären Demokratie zu verfälschen, indem sie anstatt eines

Sowjetkongresses die Beratung einberiefen, weshalb sollten sie nicht auch den Willen dieser Beratung selbst verfälschen? Schwierig ist nur der erste Schritt.

Freilich hat die Beratung gestern noch entschieden, dass das Vorparlament die Regierung „bildet“ und dass diese ihm „verantwortlich ist“ aber was kümmert dies die geschworenen Paktierer: wenn nur die Koalition blüht und gedeiht, die Beschlüsse der Beratung aber ... welchen Wert haben sie, wenn sie die Koalition untergraben?

Die arme „Demokratische Beratung“ !

Die armen naiv-vertrauensseligen Delegierten!

Konnten sie von ihren Führern einen Verrat in aller Form erwarten?

Unsere Partei hatte recht, als sie behauptete, dass die kleinbürgerlichen Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die ihre Kraft nicht aus der revolutionären Bewegung der Massen, sondern aus paktiererischen Kombinationen der bürgerlichen Politikaster schöpfen, zu einer selbständigen Politik unfähig sind.

Unsere Partei hatte Recht, als sie behauptete, dass die Politik des Paktierens zum Verrat an den Interessen der Revolution führt.

Jetzt sieht jeder, dass die politischen Bankrotteure aus dem Lager der „Vaterlandsverteidiger“ mit eigenen Händen den Völkern Rußlands Ketten schmieden, zur Freude der Feinde der Revolution.

Nicht umsonst reiben sich die Kadetten zufrieden die Hände und verkünden im Voraus ihren Sieg.

Nicht umsonst schleichen die Herren Paktierer mit schuldbewusster Miene „wie geprügelte Hunde“ herum.

Nicht umsonst klingt durch Kerenskis Erklärungen Triumph hindurch. Ja, sie triumphieren.

Aber ihr „Sieg“ ist nicht von Dauer und ihr Triumph nur vorübergehend, denn sie machen ihre Rechnung ohne den Wirt, ohne das Volk.

Denn die Stunde naht, da die betrogenen Arbeiter und Soldaten endlich ihr gewichtiges Wort sprechen und das Kartenhaus dieses Scheinsieges“ umstürzen werden.

Und dann werden es sich die Herren Paktierer selbst zuzuschreiben haben, wenn mit dem ganzen Koalitionsplunder auch ihr eigener Kram, die „Vaterlandsverteidigung“, zum Teufel geht.

„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 19,
24. September 1917.
Leitartikel.

DIE REGIERUNG DER BÜRGERLICHEN DIKTATUR

Nach den Fälschungen mit der Beratung und nach dem skandalösen Zerfall der Regierung, nach der „Unterhaltung“ mit den Moskauer Börsianern und den geheimnisvollen Besuchen bei Sir Buchanan, nach den Schäferstündchen im Winterpalast und einer Reihe von Verrätereien der Paktierer ist endlich eine „neue“ (ganz neue!) Regierung zustande gekommen.

Sechs kapitalistische Minister als Kern des „Kabinetts“ und zehn „sozialistische“ Minister, die ihnen zu Diensten stehen und ihren Willen durchführen.

Noch ist die Regierungserklärung nicht veröffentlicht, aber ihre Grundprinzipien sind bekannt: „Kampf gegen die Anarchie“ (lies: gegen die Sowjets!), „Kampf gegen die Zerrüttung“ (lies: gegen die Streiks!), „Hebung der Kampffähigkeit der Armee“ (lies: Fortsetzung des Krieges und „Disziplin“!).

Das ist im Allgemeinen das „Programm“ der Regierung Kerenski-Konowalow.

Das will besagen: Die Bauern werden keinen Boden zu sehen bekommen, die Arbeiter werden die Kontrolle nicht erlangen und Rußland wird keinen Frieden erringen.

Die Regierung Kerenski-Konowalow ist die Regierung des Krieges und der bürgerlichen Diktatur.

Die zehn „sozialistischen“ Minister dienen als Kulisse, hinter der die imperialistische Bourgeoisie an der Festigung ihrer Herrschaft über die Arbeiter, Soldaten und Bauern arbeiten wird.

Was Kornilow unmittelbar und nach Generalsart einfach durchsetzen wollte, das wird die „neue“ Regierung allmählich und ohne jeden Lärm durch die „Sozialisten“ selbst zu verwirklichen suchen.

Wodurch unterscheidet sich die Diktatur der Bourgeoisie von der Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft?

Dadurch, dass die Diktatur der Bourgeoisie die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit ist, die nur durch Gewaltanwendung gegen die Mehrheit zu verwirklichen ist und den Bürgerkrieg gegen die Mehrheit erforderlich macht. Dagegen kann die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft, als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, durchaus ohne Bürgerkrieg auskommen. Daraus aber folgt, dass die Politik der „neuen“ Regierung eine Politik der Provozierung erfolgloser Teilaktionen sein wird, mit dem Zweck, die Soldaten gegen die Arbeiter oder die Front gegen das Hinterland aufzuhetzen und die Macht der Revolution im Blute zu ertränken.

Ferner dadurch, dass die Diktatur der Bourgeoisie eine geheime, verkappte Diktatur ist, die hinter den Kulissen arbeitet und, um die Massen zu betrügen, irgendeines schönen Mäntelchens bedarf. Die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft dagegen ist eine offene Diktatur, eine Diktatur der Massen, die weder des Betrugs in der Innenpolitik noch der Geheimdiplomatie in der Außenpolitik bedarf. Daraus aber geht hervor, dass unsere bürgerlichen Diktatoren versuchen werden, die für das Land lebenswichtigsten Fragen, wie zum Beispiel die Frage von Krieg und Frieden, hinter dem Rücken der Massen und ohne die Massen, durch eine Verschwörung gegen die Massen zu entscheiden.

Davon zeugen ganz klar gleich die ersten Schritte der Regierung Kerenski-Konowalow. Man urteile selbst. Die verantwortlichsten außenpolitischen Posten sind mit den prominentesten Kadetten und Kornilowleuten besetzt. Tereschtschenko ist Außenminister, Nabokow Botschafter in London, Maklakow Botschafter in Paris, Jefremow Botschafter in Bern, wo jetzt eine internationale (vorläufige!) Friedenskonferenz zusammentritt. Und diese Leute, die den Massen fremd, ja ihnen offen feindlich sind, werden über Krieg und Frieden entscheiden, über Fragen, von denen das Leben von Millionen Soldaten abhängt!

Oder weiter: Laut Zeitungsmeldungen „begeben sich heute Kerenski, Tereschtschenko, Werchowski und Werderewski ins Hauptquartier“ wo „neben der Erörterung der allgemeinen Lage an der Front unter Teilnahme Tereschtschenkos auch eine Beratung der beim Hauptquartier befindlichen Militärvertreter der ausländischen Mächte stattfinden wird“ (Abendausgabe der „Birshowka“) ... Das alles geschieht in Erwartung der Konferenz der Alliierten, zu der man als Sancho Pansa des Herrn Tereschtschenko auch den nicht unbekanntenen Zereteli mitnimmt. Worüber mögen diese der Sache des Imperialismus ergebenen Leute wohl tuscheln, wenn nicht über die Interessen der Imperialisten, der einheimischen wie der alliierten, und worauf können eigentlich ihre hinter den Kulissen gepflogenen Verhandlungen über Krieg und Frieden hinauslaufen, wenn nicht auf eine Verschwörung gegen die Interessen des Volkes?

Zweifel sind ausgeschlossen. Die Regierung Kerenski-Konowalow ist eine Regierung der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie. Provozierung des Bürgerkrieges - das ist ihre Innenpolitik. Entscheidung über Krieg und Frieden hinter verschlossenen Türen - das ist ihre Außenpolitik. Die Errichtung der Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit der russischen Bevölkerung - das ist ihr Ziel.

Die Aufgabe des Proletariats als des Führers der russischen Revolution ist es, dieser Regierung die Maske herunterzureißen und den Massen ihr wahres konterrevolutionäres Gesicht zu zeigen. Die Aufgabe des Proletariats ist es, die breiten Schichten der Soldaten und der Bauernschaft um sich zu scharen und sie von verfrühten Aktionen abzuhalten. Die Aufgabe des Proletariats ist es, die Reihen fester zu schließen und unermüdlich für die kommenden Kämpfe zu rüsten.

Die Arbeiter und Soldaten der Hauptstadt haben bereits den ersten Schritt getan, indem sie der Regierung Kerenski-Konowalow ihr Misstrauen aussprachen und die Massen aufforderten, „sich enger um ihre Sowjets zu scharen und von Teilaktionen abzusehen“ (siehe Resolution des Petrograder Sowjets^[80]).

Jetzt hat die Provinz das Wort.

„*Rabotschi Putj*“ (*Der Arbeiterweg*) Nr. 21,
27. September 1917.
Leitartikel.

KOMMENTARE

DER EISENBAHNERSTREIK UND DIE BANKROTTEURE DES DEMOKRATISMUS

Der grandios angelegte und großartig organisierte Eisenbahnerstreik^[81] geht offenbar zu Ende. Sieger geblieben sind die Eisenbahner, denn es versteht sich von selbst, dass das Kartenhaus der Koalition des gemeinsamen Lagers Kornilows und der „Vaterlandsverteidiger“ dem wuchtigen Ansturm der gesamten Demokratie des Landes nicht standzuhalten vermag. Heute sind sich alle darüber im klaren, dass der Streik nicht durch den bösen Willen der Eisenbahner „hervorgerufen“ wurde, sondern durch die antirevolutionäre Politik des Direktoriums. Heute sind sich alle darüber im klaren, dass der Streik dem Lande nicht durch die Eisenbahnerkomitees aufgezwungen wurde, sondern durch die konterrevolutionären Drohungen Kerenskis und Nikitins. Heute sind sich alle darüber im klaren, dass das Scheitern dieses Streiks die wahrscheinliche Militarisierung der Eisenbahnen und die ... Festigung der Macht der imperialistischen Bourgeoisie bedeutet hätte. Die Eisenbahner haben recht, wenn sie auf die von Kerenski und Nikitin ausgehenden unwürdigen Verleumdungen mit der folgenden vernichtenden Anklage antworten:

Nicht wir, Bürger Kerenski und Nikitin, haben Landesverrat begangen, sondern Sie haben Ihre Ideale verraten, und die Provisorische Regierung hat ihre Versprechungen nicht gehalten, und jetzt können uns keinerlei Worte und Drohungen noch einmal Einhalt gebieten.“

All das ist, wie gesagt, klar und jedermann bekannt.

Indessen gibt es, wie sich herausstellt, Menschen auf der Welt, die sich Demokraten nennen und es dennoch für zulässig halten, in diesem schweren Augenblick einen Stein auf die Eisenbahner zu werfen, ohne zu begreifen oder begreifen zu wollen, dass sie damit Wasser auf die Mühle der Kannibalen von der „Rjetsch“ und vom „Nowoje Wremja“ leiten.

Wir sprechen von der Redaktion der menschwistischen „Rabotschaja Gaseta“.

Die Zeitung beschuldigt die Streikführer, dass sie „der Elementargewalt entgegengekommen sind“, indem sie den Streik proklamierten, und erklärt drohend:

„Dies wird die Demokratie dem Generalstab der Eisenbahner nicht verzeihen. So leicht setzt man die Interessen des ganzen Landes, der ganzen Demokratie nicht aufs Spiel“ („Rabotschaja Gaseta“ Nr. 170).

Unglaublich, aber wahr: Eine heruntergekommene Zeitung, die nichts von Demokratie an sich hat, hält sich für berechtigt, gegen die wahre Demokratie, gegen die werktätigen Eisenbahner, Drohungen auszustoßen.

„Die Demokratie wird dies nicht verzeihen“ ... Aber im Namen welcher Demokratie sprechen Sie eigentlich, meine Herren von der „Rabotschaja Gaseta“?

Etwa im Namen jener Demokratie der Sowjets, die von Ihnen abgerückt ist und deren Willen Sie auf der Beratung verfälscht haben? Aber wer hat Ihnen das Recht gegeben, im Namen dieser Demokratie zu sprechen?

Oder belieben Sie vielleicht im Namen der Zereteli und Dan, der Liber und der anderen Fälscher zu sprechen, die auf der Beratung den Willen der Sowjets verfälscht und die Beratung selbst bei den „Verhandlungen“ im Winterpalast verraten haben?

Aber wer hat Ihnen das Recht gegeben, diese Verräter der Demokratie mit der „Demokratie des ganzen Landes“ zu identifizieren?

Werden Sie jemals begreifen, dass die Wege der „Rabotschaja Gaseta“ und der „Demokratie des ganzen Landes“ unwiderruflich auseinander gegangen sind?

Klägliche Bankrotteure des Demokratismus...

DIE RUSSISCHEN BAUERN UND DIE PARTEI DER KOPFLOSEN

Erst unlängst schrieben wir, dass die Partei der Sozialrevolutionäre in der Grundfrage des Kampfes der Regierung gegen die Sowjets zu keiner einheitlichen Entscheidung gelangt ist. Während der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre zur Zertrümmerung der „anarchistischen“ Sowjets auf. forderte (man denke an Taschkent!) und Strafexpeditionen organisierte, der linke Flügel aber die Sowjets unterstützte, hatte das Tschernowsche Zentrum, von Hamletschen Zweifeln ergriffen, keine eigene Meinung, sondern zog es vor, „Neutralität“ zu wahren. Später freilich hat das Zentrum „Einkehr gehalten“ und die Mitglieder der sozialrevolutionären Partei aus dem Taschkenter Sowjet abberufen, womit es die Politik der Strafexpeditionen unterstützte. Wer aber wüsste heute nicht, dass diese Abberufung lediglich die Schmach der Partei der Sozialrevolutionäre demonstrierte, haben doch die Sozialrevolutionäre den Taschkenter Sowjet nicht verlassen, hat sich doch gezeigt, dass nicht die „Aktionen“ des Sowjets „konterrevolutionär“ waren, sondern die der Regierung Kerenskis und seiner Helfershelfer? . Kaum jedoch hatten sich die Sozialrevolutionäre aus dieser „Geschichte“ herausgewunden, als sie wiederum in eine neue, noch schlimmere „Geschichte“ hineingerieten. Wir haben ihre Abstimmung über die Frage des Grund und Bodens im so genannten Vorparlament im Auge.

Die Sache ist die, dass die linken Sozialrevolutionäre während der Debatte über die Deklaration vom 14. August^[82] im Vorparlament den Antrag eingebracht hatten, alle Gutsländereien den Bauernkomitees zur Verwaltung zu übergeben. muss man noch sagen, dass es die Pflicht der Demokratie ist, diesen Antrag zu unterstützen? Muss man noch sagen, dass die Frage des Bodens die Grundfrage unserer Revolution ist? Und was zeigte sich? Während die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre die Übergabe des Bodens an die Bauern beantragten und die rechten Sozialrevolutionäre sich gemeinsam mit den Liberdans 1831 gegen diesen Antrag aussprachen, hatte das Tschernowsche Zentrum immer noch keine „eigene Meinung“, sondern enthielt sich der Stimme!

Der „Bauernminister“ Tschernow konnte sich nicht entschließen, für die Übergabe der Gutsländereien an die Bauern einzutreten, er überließ vielmehr die Entscheidung über die Frage den Verfälschern des Willens der Bauern!

Die Partei der Sozialrevolutionäre, die Partei der „Agrarrevolution“ und des „integralen Sozialismus“, hatte im kritischen Augenblick der russischen Revolution keine eindeutige Entscheidung über die Grundfrage der Bauern aufzuweisen!

Wahrhaftig, eine Partei kopfloser Räsoneure!

Arme russische Bauern ..

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr.21,
27. September 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

DER FELDZUG GEGEN DIE ARBEITER

Schon vor einer Woche eröffnete die bürgerliche Presse eine Hetze gegen die Arbeiter des Donezbeckens. „Anarchie“, „Demolierung der Betriebe“, „Verhaftungen und Misshandlungen“ des Dienstpersonals - es gibt keine Schauergeschichten, die nicht von den feilen bürgerlichen Zeitungen über sie verbreitet worden wären. Schon damals war vorauszusehen, dass ein Feldzug gegen die Donezarbeiter vorbereitet wird, dass der Regierung für einen solchen Feldzug der Weg gebahnt wird. Und wirklich, die Regierung „blieb nicht taub“ für das Geschrei der bürgerlichen Soldschreiber. Dafür ist sie eben eine Regierung der bürgerlichen Diktatur. Zeitungsmeldungen zufolge hat das ökonomische Hauptkomitee bei der Provisorischen Regierung, natürlich bei „zustimmender Haltung“ Kerenskis, „es für zweckmäßig befunden, nach Charkow und ins Donezbecken... eine mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Persönlichkeit zu entsenden. Diese Persönlichkeit soll beauftragt werden, die Industriellen zur Fortsetzung der Betriebstätigkeit zu veranlassen und beruhigend auf die Arbeitermasse einzuwirken. Der zu entsendenden Persönlichkeit werden alle Mittel des Zwangs zur Verfügung gestellt, über die die Regierungsgewalt verfügt“ („Torgowo-Prornyschlennaja Gaseta“^[84] vom 26. September). Man beachte: Ein „Diktator“ mit „Mitteln des Zwangs“ ... Gegen wen entsendet man diesen vorläufig noch ungenannten „Diktator“? Vielleicht gegen die Donezunternehmer, die nun schon seit drei Monaten vorsätzlich die Produktion drosseln, damit in verbrecherischer Weise die Arbeitslosigkeit verschlimmern und jetzt vor aller Augen Aussperrungen organisieren sowie mit der Desorganisierung des Wirtschaftslebens des Landes drohen? Natürlich nicht!

Das ökonomische Hauptkomitee erklärt direkt, die ganze Schuld liege bei den „böswilligen Agitatoren“ und nicht bei den Unternehmern, denn: „Nach den vorliegenden Meldungen wurden die Exzesse, die stattgefunden haben, durch einzelne Gruppen böswilliger Agitatoren hervorgerufen“ (ebenda).

Gerade gegen sie entsendet man vor allem den mit „Mitteln des Zwangs“ ausgestatteten „Diktator“.

Das ist aber noch nicht alles. Einer Meldung der „Birshowka“ zufolge hat die Charkower Industriellenkonferenz die folgenden Beschlüsse gefasst:

1. „Die Entlassung und Einstellung von Angestellten und Arbeitern ist zum ausschließlichen Recht der Betriebe zu erklären.“
2. „Eine Einmischung des Sowjets der Arbeiterdeputierten in die Verwaltung und in die Aufsicht über die Produktion ist unzulässig.“
3. „Die Betriebe können nicht die Kosten tragen für den Unterhalt und für die Bezahlung von Mitgliedern des Sowjets der Arbeiterdeputierten, der Exekutivkomitees und der Gewerkschaften.“
4. „Keinerlei Lohnzulagen für die Arbeiter werden ihre Lage erleichtern“ („Birshewyje Wjedomosti“ vom 27. September).

Kurzum: Die Industriellen erklären den Arbeitern und ihren Organisationen den Krieg.

Es erübrigt sich zu sagen, dass die Regierung des Aussperrers Konowalow nicht verfehlen wird, sich an die Spitze dieses Krieges gegen die Arbeiter zu stellen.

Da aber die Arbeiter nicht kampfflos kapitulieren werden, so braucht man dazu eben einen „Diktator“ und „Mittel des Zwangs“.

Die Sache erklärt sich ganz einfach.

Sawinkow wurde ein Konterrevolutionär genannt, weil er das Projekt der Militarisierung der für die Landesverteidigung arbeitenden Betriebe ausgearbeitet hatte.

Kornilow wurde des Verrats beschuldigt, weil er die praktische Verwirklichung dieses Projekts verlangte.

Wie soll man eine Regierung nennen, die „ohne viel Federlesens“ einen unumschränkten „Diktator“ nach dem Donezbecken entsendet, der „mit allen Mitteln des Zwangs“ für einen Krieg gegen die Arbeitermassen, für eine Zertrümmerung ihrer Organisationen ausgestattet ist? Was können dazu die Herren „sozialistischen“ Minister sagen?

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 22,
28. September 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

DA KÖNNEN SIE LANGE WARTEN...

Kennzeichnend für den gegenwärtigen Moment ist eine unüberbrückbare Kluft zwischen der Regierung und den Volksmassen, eine Kluft, die es in den ersten Monaten der Revolution nicht gegeben hat und die sich erst als Folge des Kornilowaufstands aufgetan hat.

Nach dem Sieg über den Zarismus, schon in den ersten Tagen der Revolution, geriet die Macht in die Hände der imperialistischen Bourgeoisie. An die Macht kamen nicht die Arbeiter und Soldaten, sondern ein Häuflein kadettischer Imperialisten. Wie konnte das geschehen, und worauf stützte sich eigentlich damals die Herrschaft dieses Häufleins von Vertretern der Bourgeoisie? Die Sache ist die, dass die Arbeiter, hauptsächlich aber die Soldaten der Bourgeoisie vertrauten und im Bunde mit ihr Brot und Land, Frieden und Freiheit zu erringen hofften. Eine „unbewusst-vertrauensselige“ Einstellung der Massen zur Bourgeoisie - das war es, worauf sich damals die Herrschaft der Bourgeoisie stützte. Die Koalition mit der Bourgeoisie war lediglich der Ausdruck dieses Vertrauens und dieser Herrschaft.

Aber sechs Monate Revolution sind nicht spurlos vorübergegangen. Die Koalition mit der Bourgeoisie hat den Massen statt Brot - Hunger, statt Lohnerhöhung - Arbeitslosigkeit, statt Land - leere Versprechungen, statt Freiheit - Kampf gegen die Sowjets, statt Frieden - Krieg bis zur Erschöpfung Rußlands und den Verrat der Kornilowleute bei Tarnopol und Riga gegeben. Der Kornilowaufstand hat bloß das Fazit der sechsmonatigen Erfahrung mit der Koalition gezogen, den Verrat der Kadetten aufgedeckt und die Verderblichkeit der Politik des Paktierens mit ihnen aufgezeigt.

All das ist selbstverständlich nicht spurlos vorübergegangen. Die „unbewusst-vertrauensselige“ Einstellung der Massen zur Bourgeoisie ist geschwunden. Der Koalition mit den Kadetten folgte der Bruch mit ihnen. An die Stelle des Vertrauens zur Bourgeoisie ist der Hass gegen sie getreten. Die Herrschaft der Bourgeoisie hat ihre sichere Stütze verloren.

Zwar ist es den Paktierern trotzdem gelungen, vermittels paktiererischer Spitzfindigkeiten der „Vaterlandsverteidiger“, durch Schiebungen und Fälschungen, mit Hilfe Buchanans und der kadettischen Kornilowleute, ungeachtet des offensichtlichen Misstrauens der Arbeiter und Soldaten eine „neue“ Regierung der alten bürgerlichen Diktatur zusammenzuzimmern und die überlebte und arg mitgenommene Koalition auf betrügerische Weise wiederherzustellen.

Allein diese Koalition ist erstens saft- und kraftlos, weil sie, im Winterpalast zustande gekommen, im Lande nur auf Widerstand und Empörung stößt.

Zweitens ist diese Regierung nicht stabil, weil sie keinen Boden unter den Füßen hat, denn sie besitzt nicht das Vertrauen und die Sympathie der Massen, die ihr nur Hass entgegenbringen.

Daher die unüberbrückbare Kluft zwischen der Regierung und dem Land.

Und wenn diese Regierung trotzdem am Ruder bleibt, wenn diese Regierung, die den Willen einer Minderheit durchführt, sich anschickt, über eine ihr offenkundig feindliche Mehrheit zu herrschen, so ist es klar, dass sie nur auf eines spekulieren kann: auf Gewaltmaßnahmen gegen die Massen. Eine andere Stütze hat eine solche Regierung nicht und kann sie auch nicht haben.

Es ist daher kein Zufall, dass der erste Schritt der Regierung Kerenski-Konowalow die Zerschlagung des Taschkenter Sowjets war.

Es ist auch kein Zufall, dass diese Regierung bereits am Werke ist, die Arbeiterbewegung im Donezbecken zu unterdrücken, indem sie einen geheimnisvollen „Diktator“ dorthin entsendet.

Es ist auch kein Zufall, dass sie in ihrer gestrigen Sitzung den Bauernunruhen“ den Krieg angekündigt hat, indem sie beschloss,

„lokale Komitees der Provisorischen Regierung zu schaffen, deren direkte Obliegenheit die Bekämpfung der Anarchie und die Unterdrückung von Unruhen ist“ („Birshowka“).

All dies ist kein Zufall.

Eine Regierung der bürgerlichen Diktatur, die nicht das Vertrauen der Massen genießt, die aber dennoch an der Macht bleiben will, kann ohne „Anarchie“ und „Unruhen“ nicht leben, denn durch deren Bekämpfung versucht sie, ihre Existenz zu rechtfertigen. In ihren Träumen sieht sie, dass die Bolschewiki „einen Aufstand organisiert“ oder die Bauern Gutsherren „geplündert“ oder die Eisenbahner „einen verhängnisvollen Streik vom Zaune gebrochen“ und die Front dadurch ohne Brot gelassen haben ... Das alles hat sie „nötig“, um die Bauern gegen die Arbeiter, die Front gegen das Hinterland aufzubringen, dadurch die Notwendigkeit bewaffneten Eingreifens heraufzubeschwören und auf diese Weise ihre unsichere Lage für einige Zeit zu festigen.

Denn man muss doch endlich begreifen, dass eine Regierung, die nicht das Vertrauen des Landes genießt und gegen die sich der Hass der Massen richtet, nichts anderes als eine Regierung der Provozierung des „Bürgerkriegs“ sein kann.

Nicht umsonst warnt die „Rjetsch“, das halbamtliche Blatt der Provisorischen Regierung, die Regierung davor, „die Wahl des Zeitpunkts für die Eröffnung des Bürgerkriegs den Bolschewiki zu überlassen“, und rät ihr davon ab, „zu dulden und zu warten, bis sie“ (die Bolschewiki) „den für eine allgemeine Aktion geeigneten Zeitpunkt wählen“ („Rjetsch“ vom Mittwoch).

Ja, es dürstet sie nach dem Blute des Volkes...

Aber vergeblich sind ihre Hoffnungen und lächerlich ihre Anstrengungen.

Bewusst und organisiert schreitet das revolutionäre Proletariat zum Sieg. Einmütig und zuversichtlich scharen sich die Bauern und Soldaten um das Proletariat. Immer lauter und lauter ertönt der Ruf: Alle Macht den Sowjets!

Die papierene Koalition im Winterpalast ... wird sie dem Ansturm standhalten?

Sie möchten zersplitterte und verfrühte Aktionen der Bolschewiki haben?

Da können Sie lange warten, meine Herren Kornilowleute.

„*Rabotschi Putj*“ (Der Arbeiterweg) Nr. 23,
29. September 1917.
Leitartikel.

KOMMENTARE

DIE PARTEI DER „VERSCHWOMMENEN“ UND DIE RUSSISCHEN SOLDATEN

In der Epoche des Zarismus schrie die Partei der Sozialrevolutionäre an allen Ecken und Enden, die Gutsländereien müssten den Bauern übergeben werden. Die Bauern glaubten damals den Sozialrevolutionären und scharten sich um sie, denn sie hielten sie für ihre Bauernpartei.

Nach dem Sturz des Zarismus und dem Siege der Revolution aber kam die Zeit, wo es galt, von Worten zur Tat überzugehen und endlich die „goldenen Worte“ der Sozialrevolutionäre über den Grund und Boden zu verwirklichen. Aber... (das berühmte „aber“!) die Sozialrevolutionäre schwankten und schlugen den Bauern stammelnd vor, mit dem Grund und Boden bis zur Konstituierenden Versammlung zu warten, deren Einberufung überdies verschoben wurde.

Es stellte sich heraus, dass es leichter ist, über den Grund und Boden und über die Bauern zu schreien, als in der Tat den Boden den Bauern zu übergeben. Wie sich herausstellte, haben die Sozialrevolutionäre nur davon geredet, dass ihnen das Los der Bauern „zu Herzen geht“; als dann aber die Zeit kam, wo es galt, von Worten zur Tat überzugehen, da zogen sie es vor, sich in die Büsche zu schlagen, und versteckten sich hinter der Konstituierenden Versammlung...

Die Bauern antworteten hierauf mit einer machtvollen Agrarbewegung, mit der eigenmächtigen „Besitzergreifung“ der Gutsländereien, mit der „Aneignung“ „fremden“ Inventars, und brachten damit ihr Misstrauen gegen die von den Sozialrevolutionären betriebene Politik des Abwartens zum Ausdruck.

Die sozialrevolutionären Minister blieben den Bauern nichts schuldig und verhafteten dafür Dutzende und Hunderte von Bauern, die den Bodenkomitees angehörten. Sozialrevolutionäre Minister, die sozialrevolutionäre Bauern verhaften ließen, weil diese die sozialrevolutionären Versprechungen in die Tat umsetzten - das ist das Bild, das sich uns bot.

Das Ergebnis ist der vollständige Zerfall der Partei der Sozialrevolutionäre, der besonders klar zum Ausdruck kam bei der Abstimmung im Vorparlament, wo die linken Sozialrevolutionäre sich für, die rechten Sozialrevolutionäre aber gegen die sofortige Übergabe des Bodens an die Bauern aussprachen, während sich Tschernow, dieser Hamlet der Partei der Sozialrevolutionäre, mit dem Zentrum tiefsinnig der Stimme enthielt.

Die Antwort hierauf war eine Massenabwanderung von Soldaten aus der Partei der Sozialrevolutionäre.

Ein anderer Teil der Soldaten aber, der die Partei der Sozialrevolutionäre bis jetzt noch nicht verlassen hat, wendet sich mit dem nachdrücklichen „Ersuchen an das ZK der Partei“, endlich durch Beseitigung der „Verschwommenheit“ die Einheit der Partei herzustellen.

Man höre:

„Die vereinigte Beratung von Vertretern der Militärorganisationen der Regimenter und der Spezialtruppen aus Petrograd, Zarskoje Selo, Peterhof usw. ist der Auffassung, dass im gegenwärtigen, für die Partei schwierigen Augenblick ein Zusammenschluss der Parteimehrheit... auf der Grundlage eines Programms notwendig ist, das nach Beseitigung der verschwommenen Physiognomie der Partei alle lebensfähigen Elemente der Partei zusammenschart..., und spricht sich deshalb für ... die unverzügliche Übergabe aller landwirtschaftlich nutzbaren Ländereien in die Verwaltung der Bodenkomitees aus...“ („Djelo Naroda“).

Also abermals die Frage der „unverzüglichen Übergabe der Ländereien“!

Auf dem Boden der Anerkennung dieser Forderung hoffen die Soldaten, bei den Sozialrevolutionären alle „lebensfähigen Elemente der Partei“ zusammenschließen zu können!

Naive Leute! Den Revolutionär Kamkow, den Kadetten Awxentjew und den „verschwommenen“ Tschernow wollen sie nach einer Reihe von Misserfolgen noch einmal vor einen Karren spannen!

Es ist an der Zeit, Genossen Soldaten, zu begreifen, dass die Partei der Sozialrevolutionäre nicht mehr existiert - es gibt nur noch eine „verschwommene“ Masse, von der sich ein Teil in das Sawinkowsche Abenteuerertum verstrickt hat, ein anderer in den Reihen der Revolutionäre verblieben ist, ein dritter hilflos auf der Stelle tritt und hiermit in der Praxis die Sawinkowleute deckt.

Es ist an der Zeit, das zu begreifen und damit aufzuhören, etwas vereinigen zu wollen, was sich nicht vereinigen lässt...

VERSCHWÖRER AN DER MACHT

In seiner Zeitung „Obschtscheje Djelo“^[85] schreibt heute Burzew:

„Nunmehr kann man mit aller Bestimmtheit sagen: Eine Verschwörung Kornilows hat es überhaupt nicht gegeben! In Wirklichkeit gab es etwas ganz anderes: Es gab ein Abkommen der Regierung mit General Kornilow über den Kampf gegen die Bolschewiki! Das, worüber sich Vertreter der Regierung mit General Kornilow verständigten - der Kampf gegen die Bolschewiki -, war der sehnlichste Traum der Vertreter verschiedener Parteien: sowohl demokratischer als auch sozialistischer. Bis zu dem unglückseligen 26. August noch blickten sie alle auf General Kornilow als auf ihren Retter vor der herannahenden bolschewistischen Gefahr.“

Keine „Verschwörung“, sondern ein „Abkommen“ - schreibt Burzew in Kursivschrift.

Er hat Recht. Er hat in diesem Falle unbedingt Recht. Es wurde ein Abkommen geschlossen über die Organisation einer Verschwörung gegen die Bolschewiki, das heißt gegen die Arbeiterklasse, gegen die revolutionäre Armee und die Bauernschaft - es gab ein Abkommen über eine Verschwörung gegen die Revolution!

Darauf weisen wir schon seit den ersten Tagen des Kornilowputsches hin, davon zeugen Dutzende und Hunderte von Tatsachen, darüber lassen von niemandem widerlegte Enthüllungen keinerlei Zweifel.

Und dennoch stehen die Verschwörer an der Macht oder nahe an der Macht. Und dennoch geht das Spiel weiter, es wird eine Untersuchung vorgespiegelt, es wird „in Revolution“ gemacht...

Eine Koalition mit den Verschwörern, eine Regierung der Verschwörung - das also haben die Herren „Vaterlandsverteidiger“ den Arbeitern und Soldaten beschert!

„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 23,
29. September 1917.
Artikel ohne Unterschrift.

EINE PAPIERENE KOALITION

Über die Zerrüttung wird geredet. Über die Zerrüttung wird geschrieben. Mit dem Gespenst der Zerrüttung übt man Erpressung aus, wobei man nicht selten auf die „anarchistisch“ gesinnten Arbeiter hindeutet. Niemand aber möchte offen zugeben, dass es die Kapitalisten sind, die häufig Zerrüttung hervorrufen und sie absichtlich verschlimmern, indem sie die Fabriken stilllegen und die Arbeiter zur Arbeitslosigkeit verurteilen. Interessante Mitteilungen zu dieser Frage liefert die „Birshowka“.

„In der Fabrik der russisch-französischen Baumwollspinnerei-Gesellschaft in Pawlowski Possad, Gouvernement Moskau, ist es infolge der Nichteinhaltung des unter dem Vorsitz von Minister Prokopowitsch in der Kommission des Bezirks Orechowo-Sujewo ausgearbeiteten Vertrags zu einem Konflikt gekommen. Die Fabrik beschäftigt etwa 4000 Arbeiter. Das Arbeiterkomitee hat das Arbeitsministerium auf die bedrohliche Lage hingewiesen, die dadurch entstand, dass sich die Unternehmer dem Schiedsspruch nicht fügen wollten und die Arbeitsproduktivität vorsätzlich herabsetzten. Es wurde vier Monate lang verhandelt, und jetzt ist die Gefahr akut, dass der Betrieb stillgelegt wird. Gleichzeitig damit hat die Fabrikdirektion der russisch-französischen Gesellschaft in einem Schreiben an die französische Botschaft erklärt, die Arbeiter wollten sich dem Schiedsspruch nicht fügen und drohten mit Exzessen und Zerstörungsakten. Die französische Botschaft hat das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ersucht, zur Beilegung des Konflikts beizutragen.“

Und dann? Dann stellte sich heraus, dass sowohl die „Fabrikdirektion“ als auch die „französische Botschaft“, um den kapitalistischen Aussperrer weißzuwaschen, die Arbeiter gleichermaßen verleumd haben.

Man höre:

„Die Sache wurde an den Moskauer Kommissar des Arbeitsministerium verwiesen, der, nachdem er den Konflikt an Ort und Stelle studiert hatte, dem Arbeitsminister von der systematischen Weigerung der Fabrikdirektion, den Beschlüssen des Schiedsgerichts nachzukommen, Mitteilung machte. Der Bericht des Moskauer Kommissars des Arbeitsministeriums ist dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zugeleitet worden.“ Wie man sieht, musste sogar der Kommissar eines konterrevolutionären Ministeriums zugeben, dass die Arbeiter im Recht sind.

Aber das ist noch nicht alles. Die gleiche „Birshowka“ berichtet von einem anderen, noch interessanteren Fall.

„Wie dem Arbeitsministerium aus Moskau gemeldet wird, hat die Direktion der Fabrik A. W. Smirnows, die 3000 Arbeiter beschäftigt, die Schließung der Fabrik wegen Rohstoff- und Brennstoffmangels sowie infolge einer notwendig gewordenen Generalüberholung bekannt gegeben. Eine aus Vertretern der Moskauer Brennstoffstelle und der Moskauer Betriebsberatung bestehende Kommission hat gemeinsam mit dem Arbeiterkomitee der Fabrik in dem Unternehmen eine Untersuchung angestellt und ist zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die für die Stilllegung des Unternehmens angegebenen Gründe nicht stichhaltig sind, da eine für die Produktion hinreichende Menge von Rohstoffen vorhanden ist und die Überholung ohne Stilllegung des Betriebs vorgenommen werden kann. Hiernach nahmen die Arbeiter den Besitzer des Unternehmens fest. Die Semstwoversammlung hat sich für die Beschlagnahme der Fabrik ausgesprochen. An der Beilegung des Konflikts beteiligen sich das Pokrowsker Exekutivkomitee und der Kreiskommissar der Provisorischen Regierung.“

Das sind die Tatsachen.

Die Paktierer aus den Reihen der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki predigen aller Welt mit größtem Stimmufwand die Notwendigkeit einer Koalition mit den „lebendigen Kräften“ des Landes und weisen eindeutig auf die Moskauer Industriellen hin. Dabei betonen sie jedesmal, es handle sich nicht um die rein deklarative Koalition im Winterpalast, sondern um eine wirkliche Koalition im Lande...

Wir fragen:

Ist irgendeine wirkliche Koalition möglich zwischen Fabrikanten, die vorsätzlich die Arbeitslosigkeit verschlimmern, und Arbeitern, die jene deswegen unter wohlwollender Beteiligung von Kommissaren der Provisorischen Regierung festnehmen?

Gibt es eine Grenze für den Stumpsinn der „revolutionären“ Schwätzer, die nicht aufhören, die Koalition mit den verbrecherischen Aussperrern zu preisen?

Ahnen diese lächerlichen Herolde der Koalition nicht, dass heute keinerlei andere Koalition möglich ist außer der innerhalb der Mauern des Winterpalasts zustande gebrachten und von vornherein zum Scheitern verurteilten papierenen Koalition?

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 29,
30. September 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

KOMMENTARE

DAS DORF HUNGERT

Von der Ernährungskrise in den Städten reden jetzt alle. Das Gespenst der „knöchernen Hand“ des Hungers geistert über den Städten. Aber niemand will zugeben, dass der Hunger sich auch ans Dorf herangeschlichen hat. Niemand will begreifen, dass jetzt die gute Hälfte der „Agrarunruhen“ und der „Krawalle“ eben durch den Hunger verursacht werden.

Hier ist der Brief eines Bauern über die Agrarunruhen“:

„Ich möchte Sie bitten, uns ‚unwissenden Menschen, den Bauern‘, zu erklären, woher die Krawalle kommen. Sie glauben, alles das täten Rowdys und Landstreicher und betrunkene Vagabunden, aber da irren Sie sich ein wenig. Das sind keine Landstreicher oder Vagabunden, sondern Menschen, die der Hunger um den Verstand bringt. So schreibe ich zum Beispiel über den Kreis Murom, Amtsbezirk Arefinski. Man will uns hier verhungern lassen. Man gibt uns monatlich fünf Pfund Mehl pro Kopf. Begreifen Sie das und versetzen Sie sich in unsere Lage. Wie kann man dabei leben? Bei den Krawallen sind nicht nur von Branntwein Trunkene dabei, wir selbst sind ‚von Hunger trunken‘“ (siehe „Birshowka“).

Die bürgerlichen Hintertreppenskribenten vom „Djen“ und von der „Russkaja Wolja“ kläffen unermüdlich, das Dorf sei reich, der Bauer begütert und ähnliches mehr. Indessen sprechen die Tatsachen unwiderleglich von Hunger und Erschöpfung des Dorfes, von Skorbut und anderen durch Hunger hervorgerufenen Krankheiten. Und je länger, desto schwerer wird es für das Dorf, denn die Regierung Kerenski-Konowalow bereitet für das Dorf an Stelle von Brot neue Strafexpeditionen vor, und der nahende Winter stellt dem Bauern neue, noch schwerere Prüfungen in Aussicht.

Der gleiche Bauer schreibt:

„Der Winter steht vor der Tür, die Flüsse werden zufrieren, und dann werden wir Hungers sterben müssen. Die Eisenbahnstation liegt weitab von uns. Wir werden auf die Straßen gehen, um Brot zu suchen. Wie man uns auch nennen mag, aber der Hunger zwingt uns dazu“ („Birshowka“).

Das ist die beredte Erzählung eines Bauern.

Die Paktierer aus den Reihen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki priesen marktschreierisch die alles rettende Kraft der Koalition und der Koalitionsregierung. Jetzt haben wir sowohl eine „Koalition“ als auch eine „Koalitions“regierung. Es fragt sich:

Wo ist denn die alles rettende Kraft dieser Regierung?

Was vermag sie dem hungernden Dorf noch anderes zu bieten als Strafexpeditionen?

Spüren die Herren Paktierer, dass der schlichte Brief des Bauern das Todesurteil über ihr Koalitionsgesudel spricht?

DER HUNGER IN DEN FABRIKEN

Von einer noch schwereren Prüfung sind die Fabrikbezirke betroffen. Die Hungersnot, die nicht zum ersten Mal die Fabrikbevölkerung heimsucht, wütet hier jetzt ganz besonders. Rußland, das vor dem Kriege jährlich 400 bis 500 Millionen Pud Getreide ausführte, zeigt sich heute, während des. Krieges, außerstande, seine eigenen Arbeiter zu ernähren. In den Fabriken wird die Arbeit stillgelegt, die Arbeiter verlassen ihre Arbeitsstellen, weil es in den Fabrikbezirken kein Brot, keine Nahrungsmittel gibt.

Aus verschiedenen Gegenden gehen die folgenden Nachrichten ein:

„Aus Schuja wird telegraphiert: Im ganzen Kreis haben die Sägereien den Betrieb eingestellt. Es gibt kein Brot. Der Korjukowoer Zuckerraffinerie droht die Stilllegung, da die Arbeiter keine Lebensmittel erhalten. Die Rüben beginnen zu faulen. Die 12 000 Personen zählende Fabrikbevölkerung der Jarzewoer Baumwollspinnerei und -weberei (Gouvernement Smolensk)

befindet sich in einer ausweglosen Lage. Die Mehl- und Grützevorräte sind vollständig erschöpft. Das Ernährungskomitee des Gouvernements ist außerstande zu helfen. Unter den Arbeitern, die keine Nahrungsmittel erhalten, beginnt es zu gären. Unruhen sind unvermeidlich. Der Ältestenrat der Schreibpapierfabrik der Firma Kuwschinow (Gouvernement Twer) telegraphiert: Die Arbeiter stehen vor dem Hunger. Brot ist nirgends zu beschaffen. Ersuchen um sofortige Hilfe. Die Fabrikdirektion der Firma Morokin in Witschuga telegraphiert: Die Ernährungsfrage nimmt einen bedrohlichen Charakter an. Die Arbeiter hungern und geraten in Gärung. Es sind außerordentliche Versorgungsmaßnahmen erforderlich. Das Betriebskomitee der gleichen Firma hat an das Ministerium folgendes Telegramm gerichtet: Ersuchen inständig um vordringliche Belieferung der Arbeiter mit Mehl, da Hungersnot ausgebrochen ist.“

Das sind die Tatsachen.

Die landwirtschaftlichen Bezirke klagen darüber, dass sie aus den Fabrikbezirken unglaublich wenig Waren erhalten. Infolgedessen liefern sie den Fabrikbezirken auch entsprechend wenig Getreide. Der Getreidemangel in den Fabrikbezirken aber führt zur Abwanderung der Arbeiter aus den Fabriken, zur Einschränkung der Arbeit der Fabriken und damit zu einer weiteren Verminderung der ins Dorf gelangenden Warenmenge, was seinerseits eine neue Verringerung der in die Fabriken fließenden Getreidemenge, eine neue Verschlimmerung des Hungers in den Fabriken und eine neue Flucht von Arbeitern aus den Fabriken hervorruft.

Es fragt sich:

Wo ist der Ausweg aus diesem verwunschenen Kreis, der die Arbeiter und Bauern in einer eisernen Umklammerung hält?

Was hat die so genannte Koalitionsregierung hier noch anderes zu bieten als berüchtigte „Diktatoren“, die sie in geheimnisvoller Weise in die hungernden Industriebezirke entsendet? Kommt es den Herren Paktierern zum Bewusstsein, dass die imperialistische Bourgeoisie, die sie bis heute unterstützen, Rußland in eine Sackgasse getrieben hat, aus der es keinen anderen Ausweg gibt als die Einstellung des räuberischen Krieges?

„*Rabotschi Putj*“ (Der Arbeiterweg) Nr. 26,
3. Oktober 1917.
Artikel ohne Unterschrift.

SICH SELBST AUSGEPEITSCHT

Vor nicht langer Zeit passierte in Taschkent eine „ganz gewöhnliche“ Geschichte, wie es ihrer jetzt in Rußland „viele gibt“. Die Arbeiter und Soldaten von Taschkent brachten, der revolutionierenden Logik der Ereignisse folgend, ihr Misstrauen gegen das Exekutivkomitee der Sowjets in seiner alten Zusammensetzung zum Ausdruck, stürzten, nachdem sie ein neues revolutionäres Komitee gewählt hatten, die Kornilowschen Behörden, setzten neue ein und nahmen die Macht in ihre Hände. Dies genügte den Dran- und Draufgängern der Provisorischen Regierung, um dem „anarchistischen“ Sowjet Taschkents den Krieg zu erklären. Allerdings besagen die Tatsachen, dass der Sowjet in seiner Mehrheit sozial=revolutionär war und nicht anarchistisch. Aber was geht das die „Befriedungsstrategen“ aus der Provisorischen Regierung an!

Die sozialrevolutionären Hamlets vom „Djelo Naroda“ nun, die um Kerenski herumschwänzeln, erklärten den Taschkenter Sowjet tiefernt für „konterrevolutionär“, verlangten die Abberufung der Sozialrevolutionäre aus dem Taschkenter Sowjet und proklamierten die Notwendigkeit einer „revolutionären Ordnung“ in Turkestan.

Selbst das greise ZEK sah sich verpflichtet, den armen Taschkentern einen Fußtritt zu versetzen...

Nur unsere Partei hat den Taschkenter revolutionären Sowjet restlos und entschlossen gegen die konterrevolutionären Anschläge der Regierung und ihrer Agenten unterstützt.

Und was geschah?

Es vergingen nur ein paar Wochen, die „Leidenschaften legten sich“; ein gestern aus Taschkent eingetroffener Delegierter enthüllte uns das wahrheitsgetreue Bild der Taschkenter „Geschichte“ - und es stellte sich heraus, dass die Taschkenter ehrlich ihre revolutionäre Pflicht erfüllt haben, trotz der konterrevolutionären Exerzitien der Agenten der Provisorischen Regierung.

Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten nimmt einstimmig eine Vertrauensresolution für die Taschkenter Genossen an, und mit den Stimmen „aller Fraktionen bringt der Sowjet seine volle Bereitschaft zum Ausdruck, die berechtigten Forderungen der Taschkenter revolutionären Demokratie zu unterstützen“. Hierbei erklärt Schirokowa im Namen der Partei der Sozialrevolutionäre bei der Darlegung der Abstimmungsmotive, die Partei werde für die Resolution der Bolschewiki stimmen.

Wie aber soll es mit der Abberufung der Sozialrevolutionäre aus dem Taschkenter Sowjet werden? Wo ist das „konterrevolutionäre Wesen“ dieses Sowjets, der „unwürdige Ausfall“ dieses Sowjets hingeraten?

All dies ist jetzt vergessen...

Nun, wir begrüßen diese „Schwenkung“ der Sozialrevolutionäre: lieber spät als niemals.

Aber kommt es den Führern vom „Djelo Naroda“ zum Bewusstsein, dass sie sich vor zwei Wochen selbst erbarmungslos ausgepeitscht haben, als sie feige von dem Taschkenter Sowjet abrückten?

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 27,
4. Oktober 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

DIE VERSCHWÖRUNG GEGEN DIE REVOLUTION

Burzew schrieb neulich in der Zeitung „Obschtscheje Djelo“. „Eine Verschwörung Kornilows hat es überhaupt nicht gegeben“, es „gab nur ein Abkommen“ zwischen Kornilow und der Kerenskiregierung über die Ausrottung der Bolschewiki und der Sowjets mit dem Zweck, eine Militärdiktatur aufzurichten. Zur Erhärtung seiner Ansicht veröffentlicht Burzew in Nr. 6 des „Obschtscheje Djelo“ ein „Memorandum“ Kornilows, bestehend aus einer Anzahl von Dokumenten, die die Geschichte der Verschwörung schildern. Der nächste Zweck dieses ganzen Burzewschen Unternehmens ist, eine für Kornilow günstige Atmosphäre zu schaffen und ein Gerichtsverfahren gegen ihn unmöglich zu machen.

Wir sind weit davon entfernt, das Material Kornilows für erschöpfend zu halten. Abgesehen davon, dass sich Kornilow von der Beschuldigung, Verrat geübt zu haben, reinzuwaschen sucht, erwähnt er zum Beispiel nicht gewisse Personen und Organisationen, die in die Verschwörung verwickelt sind, und vor allem nicht gewisse Vertreter ausländischer Botschaften im Hauptquartier, die - nach Zeugenaussagen - eine durchaus nicht untergeordnete Rolle gespielt haben. Es muss auch erwähnt werden, dass das „Memorandum“ Kornilows durch die Spitzelredaktion Burzews gegangen ist, der aus dem „Memorandum“ einige vielleicht sehr wichtige Stellen gestrichen hat. Trotz alledem hat das „Memorandum“ großen dokumentarischen Wert. Und solange diesem Dokument nicht ebenso schwerwiegende Zeugenaussagen gegenübergestellt werden, werden wir es eben als Dokument behandeln.

Es erscheint uns daher notwendig, uns mit dem Leser über dieses Dokument zu unterhalten.

Wer sind sie?

Wer sind sie, die Ratgeber und Inspiratoren Kornilows, wen hat er vor allem in seine verschwörerischen Absichten eingeweiht?

„Zur Teilnahme an der Erörterung der Frage des Zustands des Landes und der Maßnahmen, die zur Rettung des Landes und der Armee vor dem endgültigen Zerfall zu ergreifen wären“, sagt Kornilow, „wollte ich M. Rodsjanko, den Fürsten G. Lwow und P. Miljukow heranziehen, die telegrafisch ersucht wurden, spätestens am 29. August im Hauptquartier einzutreffen.“

Das sind nach Kornilows eigenem Geständnis seine Hauptratgeber.

Aber das ist noch nicht alles. Außer den Ratgebern und Inspiratoren gab es auch noch Hauptmitarbeiter, auf die Kornilow seine Hoffnungen setzte, auf die er rechnete und mit denen er seine Verschwörung zu realisieren gedachte.

Man höre:

„Es wurde der Plan eines ‚Rates der Volksverteidigung‘ entworfen mit dem Obersten Befehlshaber als Vorsitzendem, Kerenski als Minister und stellvertretendem Vorsitzendem, mit Sawinkow, General Alexejew, Admiral Koltschak und Filonenko. Dieser Rat der Verteidigung sollte eine kollektive Diktatur ausüben, da man die Errichtung der Diktatur einer einzelnen Person für unerwünscht hielt. Für die übrigen Ministerposten waren die Herren Tachtamyschew, Tretjakow, Pokrowski, Ignatjew, Aladjin, Plechanow, Lwow und Sawoiko vorgesehen.“

So sieht die traute Gesellschaft der ehrenwerten Verschwörer aus, die Kornilow inspirierte und von ihm inspiriert wurde, die mit Kornilow hinter dem Rücken des Volkes konspirierte und ihm auf der Moskauer Beratung Beifall spendete. Miljukow als Führer der Partei der Volksfreiheit; Rodsjanko als Oberhaupt des Rates der Männer der Öffentlichkeit; Tretjakow als Oberhaupt der Industriellen; Kerenski als Führer der „Vaterlandsverteidiger“ unter den Sozialrevolutionären; Plechanow als Altmeister der „Vaterlandsverteidiger“ unter den

Menschewiki; Aladjin als Agent einer unbekanntes Firma in London - das sind sie, die Hoffnung und Zuversicht des Kornilowputsches, die Seele und der Nerv der Konterrevolution. Hoffen wir, dass die Geschichte sie nicht vergisst und dass auch die Zeitgenossen sie nach Gebühr einschätzen werden.

Ihre Ziele

Ihre Ziele sind „einfach und klar“: „Hebung der Kampffähigkeit der Armee“ und „Gesundung des Hinterlandes“ zur „Rettung Rußlands“. Zur Hebung der Kampffähigkeit der Armee, sagt Kornilow,

„habe ich auf die Notwendigkeit der sofortigen Wiedereinführung des Gesetzes über die Todesstrafe auf dem Kriegsschauplatz hingewiesen“.

Zur Gesundung des Hinterlandes aber, fährt Kornilow fort,

„habe ich auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Gesetz über die Todesstrafe und die revolutionären Kriegsgerichte auch auf die inneren Gebiete auszudehnen, da ich von dem Gedanken ausging, dass keinerlei Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee den erwünschten Erfolg zeitigen werden, solange der Ersatz, den die Armee aus dem Hinterlande erhält, aus einer Bande demoralisierter, unausgebildeter, durch Propaganda verhetzter Soldaten besteht“.

Das ist aber noch nicht alles. Kornilow ist der Auffassung, dass man

„zur Erreichung der Kriegsziele“ ... drei Armeen haben müsse: „eine in den Schützengräben sowie eine Arbeiterarmee und eine Eisenbahnerarmee im Hinterlande“. Mit anderen Worten, es sei „notwendig“, die militärische „Disziplin“ mit allen ihren Konsequenzen auch auf die für die Landesverteidigung arbeitenden Betriebe und auf die Eisenbahnen auszudehnen, das heißt, es sei „notwendig“, sie zu militarisieren.

Also: Todesstrafe an der Front, Todesstrafe im Hinterlande, Militarisierung der Betriebe und der Eisenbahnen, Verwandlung des Landes in ein „Kriegs“lager und, als Krönung des Ganzen, die Militärdiktatur unter Kornilows Vorsitz - das sind die Ziele, die sich die Verschwörergesellschaft gesetzt hatte.

Diese Ziele waren in einem besonderen, bereits vor der Moskauer Beratung berühmt gewordenen „Bericht“ dargelegt worden. Sie kehren als „Forderungen Kornilows“ in den Telegrammen und im „Memorandum“ Kornilows wieder.

Waren der Kerenskieregierung diese „Forderungen“ bekannt? Zweifellos ja.

War die Kerenskieregierung mit Kornilow einverstanden? Offensichtlich ja.

„Ich unterschrieb“, sagte Kornilow, „den bereits von den Herren Sawinkow und Filonenko unterzeichneten Gesamtbericht über die Maßnahmen zur Gesundung der Armee und des Hinterlandes und unterbreitete ihn einer inoffiziellen Beratung der Provisorischen Regierung, bestehend aus den Herren Kerenski, Nekrassow und Tereschtschenko. Nachdem man den Bericht erörtert hatte, wurde mir erklärt, dass die Regierung mit allen von mir vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden sei, ihre Durchführung sei jedoch eine Frage des Tempos der Regierungsmaßnahmen.“

Dasselbe sagt Sawinkow, der am 24. August Kornilow erklärt: „Ihre Forderungen werden von der Provisorischen Regierung in den nächsten Tagen erfüllt werden.“

Waren Kornilows Ziele der Partei der Volksfreiheit bekannt? Zweifellos ja.

War sie mit Kornilow einverstanden?

Offensichtlich ja. Denn das Zentralorgan der Partei der Volksfreiheit, die Zeitung „Rjetch“, hat offen erklärt, dass sie „die Ideale des Generals Kornilow vollauf teilt“.

Unsere Partei hatte Recht, als sie behauptete, dass die Partei der Volksfreiheit eine Partei der bürgerlichen Diktatur ist.

Unsere Partei hatte Recht, als sie behauptete, dass die Kerenskieregierung als Kulisse zur Verdeckung einer solchen Diktatur dient.

Jetzt, wo sich die Kornilowleute vom ersten Schläge erholt haben, beginnen die an der Macht stehenden Verschwörer erneut von der „Hebung der Kampffähigkeit der Armee“ und der „Gesundung des Hinterlandes“ zu reden.

Die Arbeiter und Soldaten dürfen nicht vergessen, dass die „Hebung der Kampffähigkeit der Armee“ und die „Gesundung des Hinterlandes“ die Todesstrafe im Hinterland und an der Front bedeuten.

Ihr Weg

Ihr Weg ist ebenso „einfach und klar“ wie ihre Ziele. Er bedeutet: Ausrottung des Bolschewismus, Auseinanderjagung der Sowjets, Aussonderung Petrograds als besonderes Militärgouvernement, Entwaffnung Kronstadts. Kurzum - Zerschlagung der Revolution. Dazu brauchte man das dritte Kavalleriekorps. Dazu brauchte man die „wilde Division“.

Nach einer mit Kornilow gepflogenen Beratung über die Festsetzung der Grenzen des Militärgouvernements Petrograd sagt Sawinkow folgendes zu Kornilow:

„Ihre Forderungen, Lawr Georgijewitsch, werden also von der Provisorischen Regierung in den nächsten Tagen erfüllt werden; dabei befürchtet jedoch die Regierung, dass in Petrograd ernste Komplikationen eintreten können. Es ist Ihnen gewiss bekannt, dass ungefähr für den 28. oder 29. August in Petrograd eine ernste Aktion der Bolschewiki erwartet wird. Die Veröffentlichung Ihrer Forderungen, die von der Provisorischen Regierung angenommen werden, wird natürlich der Anstoß für die Aktion der Bolschewiki sein. Wir verfügen zwar über genügend Truppen, können uns jedoch auf sie nicht unbedingt verlassen. Dies umso weniger, als es noch unklar ist, wie sich der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu dem neuen Gesetz stellen wird. Auch er kann sich gegen die Regierung wenden, und dann ist auf unsere Truppen kein Verlass. Ich bitte Sie daher, die Anordnung zu treffen, dass das dritte Kavalleriekorps Ende August an Petrograd herangezogen und der Provisorischen Regierung zur Verfügung gestellt wird. Sollten außer den Bolschewiki auch noch Mitglieder des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Aktion treten, so werden wir auch gegen sie vorgehen müssen.“

Sawinkow sagte dabei, man müsse auf das entschlossenste und schonungsloseste vorgehen. Darauf antwortete General Kornilow, dass er „sich ein anderes Vorgehen auch gar nicht vorstellen kann. Sobald eine Aktion der Bolschewiki und des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten einsetzt, wird diese mit aller Energie niedergeworfen werden.“

Zur direkten Ausführung dieser Maßnahmen wurden dem General Krymow, dem Kommandeur des dritten Kavalleriekorps und der einheimischen Division, von Kornilow „zwei Aufgaben“ gestellt:

„1. Sobald von mir“ (Kornilow) „oder unmittelbar am Standort die Nachricht einläuft, dass die Aktion der Bolschewiki begonnen hat, ist mit dem Korps unverzüglich gegen Petrograd vorzurücken, die Stadt zu besetzen, sind die Truppenteile der Petrograder Garnison, die sich der bolschewistischen Bewegung anschließen, zu entwaffnen, ist die Bevölkerung Petrograds zu entwaffnen und sind die Sowjets auseinanderzujagen.

2. Nach Durchführung dieser Aufgabe hat General Krymow eine durch Artillerie verstärkte Brigade nach Oranienbaum zu entsenden und nach Eintreffen daselbst von der Kronstädter Garnison die Entwaffnung der Festung und den Abzug aufs Festland zu fordern.

Die Einwilligung des Ministerpräsidenten zur Entwaffnung der Festung Kronstadt und zum Abzug ihrer Garnison erfolgte am 8. August, und der diesbezügliche Bericht des Generalstabs der Marine mit der Resolution des Ministerpräsidenten wurde dem Stabschef des Obersten Befehlshabers mit einem Brief des Admirals Maximow übermittelt.“

Das ist der Weg der trauten Gesellschaft der Verschwörer gegen die Revolution und ihre Errungenschaften.

Die Kerenskiregierung kannte nicht nur diesen ganzen höllischen Plan, sondern hatte sich selber an seiner Ausarbeitung beteiligt und beabsichtigte, ihn gemeinsam mit Kornilow durchzuführen.

Sawinkow, der damals noch das Kriegsministerium leitete, erklärt das ganz offen, wobei diese seine jedermann bekannte Erklärung noch von niemandem dementiert worden ist.

Sie lautet:

„Im Interesse der Wiederherstellung der geschichtlichen Genauigkeit halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, dass ich, im Auftrage des Ministerpräsidenten, Sie“ (Kornilow) „um ein Kavalleriekorps gebeten habe, um die Verhängung des Kriegszustandes in Petrograd zu sichern und jedweden Versuch einer Auflehnung gegen die Provisorische Regierung, von welcher Seite er auch kommen mochte, zu unterdrücken...“

Das dürfte wohl klar sein.

Wusste die Partei der Kadetten von dem Plan Kornilows? Zweifellos ja.

Denn das Zentralorgan dieser Partei, die „Rjetsch“, verbreitete am Vorabend des Kornilowaufstands eifrig provokatorische Gerüchte über einen „bolschewistischen Aufstand“ und ebnete auf diese Weise den Weg für den Einfall Kornilows in Petrograd und Kronstadt.

Denn der Vertreter der Kadettenpartei, Herr Maklakow, nahm, wie dies aus Kornilows „Memorandum“ ersichtlich ist, „höchst persönlich“ an allen Verhandlungen zwischen Sawinkow und Kornilow über den Plan eines Einfalls in Petrograd teil. Soweit uns bekannt ist, bekleidete Maklakow damals keinen offiziellen Posten bei oder in der Provisorischen Regierung. In welcher anderen Eigenschaft konnte er denn an diesen Verhandlungen teilnehmen, wenn nicht als Vertreter seiner Partei?

Das sind die Tatsachen.

Unsere Partei hatte Recht, als sie behauptete, dass die Kerenskiregierung eine Regierung der bürgerlichen Konterrevolution ist, die sich auf die Kornilowsche Konterrevolution stützt und sich von ihr nur durch eine gewisse „Unentschlossenheit“ unterscheidet.

Unsere Partei hatte Recht, als sie behauptete, dass die ideologischen und politischen Fäden der Konterrevolution im Zentralkomitee der Kadettenpartei zusammenlaufen.

Wenn der konterrevolutionäre Plan der Petrograder und Mogilewer Verschwörer gescheitert ist, so sind daran nicht Kerenski und Kornilow oder Maklakow und Sawinkow schuld, sondern dieselben Sowjets, die von ihnen „auseinandergejagt“ werden sollten, denen sie jedoch nicht standzuhalten vermochten.

Jetzt, da die Kornilowleute mit Hilfe der Paktierer die Macht erschlichen und sich erholt haben, wird der Kampf gegen die Sowjets erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Die Arbeiter und Soldaten dürfen nicht vergessen, dass sie Gefahr laufen, unter die eiserne Ferse der Militärdiktatur zu geraten, wenn sie die Sowjets in ihrem Kampf gegen die Regierung der

Die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie

Was bedeutet die „kollektive Diktatur“, über deren Aufrichtung die Verschwörer gegen die Revolution - Kornilow und Miljukow, Aladjin und Filonenko, Kerenski und Fürst Lwow, Rodsjanko und Sawinkow sich geeinigt hatten? In welche politischen Formen wollten sie diese Diktatur kleiden?

Welche politischen Institutionen hielten sie für notwendig, um die „kollektive Diktatur“ aufzurichten und zu organisieren?

Lassen wir Dokumente sprechen.

„General Kornilow fragte Filonenko, ob er nicht auch glaube, dass der einzige Ausweg aus der entstandenen schwierigen Lage nur die Proklamierung der Militärdiktatur sein könne.

Filonenko erwiderte, wenn er real an einen Diktator denke, so könne er sich einen solchen in der gegenwärtigen Situation nur in der Person des Generals Kornilow vorstellen. Gegen die

Diktatur einer einzelnen Person hatte Filonenko folgendes einzuwenden: General Kornilow sei selber mit der politischen Situation nicht genügend vertraut, und seine Diktatur würde darum zur Herrschaft einer so genannten Kamarilla führen. Die demokratischen und republikanischen Kreise müssten sich dagegen und folglich auch gegen die Diktatur einer einzelnen Person wenden.

General Kornilows: Was ist aber zu tun, wenn die Regierung keinerlei Maßnahmen trifft?

Filonenko: Ein Ausweg kann in der Bildung eines Direktoriums gefunden werden. Man muss aus Mitgliedern der Regierung ein kleines Kriegskabinetten bilden, dem nur Männer von außerordentlicher Willensstärke angehören dürfen und das man ‚Rat der Volksverteidigung‘ oder irgendwie anders nennen könnte - auf den Namen kommt es nicht an -, ein Kabinetten, dem unbedingt Kerenski, General Kornilow und Sawinkow angehören müssen. Dieses kleine Kabinetten muss sich die Landesverteidigung als allererste Aufgabe stellen. In dieser Form muss der Plan des Direktoriums von der Regierung angenommen werden.

Kornilow: Sie haben Recht. Ein Direktorium ist notwendig, und zwar so schnell wie möglich...“ („Nowoje Wremja“).

Und weiter:

„Es wurde der Plan eines ‚Rates der Volksverteidigung‘ entworfen, mit dem Obersten Befehlshaber als Vorsitzendem, A. F. Kerenski als Minister und stellvertretendem Vorsitzendem, mit Herrn Sawinkow, General Alexejew, Admiral Kolttschak und Herrn Filonenko.

Dieser Rat der Verteidigung sollte eine kollektive Diktatur ausüben, da man die Errichtung der Diktatur einer einzelnen Person für unerwünscht hielt“ („Obschtscheje Djelo“).

Das Direktorium war also die politische Form, in die die „kollektive Diktatur“ Kornilow-Kerenski gekleidet werden sollte.

Jetzt sieht ein jeder, dass Kerenski, als er nach der missglückten „Meuterei“ Kornilows das Direktorium ins Leben rief, die gleiche Kornilowsche Diktatur mit anderen Mitteln einführt.

Jetzt sieht ein jeder, dass das greise ZEK, als es sich in der bekannten Nachtsitzung für das Kerenskidirektorium erklärte, damit für den konterrevolutionären Plan General Kornilows stimmte.

Jetzt sieht ein jeder, dass die Neunmalklugen vom „Djelo Naroda“, als sie mit Schaum vorm Munde das Kerenskidirektorium verteidigten, zur Freude der offenen und verkappten Kornilowleute, ohne es selber zu merken, die Revolution verrieten.

Unsere Partei hatte Recht, als sie behauptete, dass das Direktorium eine verhüllte Form der Diktatur der Konterrevolution ist.

Aber mit dem Direktorium allein „kommt man nicht weit“. Es konnte den Meistern der Konterrevolution nicht entgehen, dass es unmöglich ist, ein Land, das von der Frucht des Demokratismus genossen hat, nur mittels eines Direktoriums ohne irgendein „demokratisches“ Mäntelchen „zu regieren“. „Kollektive Diktatur“ in Form eines Direktoriums - gewiss! Aber wozu sie entblößen? Wäre es da nicht besser, sie mit irgendeinem „Vorparlament“ zu verdecken? Mag dieses „demokratische Vorparlament“ ruhig leben und schwätzen - wenn sich nur der Staatsapparat in den Händen des Direktoriums befindet! Es ist bekannt, dass der Sachwalter Kornilows, Herr Sawoiko, ferner der Agent einer unbekanntes Firma in London, Herr Aladjin, sowie Miljukows Freund Kornilow „höchstselbst“ die ersten waren, die den Plan eines „Vorparlaments“ aufstellten, das als Stütze und Kulisse für das Direktorium dienen und vor dem das Direktorium (man lache nicht!) „verantwortlich“ sein sollte.

Lassen wir ein Dokument sprechen.

„Als General Kornilow und seine Umgebung auf der Schaffung eines Direktoriums bestanden, stellten sie sich darunter nichts anderes vor als eine Institution, die dem Lande gegenüber verantwortlich ist.

M. M. Filonenko ist einer der überzeugtesten Anhänger des von Aladjin aufgestellten Projekts eines Vertretungsorgans, dem gegenüber die Regierung bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung unbedingt verantwortlich sein soll.

Diesem Vertretungsorgan sollten Aladjins Plan zufolge angehören: die Mitglieder der IV. Reichsduma (ohne den rechten Flügel und ohne alle ihre untätig gebliebenen Mitglieder), die linken Elemente der drei ersten Dumas, eine Delegation des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten (ohne die Zahl der Vertreter der Parteien zu beschränken) und 10 bis 20 der angesehensten Revolutionäre, wie Breschko-Breschkowskaja, Kropotkin, Figner und andere, die von dem Vertretungsorgan selbst kooptiert werden sollten. Also ist A. F. Aladjin als erster auf die Idee des ‚Vorparlaments‘ gekommen“ („Nowoje Wremja“).

Also ist das „Vorparlament“ jenes „Vertretungsorgan“, das die „demokratische“ Stütze für die „kollektive Diktatur“ Kornilow-Kerenski bilden sollte.

Das „Vorparlament“ als ein Organ, dem gegenüber die Regierung „bis zur Einberufung“ der Konstituierenden Versammlung „verantwortlich“ ist; das „Vorparlament“, das bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung diese ersetzen wird, das „Vorparlament“, das die Konstituierende Versammlung ersetzt, wenn ihre Einberufung aufgeschoben wird; das „Vorparlament“, das die „rechtliche Grundlage“ dafür bietet (Juristen, frohlocket!), die Einberufung der Konstituierenden Versammlung hinauszuschieben; das „Vorparlament“ als ein Mittel zur Vereitelung der Konstituierenden Versammlung - das ist der ganze Sinn des konterrevolutionären „Demokratismus“ der Verschwörer gegen die Revolution.

Jetzt sieht ein jeder, dass Kerenski, indem er das in zwei Tagen zusammentretende Kornilowsche „Vorparlament“ „sanktioniert“, mit anderen Mitteln denselben konterrevolutionären Plan der Verschwörer gegen die Revolution durchführt.

Jetzt sieht ein jeder, dass die Awxentjew und Dan, als sie das „Vorparlament“ organisierten und zu diesem Zwecke eine Reihe von Fälschungen begingen, im Interesse der offenen und verkappten Kornilowleute, gegen die Revolution und ihre Errungenschaften arbeiteten.

Jetzt sieht ein jeder, dass die Neunmalklugen vom „Djelo Naroda“, die nach der Konstituierenden Versammlung schreien, gleichzeitig aber das Kornilowsche „Vorparlament“ festigen, auf die Vereitelung der Konstituierenden Versammlung hinarbeiten. Kornilows Schüler zu sein, das ist alles, wozu es die „verantwortlichen“ Schwätzer aus der „Demokratischen Beratung“ - die Zereteli und Tschernow, die Awxentjew und Dan - gebracht haben.

Erste Schlussfolgerung

Aus den oben untersuchten Dokumenten ist ersichtlich, dass wir es „im Fall Kornilow“ nicht mit einer „Meuterei“ gegen die Provisorische Regierung, auch nicht einfach mit dem „Abenteuer“ eines ehrgeizigen Generals zu tun haben, sondern mit einer regelrechten Verschwörung gegen die Revolution, mit einer organisierten und genau durchdachten Verschwörung.

Die Organisatoren und Inspiratoren der Verschwörung waren: der konterrevolutionäre Teil der Generalität, Vertreter der Kadettenpartei, Vertreter der Moskauer „Männer der Öffentlichkeit“, die „besteingeweihten“ Mitglieder der Provisorischen Regierung und - ihrer Bedeutung nach nicht an letzter Stelle! - gewisse Vertreter gewisser Botschaften (über die sich das „Memorandum“ Kornilows ausschweigt).

Also alle diejenigen, die Kornilow auf der Moskauer Beratung als den „anerkannten Führer Rußlands“ „bejubelten“.

Die „Verschwörung Kornilows“ ist eine Verschwörung der imperialistischen Bourgeoisie gegen die revolutionären Klassen Rußlands, gegen das Proletariat und die Bauernschaft.

Das Ziel der Verschwörung war die Zerschlagung der Revolution und die Errichtung der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie.

Zwischen den Verschwörern gab es Differenzen, jedoch nur unbedeutende Differenzen, lediglich quantitativer Natur. Sie fanden ihren Ausdruck im „Tempo der Regierungsmaßnahmen“: Kerenski wollte vorsichtig und mit Umsicht vorgehen, während Kornilow „geradewegs drauflosging“. In der Hauptsache aber waren sie sich alle einig: Errichtung der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie in Form der „kollektiven Diktatur“ eines Direktoriums, die zur Irreführung von Einfaltspinseln durch ein „demokratisches“ Vorparlament bemäntelt werden sollte.

Worin besteht das charakteristische Merkmal der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie? In erster Linie darin, dass eine solche Diktatur die Herrschaft einer kriegslüsternden und ausbeutenden Minderheit über die werktätige und nach Frieden dürstende Mehrheit ist. Man lese das „Memorandum“ Kornilows, man nehme Einblick in die „Verhandlungen“ mit den Regierungsmitgliedern: Dort wird von Maßnahmen zur Unterdrückung der Revolution gesprochen, dort wird von Wegen zur Festigung des bürgerlichen Regimes und zur Verlängerung des imperialistischen Krieges gesprochen; doch findet man dort kein einziges Wort über die Bauern, die Land fordern, über die Arbeiter, die Brot fordern, über die Mehrheit der Staatsbürger, die nach Frieden dürsten. Ja, noch mehr, das ganze „Memorandum“ geht von der Voraussetzung aus, dass es notwendig sei, die Massen mit eiserner Faust niederzuhalten, und dass die Zügel der Regierung sich in den Händen eines Häufleins von Diktatoren befinden müssten.

Zweitens darin, dass die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie eine geheime, verhüllte Diktatur ist, die sich hinter den Kulissen verbirgt und die Massen irreführen soll. Man sehe sich das „Memorandum“ an, und man wird erkennen, wie eifrig die Herren Verschwörer bestrebt waren, ihre dunklen Pläne und ihre Machinationen hinter den Kulissen nicht nur vor den Massen, sondern auch vor ihren Kollegen und Parteifreunden“ geheim zu halten. Um die Massen zu betrügen, wurde der Plan eines „demokratischen“ Vorparlaments zusammengebraut, denn wie kann von Demokratismus die Rede sein, wenn die Todesstrafe im Hinterland und an der Front eingeführt ist? Um die Massen zu betrügen, wurde das Aushängeschild „Republik Rußland“ beibehalten, denn wie kann von einer Republik die Rede sein, wenn sich die uneingeschränkte Macht in den Händen eines Grüppchens von fünf Diktatoren befindet!

Schließlich darin, dass die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie eine Diktatur ist, die sich auf die Gewaltanwendung gegen die Massen stützt. Eine andere „sichere“ Stütze als die systematische Anwendung von Gewalt gegen die Massen hat eine solche Diktatur nicht und kann sie nicht haben. Todesstrafe im Hinterland und an der Front, Militarisierung der Industriebetriebe und Eisenbahnen, Erschießungen - das ist das Arsenal dieser Diktatur. „Demokratischer“ Betrug, dem durch Gewalt nachgeholfen wird; Gewalt, die mit „demokratischem Betrug verhüllt wird - das ist das A und O der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie.

Gerade eine solche Diktatur wollten die Verschwörer in Rußland errichten.

Zweite Schlussfolgerung

Wir sind weit davon entfernt, die Ursache der Verschwörung in dem bösen Willen einzelner Helden zu suchen. Wir sind ebenso weit davon entfernt, die Verschwörung mit der Machtgier ihrer Initiatoren zu erklären. Die Ursachen der konterrevolutionären Verschwörung liegen tiefer. Man muss sie in den Bedingungen des imperialistischen Krieges suchen. Man muss sie in den Erfordernissen dieses Krieges suchen. Die Politik der Offensive an der Front, die sich die Provisorische Regierung im Juni zu Eigen gemacht hat - da ist der Boden zu suchen, auf dem die Verschwörung der Konterrevolutionäre erwuchs. Überall, in allen kriegführenden

Staaten, hat die Politik der Offensive in der Atmosphäre des imperialistischen Krieges die Notwendigkeit gezeitigt, die Freiheiten aufzuheben, den Kriegszustand zu verhängen, eine „eiserne Disziplin“ einzuführen, denn dort, wo ein Höchstmaß an Freiheit besteht, ist es undenkbar, die Massen ungestraft in das Gemetzel zu treiben, das die internationalen Räuber angezettelt haben. Rußland konnte in dieser Beziehung keine Ausnahme sein.

Unter dem Druck der imperialistischen Cliquen, der einheimischen wie der alliierten, wird im Juni die Offensive an der Front verkündet. Die Soldaten wollen nicht stillschweigend zum Angriff vorgehen. Man beginnt mit der Auflösung von Regimentern. Diese Maßnahme erweist sich als unwirksam. Die Armee wird infolgedessen für „kampfunfähig“ erklärt. Im Interesse der „Hebung der Kampffähigkeit“ der Armee fordert Kornilow (und nicht nur Kornilow!) die Einführung des Gesetzes über die Todesstrafe an der Front, nachdem er zuvor Kundgebungen und Versammlungen der Soldaten verboten hat. Im Hinterlande protestieren die Soldaten und die Arbeiter dagegen und fördern so die Empörung der Frontsoldaten. Als Antwort darauf fordern die Frontgenerale, unterstützt von der Bourgeoisie, die Anwendung der Todesstrafe auch im Hinterland sowie die Militarisierung der Industriebetriebe und der Eisenbahnen. Der Plan der Diktatur und die Verschwörung sind nur die logische Weiterentwicklung dieser Maßnahmen. Das ist die kurze Geschichte der „Wiederherstellung der eisernen Disziplin“ und der Entwicklung der Konterrevolution, die in dem „Memorandum“ Kornilows drastisch dargestellt ist. Die Konterrevolution nahm ihren Anfang an der Front, wo sie den Erfordernissen einer Offensive unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges entsprang. Die Verschwörung hatte den Zweck, die bereits vorhandene Konterrevolution auf ganz Rußland auszudehnen, sie zu organisieren und ihr Form zu verleihen.

Die Erzreaktionäre der zaristischen Duma des 3. Juni wussten, was sie taten, als sie schon Anfang Juni eine „sofortige“ Offensive im engsten Kontakt mit den Alliierten forderten. Sie, diese bewährten Obermacher der Konterrevolution, wussten, dass die Politik der Offensive unvermeidlich die Konterrevolution im Gefolge haben wird.

Unsere Partei hatte Recht, als sie damals in ihrer Erklärung auf dem Sowjetkongress warnend darauf hinwies, dass die Offensive an der Front eine tödliche Gefahr für die Revolution bedeutet.

Die Führer der „Vaterlandsverteidiger“, die die Erklärung unserer Partei zurückwiesen, bestätigten damit wieder einmal ihre politische Unreife und ihre ideologische Abhängigkeit von der imperialistischen Bourgeoisie.

Was folgt nun daraus?

Es gibt nur eine Schlussfolgerung. Die hier behandelte Verschwörung ist die Fortsetzung der Konterrevolution, die aus den Erfordernissen des imperialistischen Krieges und der Politik der Offensive erwuchs. Solange dieser Krieg und diese Politik weitergeführt werden, wird auch die Gefahr konterrevolutionärer Verschwörungen bestehen. Um die Revolution vor dieser Gefahr zu schützen, muss dem imperialistischen Krieg ein Ende gemacht, muss jede Möglichkeit einer Politik der Offensive beseitigt, muss der demokratische Frieden errungen werden.

Dritte Schlussfolgerung

Kornilow und seine „Komplicen“ sind verhaftet. Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission erledigt die Angelegenheit „im Schnellverfahren“. Die Provisorische Regierung spielt den obersten Gerichtsherrn. Kornilow und seinen „Komplicen“ hat man die Rolle von „Meuterern“ zugewiesen, den Herrschaften von der „Rjetsch“ und vom „Nowoje Wremja“ die Rolle von Verteidigern Kornilows. „Es wird einen spannenden Prozess geben“, sagen die Liebhaber von Sensationen. „Der Prozess wird viele wichtige Enthüllungen bringen“, bemerkt tiefsinnig das „Djelo Naroda“.

Gegen wen richtete sich die Meuterei? Natürlich gegen die Revolution! Wo steckt sie denn, diese Revolution? Natürlich in der Provisorischen Regierung, denn der Putsch war gegen die Provisorische Regierung gerichtet. Aus was für Leuten besteht sie denn, diese Revolution? Aus dem „unvermeidlichen“ Kerenski, aus Vertretern der Kadettenpartei, aus Vertretern der Moskauer „Männer der Öffentlichkeit“ und aus einem Sir, der hinter dem Rücken dieser Gentlemen steht. Erste Stimme: „Aber dort fehlt doch Kornilow?“ Zweite Stimme: „Wieso denn Kornilow? Man hat ihn angewiesen, auf der Anklagebank zu sitzen“...

Doch lassen wir den Vorhang fallen. Kornilow hat tatsächlich eine Verschwörung gegen die Revolution organisiert. Aber er stand nicht allein. Er hatte Inspiratoren in Person von Miljukow und Rodsjanko, von Lwow und Maklakow, von Filonenko und Nabokow. Er hatte Helfer in Person von Kerenski und Sawinkow, von Alexejew und Kaledin. Stimmt es etwa nicht, dass diese und ihnen ähnliche Gentlemen jetzt ruhig frei umherspazieren und nicht nur frei umherspazieren, sondern noch dazu das Land nach der Verfassung „keines Geringeren“ als Kornilows „regieren“? Schließlich genoss Kornilow die Unterstützung der russischen und der englisch-französischen imperialistischen Bourgeoisie, in deren Interesse alle diese Kornilowschen Helfershelfer jetzt das Land „regieren“. Ist es denn nicht klar, dass ein Prozess gegen Kornilow allein eine erbärmliche und lächerliche Komödie ist? Wie kann man aber andererseits die imperialistische Bourgeoisie, die die Hauptschuld an der Verschwörung gegen die Revolution trägt, gerichtlich belangen? Löst einmal dieses Problem, ihr neunmalklugen Zunftmeister aus dem Justizministerium!

Es geht hier offensichtlich nicht um die Gerichtskomödie. Es geht darum, dass nach der Kornilowaktion, nach den mit viel Lärm vorgenommenen Verhaftungen und der „strengen“ Untersuchung die Macht wieder restlos in die Hände der Kornilowleute „geraten ist“. Was Kornilow mit Waffengewalt erreichen wollte, wird jetzt, wenngleich mit anderen Mitteln, allmählich, aber unentwegt von den an der Macht stehenden Kornilowleuten durchgeführt. Selbst das Kornilowsche „Vorparlament“ ist zustande gebracht worden.

Es geht darum, dass wir nach der glücklichen „Liquidierung“ der Verschwörung gegen die Revolution wieder in die Macht des Verschwörerstabs „geraten sind“, desselben Kerenski und Tereschtschenko, derselben Vertreter der Kadettenpartei und der „Männer der Öffentlichkeit“, derselben Sirs und der ihnen gleichenden Generale. Nur Kornilow fehlt, aber ist etwa Sir Alexejew, ohne den kein wichtiges Staatsgeschäft erledigt wird und der, wie man erfährt, sich anschickt, auf der Ententekonferenz Rußland oder England - man weiß nicht recht wen - zu vertreten, schlechter als Kornilow?

Es geht darum, dass diese Verschwörer „regierung“ nicht länger geduldet werden darf.

Es geht darum, dass man dieser Verschwörer „regierung“ nicht trauen darf, ohne die Revolution der tödlichen Gefahr neuer Verschwörungen auszusetzen.

Jawohl, den Verschwörern gegen die Revolution muss der Prozess gemacht werden. Aber es darf keine Gerichtskomödie, kein Scheingericht sein, es muss ein wirkliches Gericht, ein Volksgericht sein. Dieses Gericht muss darin bestehen, dass der imperialistischen Bourgeoisie, in deren Interesse die gegenwärtige Verschwörer „regierung“ wirkt, die Macht entzogen wird. Dieses Gericht muss darin bestehen, dass alle Machtorgane - von unten bis oben - radikal von Kornilowschen Elementen gesäubert werden.

Wir haben oben gesagt, dass es unmöglich ist, die Revolution vor Verschwörungen der Konterrevolution zu schützen, ohne den imperialistischen Krieg zu beenden und einen demokratischen Frieden zu erringen. Solange jedoch die gegenwärtige „Regierung“ am Ruder bleibt, ist an einen demokratischen Frieden überhaupt nicht zu denken. Um einen solchen Frieden zu erringen, muss diese Regierung „abgesetzt“ und eine neue „eingesetzt“ werden.

Zu diesem Zweck muss die Macht in die Hände der neuen, revolutionären Klassen, in die Hände des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft, übergeben werden. Zu diesem Zweck muss die Macht in den revolutionären Massenorganisationen, den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, konzentriert werden.

Diese Klassen und diese Organisationen, und nur sie allein, haben die Revolution vor der Verschwörung Kornilows gerettet. Sie allein werden der Revolution auch den Sieg sichern. Gerade darin wird das Gericht über die imperialistische Bourgeoisie und ihre Agenten, die Verschwörer, bestehen.

Zwei Fragen

Erste Frage. Als vor einigen Wochen die skandalösen Enthüllungen über die Verschwörung der Regierung (nicht Kornilows, sondern der Regierung!) gegen die Revolution zum ersten Mal in der Presse erschienen, brachte die bolschewistische Fraktion im ZEK eine Anfrage ein, die an die ehemaligen Mitglieder der Provisorischen Regierung aus der Periode der „Kornilowepopö“, an Awxentjew und Skobelew, gerichtet war. In der Anfrage interessierte sie sich für die Aussagen, die Awxentjew und Skobelew zu den die Provisorische Regierung belastenden Enthüllungen machen müssten, wenn sie ihre Ehre wahren und ihren Verpflichtungen vor der Demokratie nachkommen wollten. Der Anfrage unserer Fraktion schloss sich am selben Tage das Büro des ZEK an, und sie wurde auf diese Weise zur Interpellation der „gesamten revolutionären Demokratie“. Seitdem ist ein Monat vergangen, eine Enthüllung jagt die andere, jede noch skandalöser als die vorhergehende, Awxentjew und Skobelew aber schweigen weiter, als hätten sie die Sprache verloren, als ginge sie das gar nichts an. Finden unsere Leser nicht, dass es für diese „verantwortlichen“ Staatsbürger an der Zeit wäre, sich auf die elementaren Anstandsregeln zu besinnen und die von der „gesamten revolutionären Demokratie“ an sie gerichtete Anfrage endlich zu beantworten?

Zweite Frage. Als die neuen Enthüllungen über die Kerenskiregierung in vollem Gange waren, forderte das „Djelo Naroda“ seine Leser auf, diese Regierung irgendwie „zu ertragen“ und die Konstituierende Versammlung „abzuwarten“. Es ist gewiss amüsant, aus dem Munde der Leute, die zur „Rettung des Landes“ mit eigenen Händen diese Regierung geschaffen haben, jetzt solche Reden von „Ertragen“ zu hören. Haben sie wirklich diese Regierung lediglich zu dem Zwecke geschaffen, sie schweren Herzens „eine kurze Zeit“ „zu ertragen“? ... Was heißt aber die Kerenskiregierung „ertragen“? Das heißt das Schicksal unseres Millionenvolkes in die Hände von Verschwörern gegen die Revolution legen. Das heißt die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände von Agenten der imperialistischen Bourgeoisie legen. Das heißt das Schicksal der Konstituierenden Versammlung in die Hände der immer auf der Lauer liegenden Konterrevolutionäre legen. Wie soll man eine „sozialistische“ Partei nennen, die ihr politisches Schicksal an das einer „Regierung“ von Verschwörern gegen die Revolution gebunden hat? Man spricht von der „Naivität“ der Führer der Partei der Sozialrevolutionäre. Man spricht von der „Kurzsichtigkeit“ des „Djelo Naroda“. Es unterliegt keinem Zweifel, dass den „verantwortlichen“ Fahrern der Sozialrevolutionäre diese „Tugenden“ keineswegs abgehen. Allein ... finden die Leser nicht, dass Naivität in der Politik ein Verbrechen ist, das an Verrat grenzt?

„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 27, 28 u. 30,
4., 5. und 7. Oktober 1917.
Unterschrift: K. Stalin.

WER HINTERTREIBT DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG?

Während die Maulhelden des Paktierertums sich in Reden über das Vorparlament ergehen und ihre Mitläufer sich als Kämpen gegen die Bolschewiki betätigen, die angeblich die Konstituierende Versammlung hintertreiben, erproben die Macher der Konterrevolution bereits ihre Kräfte für die tatsächliche Vereitelung der Konstituierenden Versammlung.

Erst eine Woche ist es her, dass die Führer der „Donkosakenschaft“ mit dem Vorschlag kamen, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu verschieben, weil „die Bevölkerung nicht auf sie vorbereitet“ sei.

Zwei Tage danach hat der „Djen“, eine eng mit der kadettischen „Rjtsch“ zusammenarbeitende Zeitung, aus der Schule geplaudert, als sie schrieb: „Die Welle der Agrarunruhen... wird möglicherweise einen Aufschub der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung nach sich ziehen.“

Und gestern brachte der Telegraf die Kunde, dass die „Männer der Öffentlichkeit“ in Moskau, jene selben Herren, die jetzt die Provisorische Regierung lenken, Wahlen zur Konstituierenden Versammlung gleichfalls „für unmöglich befinden“.

„N. N. Lwow, Mitglied der Reichsduma, erklärte, dass es aus technischen und politischen Erwägungen gegenwärtig unmöglich sei, angesichts der Anarchie im Lande Wahlen abzuhalten. Und Kusmin-Karawajew fügte hinzu, dass die Regierung auf die Konstituierende Versammlung nicht vorbereitet sei, dass keinerlei Gesetzesvorlagen ausgearbeitet seien.“

Offenbar hat die Bourgeoisie die Absicht, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu vereiteln.

Offenbar hält sich die Bourgeoisie jetzt, wo sie sich durch die Schaffung eines „demokratischen“ Schutzschirms in Gestalt des konterrevolutionären Vorparlaments in der Provisorischen Regierung gefestigt hat, für stark genug, um die Konstituierende Versammlung noch einmal „zu verschieben“.

Was können die Herren Paktierer von den „Iswestija“ und vom „Djelo Naroda“ dieser Gefahr entgegenstellen?

Was können sie der Provisorischen Regierung entgegenstellen, wenn diese, „auf die Stimme des Landes hörend“ und in den Fußstapfen der „Männer der Öffentlichkeit“ wandelnd, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung verschiebt?

Vielleicht das berüchtigte Vorparlament? Aber das Vorparlament, nach Kornilows Plan geschaffen und berufen, die Geschwüre der Kerenskieregierung zu verhüllen, wurde ja eben ins Leben gerufen, um die Konstituierende Versammlung, wenn sie verschoben wird, zu ersetzen. Was vermag diese Kornilowsche Fehlgeburt im Kampf um die Konstituierende Versammlung zu leisten?

Vielleicht das altersschwache ZEK? Aber welches Ansehen kann diese von den Massen losgerissene Institution genießen, die dauernd bald gegen die Eisenbahner, bald gegen die Sowjets ausschlägt?

Vielleicht die „große russische Revolution“, über die sich das „Djelo Naroda“ mit so widerlicher Heuchelei in Phrasen ergeht? Aber die Neunmalklugen vom „Djelo Naroda“ sagen ja selbst, die Revolution sei unvereinbar mit der Konstituierenden Versammlung („entweder Revolution oder Konstituierende Versammlung“!). Was für eine Kraft können leere Phrasen über die „Macht der Revolution“ im Kampf für die Konstituierende Versammlung haben?

Wo also ist die Kraft, die man den konterrevolutionären Anschlägen der Bourgeoisie entgegenstellen kann?

Diese Kraft ist die wachsende russische Revolution. Die Paktierer glauben nicht an sie. Aber das hindert die russische Revolution nicht, zu wachsen, das Dorf zu erfassen und die Grundfesten der Gutsherrenmacht hinwegzufegen.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die gegen den Sowjetkongress^[86] kämpfen und das Kornilowsche Vorparlament festigen, helfen dadurch der Bourgeoisie, die Konstituierende Versammlung zu vereiteln.

Aber mögen sie wissen, dass sie es auf diesem Weg mit der wachsenden Revolution zu tun bekommen werden.

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 28,
5. Oktober 1917.
Leitartikel.*

DIE KONTERREVOLUTION MACHT MOBIL - RÜSTET ZUR ABWEHR!

Die Revolution lebt. Sie hat die Kornilow-„meuterei“ vereitelt, hat die Front aufgerüttelt, hat eine Stadt nach der anderen erfasst, hat Leben in die Industriebezirke gebracht und greift nun aufs Dorf über, wo sie die verhassten Grundfesten der Gutsherrenmacht hinwegfegt.

Die letzte Stütze der Paktierpolitik fällt. Der Kampf gegen den Kornilowputsch hat die paktiererischen Illusionen der Arbeiter und Soldaten zerstört und diese um unsere Partei geschart. Der Kampf gegen die Gutsherren wird auch die paktiererischen Illusionen der Bauern zerstören und diese um die Arbeiter und Soldaten scharen.

Im Kampf gegen die „Vaterlandsverteidiger“ und entgegen deren Willen bildet sich die revolutionäre Front der Arbeiter, Soldaten und Bauern. Im Kampf gegen die Paktierer und entgegen deren Willen wächst und erstarkt diese Front.

Die Revolution mobilisiert ihre Kräfte und entledigt sich der menschwistischen und sozialrevolutionären Paktierer.

Gleichzeitig mobilisiert auch die Konterrevolution ihre Kräfte.

Die Partei der Kadetten, der Herd und die Brutstätte der Konterrevolution, eröffnet als erste den Kampf und entfaltet die Agitation für Kornilow. Nachdem die Kadettenpartei die Macht an sich gerissen, die Meute der Suworinschen Kläffer losgelassen, sich in dem sozialrevolutionär-menschewistisch-kornilowschen Vorparlament eine Deckung geschaffen und sich die Unterstützung der konterrevolutionären Generale gesichert hat, bereitet sie nun eine neue Kornilowaktion vor und droht, die Revolution zu vernichten.

Der „Bund der Männer der Öffentlichkeit“ in Moskau, der Bund der Aussperrer und der „knöchernen Hand des Hungers“, derselbe Bund, der Kornilow half, den Arbeitern und Bauern die Schlinge um den Hals zu legen, die Sowjets im Hinterland und die Komitees an der Front auseinanderzujagen - dieser Bund beruft in zwei Tagen die „zweite Moskauer Beratung“ ein, er lädt zu dieser Konferenz eindringlichst die Vertreter des „Verbandes der Kosakentruppen“ ein.

An der Front, besonders im Süden und im Westen, organisiert der Geheimbund Kornilowscher Generale fieberhaft einen neuen Feldzug gegen die Revolution und sammelt alle Kräfte um sich, die sich für diese schwarze „Arbeit“ eignen...

Die Kerenskiregierung indessen, dieselbe Regierung, die mit Kornilow die Verschwörung gegen die Revolution organisiert hatte, bereitet sich zur Flucht nach Moskau vor, um, nach der Auslieferung Petrograds an die Deutschen, im Verein mit den Rjabuschinski und Buryschkin, mit den Kaledin und Alexejew eine neue, noch gefährlichere Verschwörung gegen die Revolution zu organisieren.

Zweifel sind unmöglich. Als Gegengewicht zur Front der Revolution entsteht und festigt sich die Front der Konterrevolution, die Front der Kapitalisten und Gutsbesitzer, der Kerenskiregierung und des Vorparlaments. Die Konterrevolution bereitet einen neuen Kornilowputsch vor.

Die erste Verschwörung der Kornilowschen Konterrevolution wurde vereitelt. Aber die Konterrevolution wurde nicht zerschlagen. Sie zog sich bloß zurück, verbarg sich hinter dem Rücken der Kerenskiregierung und verschanzte sich in neuen Positionen.

Die zweite Verschwörung der Kornilowschen Konterrevolution, die jetzt vorbereitet wird, muss restlos zerschmettert werden, um die Revolution für lange Zeit gegen jede Gefahr zu sichern.

Die erste Aktion der Konterrevolution wurde von den Arbeitern und Soldaten, von den Sowjets im Hinterlande und den Komitees an der Front zum Scheitern gebracht.

Die Sowjets und die Komitees müssen alle Maßnahmen treffen, um die zweite Aktion der Konterrevolution mit der ganzen Macht der großen Revolution zunichte zu machen.

Die Arbeiter und Soldaten, die Bauern und Matrosen sollen wissen, dass der Kampf um Frieden und Brot, um Land und Freiheit geht, gegen Kapitalisten und Gutsbesitzer, gegen Spekulanten und Marodeure, gegen Überläufer und Verräter, gegen alle, die nicht ein für allemal mit der sich organisierenden Kornilowschen Konterrevolution Schluss machen wollen. Die Kornilowsche Konterrevolution macht mobil - rüstet zur Abwehr!

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 32,
10. Oktober 1917.
Leitartikel.*

WER BRAUCHT DAS VORPARLAMENT?

Vor ein paar Monaten fasste Kornilow, als er die Auseinanderjagung der Sowjets plante und eine Militärdiktatur organisierte, den Entschluss, gleichzeitig auch ein „demokratisches“ Vorparlament zu schaffen.

Zu welchem Zweck?

Um nach Ersetzung der Sowjets durch das Vorparlament mit diesem das konterrevolutionäre Wesen der Kornilowdiktatur zu verdecken und das Volk über die wahren Ziele der Kornilowschen „Reformen“ zu betrügen.

Nach der „Liquidierung“ des Kornilowaufstands beschlossen Kerenski und die Kadetten, Tschernow und die Moskauer Industriellen, die eine „neue“ Koalitionsdiktatur der Bourgeoisie errichteten, gleichzeitig auch das Kornilowsche Vorparlament ins Leben zu rufen.

Zu welchem Zweck?

Vielleicht zum Kampf gegen die Sowjets? Vielleicht zur Verdeckung des Kerenskiregimes, das sich nur wenig von der Kornilowschen Konterrevolution unterscheidet? Awxentjew beteuert, das Vorparlament sei zur „Rettung des Vaterlandes“ geschaffen worden. Tschernow „entwickelt“ Awxentjews These weiter, indem er versichert, das Ziel des Vorparlaments sei „die Rettung des Landes und der Republik“. Aber Kornilow wollte ja auch „das Land und die Republik retten“, als er die Militärdiktatur einführte und sie durch das Vorparlament tarnte. Wodurch unterscheidet sich die Awxentjew-Tschernowsche „Rettung“ von der Kornilowschen?

Zu welchem Zweck also ist die gegenwärtige Kornilowsche Fehlgeburt, das so genannte Vorparlament, ins Leben gerufen worden?

Hören wir einen der ersten Baumeister des Vorparlaments, ein „Mitglied des Zentralkomitees der Kadettenpartei, früheres Mitglied des Provisorischen Komitees der Reichsduma, jetziges Mitglied des Vorparlaments, Herrn Adshemow. Hören wir ihn an, denn er ist offener als die anderen:

„Es muss in erster Linie die Aufgabe des Vorparlaments sein, der Regierung einen Rückhalt zu schaffen, ihr die Macht zu geben, die sie jetzt natürlich nicht hat.“

Aber zu welchem Zweck braucht die Regierung diese „Macht“? Gegen wen soll sie eingesetzt werden?

Man höre weiter:

„Die Hauptfrage“, sagte Adshemow, „besteht darin, ob es dem Vorparlament gelingen wird, die Probe zu bestehen, ob es imstande sein wird, den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die gebührende Abfuhr zu erteilen. Man kann nicht daran zweifeln, dass der Sowjet und das Vorparlament einander gegenübergestellt sind, genau so, wie in zwei Monaten der Konstituierenden Versammlung wiederum die gleichen Organisationen gegenübergestellt sein werden. Wenn das Vorparlament das Examen besteht, dann kann die Arbeit in Fluss kommen“ (siehe „Djen“ vom Sonntag).

Das lässt man sich gefallen! Das nennt man offen und, wenn man will, ehrlich gesprochen!

Das Vorparlament verschafft der Regierung die „Macht“, um „den Sowjets eine Abfuhr zu erteilen“, denn das Vorparlament, und nur das Vorparlament, kann den Sowjets „gegenübergestellt“ werden.

Jetzt werden wir wissen, dass das Vorparlament nicht zur „Rettung des Landes“ ins Leben gerufen worden ist, sondern zum Kampf gegen die Sowjets. Jetzt werden wir wissen, dass die Überläufer aus den Reihen der Demokratie, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, sich nicht zur „Rettung der Revolution“ im Vorparlament verkrochen haben, sondern um der Bourgeoisie im Kampf gegen die Sowjets zu helfen. Nicht umsonst führen sie einen verzweifelten Kampf gegen den Sowjetkongress.

„Wenn das Vorparlament das Examen besteht, dann kann die Arbeit in Fluss kommen“, hofft Herr Adshemow.

Die Arbeiter und Soldaten werden alle Maßnahmen treffen, damit die Kornilowsche Fehlgeburt nicht „das Examen besteht“, damit ihre schwarze Arbeit“ nicht „in Fluss kommt“.

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 32,
10. Oktober 1917
Artikel ohne Unterschrift.*

DIE MACHT DER SOWJETS

In den ersten Tagen der Revolution war die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ etwas ganz Neues. Im April wird die „Macht der Sowjets“ zum ersten Male der Macht der Provisorischen Regierung entgegengestellt. Die Mehrheit in der Hauptstadt ist vorläufig noch für die Provisorische Regierung ohne Miljukow und Gutschkow. Im Juni wird diese Losung von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter und Soldaten demonstrativ anerkannt. Die Provisorische Regierung ist in der Hauptstadt bereits isoliert. Im Juli entbrennt um die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ ein Kampf zwischen der revolutionären Mehrheit der Hauptstadt und der Regierung Lwow-Kerenski. Das paktiererische ZEK, das sich auf die Rückständigkeit der Provinz stützt, geht auf die Seite der Regierung über. Der Kampf wird zugunsten der Regierung entschieden. Die Anhänger der Sowjetmacht werden als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt. Es folgt die todbringende Zeit der „sozialistischen“ Repressalien und „republikanischen“ Gefängnisse, der bonapartistischen Intrigen und militärischen Verschwörungen, der Erschießungen an der Front und der „Beratungen“ im Hinterlande. So geht es bis Ende August. Ende August ändert sich schroff das Bild. Der Kornilowaufstand bewirkt die Anspannung aller Kräfte der Revolution. Die Sowjets im Hinterlande und die Komitees an der Front, die im Juli und August im Sterben lagen, leben „plötzlich“ auf. Zu neuem Leben erwacht, nehmen sie in Sibirien und im Kaukasus, in Finnland und im Ural, in Odessa und in Charkow die Macht in ihre Hände. Ohne dies, ohne die Machtübernahme, wäre die Revolution zerschlagen worden. Auf diese Weise aber gewinnt die „Macht der Sowjets“, die im April von einer „kleinen Gruppe“ Bolschewiki in Petrograd proklamiert wurde, Ende August die fast allgemeine Anerkennung der revolutionären Klassen in Rußland.

Jetzt ist für jedermann klar, dass die „Macht der Sowjets“ nicht nur eine populäre Losung ist, sondern das einzig sichere Mittel im Kampf für den Sieg der Revolution, der einzige Ausweg aus der entstandenen Lage.

Der Augenblick ist gekommen, wo die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ endlich verwirklicht werden muss.

Aber was bedeutet die „Macht der Sowjets“ und wodurch unterscheidet sie sich von jeder anderen Macht?

Man sagt, die Übergabe der Macht an die Sowjets bedeute die Bildung einer „homogenen“ demokratischen Regierung, die Organisierung eines neuen „Kabinetts“ aus „sozialistischen“ Ministern und überhaupt eine „ernste Veränderung“ in der personellen Zusammensetzung der Provisorischen Regierung. Das trifft jedoch nicht zu. Es geht hier durchaus nicht um die Ersetzung der einen Mitglieder der Provisorischen Regierung durch andere. Hier geht es darum, dass die neuen, revolutionären Klassen Herren der Lage im Lande werden müssen. Es geht um den Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft. Dazu ist aber ein Wechsel der Regierung allein bei weitem nicht ausreichend. Dazu muss vor allem eine radikale Säuberung in allen Ämtern und Institutionen der Regierung vorgenommen werden, müssen überall die Kornilowleute vertrieben und durch der Revolution ergebene Menschen aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ersetzt werden. Nur dann und nur in diesem Falle wird man vom Übergang der Macht an die Sowjets „im Zentrum und an der Peripherie“ sprechen können.

Woraus lässt sich die allgemein bekannte Hilflosigkeit der „sozialistischen“ Minister der Provisorischen Regierung erklären? Woraus lässt sich die Tatsache erklären, dass diese Minister zu einem kläglichen Spielzeug in den Händen von Leuten geworden sind, die außerhalb der Provisorischen Regierung stehen (man erinnere sich der „Berichte“ Tschernows und Skobelews, Sarudnys und Peschechonows auf der „Demokratischen Beratung“!)? Vor allen Dingen daraus, dass nicht sie ihre Ämter leiteten, sondern sie sich von den Ämtern leiten ließen. Unter anderem daraus, dass jedes Amt eine Festung bildet, in der immer noch Bürokraten aus der Zarenzeit sitzen, für die die löblichsten Wünsche der Minister nur „leerer

Schall“ sind, Leute, die bereit sind, jede revolutionäre Maßnahme der Regierung zu sabotieren. Damit die Macht in der Tat und nicht nur in Worten an die Sowjets übergehe, müssen diese Festungen genommen, die Lakaien des kadettisch-zaristischen Regimes davongejagt und an ihre Stelle wähl- und absetzbare, der Revolution ergebene Kräfte gesetzt werden.

Die Macht den Sowjets - das bedeutet eine radikale, von unten bis oben durchzuführende Säuberung aller und jeglicher Regierungsstellen im Hinterlande und an der Front.

Die Macht den Sowjets - das bedeutet die Wähl- und Absetzbarkeit aller und jeglicher „Vorgesetzten“ im Hinterlande und an der Front.

Die Macht den Sowjets - das bedeutet die Wähl- und Absetzbarkeit der „Vertreter der Macht“ in Stadt und Land, in der Armee und in der Flotte, in den „Ämtern“ und „Behörden“, auf den Eisenbahnen und in den Post- und Telegrafämtern.

Die Macht den Sowjets - das bedeutet die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft.

Diese Diktatur unterscheidet sich von Grund aus von der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie, von jener Diktatur, die Kornilow und Miljukow noch vor kurzem unter wohlwollender Beteiligung Kerenskis und Tereschtschenkos aufrichten wollten.

Die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft bedeutet die Diktatur der werktätigen Mehrheit über die ausbeutende Minderheit, über die Gutsbesitzer und Kapitalisten, über die Spekulanten und Bankiers, im Interesse eines demokratischen Friedens, im Interesse einer Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung, im Interesse der Übergabe des Bodens an die Bauern, der Versorgung des Volkes mit Brot.

Die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft bedeutet eine offene Diktatur, eine Diktatur der Massen, die, ohne Verschwörungen und ohne Intrigen hinter den Kulissen, vor aller Augen verwirklicht wird. Denn eine solche Diktatur braucht nicht zu verheimlichen, dass es für die kapitalistischen Aussperrer, die durch allerlei „Entlastungen“ die Arbeitslosigkeit verschärfen, und für die Bankiers und Spekulanten, die die Lebensmittelpreise in die Höhe schrauben und Hungersnot heraufbeschwören, keine Schonung geben wird.

Die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft bedeutet eine Diktatur ohne Anwendung von Gewalt gegen die Massen, eine Diktatur, die nach dem Willen der Massen und zur Unterdrückung des Willens der Feinde dieser Massen ausgeübt wird.

Das ist der Klasseninhalt der Losung „Alle Macht den Sowjets!“

Die Ereignisse der Innen- und Außenpolitik, der sich in die Länge ziehende Krieg und der Friedensdrang, die Niederlagen an der Front und die Frage der Verteidigung der Hauptstadt, die Morschheit der Provisorischen Regierung und die Frage ihrer „Übersiedlung“ nach Moskau, die Zerrüttung und die Hungersnot, die Arbeitslosigkeit und die Erschöpfung - alles das drängt unaufhaltsam die revolutionären Klassen Rußlands zur Macht. Das bedeutet: Das Land ist bereits reif für die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft.

Der Augenblick ist gekommen, wo die revolutionäre Losung „Alle Macht den Sowjets!“ endlich verwirklicht werden muss.

„*Rabotschi Putj*“ (*Der Arbeiterweg*) Nr. 35,
13. Oktober 1917.
Leitartikel.

EIN EXAMEN IN FRECHHEIT

Durch den Ansturm der Revolution an die Wand gedrückt, versucht die Regierung der bürgerlichen Eintagshelden sich aus der Klemme zu ziehen; indem sie mit einem Schwall von Lügen beteuert, sie hätte gar nicht daran gedacht, aus Petrograd zu flüchten, und hätte nicht beabsichtigt, die Hauptstadt preiszugeben.

Gestern noch wurde laut und vernehmlich erklärt („Iswestija“!), dass die Regierung nach Moskau „übersiedelt“, weil sie die Lage der Hauptstadt für „bedenklich“ halte. Gestern noch sprach man offen (so die „Kommission für Landesverteidigung“^[87]!) von einer „Preisgabe“ Petrograds, wobei die Regierung die Entfernung der Geschütze von den Zugängen zur Hauptstadt verlangte. Gestern noch begrüßte der Gutsherr Rodsjanko, der Komplize Kerenskis und Kornilows bei der Verschwörung gegen die Revolution, den Regierungsbeschluss über die „Preisgabe“, weil er Petrograd, der Flotte und den Sowjets den Untergang wünschte. Gestern noch schloss sich diesem Beschluss „London“ an, das der Regierung eine schnelle Befreiung von Petrograd und der Flotte wünschte. Das alles war noch gestern ... Heute aber ziehen sich die erschrockenen Eintagshelden von der Regierung in Unordnung vor der Flotte und der Garnison zurück, die fest entschlossen sind, die Hauptstadt zu verteidigen, und versuchen feige, sich in Widersprüche verstrickend und einander Lügen strafend, die Wahrheit zu vertuschen und sich vor der Revolution, die sie gestern noch so erfolglos und plump verraten wollten, zu rechtfertigen.

Dabei wird die „kategorische“ Erklärung Kerenskis, die „Übersiedlung“ sei bis zum Frühjahr aufgeschoben, durch die ebenso kategorische Erklärung Kischkins widerlegt, wonach einige Regierungsstellen „bereits jetzt nach Moskau übergeführt werden können“. B. Bogdanow, der Berichterstatter der „Kommission für Landesverteidigung“ (durchaus kein Bolschewik!), erklärt aber ebenfalls kategorisch: „Bei der Regierung ist der Wunsch zutage getreten, Petrograd zu verlassen, wobei breite Schichten der Demokratie eine Abreise der Regierung mit der Möglichkeit einer Preisgabe Petrograds in Zusammenhang bringen“ („Iswestija“). Wir wollen schon gar nicht davon sprechen, dass laut den Abendzeitungen „die Anhänger einer Abreise der Provisorischen Regierung nach Moskau ... die Stimmenmehrheit hatten“ („Russkije Wjedomosti“).

Diese jämmerlichen Wichte aus der Provisorischen Regierung! Konnten sie, die die ganze Zeit das Volk betrogen haben, auf etwas anderes setzen als auf einen neuen Betrug an den Massen, der ihren ungeordneten Rückzug decken soll?

Die Eintagshelden wären jedoch keine Eintagshelden, wenn sie sich auf Betrug beschränken würden. Bereits auf dem Rückzuge begriffen und hinter Betrug Deckung suchend, streut Kerenski eine Reihe von Beschuldigungen aus und deutet dabei auf unsere Partei, schwätzt von einem „Wiederaufleben der Krawalle“, von „gefährlichen Feinden der Revolution“, von „Erpressung“ und „Demoralisierung der Massen“, von „Händen, an denen das Blut unschuldiger Opfer klebt“ usw.

Kerenski wettet gegen „Feinde der Revolution“, derselbe Kerenski, der mit Kornilow und Sawinkow eine Verschwörung gegen die Revolution und die Sowjets organisierte und durch Betrug das dritte Kavalleriekorps an die Hauptstadt heranzog!...

Kerenski wettet gegen ein „Wiederaufleben der Krawalle“, derselbe Kerenski, der durch die Erhöhung der Brotpreise die Dorfbevölkerung zu Krawallen und Brandstiftungen getrieben hat! Man lese die Zeitung „Wlast Naroda“, das Organ der sozialrevolutionären „Vaterlandsverteidiger“, und urteile selbst:

„Einige unserer Korrespondenten schreiben uns, dass die letzten Unruhen mit der Erhöhung der festen Preise in Zusammenhang gebracht werden müssen. Die neuen Preise haben sofort eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung hervorgerufen. Die Folgen davon sind Unzufriedenheit, Erbitterung und erhöhte Nervosität, die die Masse leichter als früher zu Krawallen verleiten!...“ (Nr.140).

Kerenski wettet gegen „Demoralisierung der Massen“, derselbe Kerenski, der die Revolution in den Schmutz gezogen, der ihre lauterer Sitten besudelt hat, indem er die Ochrana- und Spitzelinstitutionen unter der Leitung solcher schmutziger Typen wie Wowljarljarski und Schtschukin wiederaufleben ließ!...

Kerenski wettet gegen „Erpressung“, derselbe Kerenski, dessen ganzes Regime eine einzige Erpressung an der Demokratie ist, der die „Demokratische Beratung“ ganz offen durch eine nicht existierende Truppe, die an der finnischen Küste gelandet sei, unter erpresserischen Druck setzte und darin erfolgreich mit dem General Chabalow konkurrierte!...

Kerenski redet von „Händen, an denen das Blut unschuldiger Opfer klebt“, derselbe Kerenski, an dessen Händen tatsächlich das unschuldige Blut Zehntausender von Soldaten klebt, die der abenteuerlichen Offensive an der Front im Juni dieses Jahres zum Opfer gefallen sind!...

Man sagt, alles auf der Welt habe seine Grenzen. Aber ist es nicht klar, dass die Frechheit der bürgerlichen Eintagshelden keine Grenzen kennt?...

Die „Iswestija“ melden, die Mitglieder des „Rates der Republik“ hätten Kerenski mit „anhaltendem und lautem Beifall auf allen Bänken“ begrüßt. Wir haben von dem lakaienhaften Vorparlament, dieser Fehlgeburt des Kornilowputsches, bei der Kerenski Pate stand, auch nichts anderes erwartet.

Mögen diese Herrschaften jedoch wissen, mögen es alle wissen - sowohl diejenigen, die insgeheim Gewaltmaßnahmen gegen die „Linken“ vorbereiten, als auch diejenigen, die diesen Gewaltmaßnahmen im voraus Beifall spenden -, mögen sie wissen, dass, wenn die entscheidende Stunde schlägt, sie alle in gleichem Maße der Revolution, die sie verraten wollen, die zu betrügen ihnen aber nicht gelingen wird, Rede und Antwort stehen werden.

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 37,
15. Oktober 1917.
Leitartikel.*

DIE STREIKBRECHER DER REVOLUTION

Man muss „die Sowjets und Komitees beseitigen“, sagte auf der Moskauer Beratung der Kornilowmann Kaledin unter stürmischem Beifall der Kadetten.

Sehr richtig, erwiderte ihm der Paktierer Zereteli, aber es ist noch verfrüht, denn „man darf dieses Gerüst nicht entfernen, wenn der Bau der freien Revolution“ (das heißt wohl der Konterrevolution?) „noch nicht vollendet ist“.

Das war Anfang August auf der Moskauer Beratung, als sich zum ersten Mal die konterrevolutionäre Verschwörung Kornilows und Rodsjankos, Miljukows und Kerenskis herauszubilden begann.

Damals „wurde nichts“ aus der Verschwörung: Sie wurde durch den politischen Streik der Moskauer Arbeiter vereitelt. Aber die Koalition zwischen Zereteli und Miljukow, Kerenski und Kaledin kam zustande. Es war eine Koalition gegen die bolschewistischen Arbeiter und Soldaten. Dabei stellte sich heraus, dass diese Koalition nur eine Kulisse war, hinter der sich eine regelrechte Verschwörung gegen die Sowjets und Komitees, gegen die Revolution und ihre Errungenschaften herausbildete, eine Verschwörung, die dann Ende August auch zum Ausbruch kam.

Konnten es die Sozialrevolutionäre und Menschewiki wissen, dass sie durch ihre Lobgesänge auf die Koalition mit den „lebendigen Kräften“ der Moskauer Beratung den Kornilowschen Verschwörern in die Hände arbeiteten? Konnten es die liberalen Kleinbürger vom „Djelo Naroda“ und die Herolde der Bourgeoisie von den „Iswestija“ wissen, dass sie durch die „Isolierung“ der Bolschewiki und die Untergrabung der Sowjets und Komitees nur der Konterrevolution in die Hände arbeiteten und sich als Streikbrecher der Revolution verdingten?

Der Kornilowaufstand deckte alle Karten auf. Er enthüllte das konterrevolutionäre Wesen der Kadetten und der Koalition mit ihnen. Er enthüllte die ganze Gefahr, die der Revolution von dem Bündnis der Generale und Kadetten droht. Er führte anschaulich vor Augen, dass ohne die Sowjets im Hinterlande und die Komitees an der Front, gegen die die „Vaterlandsverteidiger“ mit Kaledin paktierten, die Revolution zerschlagen worden wäre.

Bekanntlich sahen sich die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre während der schweren Stunden des Kornilowaufstands gezwungen, sich unter den Schutz derselben Kronstädter und derselben „bolschewistischen“ Sowjets und Komitees zu stellen, gegen die sie die Koalition mit den Kaledin und den anderen „lebendigen Kräften“ gebildet hatten.

Die Lektion war wertvoll und mehr als eindringlich.

Allein ... das menschliche Gedächtnis ist schwach. Besonders das Gedächtnis der Überläufer von den „Iswestija“ und dem charakterlosen „Djelo Naroda“.

Seit dem Kornilowaufstand ist kaum mehr als ein Monat vergangen. Man sollte denken, mit der Kornilowschen Konterrevolution sei es ein für allemal vorbei. Indessen sind wir in dieser kurzen Zeit „durch den Willen des Schicksals“ und Kerenskis wieder in die Phase eines neuen Kornilowabenteuers eingetreten. Kornilow ist „verhaftet“. Die Führer der Kornilowschen Konterrevolution aber sind an der Macht. Die alte Koalition mit den „lebendigen Kräften“ ist zum Scheitern gebracht worden. Dafür aber ist eine neue Koalition mit den Kornilowleuten gebildet worden. Die Moskauer Beratung ist zu keinem „Langen Parlament“ geworden, wie es sich der Kosakenataman Karaulow erträumt hatte. Dafür aber ist das Kornilowsche Vorparlament geschaffen worden, das berufen ist, „die alte Sowjetorganisation zu ersetzen“. Mit der ersten Beratung der Konterrevolutionäre in Moskau ist es aus. Dafür hat man aber in diesen Tagen in Moskau eine zweite Beratung der Konterrevolutionäre eröffnet, auf der ihr Führer, der Gutsherr Rodsjanko, offen erklärt, dass er „froh sein wird, wenn die Sowjets und die Flotte zugrunde gehen und Petrograd von den Deutschen eingenommen wird“. Die Regierung tut, als ob sie Kornilow richte. In Wirklichkeit aber bereitet sie die „Wiederkunft“ Kornilows vor, indem sie mit Kornilow und Kaledin paktiert, die revolutionären Truppen aus Petrograd zu entfernen sucht, sich anschickt, nach Moskau zu

flüchten und Petrograd auszuliefern, indem sie mit „unseren ruhmreichen Verbündeten“ Umarmungen austauscht, die voll Ungeduld auf die Vernichtung der Baltischen Flotte, auf die Einnahme Petrograds durch die Deutschen und ... die Thronbesteigung Sir Kornilows warten ..

Ist es nicht klar, dass wir am Vorabend eines neuen Kornilowaufstands stehen, der noch gefährlicher sein wird als der alte?

Ist es nicht klar, dass jetzt von uns erhöhte Wachsamkeit und volle Kampfbereitschaft gefordert werden?

Ist es nicht klar, dass die Sowjets und die revolutionären Komitees jetzt mehr als je notwendig sind?

Wo ist die Rettung vor den Kornilows, wo findet die Revolution das Bollwerk, um den kommenden Angriff der Konterrevolution mit der ganzen Wucht der Massenbewegung niederschlagen zu können?

Natürlich nicht in dem lakaienhaften Vorparlament!

Ist es nicht klar, dass die einzige Rettung in den Sowjets und den hinter ihnen stehenden Arbeiter- und Soldatenmassen liegt?

Ist es nicht klar, dass die Sowjets und nur die Sowjets berufen sind, die Revolution vor der nahenden Konterrevolution zu retten?

Man sollte meinen, es sei die Pflicht jedes Revolutionärs, diese Organisationen zu hüten und zu festigen, die Arbeiter- und Bauernmassen um sie zu scharen, diese Organisationen zu Gebietskongressen und all-russischen Kongressen zusammenzufassen.

Statt dessen sind die Renegaten von den „Iswestija“ und vom „Djelo Naroda“, die die „schweren Prüfungen“ der Kornilowtage vergessen haben, nun schon seit einigen Tagen eifrig am Werk, die Sowjets zu diskreditieren, gegen die Sowjets zu hetzen, die Gebietssowjetkongresse und den Allrussischen Sowjetkongress zu hintertreiben, die Sowjets zu desorganisieren und zu zerstören.

„Die lokalen Sowjets verlieren an Bedeutung“, schreiben die „Iswestija“. „Die Sowjets haben aufgehört, eine gesamt-demokratische Organisation zu sein...“

Wir wollen die provisorische Organisation der Sowjets durch eine ständige, umfassende und allseitige Organisation des gesamten staatlichen und lokalen Lebens ersetzen. Als die Selbstherrschaft fiel, und mit ihr das ganze bürokratische Regime, bauten wir die Deputiertensowjets als provisorische Baracken auf, in denen die gesamte Demokratie Unterkunft finden konnte. Nunmehr wird an Stelle der Baracken der ständige steinerne Bau der neuen Ordnung errichtet, und es ist natürlich, dass die Leute allmählich die Baracken verlassen und in dem Maße, wie ein Stockwerk nach dem andern fertig gestellt wird, in die bequemeren Wohnstätten einziehen.“

Das sagen die jedes Schamgefühls baren „Iswestija“, das Organ des Zentralexekutivkomitees der Sowjets, desselben Zentralexekutivkomitees, das seine elende Existenz nur dank dem Langmut der Sowjets fristet.

Und die Ljapkin-Tjapkin (Gestalt aus Gogols Komödie „Der Revisor“. Die deutsche Red.) aus dem charakterlosen „Djelo Naroda“, die hinter den „Iswestija“ herhinken, fügen tiefsinnig hinzu: Der Sowjetkongress muss vereitelt werden, denn darin liegt die „Rettung“ der Revolution und der Konstituierenden Versammlung.

Haben Sie's gehört? Die „provisorische Organisation“ - das sind die revolutionären Sowjets, die den Zarismus und seine Willkürherrschaft gestürzt haben. Die „ständige und allseitige Organisation“ - das ist das vor Alexejew und Kerenski liebedienende lakaienhafte Vorparlament. Die „provisorischen Baracken“ - das sind die revolutionären Sowjets, von denen die Truppen Kornilows zerstreut wurden. Der „ständige steinerne Bau“ - das ist die Kornilowsche Fehlgeburt, das Vorparlament, das berufen ist, mit seinem Geschwätz die mobilmachende Konterrevolution zu decken. Dort der Lärm und das Getriebe des lebendigen revolutionären Lebens. Hier die Wohlanständigkeit und die „Behaglichkeit“ einer

konterrevolutionären Amtsstube. Was Wunder, dass die Überläufer von den „Iswestija“ und vom „Djelo Naroda“ es eilig hatten, aus den „Baracken“ des Smolny-Instituts in den „steinernen Bau“ des Winterpalasts überzusiedeln, und sich selber von „Führern der Revolution“ zu Lakaien Sir Alexejews degradierten?

Die Sowjets müssen beseitigt werden, sagt Sir Alexejew.

Zu Befehl, antworten die „Iswestija“, bauen Sie nur das letzte „Stockwerk“ im „steinernen Bau“ des Winterpalasts zu Ende, und „wir“, wir werden inzwischen die „Baracken“ des Smolny-Instituts niederreißen.

Die Sowjets müssen durch das Vorparlament ersetzt werden, sagt Mister Adshemow.

Zu Befehl, antwortet man ihm aus dem „Djelo Naroda“, lassen Sie uns nur erst den Sowjetkongress vereiteln.

Und das tun sie jetzt, am Vorabend einer neuen Kornilowaktion, in einem Moment, da die Konterrevolution bereits ihren Kongress in Moskau einberufen hat, da die Kornilowbande ihre Kräfte bereits mobilisiert hat und in den Dörfern Krawalle organisiert, Hunger und Arbeitslosigkeit in den Städten verursacht, die Vereitelung der Konstituierenden Versammlung vorbereitet und offen ihre Kräfte im Hinterland und an der Front für eine neue Aktion gegen die Revolution sammelt.

Was ist das anderes als ein direkter Verrat an der Revolution und ihren Errungenschaften?

Was sind sie anderes als gemeine Streikbrecher der Revolution und ihrer Organisationen?

Wie sollen sich nach alledem die in den Sowjets organisierten Arbeiter und Soldaten zu ihnen verhalten, wenn diese Herrschaften von den „Iswestija“ und vom „Djelo Naroda“ in den „schweren Stunden“ eines künftigen Kornilowputsches „wie einst“ „bettelnd ihre Hand ausstrecken“ und um Schutz vor der Konterrevolution flehen werden?...

Die Arbeiter pflegen Streikbrecher auf einem Schubkarren vor die Fabrik zu befördern.

Die Bauern pflegen Streikbrecher der gemeinsamen Sache an den Schandpfahl zu stellen.

Wir zweifeln nicht daran, dass die Sowjets ein Mittel finden werden, die verabscheuungswürdigen Streikbrecher der Revolution und ihrer Organisationen gebührend zu brandmarken.

*„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr. 37,
15. Oktober 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

REDE IN DER SITZUNG DES ZENTRAALKOMITEES

16. Oktober 1917

Der Tag des Aufstands muss zweckmäßig gewählt werden. Nur so ist die Resolution^[88] zu verstehen. Man sagt, es sei notwendig, den Angriff der Regierung abzuwarten, aber man muss verstehen, was ein Angriff ist. Die Erhöhung der Brotpreise, die Entsendung von Kosaken ins Donezgebiet und dergleichen - das alles ist bereits Angriff. Wie lange soll man warten, wenn kein militärischer Angriff erfolgt? Was Kamenew und Sinowjew vorschlagen, führt objektiv dazu, dass es der Konterrevolution ermöglicht wird, sich vorzubereiten und zu organisieren. Wir würden endlos zurückweichen und die Revolution verlieren. Weshalb sollten wir uns nicht die Möglichkeit sichern, den Tag des Aufstands und die Bedingungen selbst zu wählen, um der Konterrevolution keine Gelegenheit zu geben, sich zu organisieren?

Genosse Stalin geht zur Analyse der internationalen Beziehungen über und weist nach, dass jetzt mehr Glauben an die Sache not tut. Es gibt hier zwei Linien: Die eine Linie hält Kurs auf den Sieg der Revolution und blickt nach Europa, die andere glaubt nicht an die Revolution und rechnet darauf, lediglich Opposition zu sein. Der Petrograder Sowjet hat bereits den Weg des Aufstands beschritten, als er sich weigerte, seine Zustimmung zum Abtransport der Truppen zu geben. Die Flotte hat sich bereits erhoben, da sie sich gegen Kerenski gewandt hat. Wir müssen also fest und entschlossen den Weg des Aufstands beschreiten.

*Kurze Aufzeichnung auf
dem Plenum des Z. K.*

„GEWALTIGE STIERE HABEN MICH UMRINGT“

(„Große Farren haben mich umgeben, gewaltige Stiere haben mich umringt.“ Dies ist ein Bibel-Zitat aus dem Buch „Psalmen“, Kapitel 22:12. Anmerkung von D. Weigelt)

Die Bolschewiki haben die Parole ausgegeben, bereit zu sein! Diese Parole ist hervorgerufen durch die Verschärfung der Lage und die Mobilisierung der Kräfte der Konterrevolution, die einen Angriff auf die Revolution plant, die die Revolution durch die Auslieferung der Hauptstadt an Wilhelm zu enthaupten sucht, die durch die Entfernung der revolutionären Armee aus Petrograd ein Blutbad in der Hauptstadt anrichten will.

Aber nicht alle haben den revolutionären Kampfruf unserer Partei auf gleiche Art verstanden. Die Arbeiter haben ihn auf „ihre Art“ verstanden und begannen sich zu bewaffnen. Sie, die Arbeiter, sehen viel schärfer als sehr viele „kluge“ und „gebildete“ Intellektuelle.

Die Soldaten sind nicht hinter den Arbeitern zurückgeblieben. Gestern noch haben sie in Versammlungen der Regiments- und Kompaniekomitees der hauptstädtischen Garnison mit überwältigender Mehrheit beschlossen, für die Revolution und deren Führer, den Petrograder Sowjet, ihr Leben einzusetzen und auf den ersten Ruf des Sowjets zu den Waffen zu greifen. So verhält es sich mit den Arbeitern und Soldaten.

Anders ist es um die übrigen Schichten bestellt.

Die Bourgeoisie weiß, wo der Hase im Pfeffer liegt. Sie hat, „ohne viel Worte zu machen“, am Winterpalast Kanonen auffahren lassen, denn sie hat ihre „Fähnriche“ und „Offizierschüler“, die von der Geschichte hoffentlich nicht vergessen werden.

Die Agenten der Bourgeoisie vom „Djen“ und von der „Wolja Naroda“ haben gegen unsere Partei einen Feldzug eröffnet, wobei sie die Bolschewiki mit den Schwarzhundertern „verwechseln“ und in sie dringen, um den „Zeitpunkt des Aufstands“ zu erkunden.

Ihre Nachbeter, die Stiefelputzer Kerenskis, die Binassik und Dan, haben einen mit der Unterschrift „ZEK“ versehenen Aufruf losgelassen, in dem sie auffordern, nicht in Aktion zu treten, ähnlich wie „Djen“ und „Wolja Naroda“ den „Zeitpunkt des Aufstands“ erkunden und die Arbeiter und Soldaten veranlassen wollen, vor Kischkin und Konowalow in die Knie zu sinken.

Die erschrockenen Neurastheniker von der „Nowaja Shisn“ aber halten es nicht mehr aus, denn sie „können nicht länger schweigen“, und flehen uns an, ihnen endlich zu sagen, wann die Bolschewiki losschlagen werden.

Mit einem Wort: Zählt man die Arbeiter und Soldaten nicht mit, so kann man wahrhaftig sagen: „Gewaltige Stiere haben mich umringt“, die verleumden und denunzieren, drohen und flehen, einen ausfragen und ausforschen.

Unsere Antwort:

Was die Bourgeoisie und ihren „Apparat“ betrifft: Mit ihnen werden wir uns gesondert unterhalten.

Was die Agenten und Söldlinge der Bourgeoisie betrifft: Sie verweisen wir an die Spionageabwehr - dort können sie „sich unterrichten“ und auch ihrerseits die zuständigen Herrschaften über „Tag“ und „Stunde“ der „Aktion“ „unterrichten“, deren Marschroute die Provokateure vom „Djen“ schon festgelegt haben.

Was die Binassik, Dan und die anderen Stiefelputzer Kerenskis aus dem Zentralexekutivkomitee betrifft: Solchen „Helden“, die sich auf die Seite der Regierung Kischkin-Kerenski gegen die Arbeiter, Soldaten und Bauern gestellt haben, geben wir keine Rechenschaft. Aber wir werden dafür sorgen, dass sie, diese Helden des Streikbruchs, sich vor dem Sowjetkongress verantworten, den sie noch gestern zu vereiteln suchten, den sie aber heute unter dem Druck der Sowjets einzuberufen gezwungen sind.

Was die Neurastheniker von der „Nowaja Shisn“ betrifft, so wissen wir nicht recht, was sie eigentlich von uns wollen.

Wenn sie den „Tag“ des Aufstands erfahren wollen, um im voraus die Kräfte der erschrockenen Intellektuellen zur rechtzeitigen ... Flucht, sagen wir nach Finnland, zu mobilisieren, so können wir sie dafür nur ... loben, denn wir sind „überhaupt“ für die Mobilisierung der Kräfte.

Wenn sie jedoch nach dem „Tag“ des Aufstands fragen, um ihre „eisernen“ Nerven zu beruhigen, so versichern wir ihnen, dass, selbst wenn der „Tag“ des Aufstands festgesetzt wäre und die Bolschewiki ihnen den Termin „ins Ohr“ geflüstert hätten, es unseren Neurasthenikern darum doch nicht um einen Deut „leichter“ ums Herz wäre: es gäbe nur neue „Fragen“, Hysterie usw.

Wenn sie aber nichts anderes im Sinne haben als eine Demonstration gegen uns, um sich von unserer Partei zu distanzieren, so können wir sie dafür wiederum nur loben: Denn erstens wird ihnen dieser vernünftige Schritt bei eventuellen „Komplikationen“ und „Misserfolgen“ von entsprechender Stelle zweifelsohne nicht vergessen werden; zweitens wird er Klarheit in das Bewusstsein der Arbeiter und Soldaten bringen, die endlich begreifen werden, dass die „Nowaja Shisn“ zum zweiten Male (Julitage!) aus den Reihen der Revolution zu der schwarzen Heerschar der Burzew und Suworin desertiert. Und es ist ja allbekannt, dass wir überhaupt für Klarheit sind.

Aber vielleicht können sie nicht „schweigen“, weil jetzt überhaupt alle im vaterländischen Sumpf der intellektuellen Zerfahrenheit ein Geschnatter erhoben haben? Erklärt sich nicht daraus auch Gorkis „Man darf nicht schweigen“? Unglaublich, aber wahr. Sie saßen still und schwiegen, als die Gutsherren und deren Speichellecker die Bauern zur Verzweiflung und zu Hunger„revolten“ trieben. Sie saßen still und schwiegen, als die Kapitalisten und ihre Handlanger den Arbeitern Aussperrung und Arbeitslosigkeit in ganz Rußland bereiteten. Sie verstanden zu schweigen, als die Konterrevolution danach trachtete, die Hauptstadt auszuliefern und die Armee von dort abzuziehen. Nun aber, wo sich der Petrograder Sowjet, diese Avantgarde der Revolution, zum Schutze der betrogenen Arbeiter und Bauern erhoben hat, da „können sie nicht länger schweigen“! Und das erste Wort, das sie finden, ist ein Vorwurf nicht gegen die Konterrevolution, nein, sondern gegen dieselbe Revolution, von der sie zwar bei einer Tasse Tee schwärmen, die sie aber in den verantwortungsschwersten Stunden wie die Pest fliehen! Ist das etwa nicht „sonderbar“?

Die russische Revolution hat nicht wenige Autoritäten gestürzt. Ihre Stärke kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass sie sich nie vor „großen Namen“ gebeugt hat, sie stellte diese in ihren Dienst oder stieß sie ins Nichts hinab, wenn sie nicht bei ihr lernen wollten. Ihrer, der von der Revolution nachher beiseite geworfenen „großen Namen“, gibt es eine ganze Schar. Plechanow, Kropotkin, Breschkowskaja, Sassulitsch und überhaupt alle jene alten Revolutionäre, an denen nur das bemerkenswert ist, dass sie eben alt sind. Wir fürchten, die Lorbeeren dieser „Säulen“ lassen Gorki nicht schlafen. Wir fürchten, es zieht Gorki „zum Sterben gern“ zu ihnen, ins Archiv.

Nun wohl, des Menschen Wille ist sein Himmelreich ... Die Revolution versteht weder ihre Toten zu bemitleiden, noch sie zu Grabe zu tragen...

*„Rabatschi Putj“ (Der Arbeiterweg) Nr.41,
20. Oktober 1917.
Artikel ohne Unterschrift.*

WAS BRAUCHEN WIR?

Im Februar haben die Soldaten und die Arbeiter den Zaren gestürzt. Allein nach dem Sieg über den Zaren wollten sie nicht die Macht in ihre Hände nehmen. Geführt von schlechten Hirten, den Sozialrevolutionären und den Menschewiki, lieferten die Arbeiter und Soldaten die Macht freiwillig den Vertretern der Gutsbesitzer und Kapitalisten aus: den Miljukow und Lwow, den Gutschkow und Konowalow.

Das war ein verhängnisvoller Fehler der Sieger. Für diesen Fehler müssen jetzt die Soldaten an der Front, die Arbeiter und Bauern im Hinterlande büßen.

Als die Arbeiter den Zaren stürzten, glaubten sie, Brot und Arbeit zu bekommen. Stattdessen „bekamen“ sie aber Teuerung und Hungersnot, Aussperrung und Arbeitslosigkeit.

Weshalb?

Weil in der Regierung die Vertreter der Kapitalisten und Spekulanten sitzen, die die Arbeiter durch Aushungerung mürbe machen wollen.

Als die Bauern den Zaren stürzten, glaubten sie, Land zu bekommen. Stattdessen „bekamen“ sie aber Verhaftungen ihrer Deputierten und Strafexpeditionen.

Weshalb?

Weil in der Regierung die Vertreter der Gutsherren sitzen, die auf keinen Fall den Bauern das Land abtreten werden.

Als die Soldaten den Zaren stürzten, glaubten sie, Frieden zu bekommen. Stattdessen „bekamen“ sie aber einen langwierigen Krieg, den man überdies noch bis zum nächsten Herbst hinziehen will.

Weshalb?

Weil in der Regierung die Handlanger der englisch-französischen Bankiers sitzen, für die eine „schnelle“ Beendigung des Krieges unvorteilhaft ist, weil sie aus dem Krieg räuberische Profite ziehen.

Als das Volk den Zaren stürzte, glaubte es, in zwei oder drei Monaten werde die Konstituierende Versammlung einberufen werden. Indessen ist die Einberufung der Konstituierenden Versammlung schon einmal verschoben worden, und die Feinde sind jetzt ganz offen am Werk, sie endgültig zu vereiteln.

Weshalb?

Weil in der Regierung Feinde des Volkes sitzen, für die die rechtzeitige Einberufung der Konstituierenden Versammlung unvorteilhaft ist.

Nach dem Sieg der Februarrevolution blieb die Macht in den Händen der Gutsbesitzer und Kapitalisten, der Bankiers und Spekulanten, der Wucherer und Marodeure. Hierin liegt der verhängnisvolle Fehler der Arbeiter und Soldaten, hier ist die Ursache allen heutigen Übels im Hinterland und an der Front.

Dieser Fehler muss unverzüglich korrigiert werden. Der Augenblick ist gekommen, wo weiteres Zögern die ganze Revolution mit dem Untergang bedroht.

Die gegenwärtige Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten muss durch eine neue, eine Arbeiter- und Bauernregierung ersetzt werden.

Die gegenwärtige usurpatorische Regierung, die nicht vom Volk gewählt wurde und die dem Volk nicht verantwortlich ist, muss durch eine vom Volk anerkannte, von Vertretern der Arbeiter, Soldaten und Bauern gewählte und diesen Vertretern verantwortliche Regierung ersetzt werden.

Die Regierung Kischkin-Konowalow muss durch eine Regierung der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten ersetzt werden.

Was im Februar nicht getan wurde, muss jetzt geschehen.

So und nur so können Frieden und Brot, Land und Freiheit errungen werden.

Arbeiter, Soldaten, Bauern, Kosalten, alle Werktätigen!

Wollt ihr, dass an Stelle der gegenwärtigen Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten eine neue Regierung, eine Arbeiter- und Bauernregierung an die Macht kommt?

Wollt ihr, dass die neue Regierung Rußlands den Forderungen der Bauern entsprechend das Recht der Gutsherren auf den Boden aufhebt und die gesamten Ländereien der Gutsbesitzer ohne Entschädigung den Bauernkomitees übergibt?

Wollt ihr, dass die neue Regierung Rußlands die Geheimverträge des Zaren veröffentlicht, sie für null und nichtig erklärt und allen kriegführenden Völkern einen gerechten Frieden anbietet?

Wollt ihr, dass die neue Regierung Rußlands den Aussperrern und Spekulanten, die Hungersnot und Arbeitslosigkeit, Zerrüttung und Teuerung absichtlich verschärfen, ein für allemal das Handwerk legt?

Wenn ihr das wollt, dann sammelt alle eure Kräfte, erhebt euch wie ein Mann, beruft Versammlungen ein, wählt Delegationen und übermittelt durch sie eure Forderungen dem Sowjetkongress, der morgen im Smolny eröffnet wird.

Wenn ihr alle einmütig und entschlossen vorgeht, wird es niemand wagen, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen. Je stärker, organisierter und machtvoller ihr auftrittet, umso friedlicher wird die alte Regierung einen neuen Platz machen. Dann wird das ganze Land kühn und entschlossen darangehen, den Völkern Frieden, den Bauern Land, den Hungernden Brot und Arbeit zu erkämpfen.

Die Macht muss an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergehen.

Es muss eine neue Regierung an die Macht kommen, die von den Sowjets gewählt wird, von den Sowjets abgesetzt werden kann und den Sowjets verantwortlich ist.

Nur eine solche Regierung kann die rechtzeitige Einberufung der Konstituierenden Versammlung sichern.

„Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg)

Nr. 44, 24. Oktober 1917.

Leitartikel

ANMERKUNGEN

1. Die internationale Konferenz der Internationalisten fand in Zimmerwald vom 5. bis zum 8. September (23.-26. August) 1915 statt. Die Konferenz erklärte in ihrem Manifest den Weltkrieg für einen imperialistischen Krieg; sie verurteilte die Haltung der „Sozialisten“, die für die Kriegskredite stimmten und sich an den bürgerlichen Regierungen beteiligten; sie forderte die Arbeiter Europas auf, den Kampf gegen den Krieg, für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu entfalten. Die zweite Konferenz der Internationalisten fand vom 24. bis zum 30. (11.-17.) April 1916 in Kiental statt. Das Manifest und die Resolutionen, die in Kiental angenommen wurden, waren ein weiterer Schritt vorwärts in der Entwicklung der internationalen revolutionären Bewegung gegen den Krieg. Aber weder die Kientaler noch die Zimmerwalder Konferenz nahm die bolschewistischen Losungen an: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, Niederlage der eigenen imperialistischen Regierungen im Kriege, Organisation der III. Internationale.
2. Die Gruppe „Jedinstwo“ (Einheit) nahm im März 1917 organisatorische Form an; sie vereinigte die extrem rechten Menschewiki unter den „Vaterlandsverteidigern“; die führende Rolle in dieser Gruppe spielten Plechanow sowie die früheren Liquidatoren Burjanow und Jordanski. Die Gruppe unterstützte vorbehaltlos die Provisorische Regierung, sie forderte die Fortsetzung des imperialistischen Krieges und hetzte gemeinsam mit den Schwarzhundertern gegen die Bolschewiki. In den Tagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beteiligten sich Mitglieder der Gruppe an dem konterrevolutionären „Komitee zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution“.
3. „Rjetsch“ (Die Rede) - Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei, das vom Februar 1906 bis zum 26. Oktober 1917 in Petersburg erschien.
4. „Djen“ (Der Tag) - Zeitung, die seit 1912 in Petersburg erschien und vom Bankkapital finanziert wurde; sie befand sich in den Händen der Liquidatoren-Menschewiki; am 26. Oktober 1917 wurde sie wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verboten.
5. Anlässlich einer Unterredung Miljukows mit Journalisten veröffentlichte die „Prawda“ in ihrer Nr. 17 vom 25. März 1917 einen Leitartikel unter der Überschrift „Nieder mit der Politik der Imperialisten!“, worin die Außenpolitik der Provisorischen Regierung charakterisiert wurde. Die „Prawda“ erschien nach der Februarrevolution (ab 5. März 1917) als Zentralorgan der bolschewistischen Partei. Am 15. März 1917 beschloss das Büro des ZK der SDAPR(B) auf seiner erweiterten Sitzung die Entsendung J.W. Stalins in das Redaktionskollegium der „Prawda“. Nach seiner Rückkehr nach Rußland im April 1917 übernahm W.I. Lenin die Leitung der „Prawda“. Die nächsten Mitarbeiter der „Prawda“ waren: W.M. Molotow, J.M. Swerdlow, M.S. Olminski, K.N. Samoilowa und andere Genossen. Am 5. Juli 1917 wurde die Redaktion der „Prawda“ von Offizierschülern und Kosaken demoliert. Nach den Julitagen, als W.I. Lenin in die Illegalität ging, wurde J.W. Stalin verantwortlicher Redakteur des Zentralorgans der Partei. Der Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B) gelang es, die Herausgabe einer Zeitung unter dem Titel „Rabotschi i Soldat“ (Arbeiter und Soldat) zu organisieren, die ab 23. Juli 1917 erschien. Das Zentralkomitee der Partei gab Anweisung, dass die Zeitung „Rabotschi i Soldat“ bis zur Schaffung eines Zentralorgans der Partei dessen Funktion erfülle. In der Periode vom Juli bis zum Oktober leistet das Zentralorgan der Partei eine gewaltige Arbeit für den Zusammenschluss der Arbeiter- und Soldaten um die bolschewistische Partei und für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands. Ab 13. August 1917 erschien das Zentralorgan der Bolschewiki unter dem Titel „Proletari“ (Der Proletarier), nach dessen Verbot unter dem Titel „Rabotschi“ (Der Arbeiter) und dann als „Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg). Das letztgenannte Organ erschien bis zum 26. Oktober 1917.

Seit dem 27. Oktober 1917 erscheint das Zentralorgan der bolschewistischen Partei wieder unter dem Titel „Prawda“.

6. „Wetscherneje Wremja“ (Die Abendzeit) - Abendblatt reaktionärer Richtung, gegründet von A. S. Suworin; erschien in Petersburg von 1911 bis 1917.
7. „Djelo Naroda“ (Die Sache des Volkes) - Zeitung der Sozialrevolutionäre, die vom 15. März 1917 bis zum Januar 1918 in Petrograd erschien.
8. Sonderbund - reaktionärer Verband von sieben katholischen Kantonen der Schweiz, der 1845 gebildet wurde; trat für die politische Zersplitterung des Landes ein. Im Jahre 1847 entbrannte ein bewaffneter Kampf zwischen dem Sonderbund und den übrigen Kantonen, die für die Zentralisierung der Staatsmacht in der Schweiz waren. Der Krieg endete mit der Niederlage des Sonderbunds und mit der Umwandlung der Schweiz aus einem Staatenbund in einen einheitlichen Bundesstaat.
9. „Die VII. Allrussische Konferenz (Aprilkonferenz) der SDAPR(B) tagte vom 24. bis zum 29. April 1917 in Petrograd. Sie war die erste legale Konferenz der Bolschewiki und spielte im Leben der Partei die Rolle eines Parteitags. W.I. Lenin entwickelte in dem Referat über die gegenwärtige Lage die Leitsätze, die er schon früher in den Aprilthesen dargelegt hatte. J. W. Stalin hielt auf der Konferenz eine Rede zur Unterstützung der von W. I. Lenin eingebrachten Resolution über die gegenwärtige Lage und das Referat über die nationale Frage. Die Konferenz verurteilte die opportunistische Kapitulantenposition Kamenews, Rykows, Sinowjews, Bucharins und Pjatakows, die gegen die sozialistische Revolution in Rußland auftraten und in der nationalen Frage auf einer nationalchauvinistischen Position standen. Die Aprilkonferenz stellte die Partei der Bolschewiki auf den Kampf für das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution ein. Siehe die Resolution der Aprilkonferenz über die nationale Frage in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 6. Auflage, Moskau 1940, S. 233 (russ.).
10. Der VIII. Parteitag der KPR (B) tagte in Moskau vom 18. bis zum 23. März 1919. Der Parteitag wies die chauvinistische Großmächtskonzeption Bucharins und Pjatakows in der nationalen Frage entschieden zurück. Siehe das von dem Parteitag beschlossene „Programm der KPR(B)“ in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 6. Auflage, Moskau 1940, S. 281-295 (russ.).
11. Siehe „Der II. Kongress der Komintern, Juli bis August 1920“, Moskau 1934, S. 492 (russ.).
12. Schingarjows Telegramm wird im Wortlaut angeführt in W.I. Lenins Artikel „Ein ‚freiwilliges Abkommen‘ zwischen Gutsherren und Bauern?“, veröffentlicht in Nr. 33 der „Prawda“ vom 15. April 1917 (siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 24, S. 108 (russ.).
13. Die Allrussische Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, einberufen vom Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets, fand vom 29. März bis zum 3. April 1917 in Petrograd statt; sie stand unter dem Einfluss der Menschewiki und Sozialrevolutionäre.
14. Die am 18. April 1917 an die alliierten Mächte gesandte Note des Außenministers der Provisorischen Regierung, des Kadettenführers Miljukow, bestätigte die Treue der Provisorischen Regierung zu den vom Zarismus geschlossenen Verträgen und bekundete die Bereitschaft der Regierung, den imperialistischen Krieg fortzusetzen. Unter den Petrograder Arbeitern und Soldaten rief die Note die größte Empörung hervor.
15. Das Palais der Zarenfavoritin Kszesinska wurde von revolutionären Soldaten in den Tagen der Februarrevolution besetzt. Hier wurden das Zentralkomitee und das

- Petrograder Komitee der Bolschewiki, die Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B), ein Soldatenklub und andere Organisationen der Arbeiter und Soldaten untergebracht.
16. Nach der Beratung im Marienpalast veröffentlichte die Provisorische Regierung am 22. April 1917 eine „Erläuterung“ zu der Note Miljukows, worin sie erklärte, sie verstehe unter der Losung „Entschiedener Sieg über den Feind“ die „Herbeiführung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker“. Das faktierische Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten erklärte die Berichtigungen und „Erläuterungen“ der Regierung für befriedigend und den „Zwischenfall für erledigt“.
 17. Der „Bund“ (Allgemeiner jüdischer Arbeiterverband in Polen, Litauen und Rußland) wurde im Oktober 1897 gegründet (siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 1, S. 395, russ. [deutsche Ausgabe S. 345], Anmerkung 7).
 18. Das auf einem Kongress von Vertretern der Amtsbezirke und Arbeitersiedlungen gewählte Revolutionäre Volkskomitee für den Kreis Schlüsselburg traf Maßnahmen zur Lösung der Bodenfrage. Die Bodenkommission dieses Komitees beschloss: 1. die den Kirchen, Klöstern, dem Zarenhause und Privatbesitzern gehörenden ungenutzten Ländereien gemeindeweise zu bestellen; 2. das erforderliche lebende und tote Inventar aus den Gütern von Privatbesitzern, aus Lagerhäusern usw. zu einem Minimalpreis zu entnehmen. Entsprechend diesem Beschluss nahmen die Amtsbezirkskomitees den gesamten Bodenfonds des Kreises unter ihre Kontrolle, führten eine Bestandsaufnahme des landwirtschaftlichen Inventars durch, sorgten für den Schutz der Wälder, leiteten die Umpflügung der brachliegenden Ländereien in die Wege usw.
 19. In der Beilage zu Nr. 13 der „Soldatskaja Prawda“ (Soldaten-Prawda) vom 3. Mai 1917 wurden die Resolutionen der VII. Allrussischen Konferenz (Aprilkonferenz) der SDAPR(B) veröffentlicht.
 20. Die Vorbereitungen zu den Petrograder Bezirksdumawahlen begannen im April 1917. Die „Prawda“, das Petrograder Komitee und die Bezirkskomitees der bolschewistischen Partei forderten die Arbeiter und Soldaten auf, sich an den Wahlen aktiv zu beteiligen und für die Listen der Bolschewiki zu stimmen. Am 10. Mai 1917 hielt das Petrograder Komitee der SDAPR(B) unter Teilnahme J. W. Stalins eine Sitzung ab, auf der die Stadtkommission und die Bezirkskommissionen über den Verlauf der Kommunalwahlkampagne berichteten. Die Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas fanden vom 27. Mai bis zum 5. Juni 1917 statt. J. W. Stalin widmete den Ergebnissen der Wahlen seinen Artikel „Zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Petrograd“ (siehe den vorliegenden Band).
 21. Die Trudowiki oder die „Trudowaja Gruppa“ waren eine Gruppe klein-bürgerlicher Demokraten, die sich im April 1906 aus bäuerlichen Deputierten der I. Reichsduma bildete. Im Jahre 1917 verschmolzen sich die Trudowiki mit der „Volkssozialistischen“ Partei.
 22. „Volkssozialisten“ - kleinbürgerliche Organisation, die 1906 aus einem Teil des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre hervorging. Die von den Volkssozialisten aufgestellten politischen Forderungen gingen nicht über den Rahmen der konstitutionellen Monarchie hinaus. Lenin nannte sie „Sozialkadetten“ und „sozialrevolutionäre Menschewiki“. Nach der Februarrevolution von 1917 bezog die Partei der Volkssozialisten unter den anderen kleinbürgerlichen „sozialistischen“ Parteien eine extrem rechte Position. Nach der Oktoberrevolution beteiligten sich die Volkssozialisten an konterrevolutionären Organisationen.
 23. „Rabotschaja Gaseta“ (Arbeiterzeitung) - Zentralorgan der Partei der Menschewiki, das ab 7. März 1917 in Petrograd erschien. Bald nach der Oktoberrevolution wurde die Zeitung verboten.

24. Die „Zwischengruppe“ („Zwischenbezirkliche Organisation vereinigter Sozialdemokraten“) entstand in Petersburg im Jahre 1913. Ihr gehörten trotzistische Menschewiki und ein Teil ehemaliger Bolschewiki an, die sich von der Partei abgespalten hatten. Während des ersten Weltkriegs bezog die „Zwischengruppe“ einen zentristischen Standpunkt und kämpfte gegen die Bolschewiki. Im Jahre 1917 erklärte sich die „Zwischengruppe“ mit der Linie der bolschewistischen Partei einverstanden. Deshalb bildeten die Bolschewiki bei den Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas im Mai 1917 einen Block mit ihr. Auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) wurde die „Zwischengruppe“ in die Partei aufgenommen. Eine Reihe Mitglieder der „Zwischengruppe“ mit Trotzki an der Spitze entpuppten sich später als Feinde des Volkes.
25. „Nowaja Shisn“ (Neues Leben) - menschewistische Zeitung, die ab April 1917 in Petrograd erschien. Um sie gruppierten sich die zu Martow haltenden Menschewiki und intellektuelle Einzelgänger halb-menschewistischer Richtung. Die Gruppe „Nowaja Shisn“ schwankte ständig zwischen den Paktierern und den Bolschewiki; nach den Julitagen nahmen die Mitglieder der Gruppe gemeinsam mit den menschewistischen „Vaterlandsverteidigern“ an einem Vereinigungskongress teil. Nach der Oktoberrevolution bezog die Gruppe mit Ausnahme einiger Personen, die sich den Bolschewiki anschlossen, eine feindliche Stellung gegenüber der Sowjetmacht. Die Zeitung „Nowaja Shisn“ wurde im Sommer 1918 verboten.
26. Der Erste Allrussische Bauernkongress tagte vom 4. bis zum 28. Mai 1917 in Petrograd. Die Mehrheit auf dem Kongress hatten die Sozialrevolutionäre und die ihnen nahe stehenden Gruppen. Der erdrückende Teil der Bauerndelegierten aus den Gouvernements vertrat die kulakische Oberschicht des Dorfes.
27. Die „Deklaration der Rechte des Soldaten“ war ein Befehl an die Armee und die Flotte über die Grundrechte der Militärpersonen, der vom Kriegsminister der Provisorischen Regierung, Kerenski, am 11. Mai 1917 erlassen worden war. Die „Deklaration“ brachte eine bedeutende Beschränkung der Rechte, die sich die Soldaten in den ersten Tagen der Revolution von 1917 erobert hatten. Das sozialrevolutionär-menschewistische Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets begrüßte die „Deklaration der Rechte des Soldaten“; die Soldaten und Matrosen aber veranstalteten Protestkundgebungen gegen sie und nannten sie eine Deklaration der Rechtlosigkeit.
28. „Wetschernaja Birshowka“ (Abendbörsenblatt) - Abendausgabe der Zeitung „Birshewyje Wjedomosti“ (Börsennachrichten). Die „Birshewyje Wjedomosti“ waren eine bürgerliche Zeitung, die seit 1880 in Petersburg erschien. Der Titel „Birshowka“ (Börsenblatt) wurde ein Gattungsname zur Bezeichnung der Prinzipienlosigkeit und Feilheit der Presse. Ende Oktober 1917 wurde die Zeitung vom Revolutionären Militärkomitee des Petrograder Sowjets verboten.
29. Robert Grimm, Sekretär der Sozialistischen Partei der Schweiz, traf im Mai 1917 in Rußland ein. Anfang Juni brachten bürgerliche Zeitungen Meldungen, Grimm habe den Auftrag, den Boden für einen Separatfrieden zwischen Deutschland und Rußland zu sondieren. Im Zusammenhang hiermit wies die Provisorische Regierung Grimm aus Rußland aus.
30. Der Erste Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der vom Petrograder Sowjet vorbereitet und einberufen wurde, tagte vom 3. bis zum 24. Juni 1917. Die Mehrheit auf dem Kongress gehörte den Sozialrevolutionären (285 Delegierte) und den Menschewiki (248 Delegierte). Die Bolschewiki, die damals in den Sowjets die Minderheit bildeten, hatten 105 Delegierte. Die Bolschewiki entlarvten auf dem Kongress den imperialistischen Charakter des Krieges und enthüllten die Verderblichkeit des Paktierens mit der Bourgeoisie. In seinen Reden über die Stellung zur Provisorischen Regierung und über den Krieg stellte W.I. Lenin

- den paktiererischen Losungen der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre die Forderung des Übergangs der gesamten Macht an die Sowjets entgegen. Der Kongress stand unter dem Einfluss der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre.
31. „Wolja Naroda“ (Volkswille) - Organ des rechten Flügels der Partei der Sozialrevolutionäre, das vom 29. April bis zum 24. November 1917 in Petrograd erschien.
 32. Der Aufruf „An alle Werktätigen, an alle Arbeiter und Soldaten Petrograds“ wurde im Zusammenhang mit der Arbeiter- und Soldatendemonstration verfasst, die das Zentralkomitee und das Petrograder Komitee der SDAPR(B) auf den 10. Juni 1917 angesetzt hatten. Zum ersten Mal wurde er am 9. Juni in Form einer Proklamation veröffentlicht, die in den Stadtbezirken Petrograds verbreitet wurde. Am 10. Juni sollte der Aufruf in der „Prawda“ und in der „Soldatskaja Prawda“ erscheinen; da sich aber das Zentralkomitee und das Petrograder Komitee der Bolschewiki in der Nacht zum 10. Juni genötigt sahen, die Demonstration abzusagen, wurde er aus den Stereotypplatten der „Prawda“ und der „Soldatskaja Prawda“ herausgeschnitten. Nur eine geringe Anzahl von Exemplaren der „Soldatskaja Prawda“ kam mit dem Aufruf heraus. Am 13. Juni wurde der Aufruf in Nr. 80 der „Prawda“ gleich nach dem Artikel „Die Wahrheit über die Demonstration“ veröffentlicht. Am 17. und 18. Juni 1917 veröffentlichte die „Prawda“ den Aufruf aus Anlass der auf den 18. Juni angesetzten neuen Demonstration noch einmal.
 33. „Okopnaja Prawda“ (Schützengraben-Prawda) - bolschewistische Zeitung, die ab 30. April 1917 in Riga erschien. Die ersten Nummern der Zeitung wurden vom Soldatenkomitee des Nowoladogaer Regiments mit Mitteln herausgegeben, die die Soldaten selbst aufbrachten. Ab Nr. 7 (17. Mai 1917) wurde die Zeitung zum Organ der Militärorganisation und der Russischen Sektion beim Rigaer Komitee der SDAPR(B), ab Nr. 26 (5. Juli 1917) zum Organ der Militärorganisation der XII. Armee, erst beim Rigaer Komitee und dann beim ZK der Sozialdemokratie Lettlands. Am 21. Juli 1917 wurde sie verboten, aber schon zwei Tage später - am 23. Juli - begann an Stelle der „Okopnaja Prawda“ die Zeitung „Okopny Nabat“ (Schützengraben-Sturmglöcke) als Organ der vereinigten Militärorganisation der Sozialdemokratie Lettlands zu erscheinen und kam bis zur Einnahme Rigas durch die Deutschen heraus. Ab 12. Oktober wurde die Herausgabe des „Okopny Nabat“ in der Stadt Wenden wieder aufgenommen. Ab 29. Oktober 1917 nahm die Zeitung wieder ihren früheren Titel „Okopnaja Prawda“ an. Von da an erschien sie ohne Unterbrechung bis zum Februar 1918.
 34. „Soldatskaja Prawda“ (Soldaten-Prawda) - bolschewistische Zeitung, die ab 15. April 1917 als Organ der Militärorganisation beim Petrograder Komitee der SDAPR(B) und ab 19. Mai als Organ der Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B) erschien. Die „Soldatskaja Prawda“ besaß bei den Soldaten und Arbeitern Petrograds eine große Popularität. Die Arbeiter stifteten Geld für die Herausgabe der Zeitung und ihre unentgeltliche Verbreitung unter den Frontsoldaten. Die Zeitung erreichte eine Auflage von etwa 50000 Exemplaren, wovon die Hälfte an die Front ging. In den Julitagen des Jahres 1917 wurde die „Soldatskaja Prawda“ gleichzeitig mit der „Prawda“ demoliert und von der Provisorischen Regierung verboten; in den ersten Tagen nach der Oktoberrevolution erschien sie wieder, und zwar bis zum März 1918.
 35. Die Druckerei „Trud“ (Arbeit), die bolschewistische Zeitungen und Bücher druckte, wurde vom Zentralkomitee der SDAPR(B) am 22. April 1917 erworben. Auf den Appell der „Prawda“ hin brachten die Arbeiter und Soldaten selbst die Mittel für den Ankauf der Druckerei auf. Am 6. Juli wurde die Druckerei durch Trupps von Offizierschülern und Kosaken demoliert.

36. Die Zweite (außerordentliche) Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki wurde am 1. Juli 1917 einberufen. Es waren 145 Delegierte anwesend, die 32220 Parteimitglieder vertraten. Die Einberufung einer außerordentlichen Konferenz war notwendig geworden infolge der Verschärfung der politischen Situation in Petrograd und im ganzen übrigen Lande im Zusammenhang mit der Offensive, die damals an der Front begann, den Versuchen der Provisorischen Regierung, die revolutionären Regimenter aus Petrograd zu entfernen, die Stadt von revolutionären Arbeitern „zu entlasten“ und dergleichen mehr. Im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 3.-5. Juli unterbrach die Konferenz ihre Tagung und trat erst am 16. Juli wieder zusammen. Ihre ganze weitere Arbeit stand unter der unmittelbaren Leitung J.W. Stalins.
37. Die außerordentliche Beratung in Moskau - die Moskauer Staatsberatung - wurde von der Provisorischen Regierung am 12. August 1917 einberufen. Die Mehrheit der Beratungsteilnehmer bildeten Vertreter der Gutsbesitzer, der Bourgeoisie, der Generalität, des Offizierkorps und der Oberschicht der Kosakenschaft. Die von den Sowjets und dem ZEK entsandte Delegation setzte sich aus Menschewiki und Sozialrevolutionären zusammen. Kornilow, Alexejew, Kaledin und andere entwickelten auf der Konferenz ein Programm zur Unterdrückung der Revolution. Kerenski drohte in seiner Rede, er werde die revolutionäre Bewegung niederschlagen und den Versuchen der Bauern, von den Gutsländereien Besitz zu ergreifen, ein Ende machen. Das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei forderte in einem von J.W. Stalin verfassten Aufruf das Proletariat zum Protest gegen die Moskauer Beratung auf. Die Bolschewiki veranstalteten in Moskau am Eröffnungstage der Beratung einen eintägigen Streik, an dem sich über 400000 Menschen beteiligten. Protestkundgebungen und -streiks fanden auch in einer Reihe anderer Städte statt. J.W. Stalin widmete der Entlarvung des konterrevolutionären Wesens der Moskauer Beratung eine Anzahl von Artikeln (siehe den vorliegenden Band)
38. Am 5. Juli 1917 traf eine Delegation von Matrosen der Baltischen Kriegsflotte aus Helsingfors in Petrograd ein. Der Anlass dazu war der Versuch der Provisorischen Regierung, Schiffe der Baltischen Flotte zum Kampf gegen die revolutionären Kronstädter Matrosen einzusetzen, die sich aktiv an der Demonstration vom 3. und 4. Juli in Petrograd beteiligt hatten. Am 7. Juli wurde die 67 Mann starke baltische Delegation auf Anordnung der Provisorischen Regierung verhaftet.
39. Die Entwaffnung der Sestrozker Arbeiter erfolgte am 11. Juli 1917 auf Anordnung der Provisorischen Regierung und mit Zustimmung des sozialrevolutionär-menschewistischen ZEK. Die Arbeiter wurden ultimativ aufgefordert, ihre Waffen abzuliefern, und mit Waffengewalt bedroht. Die bolschewistischen Mitglieder des Betriebskomitees der Sestrozker Waffenfabrik wurden verhaftet.
40. Die von der Provisorischen Regierung am 8. Juli 1917 veröffentlichte Deklaration enthielt eine Reihe demagogischer Versprechungen, mit denen die Provisorische Regierung, die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki die Massen nach den Ereignissen vom 3.-5. Juli zu beruhigen suchten. Die Provisorische Regierung forderte zur Fortsetzung des imperialistischen Krieges auf, versprach jedoch, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung an dem festgesetzten Tage - am 17. September - abzuhalten sowie Gesetzesvorlagen über den Achtstundentag, über Sozialversicherung und dergleichen mehr auszuarbeiten. Die Deklaration vom 8. Juli wurde trotz ihres rein formalen Charakters von den Kadetten angegriffen, die die Aufhebung dieser Deklaration zur Vorbedingung für ihren Eintritt in die Regierung machten.
41. Kamkowleute - Anhänger B. Kamkows (Katz), eines der Führer des linken Flügels der Partei der Sozialrevolutionäre, der sich bald nach der Februarrevolution von 1917 gebildet hatte.

42. Der Artikel „Ein Sieg der Konterrevolution“ wurde in der Kronstädter Zeitung „Proletarskoje Djelo“ (Die proletarische Sache) Nr. 5 vom 19. Juli 1917 unter der Überschrift „Ein Triumph der Konterrevolution“ veröffentlicht.
43. Worte Muley Hassans, des Mohren von Tunis, eines der Helden in Friedrich Schillers Trauerspiel „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“ (dritter Aufzug, vierter Auftritt).
44. A. Henderson - einer der Führer der englischen Arbeiterpartei (Labouristen). Während des ersten Weltkriegs war Henderson Sozialchauvinist und Mitglied der Regierung Lloyd Georges. A. Thomas - einer der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs, während des ersten Weltkriegs Sozialchauvinist, gehörte dem französischen Ministerkabinett an.
45. Der Aufruf „An alle Werktätigen, an alle Arbeiter und Soldaten Petrograds“ wurde im Auftrage der II. Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki aus Anlass der Ereignisse vom 3.-5. Juli geschrieben. Am 25. Juli 1917 (in der Zeitung ist auf der ersten Seite irrtümlich der 24. Juli als Datum angegeben) wurde der Aufruf in Nr. 2 der Zeitung „Rabotschi i Soldat“ abgedruckt; am 1. August wurde er auf Verlangen der Arbeiter und Soldaten in Nr. 8 noch einmal abgedruckt.
46. Die Beratung vom 21. Juli, die die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki als „historisch“ bezeichneten, wurde von der Provisorischen Regierung im Zusammenhang mit der Regierungskrise einberufen, die durch den Austritt der Kadetten aus der Regierung und durch Kerenskis Rücktrittserklärung hervorgerufen worden war. An der Beratung beteiligten sich Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Paktiererparteien. Die Kadetten verlangten auf der Beratung die Schaffung einer in ihren Handlungen von den Sowjets und den demokratischen Parteien unabhängigen Regierung, die fähig wäre, mit Hilfe von Repressalien die „Disziplin“ in der Armee wiederherzustellen usw. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki stimmten diesen Forderungen zu und bevollmächtigten Kerenski, eine neue Provisorische Regierung zu bilden.
47. Worte aus einem Lied des demokratischen amerikanischen Dichters Walt Whitman (siehe „Sammlung revolutionärer Lieder“, herausgegeben vom Petersburger Komitee der SDAPR, 1916, S. 9, russ.).
48. Gemeint sind die außerordentliche Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki, die vom 1. bis zum 3. und vom 16. bis zum 20. Juli 1917 tagte (siehe Anmerkung 36), und die zweite Stadtkonferenz der Menschewiki, die am 15. und 16. Juli stattfand.
49. Der Artikel „Zu den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung“ wurde im Zusammenhang mit der beginnenden Wahlkampagne geschrieben, die den von der Provisorischen Regierung auf den 17. September 1917 anberaumten Wahlen zur Konstituierenden Versammlung galt. Der erste Teil des Artikels wurde in Nr. 99 der „Prawda“ vom 5. Juli 1917 veröffentlicht. Da aber die „Prawda“ nach den Julitagen verboten wurde, erlitt der Abdruck des Artikels eine Unterbrechung. Erst am 27. Juli 1917 konnte der Artikel in Nr.4 der Zeitung „Rabotschi i Soldat“ vollständig abgedruckt werden.
50. Der Allrussische Bauernverband war eine 1905 entstandene kleinbürgerliche Organisation. Der Verband forderte politische Freiheit, Einberufung einer Konstituierenden Versammlung und Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden. Im Jahre 1906 zerfiel der Bauernverband. Im Jahre 1917 nahm er seine Tätigkeit wieder auf und beraumte auf den 31. Juli einen Allrussischen Kongress in Moskau an. Der Kongress sprach sich für die rückhaltlose Unterstützung der Provisorischen Regierung, für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges und gegen die Besitzergreifung der Gutsländereien durch die Bauern aus. Im Herbst 1917 beteiligten sich einige Mitglieder des Hauptkomitees des Bauernverbandes an Repressalien gegen Bauernaufstände.

51. Der Sowjet der Bauerndeputierten der Petrograder Garnison, den man später in Petrograder Sowjet der Bauerndeputierten umbenannt hat, wurde am 14. April 1917 von Vertretern der Truppenteile und einiger Betriebe Petrograds gebildet. Zur Hauptaufgabe machte sich der Sowjet den Kampf für die entschädigungslose Übergabe allen Grund und Bodens in die Nutzung der Bauern. Der Petrograder Sowjet der Bauerndeputierten kämpfte gegen die Paktiererpolitik des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten, der unter der Führung der rechten Sozialrevolutionäre stand. Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution beteiligte sich der Sowjet aktiv an der Organisierung der Sowjetmacht auf dem Lande und an der praktischen Durchführung des Dekrets über den Boden. Im Februar 1918 stellte der Sowjet im Zusammenhang mit der Demobilisierung der alten Armee seine Tätigkeit ein.
52. Der VI. Parteitag der SDAPR (Bolschewiki) tagte vom 26. Juli bis zum 3. August 1917 in Petrograd. Auf dem Parteitag wurden die folgenden Referate gehalten und erörtert: Politischer und organisatorischer Bericht des ZK; Berichte der lokalen Organisationen; der Krieg und die internationale Lage; die politische und wirtschaftliche Lage; die Gewerkschaftsbewegung; die Kampagne anlässlich der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung. Der Parteitag nahm ein neues Parteistatut an und beschloss in einer besonderen Resolution die Gründung von Jugendverbänden. J.W. Stalin gab den Rechenschaftsbericht des ZK und hielt das Referat über die politische Lage. Der Parteitag lehnte die trotzkistischen Vorschläge Bucharins und Preobraschenskis ab, die versuchten, den Kurs der Partei auf die sozialistische Revolution zu vereiteln, und nahm die von J.W. Stalin beantragte Resolution über die politische Lage an. Der Parteitag stellte die Partei auf den bewaffneten Aufstand, auf die sozialistische Revolution ein.
53. Friedrich Adler - einer der Führer der österreichischen Sozialdemokratie. Im Jahre 1916 erschoss er zum Zeichen des Protests gegen den Krieg den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh, wofür er im Mai 1917 zum Tode verurteilt wurde. Im Jahre 1918 aus dem Gefängnis entlassen, nahm Adler gegenüber der Oktoberrevolution einen feindseligen Standpunkt ein.
54. Am 4. Juli 1917 wurde in den Arbeitervierteln folgender Aufruf verbreitet:
 „Genossen Arbeiter und Soldaten Petrograds! Nachdem die konterrevolutionäre Bourgeoisie offenkundig gegen die Revolution in Aktion getreten ist, soll der Allrussische Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten die gesamte Macht in seine Hände nehmen.
 Das ist der Wille der revolutionären Bevölkerung Petrograds, die das Recht hat, diesen ihren Willen den gegenwärtig tagenden Exekutivkomitees der Allrussischen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten durch eine friedliche und organisierte Demonstration zur Kenntnis zu bringen.
 Es lebe der Wille der revolutionären Arbeiter und der revolutionären Soldaten!
 Es lebe die Macht der Sowjets!
 Die Koalitionsregierung ist zusammengebrochen; außerstande, die Aufgaben zu erfüllen, um derentwillen sie gebildet wurde, ist sie zerfallen. Die Revolution steht vor grandiosen, höchst schwierigen Aufgaben. Es bedarf einer neuen Staatsmacht, die Hand in Hand mit dem revolutionären Proletariat, der revolutionären Armee und der revolutionären Bauernschaft entschlossen an die Verankerung und den Ausbau der Errungenschaften des Volkes herangeht. Eine solche Staatsmacht kann nur die Macht der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sein.
 Gestern traten die revolutionäre Garnison Petrograds und die Arbeiter in Aktion, um die Losung zu proklamieren: ‚Alle Macht dem Sowjet!‘ Wir fordern dazu auf, diese in den Regimentern und in den Betrieben aufgeflamte Bewegung zu einer friedlichen,

organisierten Willenskundgebung aller Arbeiter, Soldaten und Bauern Petrograds zu machen.

*Das Zentralkomitee der SDAPR
Das Petersburger Komitee der SDAPR
Das Zwischenbezirkliche Komitee der SDAPR
Die ;Militärorganisation beim ZK der SDAPR
Die Kommission der .Arbeitersektion des Sowjets
der Arbeiter- und Soldatendeputierten."*

55. Der „Listok Prawdy“ (Das Blatt der Prawda) erschien am 6. Juli 1917 an Stelle der fälligen Nummer der „Prawda“, deren Redaktion von Offizierschülern demoliert worden war. Im „Listok Prawdy“ wurde unter der Überschrift „Ruhe und Standhaftigkeit“ ein Aufruf des Zentralkomitees und des Petrograder Komitees der SDAPR(B) sowie der Militärorganisation der SDAPR(B) veröffentlicht.
56. „Shiwoje Slowo“ (Lebendiges Wort) -Boulevardblatt vom Schwarzhundertertypus, das in Petrograd bis zur Oktoberrevolution erschien. Im Jahre 1917 betrieb das Blatt eine Pogromagitation gegen die Bolschewiki.
57. Das Flugblatt „Die Verleumder vors Gericht!“ wurde vom Zentralkomitee der SDAPR(B) nach dem 5. Juli herausgebracht und am 9. Juli 1917 in der vom Helsingforscher Komitee der SDAPR(B) herausgegebenen Zeitung Wolna“ (Die Welle) nachgedruckt. In diesem Flugblatt hieß es: „Die Konterrevolution will auf die einfachste Weise die Revolution enthaupten, indem sie Verwirrung in die Massen hineinträgt und sie gegen die populärsten Führer, gegen die verdientesten Kämpfer der Revolution aufzuwiegeln sucht ... Wir verlangen von der Provisorischen Regierung und vom Zentralexekutivkomitee der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die unverzügliche und öffentliche Untersuchung aller Umstände der niederträchtigen Verschwörung der Pogromhelden und gedungenen Verleumdergegen die Ehre und das Leben der Führer der Arbeiterklasse ... Vors Gericht mit den Verleumdern und den Verbreitern von Verleumdungen! An den Schandpfahl mit den Pogromhelden und Lügner!“
58. Besrabotny - ein Pseudonym D. S. Manuilskis.
59. Am 27. Juli 1917 wurden die an die Front abgehenden Züge des ukrainischen Regiments „Bogdan Chmelnizki“ auf Bahnstationen in der Umgebung von Kiew und in Kiew selbst von Kosaken und Kürassieren beschossen.
60. Der Befehl Nr. 1 wurde am 1. März 1917 vom Petrograder Sowjet auf Verlangen von Vertretern der revolutionären Truppenteile erlassen, die das wachsende Misstrauen der Soldaten gegen das Provisorische Komitee der Reichsduma und die von ihm eingesetzte Militärkommission bekundeten.
Der „Befehl“ wies die Truppenteile (Kompanien, Bataillone usw.) an, Soldatenkomitees zu wählen und ihre Vertreter in die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu entsenden, er stellte die Waffen der Truppenteile den Soldatenkomitees zur Verfügung und gestattete die Durchführung von Befehlen der Militärkommission nur in den Fällen, in denen diese nicht den Befehlen und Beschlüssen des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zuwiderliefen usw.
61. J. W. Stalin bezieht sich auf die im Juli 1917 von Lenin geschriebene Broschüre „Zu den Losungen“ (siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 25, S. 164, russ.).
62. Den Artikel „Gegen die Moskauer Beratung“ schrieb J. W. Stalin im Auftrage des Zentralkomitees der SDAPR(B), das am 5. August 1917 zur Moskauer Beratung Stellung genommen hatte. Das ZK fasste den Beschluss, seine Resolution sowie ein Flugblatt herauszugeben und im Zentralorgan mehrere Artikel anlässlich der Moskauer Beratung zu veröffentlichen. Der Artikel „Gegen die Moskauer Beratung“ wurde zuerst als Leitartikel in Nr. 14 der Zeitung „Rabotschi i Soldat“, dann am 12.

August 1917 in der Kronstädter Zeitung „Proletarskoje Djelo“ und am 13. August in Nr. 1 des „Proletari“ als Aufruf des ZK der Partei veröffentlicht. Außerdem erschien der Artikel „Gegen die Moskauer Beratung“ als Flugblatt.

In dem Aufruf und in dem Flugblatt wurden die letzten Zeilen des Artikels durch die folgenden Worte ersetzt:

„Genossen! Beruft Kundgebungen ein und beschließt Protestresolutionen gegen die ‚Moskauer Beratung‘! Schließt euch den Putilowarbeitern an und organisiert heute zum Zeichen des Protests gegen die ‚Beratung‘ Geldsammlungen zugunsten der gehetzten und verfolgten Parteipresse. Lasst euch nicht provozieren und unternimmt heute keinerlei Straßenaktionen!“

63. Die Einberufung einer Konferenz in Stockholm wurde im April 1917 angeregt. Der dänische Sozialdemokrat Borgbjerg traf in Petrograd ein und lud im Namen des Vereinigten Komitees der Arbeiterparteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens die sozialistischen Parteien Rußlands ein, sich an einer in Stockholm abzuhaltenden Konferenz über die Frage des Friedensschlusses zu beteiligen. Das sozialrevolutionär-menschewistische Exekutivkomitee und später auch der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten fassten den Beschluss, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen und die Initiative zu ihrer Einberufung zu übernehmen. Die VII. Allrussische Konferenz (Aprilkonferenz) der Bolschewiki sprach sich entschieden gegen die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz aus und entlarvte ihren imperialistischen Charakter. Am 6. August trat Kamenew in der Sitzung des ZEK bei der Debatte über die Stockholmer Konferenz mit der Aufforderung auf, sich an der Konferenz zu beteiligen. Die bolschewistische Fraktion des ZEK nahm Stellung gegen Kamenews Auftreten, das Zentralkomitee der Partei verurteilte seine Linie und beschloss, im Zentralorgan die Ansichten der Partei in dieser Frage darzulegen. Am 9. August wurde in der Zeitung „Rabotschi i Soldat“ J.W. Stalins Artikel „Noch einmal über Stockholm“ und am 16. August in der Zeitung „Proletari“ W. I. Lenins Brief „Über das Auftreten Kamenews im Zentralexekutivkomitee anlässlich der Stockholmer Konferenz“ veröffentlicht.
64. Das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beschloss im April 1917, in die neutralen und alliierten Länder eine Delegation zu entsenden, die die Konferenz in Stockholm vorbereiten sollte. Der Erste Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bestätigte diesen Beschluss des Petrograder Sowjets. Die Delegation besuchte England, Frankreich, Italien und Schweden, wo sie mit Vertretern verschiedener sozialistischer Parteien Verhandlungen führte. Die Stockholmer Konferenz kam jedoch nicht zustande.
65. Langes Parlament wurde das Parlament in der Epoche der englischen bürgerlichen Revolution des 17. Jahrhunderts genannt, das 13 Jahre (1640 bis 1653) bestand.
66. Die so genannte Vorberatung oder „inoffizielle Beratung von Männern der Öffentlichkeit“ fand vom 8. bis zum 10. August 1917 in Moskau statt. Diese Beratung hatte das Ziel, die bürgerlich-gutsherrlichen Kreise und den Militärklüngel zu vereinigen sowie eine einheitliche Plattform für die bevorstehende Staatsberatung auszuarbeiten. Auf der Beratung wurde der konterrevolutionäre „Bund von Männern der Öffentlichkeit“ gegründet.
67. Der finnische Landtag, der Ende März 1917 zusammentrat, verlangte die Verwirklichung der Autonomie Finnlands. Nach langwierigen, ergebnislosen Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung beschloss der finnische Landtag am 5. Juli 1917 ein „Gesetz über die oberste Macht“, demzufolge die Macht des Landtags sich auf alle Lebenssphären Finnlands erstrecken sollte, mit Ausnahme der Außenpolitik, der Militärgesetzgebung und der Militärverwaltung, für die gesamttrussische Institutionen zuständig bleiben sollten. Am 18. Juli 1917 erklärte die

- Provisorische Regierung, das vom Landtag beschlossene Gesetz greife dein Willen der Konstituierenden Versammlung vor, und löste den Landtag auf.
68. Die Ukrainische Zentralrada wurde von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Gruppen der Ukraine im April 1917 gebildet. Unmittelbar vor den Juliereignissen wurde das Generalsekretariat der Rada als höchstes Verwaltungsorgan in der Ukraine organisiert. Nach der Zerschlagung der Julidemonstration in Petrograd trennte die Provisorische Regierung, eine Politik nationaler Knechtung verfolgend, das Donezbecken, das Gebiet von Jekaterinoslaw und einige andere Gebiete der Ukraine von deren Territorium ab. Die oberste Macht in der Ukraine ging an einen von der Provisorischen Regierung ernannten Sonderkommissar über. Nichtsdestoweniger gingen die Führer der Rada angesichts der Gefahr der herannahenden proletarischen Revolution bald ein Abkommen mit der Provisorischen Regierung ein, und die Rada wurde zum Bollwerk der bürgerlich-nationalistischen Konterrevolution in der Ukraine.
 69. „Iswestija Petragradskowo Sowjeta rabotschich i soldatskich deputatow“ (Nachrichten des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) - eine seit dem 28. Februar 1917 erscheinende Zeitung. Nach der Bildung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auf dem I. Allrussischen Sowjetkongress wurde die Zeitung zum Organ des ZEK und erschien ab 1. August 1917 (von Nr. 132 an) unter dem Titel „Iswestija Zentralnowo ispolnitelnowo komiteta i Petrogradskowo Sowjeta rabotschich i soldatskich deputatow“ (Nachrichten des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten). Die Zeitung befand sich während dieser ganzen Zeit in den Händen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und führte einen erbitterten Kampf gegen die bolschewistische Partei. Am 27. Oktober 1917, nach dem II. Allrussischen Sowjetkongress, wurden die „Iswestija“ das offizielle Organ der Sowjetmacht. Im März 1918 wurde die Zeitung anlässlich der Übersiedlung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare von Petrograd nach Moskau verlegt.
 70. Am 19. August 1917 begann die deutsche Armee, die Front vor Riga zu durchbrechen. Die russischen Truppen leisteten dem Feind energischen Widerstand, aber das Oberkommando in der Person Kornilows befahl den Rückzug, und am 21. August wurde Riga von den Deutschen besetzt. Kornilow gab Riga preis, um das revolutionäre Petrograd in Gefahr zu bringen, den Abtransport der revolutionären Truppen aus Petrograd zu bewirken und die Durchführung der konterrevolutionären Verschwörung zu erleichtern.
 71. „Nowoje Wremja“ (Die Neue Zeit) - Zeitung, die ab 1868 in Petersburg erschien; sie war ein Organ der reaktionären Kreise des Adels und der Beamtenbürokratie. Im Jahre 1905 wurde sie zu einem Organ der Schwarzhunderter. Ende Oktober 1917 wurde sie verboten.
 72. „Russkije Wjedomosti“ (Russische Nachrichten) - Zeitung, die ab 1863 in Moskau erschien und die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie vertrat. Im Jahre 1918 wurde sie zusammen mit anderen konterrevolutionären Zeitungen verboten.
 73. Der Fall Dreyfus war ein von den reaktionären Kreisen Frankreichs aufgezogener provokatorischer Prozess, in dem ein Offizier des französischen Generalstabs, der Jude Dreyfus, 1894 von einem Kriegsgericht auf Grund einer notorisch falschen Anklage wegen Spionage und Hochverrats zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Die in der Öffentlichkeit Frankreichs entbrannte Bewegung zur Verteidigung Dreyfus' enthüllte die Korruptheit des Gerichts und verschärfte den politischen Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten. Im Jahre 1899 wurde Dreyfus begnadigt und auf freien Fuß gesetzt. Im Jahre 1906 kam es zu einem Wiederaufnahmeverfahren, das mit seinem Freispruch endete.

74. „The Times“ - einflussreiche Zeitung der englischen Großbourgeoisie, die seit 1788 in London erscheint.
75. „Le Matin“ - bürgerliche Zeitung, die seit 1884 in Paris erscheint.
76. Der Artikel „Entweder - oder“ wurde mit einigen Kürzungen schon früher in Nr. 10 des „Proletari“ vom 24. August 1917 unter der Überschrift „Wo ist der Ausweg?“ veröffentlicht.
77. „Russkaja Wolja“ (Russischer Wille) - bürgerliche Zeitung, die mit dem Gelde von Großbanken gegründet wurde und vom 15. Dezember 1916 bis zum 25. Oktober 1917 in Petrograd erschien.
78. Der Artikel „Die Verschwörung geht weiter“ wurde in Nr. 5 des „Rabotschi“ vom 28. August 1917 veröffentlicht. An diesem Tage brachte die Zeitung anlässlich des Kornilowputsches neben der fälligen Nummer eine Extraausgabe von einer Seite heraus. Am nächsten Tage, am 29. August, wurde der Artikel „Die Verschwörung geht weiter“ in Nr.6 des „Rabotschi“ unter der Überschrift „Politische Kommentare“ erneut abgedruckt.
79. „Le Temps“ - bürgerliche Zeitung, die von 1829 bis 1842 und von 1861 bis 1942 in Paris erschien.
80. Die Resolution des Petrograder Sowjets wurde in Nr. 21 des „Rabotschi Putj“ vom 27. September 1917 veröffentlicht.
81. Der Eisenbahnerstreik begann am 24. September und endete am 26. September 1917. Die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn verlangten Erhöhung der Löhne und Gehälter, Einführung des Achtstundentags und Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Der Streik erfasste alle Eisenbahnen des Landes und fand bei den Industriearbeitern Sympathie und Unterstützung.
82. Die Deklaration vom 14. August - das Programm der so genannten „revolutionären Demokratie“ - wurde von Tschcheidse auf der Moskauer Staatsberatung im Namen der sozialrevolutionär-menschewistischen Mehrheit des ZEK des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Exekutivkomitees des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten und anderer Organisationen verlesen. Die Deklaration forderte zur Unterstützung der Provisorischen Regierung auf.
83. Liberdans - Spitzname, der an den menschewistischen Führern Liber und Dan samt ihren Anhängern hängen blieb, nachdem in Nr. 141 der Moskauer bolschewistischen Zeitung „Sozialdemokrat“ vom 25. August 1917 ein Feuilleton D. Bjednys unter der Überschrift „Liberdan“ erschienen war.
84. „Torgowo-Promyslennaja gaseta“ (Handels- und Industriezeitung) - bürgerliche Zeitung, die von 1893 bis 1918 in Petrograd erschien.
85. „Obschtscheje Djelo“ (Die gemeinsame Sache) - täglich erscheinende Abendzeitung, die im September und Oktober 1917 in Petrograd von W. Burzew herausgegeben wurde. Die Zeitung unterstützte Kornilow und führte einen wütenden Verleumdungsfeldzug gegen die Sowjets und die Bolschewiki.
86. Der II. Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, an dem sich Vertreter der Kreis- und Gouvernementsowjets der Bauerndeputierten beteiligten, wurde am 25. Oktober 1917 in Petrograd eröffnet. Der Kongress hielt nur zwei Sitzungen ab - am 25. und 26. Oktober. Bei Eröffnung des Kongresses waren 649 Delegierte eingetroffen. Die zahlenmäßig stärkste Fraktion des Kongresses war die Fraktion der Bolschewiki, die 390 Delegierte zählte. Die Menschewiki, die rechten Sozialrevolutionäre und die Bundisten verließen den Kongress bald nach seiner Eröffnung, da sie es ablehnten, die sozialistische Revolution anzuerkennen. Der II. Sowjetkongress verkündete den Übergang der Macht in die Hände der Sowjets und bildete die erste Sowjetregierung - den Rat der Volkskommissare. Zum Vorsitzenden

des Rats der Volkskommissare wurde W. I. Lenin, zum Volkskommissar für die Angelegenheiten der Nationalitäten J. W. Stalin gewählt.

87. Die Kommission oder das Exekutivkomitee für Landesverteidigung wurde von der Beratung über Verteidigungsfragen eingesetzt, die vom sozialrevolutionär-menschewistischen ZEK des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 7. August 1917 einberufen worden war. Das Exekutivkomitee für Landesverteidigung unterstützte die militärischen Maßnahmen der Provisorischen Regierung, die im Interesse der bürgerlich-gutsherrlichen Konterrevolution durchgeführt wurden (Abtransport der revolutionären Truppen aus Petrograd usw.).
88. Es handelt sich um die von W.I. Lenin geschriebene und vom ZK der SDAPR(B) in seiner Sitzung vom 10. Oktober 1917 angenommene Resolution (siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 26, S. 162, russ)

ENDE BAND 3